



Landeshauptstadt
München
Sozialreferat
Stadtjugendamt

Tagungsdokumentation

Sozialraumorientierung

Segregation, Marginalisierung
und Integration in urbanen Räumen

15. Februar 2008



Sozialraum orientierung



HOCHSCHULE
FÜR ANGEWANDTE
WISSENSCHAFTEN · FH
MÜNCHEN



Deutsches
Jugendinstitut

Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt München
Sozialreferat / Stadtjugendamt
Leitung / Steuerungsunter-
stützung
Prielmayerstraße 1,
80335 München
In Kooperation mit dem
Deutschen Jugendinstitut
und der Hochschule München -
Fakultät für angewandte Sozial-
wissenschaften

Redaktion:

Stadtjugendamt München/
Steuerungsunterstützung
Volker Hausdorf

Deutsches Jugendinstitut
Dr. Mike Seckinger

Hochschule München -
Fakultät für angewandte Sozial-
wissenschaften
Prof. Dr. Burkhard Hill
Prof. Dr. Tilo Klöck
Prof. Dr. Gabriele Vierzigmann
Prof. Dr. Gabriela Zink

Fotos:

Nora Frohmann

Grafik und Layout:

Pfennigparade
WKM Werkstatt für Körperbe-
hinderte GmbH München

Druck:

Druckerei Diet
87474 Buchenberg

Oktober 2008

6 Vorwort

7 Sozialraumorientierung – eine Antwort auf individualisierte Problemlagen?

Volker Hausdorf, Stadtjugendamt München
 Prof. Dr. Gabriela Zink, Hochschule München
 Prof. Dr. Tilo Klöck, Hochschule München
 Dr. Mike Seckinger, Deutsches Jugendinstitut

Fachreferate

15 Sozialraumorientierung und (Kinder) Armut

Prof. Dr. Maja Heiner,
 Institut für Erziehungswissenschaften
 Universität Tübingen

22 Armut bei Kindern und Handlungsansätze einer kindbezogenen Armutsprävention auf kommunaler Ebene – Impulse für sozial-räumliches Handeln

Gerda Holz,
 Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS),
 Frankfurt am Main

34 Sozialraumdiskussion quo vadis? Marginalien zu den Tagungsthesen

Dr. Christian Lüders,
 Deutsches Jugendinstitut

39 Den Sozialraum nutzen! – Den Sozialraum nutzen? Anmerkungen zu den Perspektiven der Sozialraumorientierung der Kinder- und Jugendhilfe in München

Dr. Maria Kurz-Adam,
 Leitung des Stadtjugendamtes München

Workshops aus den Handlungsfeldern Sozialer Arbeit in München

49 Workshop 01:

Kindheit im „Ghetto“? Kinder- und Familienarbeit in ausgrenzenden Wohnquartieren

54 Workshop 02:

Krise regional lösen – Vernetzung von ambulanten Erziehungshilfen, dem Projekt NahRaum und den Sozialbürgerhäusern Feldmoching / Hasenberg und Milbershofen / Am Hart

60 Workshop 03:

Virtuelle Räume als Sozialräume Jugendlicher

64 Workshop 04:

Stellenwert der Stadtteilarbeit des Bezirkssozialbürgerhauses Feldmoching/Hasenberg für „Kinderarmut bewältigen in Ludwigsfeld“

74 Workshop 05:

Ausgegrenzte Kindheit im Quartier? Kindertageseinrichtungen öffnen sich für den Sozialraum

77 Workshop 06:

„ Sozialraumteam“ – Am Hart: Kann mithilfe der Vernetzung im Quartier soziale und kulturelle Teilhabe professioneller gefördert werden?

81 Workshop 07:

Kinderstadtplan und Spielforscher unterwegs

85 Workshop 08:

Möglichkeiten und Grenzen bei der Planung sozialer Räume

88 Workshop 09:

Die Versorgung älterer Menschen als Teil eines generationsübergreifenden Quartiersmanagements

91 Workshop 10:

Macht – nein danke? Welche Bedingungen braucht Empowerment?

95 Workshop 11:

Fit für die Arbeit im Stadtteil – Vorstellung des Konzepts „MiTunS“ – Schulung der Ehrenamtlichen zum „Manager in Treff und Stadtteil“

98 Workshop 12:

Integriertes Kinder- und Jugendhaus als neue Möglichkeit der infrastrukturellen Kinder- und Jugendhilfe

102 Workshop 13:

Kinder- und Familienleben in Ramersdorf – Ein trägerübergreifendes Kooperationsprojekt zur Förderung und Unterstützung von benachteiligten Familien mit kleinen Kindern von Geburt an



- 107 Workshop 14:**
Engagement im sozialen Raum – Netzwerke professioneller und bürgerschaftlicher Kooperation als Grundlage einer sozialen Stadtteilentwicklung
- 112 Workshop 15:**
Interkulturelle Qualitätsentwicklung in Münchener Sozialregionen
- 115 Workshop 16:**
Zwischen allen Stühlen? Junge Erwachsene im Spannungsfeld von Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe und Harz IV
- 117 Workshop 17:**
Kinder und Jugendarbeit: von der Sozialraumorientierung zur Gemeinwesenorientierung? Anstößiges zum Profil der Jugendarbeit im Gemeinwesen
- 122 Workshop 18:**
Arm, aber nicht außen vor. Ergebnisse und Erfahrungen aus einer Veranstaltungsreihe in 2007
- 126 Workshop-Beobachtungen**
Dr. Martina Ortner,
Münchner Trichter
- Reinhard Rudeck,
Sozialpädagogisches Institut (SPI) im
SOS-Kinderdorf e. V.
- 141 Stimmenvielfalt im Sozialraum:
Eine Auswertung des Tagungs-
programmepunktes „Crossover“**
Prof. Dr. Gabriele Vierzigmann und
Prof. Dr. Gabriela Zink,
Hochschule München
- 145 Tagungsfazit der Veranstalter**
Prof. Dr. Tilo Klöck, Hochschule München
Dr. Mike Seckinger, Deutsches Jugendinstitut
Prof. Dr. Gabriele Vierzigmann,
Hochschule München
Prof. Dr. Gabriela Zink, Hochschule München
Volker Hausdorf, Stadtjugendamt München





Mit der diesjährigen Tagung „Sozialraumorientierung – Segregation, Marginalisierung und Integration in urbanen Räumen“ begründete der Projektverbund, bestehend aus dem Münchner Sozialreferat / Stadtjugendamt, der Hochschule München / Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften und dem Deutschen Jugendinstitut, bereits eine kleine Tradition. Es war dies die 2. Tagung zum Thema Sozialraumorientierung. Die erste hatte bereits im Februar 2005 stattgefunden. In der Zwischenzeit wurden Praxis- und Forschungsprojekte begonnen und Vernetzungen auf verschiedenen Ebenen hergestellt. Der Projektverbund verfolgt dabei das Ziel, die verschiedensten AkteurInnen unter der sozialräumlichen Perspektive zu vernetzen und Theorie und Praxis der Sozialraumorientierung in der Landeshauptstadt München – und auch darüber hinaus – durch fachliche Inputs, Kooperationsprojekte, Workshops und öffentliche Fachforen weiter zu entwickeln und zu stärken. Die Fachtagungen sind in diesem Konzept ein zentrales Element. Sie dienen als Foren und Arbeitsplattform. Insofern waren im Programm von 2008 sowohl Fachvorträge als auch Workshops zu regionalen sozialräumlichen Projekten und Impulsen vorgesehen.

Die vorliegende Dokumentation kann den Verlauf der Tagung, besonders die Diskussionen in den Workshops, nur in Ausschnitten wiedergeben. Die zahlreichen Abstimmungs- und Planungsprozesse im Vorfeld, die zu Vernetzungen auf verschiedenen Ebenen geführt haben, sind ebenfalls ein wichtiges Tagungsergebnis, das in der vorliegenden Broschüre nicht hinreichend dokumentiert werden kann. Ein Schwerpunkt des Heftes liegt darin, die Fachvorträge sowie die Arbeitsergebnisse der Workshops zu dokumentieren. Mitglieder des Projektverbundes ergänzen die Tagungsdokumentation durch einige zusammenfassende und abschließende Kommentare, die Ergebnisse und Entwicklungslinien für die nächsten Jahre aufzeigen sollen.

Für die Realisierung des Projektverbundes

gilt es, besonderen Dank an die Adresse des Sozialreferates der Landeshauptstadt München auszusprechen, das die Ressourcen aus der Abteilung Sozialräumliche Jugendhilfeplanung einbringt. Herr Volker Hausdorf und Frau Cindy Greiner haben neben der inhaltlichen Mitgestaltung einen großen Teil der Organisation übernommen und damit ganz wesentlich zum Gelingen der Tagung und dieser Dokumentation beigetragen.

Weiterhin ist zu erwähnen, dass die Hochschule München mit der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften die Räume und zahlreiche studentische Hilfskräfte sowie den technischen Support bereitstellte: Insgesamt 4 ProfessorInnen engagieren sich darüber hinaus fortwährend im Projektverbund und steuern an vielen Stellen ihre Expertise bei. Gleiches gilt auch für das Deutsche Jugendinstitut, dessen Mitarbeiter insbesondere die bundesweite Perspektive auf aktuelle Entwicklungen in der sozialraumorientierten Jugendhilfe beisteuern. Ohne die Bereitschaft all dieser Beteiligten, sich über den Rahmen des Erwartbaren hinaus zu engagieren, würde das Unterfangen nicht funktionieren, Tagungen für 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu organisieren, Praxisprojekte durchzuführen und Netzwerke auf verschiedenen Ebenen zu begleiten.

Das Ganze steht unter dem Motto „Work in Progress“ und folgt einer zeitgemäßen Netzwerklogik. Die Zielsetzung des Projektverbundes, das Thema Sozialraumorientierung in München weiterhin zu platzieren, wird an verschiedenen Stellen und in unterschiedlichen Praxiskontexten weiter verfolgt. Die vorliegende Broschüre soll dazu einige Anregungen liefern und die Kontinuität des Diskurses sichern helfen.

*Deutsches Jugendinstitut:
Dr. Mike Seckinger*

*Hochschule München:
Prof. Dr. Gabriele Vierzigmann,
Prof. Dr. Gabriela Zink
Prof. Dr. Burkhard Hill
Prof. Dr. Tilo Klöck*

*Stadtjugendamt München:
Volker Hausdorf*



Einführung Sozialraumorientierung – eine Antwort auf individualisierte Problemlagen?

Vor ungefähr vier Jahren haben sich das Münchner Sozialreferat / Stadtjugendamt, die Hochschule München / Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften und das Deutsche Jugendinstitut zusammengefunden, um den fachlichen Austausch zum Thema Sozialraumorientierung in München zu systematisieren.

Der Verbund beschränkt sich nicht darauf Tagungen zu organisieren, sondern es wurden auch in zwei Stadtteilen mit Projekten zur Weiterentwicklung der Praxis begonnen. Ein weiteres Ziel des Verbundes besteht darin, dass sich Praxis, Lehre und Forschung wechselseitig anregen.

Bei der ersten Fachtagung im Jahr 2005 hat ein eher grundlegender Diskurs zum Thema Sozialraumorientierung in München stattgefunden. Dabei wurden für München folgende, wesentliche Aussagen und Feststellungen herausgearbeitet:

- Sozialraumorientierung ist eine neue Überschrift für zum Teil bekannte Themen, die man aus der Gemeinwesenarbeit aber auch der Lebensweltorientierung kennt. Die aktuelle Diskussion von Problemstellungen aber auch Chancen der Stadtteil- und Quartiersentwicklung unter dem „Label“ Sozialraumorientierung bietet auch für die Stadt München Impulse, Defizite und Schwachstellen besser zu erkennen und zu bearbeiten.
- Schon bei der Fachtagung 2005 zeigte sich für München, dass Sozialraumorientierung nicht eine technokratische Formel zur Deckelung in Form einer Sozialraumbudgetdiskussion ist. Die praxis- wie theoriegeleitete Diskussion in München hat gezeigt, dass sich sozialräumliche Orientierung nicht auf die Handlungsebene der konkreten Praxis der Einrichtungen und

Dienste reduzieren lässt, sondern entsprechender Konzepte und Umsetzungen in der Sozialverwaltungssteuerung und Sozial- wie Kinder- und Jugendhilfeplanung bedarf. Ansprüche und Anforderungen nach integrierten Planungs- und Handlungsstrategien für Sozialräume und Stadtquartiere gibt es auch in München, ob die Umsetzung stattfindet, soll unter anderem bei den Fachtagungen diskutiert werden.

- Ein weiteres Ergebnis der Tagung 2005 ist, dass die Sozial- sowie die Kinder- und Jugendhilfeplanung auf belastbare Daten für die einzelnen Stadtquartiere angewiesen sind. So wird ein Fachdiskurs zwischen lokalen Akteuren und der Planungs- und Steuerungsebene ermöglicht, aus dem heraus Strategien zu entwickeln und verbindliche Absprachen über Maßnahmen und Handlungsansätze zu treffen sind. Dabei sollten sozialraumbezogene Besonderheiten berücksichtigt werden, da eine Kleinräumigkeit auf Quartiersebene die Chance bietet alle AkteurInnen zu beteiligen und einzubinden, Überschaubarkeit zu wahren und damit Handlungsfähigkeit und Verbindlichkeit zu schaffen.

Der Verbund beschränkt sich nicht darauf Tagungen zu organisieren, sondern es wurden auch in zwei Stadtteilen mit Projekten zur Weiterentwicklung der Praxis begonnen. Ein weiteres Ziel des Verbundes besteht darin, dass sich Praxis, Lehre und Forschung wechselseitig anregen.

Mit der thematischen Fokussierung im Kontext der Sozialraumorientierung auf Segregation, Marginalisierung und Integration in urbanen Räumen bei der Tagung 2008 wurde angestrebt, dass die Ergebnisse zur weiteren Diskussion zur Kenntnis genommen werden und für die weitere Arbeit genutzt werden.

Die Fachtagung „Segregation und Marginalisierung in urbanen Räumen“ knüpft an die Fachtagung des Jahres 2005 „Sozialraum-

Einführung Sozialraumorientierung – eine Antwort auf individualisierte Problemlagen?

orientierung in der Münchner Kinder- und Jugendhilfe“ an. Deshalb wurden unter anderem Entwicklungsschritte der damals vorgestellten Projekte und Ansätze der Sozialen Arbeit aufgezeigt und Praxisentwicklungen kritisch diskutiert. Mit der Tagung 2008 war das Ziel verbunden, eine fach- und bereichsübergreifende Diskussion über mögliche Strategien gegen Segregation und Marginalisierung und für Integration anzuregen.

Das Leben von immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft ist geprägt von sozialen Abstiegsängsten, Gefühlen der Chancenlosigkeit und des Ausgeschlossenseins. In den Armutsberichten der letzten Jahre wird dokumentiert, dass es mehr Menschen in prekäre Lebenslagen gibt. Die Gesundheitsstatistiken

weisen eine Zunahme psychischer Erkrankungen und hier vor allem der Depression aus. Die Arbeitsmarktdaten im April 2007 belegen, dass die Gruppe der Langzeitarbeitslosen und schlecht Qualifizierten von der Belebung am Arbeitsmarkt nicht profitiert. Die positiven Veränderungen in den Arbeitslosenstatistiken stehen also nicht unbedingt für positive Veränderungen im Leben der Betroffenen. Auch in der weiterhin prosperierenden Landeshauptstadt München lassen sich diese Entwicklungen beob-

achten. Der Abstand zwischen den verschiedenen Milieus wächst, was insbesondere in einer so reichen Stadt wie München den von Armut und Ausgrenzung Betroffenen ihre Lebenssituation besonders deutlich vor Augen führt. Immer mehr Kinder, Jugendliche, Erwachsene und alte Menschen sind von sozialem Abstieg, Armut und sozialer Randständigkeit bedroht, was sich in unterschiedlichen Ausprägungen in den urbanen

Räumen zeigt.

Für Familien, die von materieller, sozialer oder kultureller Verarmung betroffen sind, wird es immer schwieriger, den Anschluss an die Mitte unserer Gesellschaft zu halten. Kinder aus armen Familien haben in der Regel einen schlechteren Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Sie leben oft in unzureichenden Wohnverhältnissen und erhalten eher eine unausgewogene Ernährung. Diese Kinder sind häufiger häuslicher Gewalt und einem größeren Risiko der Vernachlässigung ausgesetzt. Sie verfügen über gering ausgeprägte Schlüsselqualifikationen, wenig Selbstvertrauen und können kein Gefühl der Selbstwirksamkeit aufbauen, da ihnen die grundlegenden Erfahrungen von Anerkennung und Beteiligung fehlen. Auch die gesundheitliche Situation dieser Kinder scheint deutlich schlechter zu sein, sie leiden häufiger an körperlichen, psychosomatischen und chronischen Erkrankungen. Diese in verschiedenen Studien vorfindbaren Befunde beschreiben eine Situation, welche sowohl die Sozialen Dienste als auch die verantwortlichen Kommunal- und SozialpolitikerInnen vor große Probleme stellt: trotz zahlreicher und hoch spezialisierter Angebote konnte diese Entwicklung in den vergangenen Jahren nicht zurückgedrängt werden, sie hat sich statt dessen offenbar noch dynamisiert. Prozesse der sozialen Angleichung der Bevölkerung in städtischen Wohnquartieren durch Weg- und Zuzug sind schon lange zu beobachten und stellen für sich genommen kein neues Phänomen dar. Die Segregation bestimmter Bevölkerungsgruppen setzt in den jeweiligen Wohnquartieren dynamische Prozesse in Gang, auf die Sozialpolitik reagieren muss, denn die bestehenden sozialen Ungleichheiten werden durch die räumliche Konzentration von sozial und ökonomisch Benachteiligten noch verstärkt.

Die räumliche Segregation und gesellschaftliche Marginalisierung von ganzen Gruppen



hat nicht nur Auswirkungen für die einzelne Person, die einzelne Familie, deren Chancen auf einen sozialen Aufstieg schon allein aufgrund der Wohnadresse verringert werden, sondern auch Schulen, Wohnquartiere und sogar ganze Stadtteile unterliegen Segregationsprozessen und werden von positiven Entwicklungen abgekoppelt.

Die Gemengelage an Faktoren, das zu einem sozialen Abstieg führt bzw. einer Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Erwachsenen entgegensteht ist so vielfältig, dass Handlungsstrategien auf unterschiedlichen Ebenen notwendig sind. Neben der Förderung der individuellen Kompetenzen und familialer Ressourcen ist auch ein sozialräumlicher Ansatz notwendig, um die Wohnqualität zu erhöhen, die Lern- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, die sozialen Aufstiegschancen zu vergrößern und um die kreativen Potenziale der Gemeinschaft aktivieren zu können. Neue und sinnvolle Maßnahmen zur Regionalisierung und Qualifizierung sozialer Dienste können ihre Wirkungen oft jedoch nur eingeschränkt entfalten, weil bestehende Haushaltskonsolidierungsvorgaben oder noch nicht aufeinander abgestimmte Handlungskonzepte für das Wohnquartier und nicht funktionierende Netzwerkstrukturen ihre Entfaltung behindern. Es fehlt vielfach an zeitlichen Ressourcen und Erfahrungen mit sozialräumlicher Vernetzung, die möglicherweise eine Chance bieten könnten, die Qualität der sozialen Dienstleistungen im Sinne der AdressatInnen und trotz der widrigen Rahmenbedingungen zu verbessern.

In der Sozialpolitik wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen vorangetrieben, die im kommunalen Kontext unter anderem zur Einführung neuer Steuerungsmodelle, zur Regionalisierung sozialer Dienste und zur Kundenorientierung als Organisationsprinzip geführt haben. Durch Bundesgesetze wurden weitere Reformen wie „Hartz IV“ ausgelöst. Viele Sonderprogramme und

Aktionen zeigen zudem, dass der Anspruch der kommunalen Sozialpolitik nicht darauf beschränkt ist, Armut lediglich zu verwalten. Aber:

- Haben die bisherigen Strategien eine Chance, die damit verfolgten Ziele auch zu erreichen?
- Wird bei der Problemanalyse hinreichend in Rechnung gestellt, dass die Ursachen für Verarmung und Benachteiligung keineswegs nur im individuellen Unvermögen liegen?
- Können sich die sozialpolitischen Programme gegen andere kommunalpolitische Interessenlagen durchsetzen und genügend Durchsetzungskraft entwickeln?
- Wird an den „richtigen“ Ansatzpunkten für die Bekämpfung von Armut investiert?



Vor diesem Szenario zwischen „Segregation, Marginalisierung und Integration in urbanen Räumen“ sollte die Fachtagung dazu beigetragen, sich auf die Suche nach Möglichkeiten zu begeben, den Segregationstendenzen und Marginalisierungen entgegenzuwirken und soziale Räume selbstbestimmt und selbstbewusst zu gestalten.

In den Vorträgen und Workshops wurden die konkreten Auswirkungen der Ökonomisierung Sozialer Arbeit, von Regionalisierung und Dezentralisierung, von Steuerung und/oder Partizipation beleuchtet. Gemeinsam wurden von TagungsteilnehmerInnen Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Lebenssituationen von Menschen und Familien in München und für eine Stärkung der Sozialen Stadtentwicklung und der Sozialen Arbeit entwickelt.

Die folgenden fünf Thesen dienen der Struk-

Einführung Sozialraumorientierung – eine Antwort auf individualisierte Problemlagen?

turierung der Diskussion auf der Tagung und sollen helfen die Ergebnisse der Workshops in eine übergreifende Perspektive einzuordnen.

1 Armut führt zu Re-Traditionalisierung

Armut, Armutsrisiken und Segregationsprozesse führen in Familien zu einer Rückkehr zu traditionellen Orientierungen, sei es in Bezug auf Geschlechterrollen, auf fundamentalistische politische oder religiöse Orientierungen, sei es in Bezug auf ethnische Selbstausgrenzung.

Der Rückzug auf traditionelle Orientierungen scheint den Betroffenen sozialen Rückhalt zu bieten, präsentiert sich aber oft als Rückfall („roll-back“) in längst überwunden geglaubte Lebensformen: Traditionelle Frauenbilder zwingen Frauen dazu, innerhalb der eigenen vier Wände für die Erziehung und die schulunterstützende Bildung der Kinder verantwortlich zu sein, sich verstärkt der Haushaltsorganisation im Sinne von „kreativen“ Einsparungen zu widmen und die Armutsbewältigungsstrategien vor fremden Blicken abzuschotten. Dies hat wiederum Auswirkungen auf die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. Ihre Teilnahmechancen an Erziehungs- und Bildungsangeboten außerhalb der Schule, sinken dadurch erheblich.

Strenge religiöse und politische Orientierungen, die sich z. B. bewusst von den Grundsätzen der europäisch-aufgeklärten Geisteshaltung absetzen, führen zur Selbstausgrenzung, zu Weltbildern und Handlungsstrategien, durch die sich die Betroffenen zunehmend isolieren und gegenüber Hilfsangeboten immunisieren. So kann

Dies hat wiederum Auswirkungen auf die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. Ihre Teilnahmechancen an Erziehungs- und Bildungsangeboten außerhalb der Schule, sinken dadurch erheblich.

beispielsweise davon ausgegangen werden, dass anspruchsberechtigte Menschen die ihnen zustehenden Hilfen nicht in Anspruch nehmen, da sie sich von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen distanzieren. Insbesondere für Kinder und Jugendliche aus solchen Milieus ergibt sich daraus nicht nur die Verschärfung ihrer materiellen Lage und ihrer Bildungssituation, sondern auch ein in ihrer sensiblen Entwicklungsphase dramatischer Orientierungskonflikt.

2 Armut macht (nicht) erfinderisch

Ein defizitärer Blick auf Armutslagen führt dazu, dass weder die Potentiale und Ressourcen der AdressatInnen, noch die der sozialen Dienste vor Ort wahrgenommen werden bzw. zur Geltung kommen können; stattdessen endet er bei der Stigmatisierung einzelner Familien bis hin zur Ghettoisierung ganzer Wohnquartiere.

Die Defizitorientierung im Umgang mit Armut führt offenbar dazu, dass Fachkräfte die Leitprinzipien ihrer Profession wie Empowerment, Ressourcenorientierung, Mehrfachkon-

textualisierung vergessen bzw. die Konzepte, die darauf Bezug nehmen, nicht oder nicht mehr anwenden. Beispielsweise finden zwar Systemische Perspektiven zunehmend Verbreitung, sie werden aber nur genutzt um die Entwicklung von Hilfeplänen qualitativ zu verbessern

oder im Einzelfall familientherapeutisch zu arbeiten, und damit wird das Potential dieser Ansätze verschenkt. Kreatives Experimentieren mit multiprofessionellen, integrativen und ressourcenorientierten Ansätzen ist ebenso wenig die Regel wie die Lösungsversuche und Bewältigungskompetenzen der Subjekte



in die Konzeption der Handlungsmodelle miteinbezogen werden. Der an Stelle von notwendigen Lebensmitteln und Kleidungsstücken angeschaffte Flachbildschirm beispielsweise kann einen hohen symbolischen Wert für eine Familie haben, in dem er soziale Teilhabe repräsentiert und zum Zusammenhalt des Familiensystems beiträgt; konsumkritische Strategien, den Familien und Kindern Statussymbole dieser Art gänzlich zu verweigern, wirken möglicherweise kontraproduktiv, weil sie das Gefühl verstärken, nicht respektiert zu werden und vom sozialen Leben ausgeschlossen zu sein.

Besonders belastete Wohnquartiere als solche zu bezeichnen und deren Defizite zu erfassen, verhindert mitunter die systematische Entwicklung wirksamer Netzwerke zwischen den AdressatInnen, den vor Ort präsenten sozialen Diensten bzw. zwischen allen Beteiligten. Dadurch wird nicht nur die Bewältigung von individuellen Armutsrissen gefährdet, sondern auch die Entwicklung verbesserter sozialer Infrastrukturen. Der defizitäre Blick auf Lebenslagen und besonders belastete Wohnquartiere fördert zudem Selbstzuschreibungen der AdressatInnen („Ghettokids“), Selbstexklusionen und Scham der betroffenen Familien und Kinder und erschwert ihnen den Anschluss an Bildung und soziales Leben zusätzlich.

Es scheint also ganz so, als würden auch viele Fachkräfte einer Re-Traditionalisierung ihrer Rolle erleben, sobald sie mit Armutslagen und deren Folgen konfrontiert sind. Aus Anregung zur Selbsthilfe und der Anerkennung von Differenz wird Fürsorge und der Versuch Normalität herzustellen, wo es keine Normalität gibt.

3 Armut verführt zum Nicht-Handeln

Der zunehmende Druck, Wirksamkeit und Effektivität von Maßnahmen nachzuwei-

sen, und die Multidimensionalität schwieriger Lebenslagen führen dazu, dass nur mehr die Aspekte von Armutslagen in den Blick genommen werden, bei denen Erfolge zu erwarten sind.

Die Bewältigung der Armutproblematik kann nicht Aufgabe einzelner Dienste sein; jeder von ihnen ist jedoch tagtäglich mit den Folgen der neuen Armut konfrontiert. Die Hilflosigkeit der Fachkräfte angesichts überbordender Komplexität und der Zwang, das eigene Handeln immer kleinteiliger zu begründen und zu überprüfen, verführt dazu, sich auf Problemlagen und Ansatzpunkte für Maßnahmen zu konzentrieren, bei denen die bekannten Hilfen greifen, Wirkungen erzielt werden können und das eigene Handeln zumindest im konkreten Fall zu gewissen Erfolgen führt. Gerade die oftmals feststellbare Dominanz der Fallorientierung in den Sozialen Diensten und Hilfsangeboten macht unter diesem Blickwinkel durchaus Sinn. Die Fallorientierung stellt in der Sozialen Arbeit einen gesicherten methodischen Zugang zur Bearbeitung sozialer Probleme dar, auch wenn sie verkürzt ausgeübt, den Blick auf die sozialräumlichen Bedingungen der prekären Lebenslagen und die Möglichkeiten präventiven Arbeitens verstellt.

Konzeptionelle Ansätze, die im Sinne eines integrierten Handlungskonzeptes auf individueller, lokaler und gesellschaftlicher Ebene ansetzen, sind vorhanden, brauchen aber die entsprechenden Rahmenbedingungen (Zeit, Geld, Personal). Die Bereitschaft der Fachkräfte, sich weiter zu engagieren, wird durch die potenzielle Überforderung mit immer neuen Arbeitsansätzen und durch die Knappheit der Ressourcen beständig durchkreuzt.



Einführung Sozialraumorientierung – eine Antwort auf individualisierte Problemlagen?

4 Sozialraumorientierung erweitert die Handlungskompetenz

Sozialraumorientierung baut auf integrierte Handlungskonzepte, anstatt die weitere Ausdifferenzierung und Spezialisierung von Hilfen und Maßnahmen voranzutreiben und wirkt damit auch der Vereinzelung der Fachkräfte und der Dienste entgegen.

Verschiedene (notwendige) Reformen der vergangenen Jahre führten eher zu einer Versäulung von Angeboten und Diensten. Zahlreiche Vernetzungsebenen sind zwar aufgebaut worden, folgen aber überwiegend eher fachlichen und verwaltungsmäßigen Standards (Facharbeitskreise usw.) und weniger sozialräumlichen Überlegungen. In dieser Systematik können sich konzeptionelle Ansätze gegenseitig neutralisieren, die soziale Problemlagen (Armut) aus unterschiedlichen Theoriebezügen herleiten und mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten.

Sozialraumorientierte Ansätze tragen dazu bei, systematische Vernetzungen herzustellen, schlummernde Ressourcen im Umfeld zu aktivieren und Eigenaktivitäten über den Familienrahmen hinaus zu entwickeln. Sie haben zum Ziel, beständige Netzwerke zu entwickeln, die neben der konkreten Hilfeleistung auch nachhaltige Beteiligungsformen anstoßen können und somit über den Einzelfall hinaus Strukturen verbessern. Sie könnten helfen, die Kooperationen zwischen Diensten und Anbietern neu zu ordnen, anstatt eine weitere Vernetzungsebene neben andere bereits vorhandene zu stellen. Sozialraumorientierung darf nicht zu einer überkomplexen Organisation von professionellen Austauschebenen führen; diese Gefahr besteht, wenn sie als zusätzliche Vernetzungsebene eingeführt wird, anstatt zur Neuorientierung in den quartiersbezogenen Arbeitsbeziehungen zu dienen.

Sozialraumorientiertes Arbeiten impliziert verstehende professionelle Zugänge zur Lebenswelt der AdressatInnen. Ansätze wie die Empowerment-Orientierung und der Capability-Ansatz könnten zur Neubewertung von Strategien der Lebensgestaltung durch Menschen in Armut führen und den an Defiziten orientierten Blick verändern. Aktivierende Verfahren könnten den AdressatInnen – mit dem nötigen Respekt vor der jeweiligen Lebenslage und Lebenssituation – dazu verhelfen, ihre Stärken zu erkennen und zu entwickeln, um die Abhängigkeit von Statussymbolen zu untergraben und andere Formen der Teilhabe und Wertschätzung zu entwickeln. Sozialraumorientiertes Arbeiten könnte bezogen auf die AdressatInnen dazu beitragen, soziale Beziehungen neu herzustellen und isolationistische Rückzugstendenzen zu durchbrechen und bezogen auf die Fachkräfte, solidarisches Handeln und gemeinsames Einstehen für die Fachlichkeit der Profession zu begünstigen.

5 Sozialraumorientierung verlangt nach Pädagogik und Infrastruktur

Sozialpolitische Konzepte zum Umgang mit Armut und zur Prävention von Armutsrisiken müssen auf konkrete Lebenslagen und auf soziale Räume bezogen entwickelt werden.

Stadtplanerische Konzepte für integrationsfördernde soziale Milieus sollten weitergedacht werden, um die beobachteten kleinräumigen Segregations- und Exklusionseffekte (soziale Spannungen zwischen BewohnerInnen des sozialen Wohnungsbaus und der Eigentumswohnungen) durch flankierende Maßnahmen zu entschärfen. Die Segregation in den großstädtischen Räumen schafft (teils kleinräumige) Zonen von Armutsbetroffenheit. Gesamtstädtische Konzepte können daher nicht greifen. Die Münchener Sozialre-



gionen beispielsweise erscheinen noch als zu groß angelegt und gleichzeitig als sozial heterogen. Vielmehr sind sozialräumlich-quartiersbezogene Strategien notwendig, um eine nachhaltige Veränderungen und zielgenaue Prävention zu erreichen. Sozialraumorientierte Konzepte, die gerade auch städteplanerische Ansätze einbeziehen, könnten dazu beitragen, den Abwärtsspiralen in besonders belasteten Quartieren entgegen zu wirken, vorhandene Ressourcen zu stärken und Veränderungen zugunsten von Familien und ihren Kindern mit zu gestalten.

Auf der Ebene der Infrastruktur geht es darum, an den gesellschaftlich verursachten Bedingungen von Armut anzusetzen und auf Veränderungen hinzuwirken. Auf der Ebene des individuellen Bewältigungsverhaltens geht es darum, die AdressatInnen im

Umgang mit den gesellschaftlichen Zumutungen, denen sie ausgesetzt sind, zu stärken. Dafür ist es nötig, individuelle, familienbezogene und gemeinwesenbezogene Formen der Planung, Unterstützung und Aktivierung zusammenzuführen und auf die Etablierung kooperativer arbeitsfeld- und ressortübergreifender Strukturen und Arbeitsweisen hinzuwirken – hier ist die Sozialpolitik gefordert, den geeigneten Rahmen zu schaffen, sollen sich Armutslagen ändern.

Stadtjugendamt München:
Volker Hausdorf

Deutsches Jugendinstitut:
Dr. Mike Seckinger

Hochschule München:
Prof. Dr. Gabriele Vierzigmann
Prof. Dr. Gabriela Zink
Prof. Dr. Burkhard Hill
Prof. Dr. Tilo Klöck



Fachreferate



Prof. Dr. Maja Heiner

Institut für Erziehungswissenschaften an der Universität Tübingen

Sozialraumorientierung und (Kinder) Armut

Eine Studie aus Großbritannien :

Ich möchte zur Einführung, bevor ich auf die Thesen der Veranstalter dieser Fachtagung eingehe, kurz über den Tellerrand schauen und Ihnen die Ergebnisse einer britischen Studie vorstellen. Sie ist zwar schon älter, wurde aber in Großbritannien 1998 zu einem Zeitpunkt erarbeitet, als ein ähnlicher gesellschaftlicher Umbruch stattfand, wie er sich in der Bundesrepublik erst seit kurzem mit der Agenda 2010 und Hartz IV ereignet hat. In Großbritannien wurde die Soziale Arbeit daraufhin zunehmend mit Armutsproblemen konfrontiert. Die Sozialarbeiter der regionalen Teams mussten nun auch finanzielle Unterstützungen auszahlen, wenn die anderen Sicherungssysteme versagten, und fühlten sich nicht sehr wohl in dieser neuen Rolle. Empirische Untersuchungen zur Einstellung von Sozialarbeitern zur Armutsbevölkerung waren bis dahin allerdings nicht zu alarmierenden Ergebnissen gelangt. Nun ist man bei empirischen Untersuchungen stets in Gefahr, nur die Ostereier zu finden, die man selbst versteckt hat.

So können Untersuchungsergebnisse, die auf Befragungen beruhen, z. B. nur die (möglicherweise falsche) Selbstwahrnehmung der interviewten SozialarbeiterInnen abbilden. Diese qualitative Studie beruht nicht nur auf verbalen Daten, auf Berichten, Befragungen und Interviews, sondern auf teilnehmenden Beobachtungen von Gesprächen zwischen KlientInnen und Fachkräften. Sie fokussiert auf drei Fragestellungen (Dowling 1998).

- Welche Einstellung haben Sozialarbeiter
- zur Armutsbekämpfung als beruflicher Aufgabe
 - zu finanziell bedürftigen KlientInnen und
 - wie reagieren sie auf arme KlientInnen?

Es ist von der Auswahlmenge her eine kleine qualitative Untersuchung, nur bezogen auf ein innerstädtisches und ein ländliches Team. Dafür ist sie aber sehr gründlich angelegt. Drei bzw. fünf Monate teilnehmender Beobachtungen an 2-3 Tagen pro Woche bildeten

die Grundlage für die Datenerhebung. Die Auswertung dieser Beobachtungen ergab, dass neben grundlegenden Einstellungen zu Ursachen und möglichen Folgen noch eine ganze Reihe anderer Faktoren eine Rolle bei den Reaktionen auf arme KlientInnen spielte:

- personelle Auslastung
- Einstellung der Kollegen
- Einstellung der Vorgesetzten
- Zugangsweg der KlientInnen
- Vernetzung mit der regionalen Infrastruktur

Die personelle Auslastung wird in zwei Thesen zu dieser Fachtagung auch angesprochen und wurde auch bereits in der Dokumentation zur Vorläufertagung (Sozialreferat 2004, 2005) behandelt. Ich gehe daher gleich auf den zweiten und dritten Punkt ein, auf die Einstellung der Kollegen und Vorgesetzten (Dowling 1998: 147). Die Kollegen und Vorgesetzten haben „gute“ Soziale Arbeit vorrangig gleichgesetzt mit:

- direkter Arbeit mit KlientInnen
- Verbesserung der individuellen Lebensweise und Gestaltung

Nur nachrangig ist „gute“ Sozialarbeit auch:

- Arbeit mit Institutionen für KlientInnen
- Verbesserung ihrer finanziellen und materiellen Lebensbedingungen.

Ihrer Vorstellung von „guter“ sozialer Arbeit entsprechend war die Reaktion der Fachkräfte. Sofern sie nur oder vorrangig die direkte Arbeit mit den KlientInnen und die Arbeit an der Veränderung der Lebensweise, am Lebensstil als kennzeichnend für „gute“ soziale Arbeit ansahen, reagierten sie fast durchgängig mit dem Akteneintrag: „No further action.“ – obwohl sie in 25 % der Fälle finanzielle Probleme notiert hatten.

Der dritte Punkt, der die Fachkräfte beeinflusste, betraf die Zugangswege der KlientInnen. Finanzielle Förderung wurde eher als begründet / unterstützenswert angesehen:

- bei Vermittlung durch kooperierende Dienste



Prof. Dr. Maja Heiner,
 Institut für Erziehungswissenschaften an der
 Universität Tübingen
 Sozialraumorientierung und (Kinder) Armut

- bei bekannten, längerfristigen KlientInnen (Eigenfälle)

Finanzielle Förderung erschien dagegen unbegründet bzw. weniger unterstützenswert

- bei Selbstmeldern
- bei persönlich nicht bekannten Klienten / Klientinnen (Fremdfälle)

Die eigenen KlientInnen, vor allem die man länger kennt, haben also bessere Chancen, als „würdige Arme“ angesehen zu werden, um deren finanzielle Nöte man sich kümmern muss. (Dowling 1998: 145)

Wie arme KlientInnen unterstützt werden, wie z. B. die institutionellen regionalen Netzwerke in ihrem Interesse genutzt werden, hängt ebenfalls von dieser Grundeinstellung ab.

Wenn finanzielle und praktische Probleme der KlientInnen für wichtig angesehen wurden, dann wurden von den Fachkräften auch:

- andere Institutionen kontaktiert,
- Beschwerden gegen Institutionen formuliert, die Leistungen verweigerten,
- der 'welfare rights officer' eingeschaltet,
- alternative soziale Angebote entwickelt.
- Selbst Geld aus eigener Tasche wurde in einem Team vorgestreckt, wenn die Kasse leer war.

Wenn finanzielle Probleme nicht für wichtig angesehen wurden, dann wurden dagegen nur Lebensmittelgutscheine ausgegeben oder vorhandene Gelder verteilt. (Dowling 1998: 145)

Im Unterschied zu Untersuchungen, die nur Einstellungen von Fachkräften erhoben haben oder angebliche Praxis nur erfragten, zeigte sich in dieser Studie:

- "Poverty was such a common part of everyday work (...) that it tended to be overlooked, ignored and treated superficially" (Dowling: 146)
- Work with referred clients to help them with financial problems was considered "too boring" (ebenda: 148)

Die Autoren der Studie empfehlen die Einrichtung einer Spezialstelle "welfare rights", also einer Stelle für die Rechte des Sozialbürgers als Nutzer eines wohlfahrtsstaatlichen Systems.

Ob eine solche Stelle auch in München sinnvoll wäre, kann ich nicht beurteilen. Sie muss jedenfalls nicht der Idee des ganzheitlich ausgerichteten Konzepts der Sozialraumorientierung widersprechen, wie sie in München entwickelt wurde. Über ihre Funktion, ihre Kompetenzen und ihre Ausstattung wird in dieser Studie nicht berichtet. Eine solche Informations- und Beschwerdestelle könnte einen doppelten Auftrag erhalten. Ich kann mir z. B. folgende Aufgaben vorstellen:

- Anlaufstelle für Betroffene
- Informationsstelle für Fachkräfte
- Dokumentationsstelle der Sozialadministration

Der Bedarf an zusätzlicher Information über zustehende wohlfahrtsstaatliche Leistungen und entsprechende Dienstleistungen würde sich bei Institutionen wie dem ASD eher auf Spezialfälle beschränken. Bei anderen Leistungsträgern könnte der Informationsbedarf hoch sein. Eine solche Informations- und Beschwerdestelle wäre auch ein Schritt zu dem von Staub-Bernasconi seit Jahren propagiertem Selbstverständnis der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession (Staub-Bernasconi 2000). Dem Konzept der „welfare rights“ liegt die Idee zugrunde, dass die wohlfahrtsstaatlichen Rechte ein wesentlicher Teil der Menschen- und Bürgerrechte sind. Sie sichern die materiellen Voraussetzungen, um die Freiheitsrechtsdimension der Menschenrechte zu verwirklichen.

Eine solche Stelle kann als Teil der sozialpolitischen und sozialplanerischen Aktivitäten der Sozialadministration (1) kommunalpolitisch in der Auseinandersetzung um knappe Ressourcen zu einer Thematisierung der Armutsproblematik beitragen und (2) die bestehende Institutionen lösungsbezogen-kurzfristig und auch strategisch-langfristig in



ihrer Arbeit ergänzen. Die Koppelung von Dienstleistungsagentur und sozialplanerisch-sozialpolitischem Instrument ergibt dabei ihre spezifische Qualität.

Nun möchte ich (wie von den Veranstaltern vorgeschlagen) auf einige Thesen der Vorbereitungsgruppe dieser Tagung eingehen und teils ergänzende, teils kontrastierende Thesen formulieren.

Thesen zu den Thesen der Fachtagung

In der These 2 werden die Gefahren eines defizitären Blickes der Fachkräfte auf Armutslagen thematisiert. In These 3 wird dann auf den Erfolgsdruck Bezug genommen, der auf den Fachkräften lastet. Er könne zu einer „Falldominanz“ führen und so möglicherweise den sozialräumlichen Blick auf prekäre Lebenslagen verstellen.

Im Thesenpapier wird zugleich eine ressourcenorientierte, kontextbezogene und auf Empowerment zielende Perspektive angemahnt. „Systemische“ Perspektiven werden dabei ambivalent gesehen, einerseits als „Potential“, andererseits aber auch als mögliches Einfallstor für nur familientherapeutisch auf Einzelfälle fokussierende Strategien, die Hilfepläne für den Einzelfall optimieren, aber nicht unbedingt zu einem netzwerkorientierten Vorgehen beitragen.

Ich lese dies als Votum für ein sehr umfassendes sozialökologisches Verständnis von „systemischer“ Arbeit, wie es z. B. Wolf Ritscher (2002) in seinem Buch „Systemische Modelle für die Soziale Arbeit“ entwickelt hat. Wolf Ritscher ist ja systemisch ausgebildeter Familientherapeut, zugleich aber als Fachhochschullehrer auch jemand, der sich z. B. Gedanken darüber gemacht hat, welches Verständnis von systemischer Arbeit im ASD wie umgesetzt werden kann, um einen umfassenderen sozialökologischen Ansatz praktizieren und dabei auch Netzwerke von Institutionen mit einbeziehen zu können.

Ein sozialökologisches Verständnis von systemischer Intervention scheint mir ein notwendiges Verbindungsstück zwischen Fall und Feld. Denn die Dominanz von Fallarbeit ist so lange kein Problem, wie die Fallbearbeitung aus der Feldperspektive und auf der Grundlage eines gut erschlossenen Feldzuganges erfolgt, also unter Nutzung etablierter informeller und institutioneller Netze.

Es stellt keine Defizitorientierung und keine Individualisierung oder Psychologisierung sozialer Probleme dar, wenn man feststellt, dass sich oft nicht nur an den Lebensbedingungen, also den Verhältnissen, sondern auch am Verhalten von Personen etwas ändern muss. Empowerment ist nicht nur eine Frage der Schaffung besserer Lebensbedingungen und Startchancen sondern auch eine Frage der Befähigung und Bemächtigung von Personen. Oder um es in der Terminologie von Staub-Bernasconi auszudrücken: Individuen haben Austauschdefizite nicht nur Ausstattungsdefizite. Oder wie Hans Thiersch es ausdrücken würde: es geht auch um die Befähigung zu einem gelingenderem Alltag. Von daher möchte ich These 2 um die folgende These ergänzen:

Empowerment verlangt neben dem sozialräumlichen Feldbezug einen ebenso konsequenten Fallbezug - nicht zu Letzt - als Quelle potentieller institutioneller Kritik.

Die Frage wie man vom Fall zum Feld kommt, dürfte sich bei einer Stadt, die sich die „Sozialraumorientierung“ auf ihre Fahnen geschrieben hat, wahrscheinlich nicht mehr stellen. Es gibt regionale Facharbeitskreise, innerinstitutionell und interinstitutionell. Die Fachkräfte tauschen sich kontinuierlich aus und können so fallübergreifende Faktoren, die zu Problemlagen führen, besser erkennen. Wie aber kommt man dann wieder zurück vom Feld zum Fall? Anders ausgedrückt: was bringt die Feldorientierung für die aktuelle Arbeit am Fall bzw. mit dem Fall, besser: mit dem Menschen, für die die sozia-

Prof. Dr. Maja Heiner,
 Institut für Erziehungswissenschaften an der
 Universität Tübingen
 Sozialraumorientierung und (Kinder) Armut

len Dienste und Einrichtungen tätig werden sollen? Darüber könnte man einen eigenen Vortrag halten. Ich möchte hier nur einen Aspekt herausgreifen: die mangelnde Responsivität von Dienstleistungsorganisationen.

Meine zweite These zur Ergänzung der These 2 der Veranstalter lautet daher:

Fallbezug und Feldbezug führen nur dann einander ergänzend zu einem struktur- und personenbezogenen Empowerment, wenn sie zu einer höheren Responsivität der Dienstleistungserbringung führen.

„Responsivität“ umfasst für mich dabei fünf Qualitätsmerkmale, die alle auch in der Diskussion um die Sozialraumorientierung eine wichtige Rolle spielen:

Responsive Organisationen und Fachkräfte reagieren

- (1) bedarfsgerecht
- (2) nutzerfreundlich und
- (3) bedürfnisorientiert (d.h. z. B. wertschätzend, freundlich, flexibel, individuell)
- (4) partizipationsfördernd (bei der Planung, wie bei der Umsetzung von Interventionen).

Responsivität ist nicht nur eine objektive Größe, die z. B. an Kriterien der Niedrigschwelligkeit zu messen sind (gute Erreichbarkeit, günstige Öffnungszeiten oder transparente Darstellung der Unterstützungsmöglichkeiten und der damit verbundenen Erwartungen an die NutzerInnen). Neben dieser gut messbaren Responsivität gibt es eine subjektive, eine gefühlte Responsivität, die von der Kommunikation mit den Fachkräften, ihrem Verständnis, ihrer Anerkennung und nicht zuletzt ihrer persönlichen Bemühung und Beteiligung abhängt. Und damit komme ich zu meiner letzten ergänzenden These, zur These 2 und 3. Sie soll zugleich den Bogen zum Ausgangspunkt, zur Frage nach dem Verhältnis von Fallbezug und Feldbezug und zu den einführend dargestellten Forschungsergebnissen spannen:

These:

Responsivität hängt gleichermaßen ab von:
 - der grundlegenden Haltung gegenüber Armut und Strategien der Armutsbewältigung und
 - der kommunikativen Kompetenz der Fachkräfte (z. B. auf der Basis lösungsorientierter, systemischer Ansätze)

Der „Charme“ und Nutzen der systemischen Ansätze methodischen Handelns – wenn man sie sozialökologisch versteht und nutzt – besteht in Gegensatz zu vielen anderen therapeutischen Methoden, einschließlich der klientenzentrierten Gesprächsführung, in dem, was man in der motivierenden Gesprächsführung als „change talk“ bezeichnet (Miller, Rollnik 2004). „Veränderndes Reden“ ist eine Form des Gesprächs, in dem nicht einfach über gewünschte Veränderungen geredet wird. Es ist eine Form, zu reden, die selbst schon in ihrer Art und Weise eine Veränderung darstellt, und damit ein erster Schritt, um Veränderungen anzugehen. Und da zu einer gelingenden Kommunikation immer alle Beteiligten beitragen müssen, verlangt dies auch Veränderungen auf Seiten der Fachkräfte. Kommunikative Kompetenz als grundlegende Voraussetzung der Responsivität der Dienstleistungen ermöglicht auch Erkenntnisse, warum es manchen Fachkräften bisher teilweise nicht gelungen ist, Klienten zu helfen, warum KlientInnen so schwer motivierbar erscheinen und wie die Fachkräfte sie motivieren könnten.

In der These 5 der Veranstalter geht es um sozialpolitische Konzepte zum Umgang mit Armut und Strategien der Prävention bei Armutsrisiken.

Hier wird im Thesenpapier der Veranstalter darauf abgehoben, dass diese Konzepte auf konkrete Lebenslagen und kleinräumige Segregationseffekte bezogen sein müssen und dass die Münchner Sozialregionen als Bezugseinheiten dafür zu groß angelegt sind. Gesamtstädtische Konzepte, so wird gesagt,



können erst recht nicht greifen.

Einerseits kann ich dem natürlich nur zustimmen. Wenn aber andererseits an den „gesellschaftlich verursachten Bedingungen von Armut“ (so die Veranstalter) angesetzt werden soll, so ist die Frage, wie übergeordnete, umfassendere politische Strategien mit lokalen politischen Einmischungen verkoppelt werden können. Und da ist mir bei der Lektüre der zahlreichen Vorinformationen (Broschüren des Sozialreferates, Bericht über die Fachtagung zur Sozialraumorientierung vor zwei Jahren etc., vgl. Sozialreferat 2004, 2005) aufgefallen, dass ein grundlegender Parameter der Armutsprävention, nämlich die Wohnungssicherung fast gänzlich fehlt. Die Sicherung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum über das Steuerungsmedium des Sozialen Wohnungsbaus wird merkwürdig wenig thematisiert.

Wenn man gleichzeitig erfährt, dass in München jährlich 1000 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen „und selbst durch forcierten Wohnungsbau nicht zeitgerecht zu ergänzen sind“ (Sozialreferat der Landeshauptstadt München 2004: 53), und wenn man außerdem liest, „verstärkt leben wieder Familien mit Kindern in Unterkünften, die dafür eigentlich nicht geeignet sind“ (ebenda: 54), so wundert man sich, dass dieser zentrale Punkt der Armutsprävention nach den mir zugesandten Unterlagen zur Sozialraumorientierung scheinbar nicht zu einer übergeordneten gesamtstädtischen Initiative geführt hat. Führt die Sozialraumorientierung hier zu einem Lokalpatriotismus, der solche Bündelungen der Einmischungsstrategien eher erschwert? Natürlich zählen wohnungswirtschaftliche Fragen nicht nur aus ökonomischen Gründen zu politisch besonders schwierigen Konstellationen. Schon die Bedarfseinschätzung ist wegen veränderter Lebensstile und Haushaltsgrößen, schwer prognostizierbarer räumlicher Fluktuationen

und nicht zuletzt wegen der langen Zeiträume zwischen der Planung und Fertigstellung von Wohnungen besonders prekär. Was aber kann neben dem Verlust des Arbeits- oder Ausbildungsplatzes schlimmer sein als der Verlust der Wohnung oder das Leben in einer unzumutbaren, z. B. zu kleinen, zu lauten oder überpreuerten Wohnung? Der wohnungspolitischen Einmischung als präventiver Strategie kommt bei der Bekämpfung von Armut ein zentraler Stellenwert zu.

Viele Kommunen haben angesichts drohender Überschuldung diverse teure Stücke von ihrem sogenannten kommunalen „Tafelsilber“ veräußert, darunter auch Wohnungsbauten, zum Teil an Aktienfonds, die offenbar ein lohnendes Geschäft wittern. Ob die sozial-

Ob die sozialstaatlichen Reparaturkosten einer Privatisierung, die zur Vertreibung der Bewohner führt, die kommunalen Haushalte am Ende nicht besonders teuer zu stehen kommen wird, bleibt abzuwarten.

staatlichen Reparaturkosten einer Privatisierung, die zur Vertreibung der Bewohner führt, die kommunalen Haushalte am Ende nicht besonders teuer zu stehen kommen wird, bleibt abzuwarten.

Sozialraumorientierung ohne Einmischung in Fragen der Wohnungsversorgung erscheint mir jedenfalls (um es provozierend zu formulieren) ein zahnloser Tiger, eine Schmusekatze, der alle Erinnerungen an die Gemeinwesenarbeit als einer der drei theoretischen und konzeptionellen Grundlagen der Sozialraumorientierung aus dem Gedächtnis entfallen sind, und die nun schnurrend kleinräumige soziale Projekte im Stadtteil initiiert!

Nun zu meiner letzten These:

„Sozialraumorientierung“ kann bestimmte Problemlagen auch verdecken oder ihre Bearbeitung erschweren. So sind „Sozialraumflüchtlinge“ in besonderem Maße von Marginalisierung und krisenhaften Entwicklungen bedroht. Sie stellen für ein Konzept

Prof. Dr. Maja Heiner,
 Institut für Erziehungswissenschaften an der
 Universität Tübingen
Sozialraumorientierung und (Kinder) Armut

der Sozialraumorientierung sozialer Dienste und Einrichtungen eine besondere Herausforderung dar.

Wer zählt zu den „Sozialraumflüchtlingen“? Hier nur ein Beispiel aus einer eigenen, nicht veröffentlichten Untersuchung zur Krisenintervention an der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie (Heiner, o. J. N=43). In regelmäßigen Fallbesprechungen mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Tübingen wurde deutlich, dass ein typisches Bewältigungsmuster für Familien, deren Kinder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie betreut werden, der häufige Wohnortwechsel ist, verbunden mit einem Wechsel der Schule, des Kindergartens, etc. Dieses Muster ist bereits Jahre vor dem Aufenthalt des Kindes in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und auch danach nachweisbar. Die Familien scheinen auf der Flucht vor sie bedrängenden Problemen im jeweiligen sozialen und institutionellen Umfeld und hoffen am anderen Ort auf einen Neuanfang. Häufig entziehen sie sich damit auch sozialer Einflussnahme und institutioneller Kontrolle. Bei unübersichtlichen und komplexen behördlichen Kooperationsstrukturen, sehr zurückhaltender Aktenführung aus Sorge um stigmatisierende Effekte, bei schleppender Ummeldung oder bei fehlenden Abmeldungen tragen dann gravierende Lücken in der Informationsweitergabe zum Abbruch von Betreuungen bei und führen so zu Verschärfungen von familiären Krisen. Wie in anderen Untersuchungen nachgewiesen, stellt jeder Wechsel von Zuständigkeiten (der Kostenträger und/ oder der Leistungsträger) bei instabilen familialen Verhältnissen schon bei kontinuierlich ortsansässigen Familien eine Gefährdung dar. Angesichts der Münchner Sozialraumorientierung stellt sich die Frage, wie und inwieweit die überregionale Abstimmung und die Abstimmung zwischen Sozialverwaltung, Gesundheitsverwaltung,

Wohnungsverwaltung und Meldeämtern bei „Sozialraumflüchtlingen“ zur Vermeidung dieser Risikomaximierung beiträgt.

Kurzer Ausblick

Leider ist meine Zeit um, und ich habe noch nichts zur Aktivierung der Betroffenen sagen können. Lassen Sie mich hier einfach nur daran erinnern, dass dies bei jeder Form von „Empowerment“ ein unverzichtbares Element ist, um gegen Armut, soziale Benachteiligung und Resignation anzugehen. In der These drei der Veranstalter wird eindringlich dargestellt, dass der Druck, unter dem die Fachkräfte stehen, das eigene Handeln immer kleinteiliger zu begründen und zu belegen, dazu führen kann, dass sie nur auf die bekannten Hilfen zurückgreifen, um rasch „Fälle“ abzuarbeiten und Wirkungen nachzuweisen. Als engagierte Verfechterin der Selbstevaluation (Heiner 2000, 2007) habe ich mich daraufhin gefragt, wie kann man die Ergebnisse von Aktivierungsprozessen so dokumentieren, dass ihre positiven Wirkungen sichtbar werden? Wie lässt sich Empowerment evaluieren? Anstatt Ihnen dazu einen Dokumentationsbogen vorzulegen, würde ich Ihnen jetzt gerne eine Szene über ein hessisches Gemeinwesenprojekt vorspielen, kann sie Ihnen aber aus Zeitmangel nur schildern. Es handelt sich um eine Bewohnerversammlung im Rahmen einer aktivierenden Befragung. Sie belegt, wie anders die Bewohner dieser Siedlung mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit, hohem Migrantenanteil, usw. drei Jahre nach Beginn dieses Projektes ihre Probleme angehen. Das ist ebenso dokumentiert worden wie die Veränderung der Lebensbedingungen dieses Stadtteils. Die Evaluation dieser Empowermentprozesse wäre nicht einmal besonders aufwändig. Die Armut hat in diesem Stadtteil zwar nicht abgenommen, die Wohnbedingungen und die soziale Infrastruk-



tur wurden jedoch erheblich verbessert. Und Armut wird anders gelebt und erlebt. Zynisch könnte man sagen, sie wird besser ertragen. Unter dem Gesichtspunkt des Empowerments und in Kenntnis des Projektes kann ich sagen, sie wird nicht nur ertragen. Sie wird selbstbewusster bewältigt. Und die Auseinandersetzungen zwischen den ethnischen Gruppen werden nun verbal, nicht nur handgreiflich ausgetragen. Die Armutsgrup-

pen müssen sich nicht mehr gegeneinander abgrenzen und eine Gruppe ihrerseits zum „underdog“ abstempeln. So hat die Sozialraumorientierung infrastrukturell und sozial das Leben und Zusammenleben in diesem armen Stadtteil spürbar und nachweisbar verändert. Man lebt nicht mehr als Absteiger in einem Absteigerquartier mit Abbruchhängern. Man ist ein armer Bürger, wie andere arme Bürger auch – immerhin!

Literatur:

Dowling, M. (1998) in Cheetham, J. / Kazi, M.A.F. (1. Titel) pp. 135-150:
An Evaluation of Social Work Practice in Relation to Poverty Issues. Do Social Workers' Attitudes and Actions Correspond?

Heiner, M. (2007):
Soziale Arbeit als Beruf. Fälle, Felder, Fähigkeiten. München.

Heiner, M. (2000):
Selbstevaluation. In: Stimmer, F. (Hrsg.): Lexikon der Sozialpädagogik und Sozialarbeit, 4. Aufl., Basel/München, S. 626-632

Miller, W. R./Rollnick, S. (2004):
Motivierende Gesprächsführung, Freiburg/Brsg.

Ritscher, W. (2002):
Systemische Modelle, für die Soziale Arbeit. Ein integratives Lehrbuch für Theorie und Praxis, Heidelberg

Sozialreferat der Landeshauptstadt München, Stadtjugendamt (2005):
Tagungsdokumentation in der Münchner Kinder- und Jugendhilfe. Bilanzierung, Qualitäten, Perspektiven, München.

Staub-Bernasconi, S. (2000):
Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession. In: Stimmer, F. (Hrsg.) Lexikon der Sozialpädagogik und Sozialarbeit, 4. Aufl., Basel/München, S. 626-632

Sozialreferat der Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2004):
Fit für die Zukunft. Kommunale Sozialpolitik im Wandel. Die Neuorganisation des Sozialreferates der Landeshauptstadt München, München: Eigenverlag der LH München

Nichtreferierte, vertiefende Literatur:

Atherton, C., Gemmel, R., Haagenstad, S., Holt, D., Jensen, L., O'Haran D. and Rehner T. (1993):
Measuring attitudes towards poverty: a new scale. Social Work Research and Abstracts 29, 4, 28-30

Becker, S. (1987):
Social Workers' attitudes to poverty and the poor. PhD Thesis, University of Nottingham



Gerda Holz, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) Frankfurt am Main

Armut bei Kindern und Handlungsansätze einer kindbezogenen Armutsprävention auf kommunaler Ebene – Impulse für sozialräumliches Handeln



Armut bei Kindern ist heute – nicht zuletzt durch Problemmeldungen der Praxis über zunehmende Versorgungsmängel in existenziellen Bereichen (z.B. Ernährung) und durch öffentliche Wahrnehmung von Kindeswohlverletzungen – kein Tabuthema mehr. Ausdauernd gestritten wird allerdings über die Ursachen und eine daraus abzuleitende Schuld feststellung: Eltern oder Gesellschaft oder beide? Einigkeit besteht darüber, die betroffenen Kinder sind am wenigsten „schuld“ und können Ihre Situation auch kaum selbst ändern. Geht es bei der Kinderarmutsproblematik wirklich um Schuld und Versagen oder geht es nicht eher um die strukturelle Ausgestaltung des Aufwachsens von Kindern und die Übernahme von Verantwortung dafür?

Nachfolgend werden – anhand von sieben Thesen – theoretische wie empirische Erkenntnisse zum gesellschaftlichen Phänomen „Kinderarmut“ skizziert, es wird auf individuelle wie gesellschaftliche Folgen hingewiesen und es sind Ansätze zur Prävention auf kommunaler Ebene und durch die Kommune benannt. Dabei bestätigen die Ausführungen einerseits die drei ersten Thesen zur Fachtagung (vgl. in der Tagungsdokumentation). Andererseits gehen sie aber auch weit darüber hinaus. Kinder sind heute längst nicht mehr nur in einzelnen – seit langem als sozial belastet bekannten – Sozialräumen von Armut betroffen und wachsen unter Mangelbedingungen auf. Die Lebenslage Armut ist Teil heutiger Kindheit und damit allorts anzutreffen, wenn auch sozialräumlich mit höchst unterschiedlichem Risiko. Folglich bedarf es eines kindzentrierten Blickes auf sein familiäres und soziales Umfeld, soll Armut vermieden oder bekämpft werden. Der Blick auf den Sozialraum hilft ergänzend, Belastungen zu identifizieren und wirkungsvolle Präventionsansätze konkret werden zu lassen.

These 1: Kinderarmut ist strukturell angelegt und nicht in erster Linie die Folge individuellen (Fehl-)Verhaltens von Eltern.

Armut des Einzelnen ist vorrangig das Produkt gesellschaftlicher Prozesse und erst in zweiter Linie Resultat individuellen (Fehl-)Verhaltens. Sie ist genuiner Bestandteil einer geldbasierten und marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft und den dort angelegten Verteilungsmechanismen. Individuelles Versagen spielt dabei eine eher untergeordnete Rolle, gleichwohl kann es zu einer Verstärkung eines allgemeinen Armutsrisikos beitragen. Beleg dafür sind unter anderem die Zahl der Betroffenen, die Ursachenzusammenhänge sowie die Risikoverteilung zwischen den verschiedenen Gruppen und innerhalb Deutschlands.

Zum Umfang:

Hierzulande war Ende 2007 rund jedes 4. Kind unter 15 Jahren von Armut betroffen:

- rund 1,84 Mio. unter 15-Jährige erhielten im November 2007 Sozialgeld gemäß SGB II (Bundesagentur für Arbeit 2007);
- rund 19.000 unter 15-Jährige bezogen im Jahr 2005 Sozialhilfe gemäß SGB XII (vgl. Statistisches Bundesamt 2007: 213–215);
- rund 64.500 unter 15-Jährige erhielten im gleichen Jahr Leistungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz (vgl. Statistisches Bundesamt 2007: 213–215);
- weiterhin lebten 2007 rund 150.000 Kinder in Familien, die Anspruch auf Kinderzuschlag haben (vgl. Deutscher Bundestag 2007: 2);
- schließlich ist eine Dunkelziffer beim ALG II-Bezug, die nach neuester Berechnung bei 48 % liegt (Becker 2006), anzunehmen. Die Größenordnung liegt hier bei rund 0,9 Mio. unter 15-Jährigen.



Die regionale Verteilung ist höchst unterschiedlich. Es besteht ein Ost-West-, ein Nord-Süd- sowie ein Stadt-Land-Gefälle. Das heißt, das Risiko für Kinder ist zum Beispiel in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland, es ist höher in Städte als in ländlichen Regionen. Gleichwohl besteht auch innerhalb einer Region oder eines Bundesland eine sehr unterschiedliche Risikoverteilung: Im März 2007 wurde für Bayern eine kindspezifische Sozialgeldsquote von 8,5 % ausgewiesen. Das landesbezogene Spektrum wiederum reichte von der Stadt Hof mit 24,6 % bis zum Landkreis Ebersberg mit 2,9 %. In der bayerischen Landeshauptstadt München waren im Herbst 2007 rund 12 % der 19.600 unter 15-jährige im ALG II-Bezug (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2007).

Ursachen:

Als die drei wesentliche Ursachen für Armut von Erwachsenen in Deutschland gelten (Langzeit-)Erwerbslosigkeit sowie Erwerbstätigkeit auf niedrigem Zeitzniveau und/oder mit Niedriglohn. Letzteres, vor allem „working poor“ (d.h., arbeitende Arme = Vollzeiterwerbstätigkeit und dennoch kein Einkommen über der Armutsgrenze erzielend) nehmen rasant an Umfang und Bedeutung zu. Bisher nur selten wird nicht oder nur gering entlohnte Haus-/Pflege-/Erziehungs-/Sorgearbeit einbezogen. Gerade die beiden letztgenannten Ursachen sind in überwältigendem Maße frauenspezifisch geprägt. Darüber hinaus können Überschuldung, Scheidung oder Trennung, Behinderungen oder multiple Problemlagen ursächlich sein. Kinder, die in Haushalten mit einem oder mehreren der genannten sozialen Merkmale aufwachsen, sind besonders armutsgefährdet.

Risikogruppen:

Nicht alle Bevölkerungsgruppen sind gleichermaßen von Armut betroffen, sondern es finden sich gruppenbezogen unterschiedliche Risiken. Besondere Armutsrisiken weisen Personen auf, die einen Migrationshinter-

grund haben, die allein erziehend sind, eine niedrige Bildungsqualifikation aufweisen und/oder in sozial belasteten Quartieren leben. Kinder, deren Eltern diese sozialen Merkmale haben, sind ebenfalls besonders armutsgefährdet.

Unter Heranwachsenden sind vor allem vier Gruppen besonders gefährdet: Kinder von (langzeit-)erwerbslosen Eltern, in Ein-Eltern-Familien, in Familien mit Migrationshintergrund oder mit mehr als zwei Geschwistern. Weiterhin unterliegen Mädchen und Jungen in Großstädten – dort in benachteiligten Stadtteilen/Quartieren – einem höheren Risiko. Trotzdem leben in Deutschland zahlenmäßig die meisten armen Kinder in deutschen Familien und auf dem Land. Offenkundig wird: Einfache Zuschreibungen und Erklärungsmuster reichen nicht aus. Das gilt ebenso für die Bewertung von Elternverhalten.

Individuelles Elternverhalten

Die seit neuerem festzustellende intensive Medienberichterstattung über Kindesvernachlässigung bis hin zum Tod weist auf einen allgemeinen gesellschaftlichen Sensibilisierungsprozess hin, der gut und notwendig ist, der aber auch oft als Beleg für den rapiden Verlust von Elternverantwortung herangezogen wird. Wissenschaftliche Studien und amtlichen Statistiken sagen etwas anderes aus: *„Die Zahl der Kinder unter 10 Jahren, die durch einen tätlichen Angriff zu Tode gekommen sind, ist in den letzten 25 Jahren um mehr als die Hälfte gesunken. Lag der Anteil im Jahre 1980 noch bei 1,5 Fällen bezogen auf 100.000 der altersgleichen Bevölkerung, so betrug er im Jahre 2005 0,6 Fälle.“* (Fuchs-Rechlin 2006: 4) Gleichwohl ist sehr sorgfältig mit der Problematik umzugehen und der Schutz zu sichern.

Die AWO-ISS-Längsschnittstudie (vgl. Hock/Holz/Richter/Wüstendörfer 2000; Holz/Richter/Wüstendörfer/Giering 2006) belegte bereits in Erhebungen 1999 und 2003/04,

Gerda Holz, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) Frankfurt am Main

Armut bei Kindern und Handlungsansätze einer kindbezogenen Armutsprävention auf kommunaler Ebene – Impulse für sozialräumliches Handeln

dass arme und nicht-arme Eltern gleichermaßen in ihrem Erziehungsverhalten und ihren Erziehungsstilen aber auch im Bewältigungshandeln höchst individuell und damit unterschiedlich sind. Auch arme Eltern wollen das Beste für ihr Kind, erhoffen sich positive Zukunftsperspektiven für diese und versuchen negativen Folgen des Ressourcenmangels soweit wie möglich aufzufangen. Prekäre Lebensverhältnisse setzen dem aber mit zunehmendem Mangel und zunehmender Dauer klare Grenzen. Darauf deuten auch die Ergebnisse einer im Herbst 2007 von Wüstendörfer durchgeführten Befragung armutsbetroffener Familien in Nürnberg hin. Es wurden Eltern mit Nürnberg-Pass, das heißt, hier besteht aufgrund von Bedürftigkeit (ALG II-Bezug) ein Anspruch auf kostenlose Nutzung bestimmter kommunaler Dienstleistungen,

befragt. 500 Eltern gaben unter anderem Auskunft darüber, in welchen Bereichen ihre Familie Versorgungseinschränkungen infolge der finanziellen Mangellage vornehmen muss.

Die nachfolgende Abbildung 1 skizziert zweierlei: Zum einen das Spektrum der elterlichen Bewältigungsmöglichkeiten von keinerlei bis zu häufigen Einschränkungen in den abgefragten Komplexen. Zum anderen zeigen sich eher Einschränkungen bei den Eltern oder beim familiären Konsum und weniger bei direkt kindbezogenen Ausgaben. Das heißt: Eltern sparen zunächst bei sich selbst und gemeinsamen Familienaktivitäten bevor es dann zu Einschränkungen in der kindlichen Versorgung kommt. Das gilt auch für so genannte sozial „Schwache“.

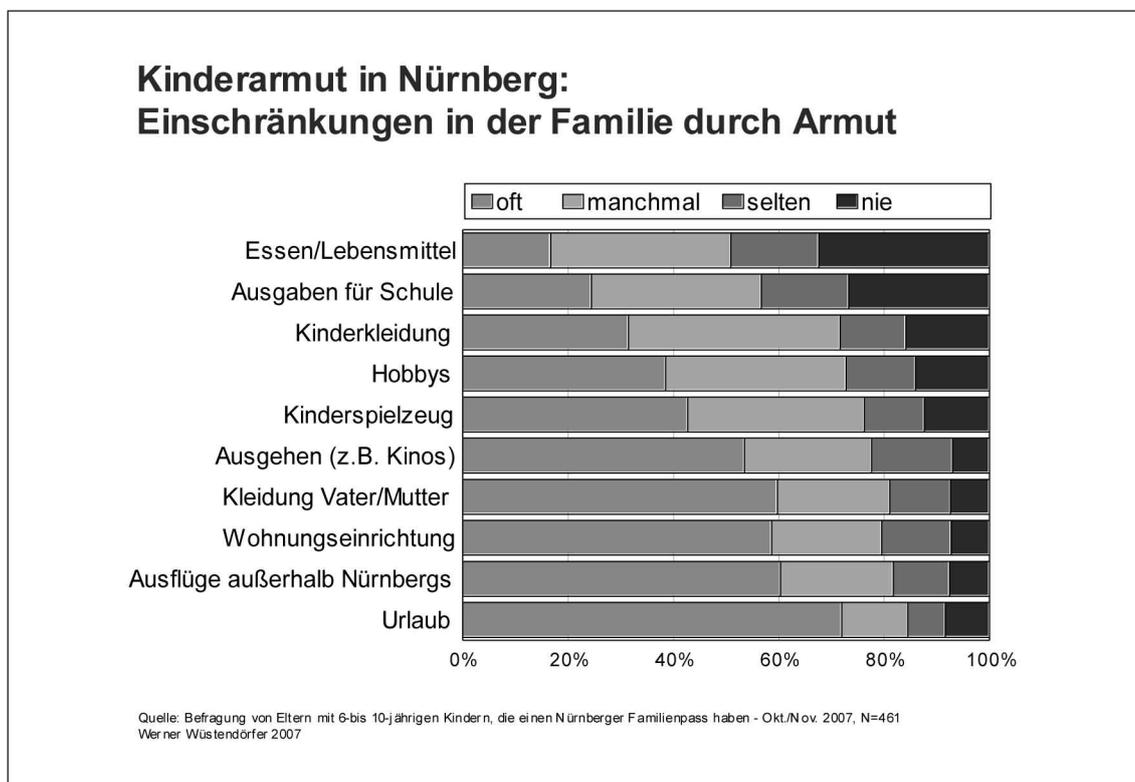


Abb. 1

**These 2:
Armut hat ein eigenes Kinder-
gesicht, basiert auf Ressourcen-
mangel und führt zu einer kom-
plexen defizitäre Lebenslage**

Bedeutsam ist die Leitfrage: Was kommt (unter Armutsbedingungen) beim Kind an? Weiterhin sind vier Grundbedingungen zu berücksichtigen: Es ist erstens vom Kind auszugehen; zweitens der familiäre Zusammenhang zu berücksichtigen und drittens ein mehrdimensionales Verständnis zugrunde zu

legen, um Aussagen über die Entwicklungs- und Teilhabechancen der betroffenen Kinder treffen zu können. Schließlich darf viertens Armut von Kindern nicht als Sammelbegriff für alle benachteiligenden Lebenslagen verwendet werden.

Zur Bewertung der Entwicklungsbedingungen bzw. -möglichkeiten armer Kinder im oben verstandenen Sinn – vor allem im Vergleich zu ökonomisch besser gestellten Kindern – sind folgende Lebenslagedimensionen zu berücksichtigen:

(1) Materielle Situation des Haushaltes („familiäre Armut“)	
(2-5) Dimensionen der Lebenslage des Kindes	
(2) Materielle Versorgung des Kindes	Grundversorgung (z.B. Wohnen, Nahrung, Kleidung)
(3) „Versorgung“ im kulturellen Bereich	Bildung (z.B. Arbeits-, Spiel- und Sprachverhalten)
(4) Situation im sozialen Bereich	soziale Integration (z.B. Kontakte, soziale Kompetenzen)
(5) Psychische und physische Lage	Gesundheit (z.B. Gesundheitszustand, körperliche Entwicklung)

Von „Armut“ wird immer und nur dann gesprochen, wenn „familiäre Armut“ vorliegt, das heißt, wenn das Einkommen der Familie des Kindes bei maximal 50 % resp. 60 % des deutschen Durchschnittseinkommens liegt. Mädchen und Jungen, bei denen zwar Einschränkungen bzw. eine Unterversorgung in den oben genannten Lebenslagedimensionen (2-5) festzustellen sind, jedoch keine familiäre Armut vorliegt, sind zwar als „arm dran“ oder als benachteiligt zu bezeichnen, nicht jedoch als „arm“.

Um einen umfassenden Blick auf die kindliche Lebenssituation zu erhalten, lassen sich die genannten vier Dimensionen in einem Lebenslageindex zusammenführen. Dieser umfasst drei Lebenslagetypen „Wohlergehen“, „Benachteiligung“ und „multiple Deprivation“:

- Von Wohlergehen wird dann gesprochen, wenn in Bezug auf die zentralen (Lebenslage-) Dimensionen aktuell keine ‚Auffälligkeiten‘ festzustellen sind, das Kindeswohl also gewährleistet ist.
- Eine Benachteiligung liegt gemäß Definition dann vor, wenn in einigen wenigen Bereichen aktuell ‚Auffälligkeiten‘ festzustellen sind. Das betroffene Kind kann in Bezug auf seine weitere Entwicklung als eingeschränkt bzw. benachteiligt betrachtet werden.
- Von multipler Deprivation schließlich ist dann die Rede, wenn das Kind in mehreren zentralen Lebens- und Entwicklungsbereichen ‚auffällig‘ ist. Das Kind entbehrt in mehreren wichtigen Bereichen die notwendigen Ressourcen, die eine positive Entwicklung wahrscheinlich machen.

Gerda Holz, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) Frankfurt am Main

Armut bei Kindern und Handlungsansätze einer kindbezogenen Armutsprävention auf kommunaler Ebene – Impulse für sozialräumliches Handeln

These 3:
Armut ist der größte Risikofaktor für die kindliche Entwicklung. Erst dann wirken Faktoren wie Bildungshintergrund, Elternkompetenz usw. Die Kumulation belastender Faktoren stellt schließlich das Hochrisiko für Kinder dar.

Mittlerweile kann profundes Forschungsmaterial zum Thema genutzt werden, so dass heute – im Gegensatz zu Ende der 1990er Jahre – kein allgemeines Erkenntnisdefizit (vgl. zuletzt Deutsches Kinderhilfswerk

2007) mehr gegeben ist: Die Armutsforschung weist nach, dass bereits im Vorschulalter arme Mädchen und Jungen erheblich Unterversorgung erfahren. Die Gesundheitsforschung führt relevante Belege bereits für den Zeitpunkt der Schwangerschaft der Frau und spätestens ab Geburt des Kindes an. Die Ernährungsforschung liefert ebenso wie die Bildungsforschung eindeutige Belege armutsbedingter Wirkungen ab frühem Kindesalter.

In den AWO-ISS-Studien weisen rund 40 % der armen, aber nur rund 15 % der nicht-

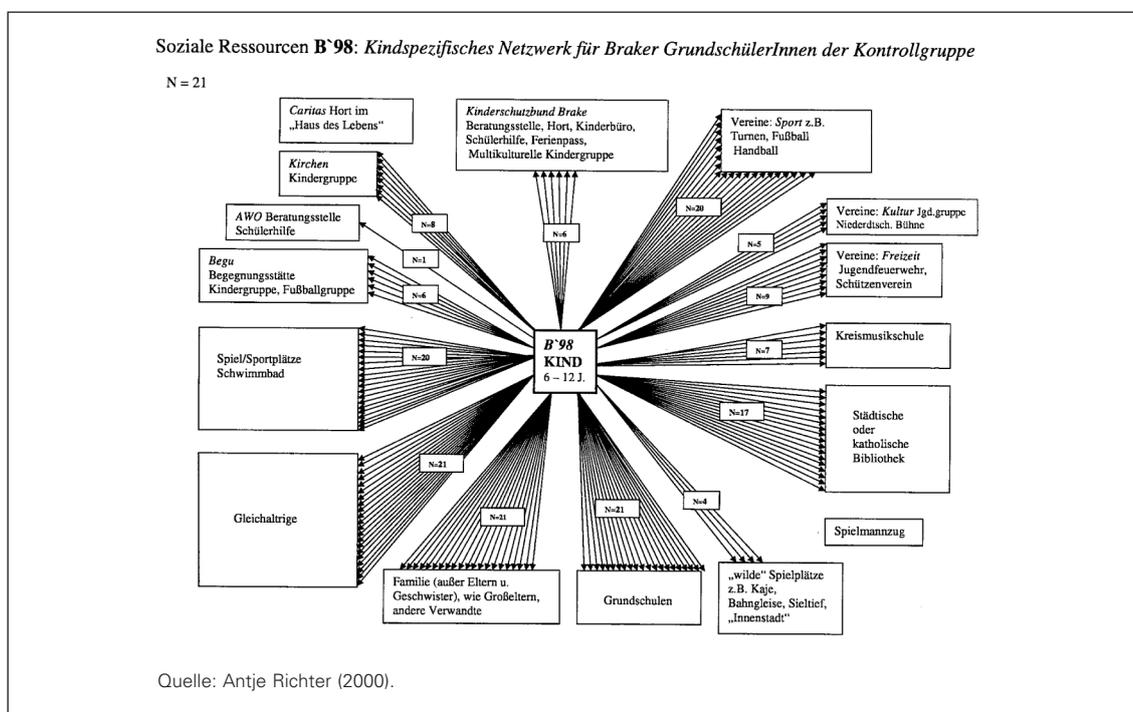


Abb. 2



armen Kindern Mängel in der Grundversorgung (Wohnung, Kleidung, Ernährung) auf. Bis zum Ende der Grundschulzeit wächst der Anteil bei den armen Kindern auf über 52 % an, dagegen sinkt er bei den nicht-armen Kindern gegen Null. Hinsichtlich der sozialen Lage wirkt sich die familiäre Armut dergestalt aus, dass zum Beispiel arme seltener als nicht arme Kinder ihre Freunde mit nach Hause bringen oder ihren Geburtstag feiern können. Sie haben weniger Gelegenheiten, über Vereinsaktivitäten soziale Kontakte zu schließen und zu pflegen.

Das zeigen besonders die Analysen von Richter zum sozialen Netzwerk von 6- bis 12-Jährigen ohne und mit Unterversorgungslagen (vgl. Abb. 2 und 3). Die skizzierten Spinnen belegen zum einen die beachtlichen Ressourcen von Minderjährigen in diesem Alter. Der Vergleich offenbart zum anderen sehr eindrücklich die eklatante Benachteiligung armer Mädchen und Jungen. Bei ihnen entfällt die Nutzung fast aller kulturellen Angebote. Der Zugang zu den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe gemäß Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) ist bereits eingeschränkt.

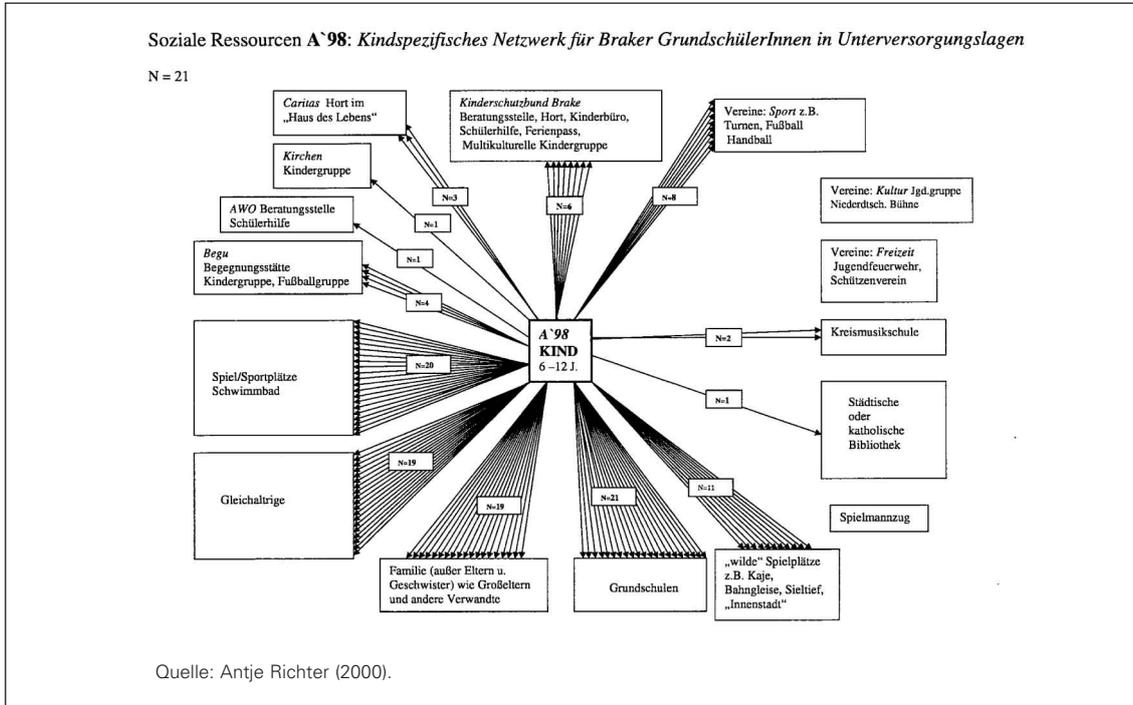


Abb. 3

Gerda Holz, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) Frankfurt am Main

Armut bei Kindern und Handlungsansätze einer kindbezogenen Armutsprävention auf kommunaler Ebene – Impulse für sozialräumliches Handeln

Arme und nicht-arme Kinder erfahren einen vollkommen unterschiedlichen und immer weiter auseinander gehenden Entwicklungsverlauf, wobei für erstere der „Fahrstuhl“ eher nach unten und für letztere eher nach oben geht. Je früher und je länger ein Kind Armutserfahrungen macht, desto gravieren-

der sind die Folgen für seine Lebenssituation heute und sein Zukunftschancen morgen. Das Spektrum aber auch die zum Teil gegenläufige Verteilung der Lebenslagentypen zeigt sich im Vorschulalter genauso wie im späten Grundschulalter (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Kindspezifische Lebenslagen der Kinder im Alter von 6 und 10 Jahren

Lebenslagentyp	Sechs Jahre (1999) (N = 893)		10 Jahre (2003/04) (N = 500)	
	Arme Kinder	Nicht arme Kinder	Arme Kinder	Nicht arme Kinder
Wohlergehen	23,6 %	46,4 %	15,1 %	47,5 %
Benachteiligung	40,3 %	39,8 %	46,5 %	41,9 %
Multiple Deprivation	36,1 %	13,7 %	38,4 %	10,6 %
Gesamt	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Quellen: „Armut im Vorschulalter 1999“. „Armut im späten Grundschulalter 2003/04. Eigene Zusammenstellung.

Die Spreizung zwischen Wohlergehen und multipler Deprivation bei armen wie nicht-armen Kindern sind Ergebnis von Sozialisationsprozessen und -bedingungen ab Geburt, sie bilden zugleich die Grundlage für den weiteren kindlichen Entwicklungsprozess. Dieser kann zu einer Verfestigung von Defiziten, aber auch genauso zu einer Verbesserung oder Verschlechterung der Lebenslage und Zukunftschancen der Betroffenen führen. Generell gilt, je früher, je schutzloser und je länger Kinder einer Armutssituation ausgesetzt sind, desto rasanter fährt der Fahrstuhl nach unten und um so geringer wird die Möglichkeit, individuell die eigentlichen Potenziale herauszubilden und Zukunftschancen zu bewahren. Die kindbezogene Armutsforschung belegt zweierlei: Zum einen ist eine hohe Dynamik in den Entwicklungsverläufen der Kinder erkennbar. Es gilt also nicht „einmal arm immer arm“ und „einmal multipel depriviert – immer multipel depriviert“. Zum anderen finden sich stark divergierende Lebens- und Entwicklungsver-

läufe. Unter den Armen überwiegen negative Verläufe, das heißt: Zunahme von Auffälligkeiten in den Lebenslagen und Wechsel des Lebenslagentyps, zum Beispiel von Benachteiligung nach multipler Deprivation. Bei den nicht-armen Kindern dominiert eine gefestigte positive Entwicklung, also zum Beispiel Verbleib im Wohlergehen.

4. These: Armutsfolgen bei Kindern können vermieden werden. Dazu bedarf es einer sozialen Gegensteuerung im Sinne einer kindbezogenen Armutsprävention.

Armut ist der größte Risikofaktor für die kindlichen Lebenschancen. Über welche individuellen, sozialen und kulturellen Ressourcen zur Bewältigung ihrer Auswirkungen ein Kind verfügt und welche Handlungsstrategien respektive welches Bewältigungshandeln es bei Belastungen entwickelt, hängt entscheidend

von der Lebenslage ab und baut auf einer Vielzahl von intervenierenden Variablen (persönlicher, familiärer und außerfamiliärer) auf. Ebenso sind außerfamiliäre Angebote und Sozialisationsinstanzen wie KiTas und der unmittelbare Lebensraum entscheidende Einflussfaktoren. Dort kann sowohl Einfluss auf die Entwicklung von Resilienz wie auch auf die Entstehung und Unterstützung eines förderlichen Umfelds genommen werden (vgl. Richter 2006, Zander 2008).

Die AWO-ISS-Studien belegen ebenso die Existenz von Schutzfaktoren – in beachtlicher Zahl und wirkungsvoll. Dazu zählen unter anderem das (Alltags-)Bewältigungshandeln von Eltern, das Erlernen von positiven Handlungsstrategien und eine gelingende, weil geförderte, soziale Integration in Peergroups sowie das soziale und schulische Umfeld (vgl. Abb. 4).

**Was fördert das Aufwachsen von Kindern im Wohlergehen?
Zu den Schutzfaktoren zählen u.a.**

<ul style="list-style-type: none"> ■ Individuelle Faktoren, z.B. <ul style="list-style-type: none"> ■ Kognitive Ressourcen ■ Selbstsicherheit, Selbstachtung ■ Individuelle soziale Kompetenzen ■ Interesse und Aufmerksamkeit ■ Familiale Faktoren, z.B. <ul style="list-style-type: none"> ■ Stabile und gute emotionale Beziehung zu Eltern in den ersten Jahren ■ Positives Familienklima ■ Regelm. gemeins. Familienaktivitäten ■ Kinderzentrierter Alltag ■ Frühe Eigenverantwortung, aber Eltern als „moralische Instanz“ ■ Problemlösungskompetenz der Eltern ■ Gefühl der Eltern, ihre (Armut-)Situation zu bewältigen ■ Berufstätigkeit der Eltern 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Außerfamiliäre Faktoren, z.B. <ul style="list-style-type: none"> ■ Unterstützung durch Dritte (Familie, Freunde, Nachbarschaft) ■ Erholungsräume für Kinder + Eltern ■ Vertraute Institutionen/Fachkräfte, die professionelle Hilfen eröffnen ■ Möglichkeit zum Erproben, Lernen und zur persönlichen Entwicklung von Kompetenzen (Vereine, Jugendhilfe) ■ Früher KiTa-Besuch ■ Gelingende Schulische Integration ■ Schulische Förderung und Erfolge ■ Gelingende soziale Integration in Peers ■ Keine Armut der Familie <ul style="list-style-type: none"> ■ Ein ausreichendes Einkommen ■ Keine Überschuldung
--	--

Quellen: „Armut im Vorschulalter 1999“, „Armut im späten Grundschulalter 2003/04. Eigene Zusammenstellung.

Abb.4

Die Schutzfaktoren weisen auf Möglichkeiten zur Gestaltung positiver Rahmenbedingungen des Aufwachsens von Jungen und Mädchen hin. Die haben eine unmittelbare Wirkung auf die Lebenslage und das Bewältigungsverhalten von Minderjährigen. Es sind weder allein individuell erworbene Kompetenzen, noch Selbstheilungskräfte (der Familie), sondern soziale Förderung, Ausgleich und Umverteilung, die den Kindern

eine wirkliche Zukunft eröffnen. Das Wissen wiederum eröffnet mannigfache Chancen zum gesellschaftlichen und staatlichen Handeln im Sinne einer kindbezogenen (Armut-)Prävention.

These 6: Armutsprävention erfordert ein Kindergesicht und ein eigenes Handlungskonzept der kindbezogenen Armutsprävention.

Da Armut ein gesellschaftliches Phänomen struktureller Art ist, kann Armutsbekämpfung (d.h. Vermeidung oder Verminderung) nur durch eine soziale Gegensteuerung geschehen.

Die theoretischen Konzepte der Gesundheitswissenschaft und die praktischen Ansätze zur Gesundheitsförderung bieten einen guten Orientierungsrahmen für das Handlungskonzept „kindbezogene Armutsprävention“. Es muss nicht immer bei Null angefangen werden. Das Paradigma hier lautet „Prävention als Aktion statt Reaktion“.

Kindbezogene Armutsprävention stellt einen theoretischen und praktischen Handlungsansatz dar, der aus der Kindperspektive heraus, auf positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Kinder heute und morgen hinwirkt.

Bezugspunkt ist Armut, das heißt, familiäre Einkommensarmut, da diese das größte Entwicklungsrisiko für Kinder darstellt.

Leitorientierung ist die Sicherung eines „Aufwachsens im Wohlergehen“ für alle Kinder und im Speziellen für arme. „Aufwachsen im Wohlergehen“ bedeutet, die Lebenswelt der Kinder so zu gestalten, dass hinsichtlich ihrer aktuellen Lebenslagen keine Beeinträchtigungen oder „Auffälligkeiten“ bestehen und somit eine positive Zukunftsentwicklung

Gerda Holz, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) Frankfurt am Main

Armut bei Kindern und Handlungsansätze einer kindbezogenen Armutsprävention auf kommunaler Ebene – Impulse für sozialräumliches Handeln

erwartbar ist. Für arme Kindern sind dabei Entwicklungsbedingungen zu schaffen, die ihnen ein positive Aufwachsen tatsächlich ermöglichen.

Hauptziel ist es, kindspezifische Armutsfolgen zu vermeiden resp. zu begrenzen, aber auch ursächliche Gründe auf Seiten der Eltern/Familie und des Umfeldes positiv zu beeinflussen. Sie kann folglich aus drei Richtung wirken: Zum einen indirekt durch (a) eltern-/familienorientierte und (b) sozialraumorientierte Maßnahmen sowie zum anderen direkt durch (c) kindorientierte Maßnahmen.

Wiederum mit Blick auf Jungen und Mädchen geht es sowohl darum, ihre Resilienz und damit ihre Widerstandskräfte zu fördern (Verhalten), als auch darum, durch Ausweitung struktureller Armutsprävention für sie bessere Verhältnisse zu schaffen. Beides bedingt sich gegenseitig und kennt dennoch eigene Schwerpunkte.

■ Individuelle Förderung und Stärkung (Verhalten)

Armut ist der stärkste Risikofaktor für ein Aufwachsen im Wohlergehen und gleichzeitig verfügen auch arme Kinder über Schutzfaktoren. Solche sind personaler (im Kind begründet) und sozialer (inner- und außerfamiliär) Art. Armutsbedingungen wirken dann weniger negativ, wenn zum Beispiel ein positives Familienklima, gemeinsame Aktivitäten, ein zentrierter Alltag in der Familie vorhanden sind, wenn positive emotionale Bindungen und Beziehungen zu Eltern bestehen und Eltern nicht überlastet oder überfordert sind, aber auch wenn KiTa und Schule sich den Kindern öffnen und ihre Potenziale zugunsten der Kinder einsetzen, zum Beispiel durch Förderung sozialer Integration.

Es geht um die Förderung der Sprache, das Aufwachsen in kinderfreundlichen Umwelten oder auch die soziale Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen.

- Strukturelle Prävention (Verhältnissen)
Dazu zählen Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik für Eltern genauso wie der Schutz von Kinderrechten oder der Ausbau einer ausreichenden Infrastruktur für Kinder und Familien. Es geht um die qualitative und quantitative Weiterentwicklung des Bildungssystems ebenso wie die Umsetzung von Gesundheitsförderung.

Kindbezogene Armutsprävention wird durch politische Entscheidungen ebenso ermöglicht bzw. überhaupt erst gesichert, aber auch genauso durch die Arbeit von Fachkräften in den Einrichtungen und Projekten. Daneben hat das Engagement von Einzelnen im sozialen Netzwerk der Kinder große Bedeutung.

Strukturprägend sind also das Netzwerk und die Präventionskette, das heißt, ohne abgestimmte Kooperation und zielführende Vernetzung geht es nicht. Eine solche Präventionskette (vgl. nachfolgende Abb. 5) beginnt spätestens in der KiTa, eigentlich schon während der Schwangerschaft oder mit der Geburt, und reicht bis zum erfolgreichen Berufseinstieg. Sie ist biografisch ausgerichtet und stellt die „Bildungsorte“ von Kindern ins Zentrum. Sie funktioniert dann optimal, wenn jederzeit und am kindlichen Bedarf orientiert die jeweils erforderlichen Förder- respektive Unterstützungsangebote für die Kinder und/oder deren Eltern bereit gestellt und für alle zugänglich gemacht sind. Dabei sind sowohl kind- als auch elternbezogene Angebote integriert, denn Armut ist nicht allein die Lebenslage des Kindes sondern immer auch seiner Eltern beziehungsweise Familie.



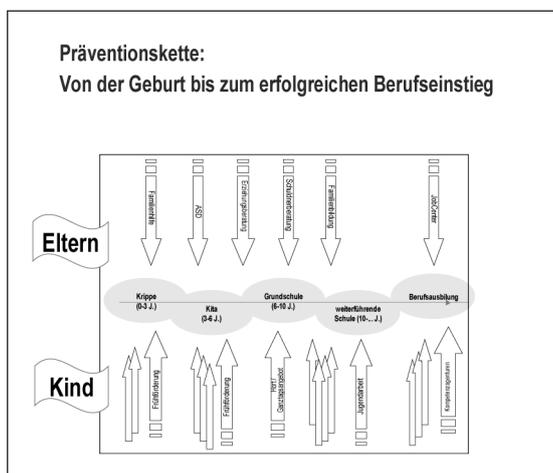


Abb. 5

Quelle: Eigene Darstellung

Wird also von kindbezogener Armutsprävention gesprochen, dann gilt:

- Begonnen wird zum (jeweils) frühestmöglichen Zeitpunkt.
- Die existentiellen Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes werden gesichert.
- Die Förderung von Teilhabe, Integration, Bildung und Gesundheit ist wichtiger Bestandteil.
- Das „Aufwachsen des Kindes im Wohlergehen“ im Hier und Jetzt sowie sein Wohlergehen in der Zukunft sind das Hauptziel.
- Die Eltern und die Familie sind erste Adressaten.
- Die Lebenswelt der Kinder (KiTa, Schule, Nachbarschaft, Stadtteil usw.) ist zu berücksichtigen.
- Die Förderung und Stärkung der Potentiale und Ressourcen des Kindes werden umgesetzt.
- Mögliche kindliche Entwicklungsdefizite werden verhindert oder bewältigt.
- Die Kinder werden gestärkt durch das Erlernen von problemlösendem Bewältigungshandeln.

- Die zentralen Garanten für den Zugang zu sozialen Ressourcen sind umfassende außerfamiliäre Angebote (Bildung und Erziehung, Betreuung sowie Beratung). Diese müssen jedem Kind finanziell zugänglich sein und emotional ansprechen.
- Träger und Fachkräfte des Bildungs-, Sozial-, Gesundheitswesens usw. sind mitverantwortlich für bedarfsgerechte und passgenaue Förderangebote.
- Politik und Verwaltung auf kommunaler, Landes- und/oder Bundesebene gestalten primärpräventiv wirkende gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Diese Elemente als Teilziele auf lokaler und auf institutioneller Ebene formuliert lassen sich als Maßnahmen, Angebote und Projekte operationalisieren und auf ihre nachhaltige Wirkung hin überprüfen.

**These 7:
Die Zukunft (der Stadt) sichern bedeutet die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen aller Kinder im Wohlergehen wahrzunehmen.**

Der Kommune kommt als Lebensort von Kindern immer die verantwortliche Gesamtsteuerung einer kindbezogenen Armutsprävention zu, wie es unter anderem im SGB VIII verankert ist. Hier wird der konkrete Lebensalltag von Kindern gestaltet, hier zeigen sich der (Miss-)Erfolg eines gesamtgesellschaftlichen Präventionsnetzwerkes. Entscheidend aber ist, dem lokalen Handeln und dem Engagement Einzelner eine mindestens so breite Bewegung auf Landes- und Bundesebene zum einen vorausgehen und zum anderen folgen zu lassen. Dort wird über die strukturellen Rahmenbedingungen insgesamt entschieden. Ansatzpunkte für eine Großstadt wie München sind aus fachlicher Sicht unter anderem folgende:

Gerda Holz, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) Frankfurt am Main

Armut bei Kindern und Handlungsansätze einer kindbezogenen Armutsprävention auf kommunaler Ebene – Impulse für sozialräumliches Handeln

- Es ist die gesellschaftliche und damit politische Verantwortung für (arme) Kinder als Selbstverständlichkeit zu formulieren und entsprechend zu gestalten.
- Es ist eine Gesamtstrategie der Kommune als Ausdruck politischen Wollens vor Ort zu entwickeln, und zwar
 - ressorts- und institutionsübergreifend sowie in Kooperation aller relevanten Akteure,
 - mit Fokus auf die Sicherung von Bildungsteilnahme und Gesundheitsförderung aller Kinder,
 - sowie aufbauend auf eine permanente Qualitätsentwicklung über Aus-/Fort-/Weiterbildung der Akteure.
- Es sind Migrationsfragen als soziale Inklusionsprozesse zu gestalten.
- Es ist das Unterstützungs- und Fördersystem für (arme) Eltern auszuweiten, zum Beispiel
 - im Rahmen allgemeiner Arbeitsmarktfragen (Vereinbarkeit von Familie und Beruf),
 - durch Erwerbsintegration Eltern und Förderung Kinder im Rahmen des SGB II/III,
 - durch den qualifizierten Ausbau der Eltern-/Familienbildung.
- Es ist eine wirkungsorientierte Präventionskette zu etablieren und kontinuierlich zu reflektieren. Dazu bedarf es einer qualifizierten – sozialraumorientierten – Sozialberichterstattung/-planung.
- Schließlich ist ein Netzwerk „Armutsprävention“ zu etablieren, das heißt
 - stadtweit und als Teil des Regelsystems, ausgerichtet an den unterschiedlichen Sozialräumen,
 - vorhandene Präventionsprojekte und -ansätze im Quartier/Sozialraum nutzend,
 - unter strategischer Federführung der kommunalen Kinder-/Jugendhilfe.



Es muss also nicht vollkommen Neues geschaffen werden, vielmehr geht es um Neuorientierungen auf der Basis des Vorhandenen oder anders: Es geht um einen Paradigmenwechsel im sozialen und staatlichen Umgang mit Armut: Aktive Prävention statt reaktiver Umgang mit Defiziten. Dabei ist eine Grundvoraussetzung – strukturell und methodisch – die Sozialraumorientierung der sozialen Arbeit wie der sozialen Politik in der Kommune.

Ausgewählte Literaturhinweise:

Armbruster, Meinrad (2006): Eltern-AG – Das Empowerment-Programm für mehr Elternkompetenz in Problemfamilien. Heidelberg.

Bundesagentur für Arbeit (2007): Monatsbericht November 2007. Nürnberg. Online: www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000000/html/start/monat/aktuell.pdf.

Becker, Irene (2006): Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der ALG II-Grenze. Arbeitspapier 3 des Projekts „Soziale Gerechtigkeit“ der J.W. Goethe-Universität Frankfurt/Main. Frankfurt am Main 2006.
Online: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2006-863-4-3.pdf.

Bertram, Hans (2006): Zur Lage der Kinder in Deutschland: Politik für Kinder als Zukunftsgestaltung. UNICEF-Bericht. Köln. Online: www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/fotomaterial/Kinderarmut/Studie.pdf.

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2005a): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht über die Lebenslagen junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin.
Online: www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/zwoelfter-kjb.property=pdf.pdf

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2005b): Nationaler Aktionsplan: Für eine kindgerechte Deutschland 2005 – 2010. Berlin.
Online: www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Publikationen/nap/nationaler-aktionsplan-fuer-ein-kindergerechtes-deutschland-2005-2010.html

Chassé, Karl August; Zander, Margherita; Rasch, Konstanze (2003): Meine Familie ist arm: Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen. Opladen.

DGgKV = Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung (Hg.) (2007): Themenheft „Resilienz, Ressourcen, Schutzfaktoren: Kinder, Eltern und Familien stärken“. 1/2007. Lengerich.

Deutscher Bundestag (2007): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Überwindung der „Hartz IV“-Abhängigkeit von Kindern und Eltern durch den Kinderzuschlag“. Berlin (Bt-Drs. 16/7586). Online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/075/1607586.pdf>.

Deutsches Kinderhilfswerk (Hg.) (2007): Kinderreport 2007. Freiburg i.Bg.

Fuchs-Rechlin, Kirstin (2006): Kindstötungen – Was sagt die Statistik?, in: KomDAT Jugendhilfe. Sonderausgabe 10/2006, S. 3–5.

Hock, Beate; Holz, Gerda; Wüstendörfer, Werner (2000): Frühe Folgen – langfristige Konsequenzen? – Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Frankfurt am Main.

Holz, Gerda (2007a): Wie Rahmenbedingungen von Kitas auf das Grundrecht der Gleichbehandlung von Kindern einwirken, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Jedes Kind mitnehmen – Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Gütersloh, S. 10–13. Online: www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_20448__2.pdf.

Holz, Gerda; Richter, Antje; Wüstendörfer, Werner; Giering, Dietrich (2006): Zukunftschancen von Kindern!? – Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit. Frankfurt am Main.

KIGGS im Robert Koch-Institut (2007): Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Gesamtüberblick und Darstellung erster Ergebnisse, Online: www.kiggs.de/experten/fachbeitraege/index.html sowie http://www.kiggs.de/experten/downloads/dokumente/BG_45_852_858.pdf

Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld.

Meier-Gräwe, Uta (2006): Was brauchen Eltern in benachteiligten Lebenslagen, in: Holz, Gerda (Hg.): Armut bei Kindern. KiTa Spezial 4/2006. Kronach, S. 14–18.

Richter, Antje (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut? Eine qualitative Studie über die Belastungen aus Unterversorgungslagen und ihre Bewältigung aus subjektiver Sicht von Grundschulkindern einer ländlichen Region. Aachen.

Richter, Antje (2006): Was brauchen arme Kinder? – Resilienzförderung und Armutsprävention, in: Holz, Gerda (Hg.): Armut bei Kindern. KiTa spezial 4/2006. Kronach, S. 9–14.

Sinus Sociovision (2007): Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Zentrale Ergebnisse einer qualitativen sozialwissenschaftlichen Untersuchung. Berlin. Online: www.sinus-sociovision.de/Download/Zentrale_Ergebnisse_16102007.pdf.

Statistisches Bundesamt (2006): Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA für Deutschland 2005 – Pressexemplar. Wiesbaden.
Online: www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/eu-silc/fdz_eu-silc-bericht.pdf.

Statistisches Bundesamt (2007): Statistisches Jahrbuch 2007 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2007.
Online: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/Jahrbuch,templateId=renderPrint.psm!__nnn=true.

Zander, Margherita (2008): Armes Kind – starkes Kind? Die Chance der Resilienz. Wiesbaden.

Dr. Christian Lüders

Deutsches Jugendinstitut

Sozialraumdiskussion quo vadis?¹

Marginalien zu den Tagungsthesen



Wer sich heute in der sozialpädagogischen Fachdiskussion und ihren Nachbarschaften auf der Höhe des Diskurses bewegen möchte, kommt um einen an der richtigen Stelle gesetzten Verweis auf Sozialräumlichkeit als zentralem Standard nicht vorbei. Das gilt erst recht im Kontext von Segregation, Marginalisierung und Integration in urbanen Räumen.

Die dieser Tagung zugrunde liegenden Thesen knüpfen insofern zunächst an den aktuellen fachlichen Mainstream an. Zugleich sind aus meiner Sicht einige ergänzende Marginalien notwendig. Vor dem Hintergrund der beiden anderen Vorträge von Maja Heiner und Gerda Holz erlaube ich mir dabei, weniger auf den Aspekt der Armut einzugehen und stattdessen, mich stärker der vierten und fünften These zuzuwenden.

Meine Anmerkungen basieren einerseits auf den empirischen Daten des Deutschen Jugendinstitutes (DJI), vor allem aus den Projekten Jugendhilfe und sozialer Wandel und der wissenschaftlichen Begleitung der Programme „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) und „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS).² Darüber greife ich auf die Ergebnisse zweier europäischer Konferenzen zurück, die im Umfeld dieser beiden Programme durchgeführt worden sind. Besonders wichtig sind mir dabei die Ergebnisse des EU-Fachkongresses „Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten – neue Strategien der Kohäsion“, der im Juni 2007 in Leipzig stattfand.³

Die erste der beiden Thesen, die mich zu einigen Anmerkungen verführt, formuliert ein weitgehendes Versprechen: „Sozialraum-

orientierung erweitert die Handlungskompetenz“: „Sozialraumorientierung baut auf integrierte Handlungskonzepte, anstatt weitere Ausdifferenzierung und Spezialisierung von Hilfen und Maßnahmen voranzutreiben und wirkt damit auch der Vereinzelung der Fachkräfte und der Dienste entgegen“.

Abgesehen von der etwas schrägen, keineswegs zwangsläufigen Behauptung eines Zusammenhanges von fachlicher Ausdifferenzierung bzw. Spezialisierung einerseits und Vereinzelung der Fachkräfte andererseits, dem im gleichen Atemzug das fachliche Prinzip der Sozialraumorientierung einerseits und die Vermeidung von Vereinzelung andererseits, kann man der entscheidenden Aussage, dass Sozialraumorientierung auf integrierte Handlungskonzepte aufbaut, nur zustimmen. Lenkt man dabei den Blick zunächst vor allem auf die sozialstaatlich institutionalisierten Akteure, lässt also für einen Moment Familie, familiäre und informelle Netzwerke einmal außer Betracht, werden damit eine Fülle von Herausforderungen aufgeworfen. Im Kern haben diese Herausforderungen eine ihrer Ursachen in dem Umstand, dass, wenn integrierte Handlungskonzepte mehr sein sollen als additive Handlungskonzepte, unvermeidlich die bisherigen Handlungsabläufe der jeweiligen beteiligten Akteure, also Schule, Arbeitsverwaltung, Gesundheit, Kultur, Stadtentwicklung, Polizei, Wohnungsbauwirtschaft, Wirtschaft etc., mindestens auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Integrierte Handlungskonzepte sind das Gegenteil versäulter und parzellierter Zuständigkeiten. Eine problemorientierte und abgestimmte Integration von Handlungsansätzen hat deshalb zur Voraussetzung, dass die bisherigen Binnen-

¹ Ergänzende Stichworte eines Impulsstatements im Rahmen der Fachtagung „Sozialraumorientierung – Segregation, Marginalisierung und Integration in urbanen Räumen“ am 15.02.2008 in München.

² Zu den Ergebnissen siehe http://172.16.0.250/bibs/330_8677_Endbericht_EundC.pdf

³ Die Dokumentation des Kongresses ist online verfügbar unter http://172.16.0.250/bibs/330_8666_Dokumentation_deu.pdf

logiken des Handelns aufgebrochen und an die gemeinsam definierten Strategien angepasst werden. Für viele Fachkräfte bedeutet die Aufgabe ihrer bisherigen Routinen deshalb zunächst keineswegs eine Erweiterung ihrer Handlungskompetenz, sondern Verunsicherung, verbunden mit ungewissem Ausgang, weil sie auch erfahren müssen, dass sie nun keineswegs mehr allein für die Problemdefinition und Problemlösung zuständig sind. Wer sich auf den mitunter mühseligen Prozess z. B. der gemeinsamen Problemdefinition unterschiedlicher Akteure, die eine unverzichtbare Grundlage zu integrierten Strategien darstellt, eingelassen hat, weiß um die damit einhergehenden Verunsicherungen und fachlichen Risiken. Dabei darf nicht verschwiegen werden, dass solche Prozesse auch scheitern können und dass man durchaus verstehen kann, wenn sich die eine oder andere Fachkraft wieder nach ihren überschaubaren Zuständigkeiten zurücksehnt. Es ist völlig unbestritten, was gutes sozialraumorientiertes Arbeiten alles zu leisten vermag. Die Erläuterungen zu der vierten These enthalten von Empowerment und Befähigung über Respekt und Solidarität nahezu alle derzeit verfügbaren Hoffnungen des sozialpädagogischen – eine Metapher Ernst Blochs hier aufnehmend – Wärmestroms; nicht im Widerspruch dazu, aber als Ergänzung erscheint es mir allerdings notwendig, die Fachdiskussion stärker als bisher auf die Voraussetzungen gelingender Sozialraumorientierung und die Risiken auf dem Weg dorthin zu lenken. Ein paar verstreute Hinweise mögen dies verdeutlichen.

Dazu gehört auch, präziser als bisher den Blick auf die jene Stellen zu legen, an denen die Fachpraxis trotz redlichem Bemühen

offenbar nicht so recht weiterkommt. Denn während die Fachliteratur nach wie vor in immer dickeren Werken Sozialraumorientierung in ihren verschiedenen Varianten ausbreitet, codifiziert und propagiert (vgl. z. B. Budde/Früchtel/Hinte 2006; Deinet 2005; Früchtel/Cyprian/Budde 2007; Früchtel/Budde/Cyprian 2007; Kessl/Reutlinger 2007; Kessl/Reutlinger/Maurer/Frey 2002)⁴, kann zumindest ich mich – wenn ich die mir bekannten Erfahrungen aus der Praxis und die Ergebnisse der DJI-Projekte vergegenwärtige – nicht des Eindrucks erwehren, als ob ständig mit großem Engagement Gas gegeben wird, und man gleichzeitig von irgendwoher gebremst wird. Was man beobachten kann – nicht zuletzt auch auf der Münchner Tagung – sind vielfältige Bemühungen, großes individuelles Engagement und zähes Ringen mit den Mühen der Ebene, diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Schließlich hat man es mit großen Aufgaben zu tun. Zugleich jedoch kommt die Entwicklung nicht richtig vom Fleck. Dazu nur ein paar, in der Sache durchaus heterogene Eindrücke:

- Trotz aller Bemühungen: Sozialraumorientierung ist nach vor vorrangig ein Programm der Sozialen Arbeit bzw. der Sozialpädagogik, vor allem der Kinder- und Jugendhilfe; echte integrative, akteursübergreifende Ansätze sind nach wie vor selten bzw. erweisen sich als ausgesprochen mühsam. München ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme.

Dazu gehört auch, präziser als bisher den Blick auf die jene Stellen zu legen, an denen die Fachpraxis trotz redlichem Bemühen offenbar nicht so recht weiterkommt.

⁴ Laut Homepage des VS-Verlages plant Ulrich Deinet ergänzend noch ein Methodenbuch Sozialraum, das 2009 erschienen soll. Darüber hinaus hat der Verlag Barbara Budrich für Herbst 2008 einen Band Monika Alisch und Michael May mit dem Titel Kompetenzen im Sozialraum: Sozialraumentwicklung und -organisation als transdisziplinäres Projekt angekündigt. Dies sind nur zwei ausgewählte der bislang zahlreichen weiteren Veröffentlichungen zu diesem Thema in naher Zukunft.

Dr. Christian Lüders

Deutsches Jugendinstitut

Sozialraumdiskussion quo vadis?

Marginalien zu den Tagungsthesen

- Trotz vielfältiger programmatischer Ansprüche in Sachen Sozialraumorientierung gibt es immer wieder Hinweise, dass letztendlich auch innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe, z. B. bei den allgemeinen sozialen Diensten, doch der individuelle Fall die leitende Perspektive darstellt.
- Nach wie vor herrscht reichlich Verwirrung darüber, was unter Sozialraumorientierung gemeint ist. Die den Thesen zugrunde liegende Vorstellung formuliert ein anspruchsvolles Programm. Die Realität – und dabei muss man bedenken, dass auf dieser Tagung eher die konzeptionelle Avantgarde vertreten war – ist nicht selten eine andere. Da erschöpft sich Sozialraumorientierung schnell mal in der amtlich definierten Klärung von sozialräumlichen Einzugs- und Zuständigkeitsbereichen. Dass Sozialraumorientierung in ihrem gehaltvollen Sinne etwas mit der aktiven Aneignung der Räume durch die Bewohnerinnen und Bewohner, mit in den Räumen vorhandenen bzw. entwickelbaren Ressourcen, mit Beteiligung und Befähigung, mit Gestaltungsspielräumen zu tun hat, bleibt in diesen Fällen in der Praxis schnell mal auf der Strecke.

Nun mögen dies alles Anlässe zum Klagen sein. Wichtiger scheint mir allerdings die Frage, wo mögliche weiterführende Perspektiven zu finden sind, will man nicht in dieser wenig befriedigenden Lage verharren oder gar das Programm aufgeben, so wie es an mindestens einer Stelle auf der Tagung anklang.

Eine dafür wichtige Einsicht ermöglicht der europäische Vergleich. Denn dieser macht deutlich, dass sozialräumliche, integrative Strategien ihr ganzes Potenzial nur dann ent-

falten können, wenn sie eingebettet sind in entsprechend förderliche Formen der politischen kommunalen Steuerung und in nationale Politiken. Jenseits des bitte nicht zu unterschätzenden individuellen Engagements und den in der fünften These zu Recht angesprochenen, als Voraussetzung unverzichtbaren entsprechenden Infrastrukturen, hängt die Frage, wer mit wem jeweils zusammenarbeitet, wo es welche Schwierigkeiten gibt oder wo gar die Abstimmung und die Kooperation scheitern, offenbar im hohen Maße von zwei Aspekten ab.

- Wie wird vor Ort politisch gesteuert? Wie sind die Verantwortlichkeiten organisiert, welche Akteure werden wie eingebunden, wie werden Entscheidungen getroffen? Und um eine Antwort auf diese Fragen zu geben: Für sozialräumliche, integrative Strategien ist es ausgesprochen förderlich, wenn der kommunale Modus weniger der traditionellen Top-Down-Logik folgt, sondern eher dem, was Politologen als Formen „urban governance“ beschreiben. Die Diskussion um „urban governance“ – und ähnlicher Konzepte wie z. B. die Diskussion um local regulatory capacity, participatory governance, collaborative planning⁵ – reagiert also auf die Entwicklung in Städten, dass die Anzahl der die Lebensbedingungen vor Ort mitgestaltenden Akteure und Netzwerke zunimmt, dass diese nicht mehr hierarchisch, gleichsam top-down steuerbar sind und dass es deshalb dezentraler, kooperativer und partizipativer Gestaltungsstrategien und Entscheidungsprozesse bedarf. „Das entscheidende Element“, so Renate Mayntz, „dieses Formwandels ist das Zusammenwirken, die Kombination von gesellschaftlicher Selbstregulierung und politischer

⁵ Zur Entstehungsgeschichte und als kurzer Überblick: Goldsmith 2001; Benz 2004; Schwalb/Walk 2007.



Steuerung“ (Mayntz 1997, S. 284).⁶
 Und um die These stark zu machen:
 Selbstverständlich kann man integrierte Strategien gleichsam von oben verordnen. Deutlich erfolgreicher sind diese Ansätze – und das belegen alle Erfahrungen aus dem europäischen Ausland – allerdings in einem politischen Umfeld, das auf die verbindliche Einbindung aller zu beteiligenden Akteure vor Ort setzt und als die zentralen Handlungsmodi Verhandlung und Koordination auf der Basis gemeinsamer Problemdefinitionen anerkennt. Damit einher geht allerdings die Ausweitung der Sphäre des Politischen in die Stadtgesellschaft mit all den damit verbundenen Implikationen in Bezug auf Beteiligung und Teilhabe. Mit anderen Worten: Für die Verwaltung wird das Leben nicht einfacher.

- Zweitens: Wiederum vor allem aus vergleichender europäischer Perspektive wird sichtbar, wie wichtig dabei nationale Strukturen sind. Man kann dies tagtäglich u. a. am Beispiel der Schule mit ihrer politischen Verantwortlichkeit auf Landesebene und ihrer überregionalen Steuerung beobachten.⁷ Wo es aber auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene gelingt, derartige Hürden zu überwinden und ressortübergreifende Zusammenarbeit zu stiften, hat es die Praxis integrierter Handlungsansätze deutlich leichter.

Unabhängig davon belegen die Erfahrungen aus den Programmen E & C und LOS sowie aus anderen europäischen Ländern, dass bei alledem nicht nur die staatlichen Akteure beteiligt werden müssen, sondern soweit als möglich auf gleicher Augenhöhe – wobei die politische Letztverantwortung aufseiten des Staates verbleiben muss – auch die nicht-staatlichen Akteure, also neben freien Trägern sowohl die NGOs und lokalen Initiativen als auch, und dies wird immer wieder vergessen, die private Wirtschaft. Vor allem Letzteres ist angesichts des Themas dieser Tagung von zentraler Bedeutung: Armutsbekämpfung in einer spätkapitalistischen Gesellschaft ohne Beteiligung von Wirtschaft hat heldenhafte, fast tragische Züge an sich.

Schließlich bedarf es nationaler Verfahren, die sensibel auf lokale Bedingungen antworten. Globale Fonds und Mikroprojekte, die vor Ort gesteuert und ausgestaltet werden, scheinen, folgt man den Erfahrungen z. B. aus England, dabei wichtige Elemente darzustellen. Zu der sensiblen Berücksichtigung der Bedingungen vor Ort gehört auch das Thema Beteiligung. Wir wissen, dass Projekte, die Beteiligung der Betroffenen von Beginn an vorsehen, erfolgreicher sind, als reine, wenn auch gut gemeinte Top-Down-Beglückungsprojekte.

⁶ In einer anderen Formulierung: „I shall call this new mode of governing »modern governance«. Modern governance means a more cooperative form of governing, different from the old hierarchical model in which state authorities exerted sovereign control over the groups and citizens making up civil society (...). In modern governance, state and non-state institutions, public and private actors participate and often cooperate in the formulation and implementation of public policy. The structure of modern governance is not characterized by hierarchy, but by autonomous corporate actors (i.e. formal organizations) and interorganizational networks“ (Mayntz 2002).

⁷ Im Rahmen des Vortrages auf der Tagung bin ich zur Illustrierung der These etwas ausführlicher auf die nach wie vor zähe Kooperation Jugendhilfe – Schule eingegangen. Es sei ausdrücklich angemerkt – auch vor dem Hintergrund entsprechender Missverständnisse auf der Tagung –, dass damit nicht in die Kerbe der üblichen Schulkritik eingeschlagen werden soll. Vielmehr gilt es zunächst das vielfältige individuelle Engagement von Schulen, Lehrerinnen und Lehrer und den dafür jeweils verantwortlichen Leitungen zu würdigen. Zugleich kann jedoch nicht davon abgesehen werden, dass aus strukturellen Gründen, die u.a. in der föderal geregelten Verteilung der Aufgaben und in der Art und Weise der Organisation Schule liegen, Schulen aufs Ganze gesehen bislang erhebliche Probleme haben, sich gegenüber ihren jeweiligen Sozialräumen zu öffnen und sich auf gemeinsame Strategien z. B. mit der Kinder- und Jugendhilfe einzulassen. Dies festzustellen ist kein Vorwurf, sondern die Zurkenntnisnahme struktureller Hürden. Diese zu leugnen, wäre auf Dauer naiv und würde das Scheitern geradezu provozieren.

Dr. Christian Lüders

Deutsches Jugendinstitut

Sozialraumdiskussion quo vadis?

Marginalien zu den Tagungsthesen

Es sei zugegeben, dass damit zunächst neue Probleme auftauchen. Denn mit der Zunahme der Akteure taucht unvermeidlich auch die Frage auf, wer wie eigentlich die Zielgruppen bzw. die Herausforderungen definiert. Denn den unterschiedlichen Ressorts liegen sehr heterogene Perspektiven, Problemdefinitionen und entsprechende Handlungslogiken zugrunde. Was aus der Sicht der Schule als Schulschwänzen erscheinen mag, betrachtet die Polizei als Sicherheitsproblem, die Sozialarbeit als ungelöste Adoleszenzproblematik und die Arbeitsverwaltung als Unfähigkeit zur Integration auf dem Arbeitsmarkt. Die Kids schließlich denken eher in Kategorien von Entlastung, Vermeidung und kleinen Freiheitsgewinnen. Wenn

nun aber ressortübergreifend Strategien abgestimmt werden sollen, stellt sich die Frage, wer das Sagen hat, welche Kriterien das jeweilige Vorgehen prägen. Zugleich ist dabei damit zu rechnen, dass sich nicht immer der pädagogische Blick in reiner Form durchsetzen kann.

Doch davon darf man sich nicht abschrecken lassen. Wenn wir es ernst meinen mit der Idee der Sozialraumorientierung, wie sie auch in den Thesen formuliert wurde, wenn wir also das halb volle bzw. halbleere Glas noch füllen wollen, braucht es mehr Aufmerksamkeit auf den gerade benannten politischen Ebenen.

Literatur:

Benz, Arthur: Governance: Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden, VS-Verlag 2004.

Budde, Wolfgang/Früchtel, Frank/Hinte, Wolfgang (Hrsg.): Sozialraumorientierung: Wege zu einer veränderten Praxis. Wiesbaden, VS 2006.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Deutsches Jugendinstitut: EU-Fachkongress „Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten – Neue Strategien der Kohäsion“ 26.-28. Juni 2007. Leipzig. Verfügbar über: http://172.16.0.250/bibs/330_8666_Dokumentation_deu.pdf

Burchardt, Susann/Förster, Heike/Harmsen, Christiane/Mögling, Tatjana/Tillmann; Frank: Die Bundesmodellprogramme „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ und „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ im Kontext neuer kommunalpolitischer Strategien. Endbericht der zweiten Phase der wissenschaftlichen Begleitung (2004 – 2006). Halle DJI 2007. Verfügbar über http://172.16.0.250/bibs/330_8677_Endbericht_EundC.pdf

Deinet, Ulrich: Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte. Wiesbaden, VS 2005.

Früchtel, Frank/Cyprian, Gudrun/Budde, Wolfgang: Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Textbook: Theoretisches Grundlagen. Wiesbaden, VS 2007.

Früchtel, Frank/Budde, Wolfgang/Cyprian, Gudrun: Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Fieldbook: Methoden und Techniken. Wiesbaden, VS 2007.

Goldsmith, Michael: Urban Governance. In: Paddison, Ronan (Hrsg.): Handbook of Urban Studies. London, Thousand Oaks & New Dehli, Sage 2001, S. 325-335.

Herrmann, Klaus (Hrsg.): Leuchfeuer querab! Wohin steuert die Sozialraumorientierung? Beiträge aus Theorie und Praxis. Berlin & Bonn, Westkreuz-Verlag 2006.

Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian: Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden, VS 2007.

Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden, VS 2005.

Mayntz, Renate: Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie (1996). In: dies.: Soziale Dynamik und politische Steuerung. Theoretische und methodologische Überlegungen. Frankfurt/M. & New York, Campus 1997, S. 263-292.

Mayntz, Renate: The State and civil society in modern governance: Papier auf dem VII internationalen Kongress des CLAD 2002. Zugänglich über: <http://cebem.com/biblioteca/vicongresoclad/mayntz.pdf>

Projekt „Netzwerke im Stadtteil“ (Hrsg.): Grenzen des Sozialraums. Kritik eines Konzeptes – Perspektiven für Soziale Arbeit. Wiesbaden, VS-Verlag 2005.

Reutlinger, Christian/Mack, Wolfgang/Wächter, Franziska/Lang Susanne (Hrsg.): Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa. Wiesbaden, VS-Verlag 2007.

Schwalb, Lilian/Walk, Heike: Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe? Wiesbaden, VS 2007.



Dr. Maria Kurz-Adam

Leitung des Stadtjugendamtes München

Den Sozialraum nutzen! – Den Sozialraum nutzen? Anmerkungen zu den Perspektiven der Sozialraumorientierung der Kinder- und Jugendhilfe in München

Ich darf mich herzlich für Ihre Geduld bedanken und freue mich, Ihnen im Rahmen meines Abschlussvortrags einige Gedanken zur Sozialraumorientierung der Kinder- und Jugendhilfe aus Sicht der Jugendamtsleitung mitzugeben und darüber mit Ihnen in die weitere Diskussion zu treten. Diese Gedanken gründen auf meinen langjährigen Erfahrungen und Erkenntnissen aus Forschung und Lehre zur Theorie und Wirklichkeit der Sozialraumorientierung. Ich habe diese Erfahrungen ebenso gewonnen in meiner früheren Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendamt München im Projekt „Umbau statt Ausbau“ der Erziehungshilfen wie aus meinem jetzt vorhanden Wissen über die Kinder- und Jugendhilfe in München als Leiterin des Stadtjugendamtes. Dieses Wissen ist sicher noch unvollständig und steht auch unter dem Eindruck eines sich gegenwärtig abzeichnenden Paradigmenwechsels in der Kinder- und Jugendhilfe, der sich mit einer zunehmend stärker werdenden öffentlichen Forderung nach dem Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe nach § 8a SGB VIII gerade vollzieht. Deshalb ist der Vortrag keine abschließende Position, sondern Teil eines umfassenderen Prozesses des Nachdenken über die Kinder- und Jugendhilfe, über ihren lebensweltlichen und sozialräumlichen Auftrag, der sich in Beziehung setzt zu ihrem Auftrag, für ein sicheres und geborgenes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in dieser Gesellschaft einzutreten.

Dieses Nachdenken bezieht sich einerseits über das Verhältnis vom *Diskurs* der Sozialraumorientierung zur vorgefundenen *Praxis* der Sozialraumorientierung. Achtzehn Jahre nach Inkrafttreten des SGB VIII und nahezu 10 Jahre nach dem Entstehen sozialräumlicher Ansätze ist die Frage nach den Wirkun-

gen, nach den „Risiken und Nebenwirkungen“, wie es ein Titel einer großen Fachtagung in Berlin 2006 zur Sozialraumorientierung bezeichnet hat, legitim und wichtig¹. Die Tagung heute ist ein weiterer Schritt, sich umfassend mit den Wirkungen sozialräumlicher Projekte und sozialräumlichen Arbeitens in der Kinder- und Jugendhilfe zu befassen. Dieses Nachdenken bezieht sich andererseits aber ebenso auf die Rolle und Bedeutung der *Subjekte* in den Projekten der Sozialraumorientierung – es ist ein Nachdenken darüber, wie sich Institutionen, Fall und Feld heute, unter dem Eindruck öffentlich verhandelter Fälle vom gewaltsamen Kindestod, zueinander verhalten und verhalten müssen. Es ist schließlich ein Nachdenken über die biographische Bedeutung von Räumen für Kinder und Jugendliche, über die unterschiedlichen Bedeutungen von Räumen in deren subjektiver Wahrnehmung, was die Freiheit der Nutzung von Räumen, aber auch deren Kraft für den Schutz vor Gefährdungen angeht und über die unterschiedlichen Wirkungsgrade dessen, was wir uns alle von Sozialraumreformen oder Sozialraumorientierung erhofft haben und weiterhin erhoffen können. Meinen Beitrag möchte ich verstanden wissen als Anstoß zu einem weiterhin gemeinsamen Arbeiten an der Weiterentwicklung sozialräumlichen Arbeitens in der Kinder- und Jugendhilfe in München mit allen ihren Partnern. Ich möchte ihn verstehen als Anstoß für ein weiteres gemeinsames Bestellen des Felds der Kooperationen und Netze in den Stadtteilen, für eine Weiterentwicklung von tragfähigen und stützenden Netzwerken, für ein nachdrückliches Eintreten für die Partizipation und die Subjektperspektive der Kinder und Jugendlichen, aber auch für die Weiterentwicklung der Qualität der Kinder- und Jugendhilfe im Kontext ihres Auftrag, Kinder



¹ *Tagungsdokumentation des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. (Hg.): Sozialraumorientierter Umbau der Hilfen zur Erziehung: Positive Effekte, Risiken und Nebenwirkungen. Band 1 und 2, Berlin 2007.*

Dr. Maria Kurz-Adam

Leitung des Stadtjugendamtes München

Den Sozialraum nutzen! – Den Sozialraum nutzen? Anmerkungen zu den Perspektiven der Sozialraum- orientierung der Kinder- und Jugendhilfe in München

und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen und positive Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche und ihre Familien, die in dieser Stadt leben und aufwachsen, zu sichern oder zu schaffen.

1 Sozialraumreformen als Vision

Die Kinder- und Jugendhilfe hat seit Inkrafttreten des SGB VIII 1990/91 erhebliche Modernisierungswellen durchlaufen – die Lebensweltorientierung ihrer Angebote, ein verändertes, selbstbewusstes und eigenständiges Bildungsverständnis, die Dienstleistungsorientierung ihrer Verwaltungs- und Vollzugsstruktur und die Anpassung an das Neue Steuerungsmodell sind nur einige der wichtigen Stichworte, die diese Modernisierungslinien markieren. Getragen wurden diese Modernisierungslinien von starken Visionen, die eine Professionalisierung und

eine sozialpolitische Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe erreichen wollten – weg von der Fürsorge, hin zur Dienstleistung, weg vom Problemansatz, hin zum Ressourcenansatz, weg vom Verwaltungsvollzug, hin

zur offenen Partizipation. Eine der stärksten und nachhaltigsten Visionen, die insbesondere im Arbeitsfeld der Erziehungshilfen sowie in der Gemeinwesenarbeit ihren Ausgangspunkt hat, war die Vision der Sozialraumorientierung der Hilfen. Sie war stark deswegen, weil sie neben einem Programm fundamental zu ändernder Arbeitsansätze ein Organisationsprogramm formuliert hat, das das gesamte Feld der Angebote und der Steuerung der Kinder- und Jugendhilfe neu sortieren, neu ordnen und strukturieren sollte.

Die Vision der Sozialraumorientierung folgte drei programmatisch verstandenen Begriffen

oder Anforderungen:

- **Niedrigschwelligkeit:** Diese Anforderungen umfasst sowohl die Zugänge zu den Hilfen als auch die Konzeption von Hilfen, die so anzulegen sind, dass sie diejenigen, die sie brauchen, auch erreichen. Dazu müssen Institutionen sich öffnen, hinausgehen in den sozialen Raum, statt darauf zu warten, dass diejenigen, die sie brauchen, schon kommen werden.
- **Empowerment:** Diese Anforderung stellt die Kompetenzen der Subjekte in den Mittelpunkt, die es durch die Konzeption der Hilfen zu sehen und zu stärken gilt. Wesentlich für diese Anforderung ist eine Änderung der Haltung der Fachkräfte, die – so lautete die These – eher die Probleme, die Kinder, Jugendliche und ihre Familien haben, in den Mittelpunkt stellen und Lösungen eher im System der Hilfen und weniger in den Selbstheilungskräften der Subjekte sehen.
- **Prävention:** Diese Anforderung zielt darauf ab, Hilfenkarrieren und Eskalationen in den biografischen Verläufen von Kindern und Jugendlichen zu verhindern, in dem frühzeitig und nachhaltig Unterstützungsleistungen richtig platziert werden. Wesentlich für diesen Gedanken der Prävention war die selbstkritische Analyse innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe, dass sie selbst mit ihrer versäulten und zergliederten Verfasstheit dazu beiträgt, Probleme zu verfestigen. Prävention ist also auch der Auftrag, eigene Systemfehler zu beseitigen und frühzeitig und richtig Unterstützungsangebote zu machen und Hilfen aus einer Hand zu leisten.

Jede Vision hat ihre Versprechen, an die es zu erinnern gilt, wenn die Frage nach ihren Wirkungen gestellt wird: das Versprechen der Visionen der Sozialraumorientierung war es, die Institutionen und Hilfen der Lebenswelt zu öffnen, die Ressourcen der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien zu nutzen und zu stärken und dem versäulten System

Eine der stärksten und nachhaltigsten Visionen, die insbesondere im Arbeitsfeld der Erziehungshilfen sowie in der Gemeinwesenarbeit ihren Ausgangspunkt hat, ...



von Angeboten und Hilfen geschuldeten Hilfekarrieren präventiv entgegen zu treten. Der soziale Raum, in dem Kinder und Jugendliche leben, wird in der Sozialraumorientierung der Kinder- und Jugendhilfe zum Versprechen im Sinne einer positiven und fördernden Nutzung des Raums, in dem Kinder, Jugendliche und ihre Familien leben.

Wesentlich für die Analyse der Wirkungen der Visionen Sozialraumorientierung ist es, das Organisationsprogramm und das Arbeitsprogramm der Sozialraumorientierung zu unterscheiden. Als Arbeitsprogramm war dies insbesondere das Schlagwort „Vom Fall zum Feld“, das eine Abwendung von der einzelfallorientierten Arbeit zur raumorientierten, Ressourcen erschließenden Feldarbeit zum Ziel hatte, die die unterschiedlichen Institutionen miteinander vernetzt. Als Organisationsprogramm wurde unter dem Schlagwort „Umbau statt Ausbau“ zugleich eine tiefgreifende Umorganisation insbesondere für die erzieherischen Hilfen auf den Weg gebracht, das zahlreiche Kommunen, insbesondere im großstädtischen Raum, aufgegriffen und umgesetzt haben. Kernelement dieses Organisationsprogrammes war die konsequente Dezentralisierung insbesondere der Leistungen der ambulanten Erziehungshilfen, eine enge Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und freiem Träger der Erziehungshilfen und eine klare Zuweisung von Verantwortung des Trägers für den sozialen Raum, in dem er seine Leistungen erbringt. Neue – von der Einzelfalllogik abweichende - Finanzierungsformen waren notwendig, Pauschalierungen in Form von Budgets für fallunspezifische Leistungen wurden für die zu erbringenden Leistungen verhandelt, Versorgungsaufträge für die Leistungserbringer im Sozialraum festgelegt. Ziel war es, neben einer fachlichen Qualitätsdebatte über die Verfasstheit und die Wirkungen erzieherischer Hilfen auch eine Überschaubarkeit und bessere Steuerbarkeit der finanziellen Transferleistungen in der Kinder- und Jugendhilfe zu erreichen.

Gerade an diesem Organisationsprogramm der Verwaltung können wir sehen, welche Kraft diese Visionen der Sozialraumorientierung entfaltet haben – denn Verwaltungen umzubauen, ist, wie Sie alle wissen, nicht leicht. Wesentlich für die Erfolgsgeschichte der Sozialraumorientierung in der Verwaltung der Kinder- und Jugendhilfe war, dass deren Konzepte sehr gut korrespondiert haben mit den Anforderungen und Zielen der Neuen Steuerung. Die Ziele der Verwaltungsmodernisierung und Neuen Steuerung mit ihren Prinzipien der Kundinnen- und Kundenorientierung, der Bürgerinnen- und Bürgernähe, der Dezentralisierung, aber auch der Budgetverantwortung haben eine starke Übersetzungshilfe geleistet, um Kinder- und Jugendhilfe vor allem in den Städten sozialräumlich gut umzuorganisieren. Gerade in der Organisation der Hilfen zu Erziehung hat diese Vision eine große und umfassende Veränderung gebracht. Umfassend insofern, wenn man das versäulte Feld der Hilfen vor zehn Jahren mit einem stark ambulant ausgebauten und vernetzten Feld heute vergleicht, in dem die sozialräumlich organisierten ambulanten Hilfen einen ebenso hohen Anteil haben wie die stationären Hilfen, in dem aber auch stationäre Hilfen etwa durch Rückführungskonzepte deutliche sozialräumliche Akzente ihrer Arbeit gesetzt haben. Aber auch in allen anderen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe war die Sozialraumorientierung als Organisationsprogramm ein Erfolgsprogramm, weil es vermeintlich unabänderliche Systemträgheiten kraftvoll und sichtbar verändern konnte.

2 Sozialraumorientierung als Wirklichkeit

Die Frage der Wirklichkeit der Sozialraumorientierung ist aus zwei Perspektiven zu beantworten. Dies ist zum einen die Perspektive der Übersetzung eines Diskurses in Handeln – eine Unterscheidung übrigens, die Joachim Merchel einmal gemacht hat in der Debatte

Dr. Maria Kurz-Adam Leitung des Stadtjugendamtes München Den Sozialraum nutzen! – Den Sozialraum nutzen? Anmerkungen zu den Perspektiven der Sozialraum- orientierung der Kinder- und Jugendhilfe in München

über die Steuerung der Kinder- und Jugendhilfe. Denn das Programm der Sozialraumorientierung als „fortschrittliche Praxis“ ist auch einer Vieldeutigkeit der Diskurse ausgesetzt, die unterschiedlich ausgelegt werden kann. Zum anderen ist dies die Perspektive der Forschung, die die wesentlichen Begriffe der Sozialraumorientierung – Niedrigschwelligkeit, Empowerment, Partizipation – auf ihre Umsetzung im alltäglichen Handeln sozialer Arbeit überprüft. Diese beiden Perspektiven – Umsetzung der Sozialraumorientierung in der Wirklichkeit und Überprüfung der Wirksamkeit der Sozialraumorientierung durch Forschung, möchte ich Ihnen hier kurz vorstellen.

Vom Diskurs zur Organisation I: Übersichtlichkeit herstellen – Räume beschreiben

Einer der wichtigsten Schritte im Zusammenhang von Neuer Steuerung und Verwaltungsmodernisierung war der Schritt der Herstellung von Übersichtlichkeit in einem zunehmend unübersichtlichen Feld von Angeboten und einer Vielstimmigkeit Sozialer Arbeit, die es den Kindern, Jugendlichen und ihren Familien nicht immer leicht gemacht hat, sich zurechtzufinden. Wesentlich für die Umsetzung der Neuen Steuerung war es, Dezentralisierung erkennbar zu machen, soziale Räume zu definieren, klare Zuständigkeiten zu verteilen und klare Finanzierungsstrukturen zu schaffen. Dies ist die sichtbare Leistung der Neuen Steuerung und der Sozialraumorientierung in München, die sich in den jetzt geschaffenen dreizehn Sozialbürgerhäusern abbildet, auf die die Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in ihren regionalen Verortungen Bezug nehmen. Die Schaffung von dezentralen Strukturen in den Sozialbürgerhäusern mit dem klaren Auftrag, den Sozialen Raum mit Hilfen aus einer Hand zu versorgen, ist eine Übersetzung der Vision und des Diskurses der Sozialraumorientierung im Verwaltungshandeln. Ich halte diesen Schritt der Herstellung von Übersichtlich-

keit von Räumen für einen notwendigen Schritt, auch wenn er immer wieder als künstliche Grenzziehung kritisiert wird, weil ich immer wieder beobachte, dass in den Diskussionen über Sozialraumorientierung die Gewissheit verloren geht, wer denn nun eigentlich zuständig ist und wie diese Zuständigkeit räumlich zu organisieren und verbindlich zueinander ins Verhältnis gebracht ist. Wenn dieser Schritt geschehen ist, dann geschieht Sozialraumorientierung nicht nur auf dem Papier, sondern sie lebt auch vor Ort insofern, dass klare Organisationsformen und Regelungen für Stadtteilkonferenzen aufgestellt werden können, klare Besprechungs-orte geschaffen sind, Netzwerktreffen wissen, worauf sie sich beziehen. Diese Struktur finden wir ebenso auch in REGSAM (Netzwerkstruktur-Regionalisierung sozialer Arbeit in München). Übersichtlichkeit in räumlichen Zuständigkeiten herstellen heißt auch, dass aus dem abstrakten Geschehen konkretes Geschehen vor Ort wird, das nah an die Räume vor Ort herangeht, das die Viertel und Straßenzüge vor Ort zum Ausgangspunkt nimmt und mit den Bewegungen von Kindern- und Jugendlichen vor Ort mitgeht. Sozialraumorientierung heißt aber auch, die Probleme und Fragen in sozialen Räumen besprechbar zu machen, in dem sie im räumlichen Bezug abgebildet werden. Mit dem Sozialmonitoring des Sozialreferates und dem Kinder- und Jugendhelfemonitoring des Jugendamtes haben wir ein solches Instrument geschaffen, das mit entsprechenden Indikatoren Lebenslagen und Risikolagen von Kindern, Jugendlichen und Familien in den Sozialregionen abbildet und Planungen im sozialräumlichen Kontext ermöglicht. Die konkrete Arbeit des Räumebeschreibens vor Ort als auch in den regionalen Planungsinstrumenten des Jugendamtes ist – so denke ich – ein Resultat dieser starken Vision der Sozialraumorientierung. Hier wurde der Diskurs in konkretes Handeln übersetzt.



Vom Diskurs zur Organisation II: Verbindlichkeit organisieren, Budgets verhandeln, Partnerschaftlichkeit im Wettbewerb erhalten

Diese Stichworte sind wesentliche Aufgaben des sozialräumlichen Steuerungsprogrammes „Umbau statt Ausbau“ der Hilfen zur Erziehung. Sie sind eng verbunden mit den Qualitätsmerkmalen der Niedrigschwelligkeit und des Empowerments. In München ist es im Rahmen von „Umbau statt Ausbau“ gelungen, die Aufnahmekapazität der ambulanten erzieherischen Hilfen im Zuge der Sozialraumorientierung nahezu zu verdoppeln. Zu Beginn des Prozesses waren die ambulanten Hilfen zur Erziehung nicht nur stark versäult, sie waren auch insofern sehr hochschwellig, als etwa Wartezeiten von bis zu zwei Jahren bestanden haben. Die Chancen für Kinder und Familien, eine ambulante Hilfe zu bekommen, waren allein dadurch eingeschränkt. Durch den flächendeckenden Ausbau ambulanter Hilfen mit einem klaren Versorgungsauftrag für die jeweilige Region und entsprechenden Finanzierungsstrukturen, die diesen Versorgungsauftrag ermöglicht haben, ist hier ein System geschaffen worden, das die Chancen auf Hilfe für viele Kinder, Jugendliche und ihre Familien sichtbar erhöht hat und verbindliche Zugänge in die Hilfen gestaltet hat. Wesentlich hierfür waren Leistungsbeschreibungen und Verträge über Geld, Zuständigkeiten, Qualität, aber auch Verträge über die verbindlich gestalteten Kooperationen im Sozialen Raum. Diese Verträge sind ein gutes Beispiel für die Übersetzung eines Diskurses in Handeln: sie legen fest, wer mit wem und wie zusammenarbeiten muss und wie diese Zusammenarbeit finanziert ist. Verträge und Leistungsbeschreibungen sind ein Instrument einer sozialräumlich ausgerichteten Verwaltung, die Potentiale, die Institutionen, Organisationen, Projekte in den Stadtteilen zu verpflichten, die Akteure im sozialen Raum für ihre Arbeit nicht nur zu kennen, sondern auch zu nutzen.

Diese regional ausgerichteten Verträge legen aber auch fest, wie Leistungen und Geld zueinander stehen. Auch in der Sozialen Arbeit kommen wir nicht umhin zu erkennen, dass wesentliche Ziele nicht nur über Fachlichkeit, sondern eben auch über Geld gesteuert werden. Die Übersetzung der Sozialraumorientierung in Vertragsgestaltungen ist mehr als nur eine Debatte über Sinn und Unsinn von Sozialraumbudgets, die auch aktuell immer mit dem Verdacht des Sparens unter dem Label Sozialraumorientierung einhergeht. Sie ist eben auch Zeichen dafür, dass es ernst ist mit der Sozialraumorientierung. Wolfgang Hinte hat in den ganzen Diskussionen zur Sozialraumorientierung und den Sozialraumbudgets immer wieder darauf hingewiesen: Wenn wir nicht über Geld in Verbindung mit den zu erbringenden Leistungen und Verpflichtungen reden, dann werden wir die Sozialraumorientierung nie in ein Handeln übersetzen, das auch Wirkungen zeigt. Dieser Weg kann aber nur gemeinsam beschritten werden: Partnerschaftlichkeit in den Verhandlungen zwischen Steuerung und den freien Trägern war und ist wesentliches Kennzeichen der Sozialraumorientierung in München.

Wirklichkeit und Wirkungen

Die Forschungsperspektive zur Sozialraumorientierung ist nun ein deutlich schwierigeres Feld. Zahlen sind eher selten, noch seltener sind Zahlen, die etwas über Wirkungen aussagen. Ich halte diese Perspektive der Wirkungen jedoch für außerordentlich wichtig, weil sie uns hilft, unsere Diskurse auf ihre Tragfähigkeit hin zu überprüfen, und weil sie uns hilft, besser zu planen und die verfügbaren Mittel gut einzusetzen. Im Kontext der Sozialraumorientierung muss man sich allerdings etwas auf die Suche begeben, um empirisches Wissen über die Wirkungen zu bekommen und man muss dann auch andere Schauplätze in den Blick nehmen. Beispielfähig möchte ich Ihnen hier zwei Zahlen präsentieren, die bei mir einen intensiven Pro-

Dr. Maria Kurz-Adam Leitung des Stadtjugendamtes München Den Sozialraum nutzen! – Den Sozialraum nutzen? Anmerkungen zu den Perspektiven der Sozialraum- orientierung der Kinder- und Jugendhilfe in München

zess des Nachdenkens über die Wirklichkeit der Sozialraumorientierung ausgelöst haben. Die erste Zahl stammt aus dem Forschungsprojekt „SEH - Qualitätsentwicklung und Effektivität der Erziehungshilfen in einer sozialräumlich organisierten Kommune - Evaluation der sozialräumlichen Reform der Erziehungshilfen in München“, das von 2004 bis 2008 als Kooperations-Forschungsprojekt der Katholischen Jugendfürsorge München, des Stadtjugendamtes München und der Katholischen Stiftungsfachhochschule München, Abt. Benediktbeuern durchgeführt und von der Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. gefördert worden ist.

Wir haben hier insbesondere die Hilfequalität der Hilfen zur Erziehung untersucht. Das nachfolgende Ergebnis stammt aus einer im Jahr 2006 durchgeführten Aktenanalyse, in der 126 zufällig gezogene Akten der Bezirkssozialarbeit und der Vermittlungsstellen in den Sozialbürgerhäusern untersucht worden sind. Diese Akten wurden zeitlich vor bzw. nach der Sozialraumreform angelegt. Als zeitliche und inhaltliche Markierung des Vorher-Nachher-Vergleichs haben wir die Einführung der „Regionalen Fachteams“ im Jahr 2003 als Markierungspunkt gesetzt. Ein wesentliches Thema der Auswertung war dabei die Untersuchung der Kooperationsbezüge in den Hilfen, die ein wesentlicher Indikator für eine gelingende sozialräumliche Arbeit ist. Im Ergebnis dieser Aktenanalysen zu den Kooperationsbezügen haben wir ein differenziertes Bild der Formen von Kooperationsbezügen gefunden, das auch eine Botschaft für die Ziele der Sozialraumreformen beinhaltet. Denn wir können sehen, dass in den Hilfen zur Erziehung die Kooperationsbezüge etwa mit staatlichen Institutionen wie Schule und Polizei sehr ausführlich dokumentiert sind, ebenso die Kooperationsbezüge im Hilfesystem selbst, wobei sich hier altersspezifische Effekte finden: besonders in der Altersgruppe der 6- bis 12-jährigen Kinder sind diese for-

malen Kooperationsbezüge intensiv dokumentiert. Unabhängig aber von Alter und Geschlecht haben wir jedoch in den Akten eine nahezu marginale Dokumentation von den informellen fallunspezifischen Kooperationsbezügen in den sozialen Raum gefunden, also die vielzitierten Kooperationen mit Vereinen, Selbsthilfegruppen, Ehrenamtlichen – diese liegt in der Gesamtschau bei weniger als fünf Prozent aller dokumentierten Kooperationen. Fallunspezifische Kooperationen werden – so unser Ergebnis – im Einzelfall höchst selten dokumentiert. Der Effekt der Nichtdokumentation informeller und unspezifischer Kooperationen im Einzelfall ist nun nicht neu – bereits vor zwanzig Jahren war bekannt, dass diese Vernetzungsformen eher als „Schattenarbeit“ aufgefasst wurden und das Berichtswesen im Einzelfall nicht erreicht haben. Heute aber muss unter dem Gesichtspunkt der großen Diskurse über Vernetzung und Entsäulung der Hilfen und ihre Orientierung in den Sozialen Raum hinein dieser Befund neu interpretiert werden. Denn wir sehen in diesem Effekt der Nichtdokumentation auch, dass der Fall trotz aller Feldbetonung unabänderlich das Profil der Sozialen Arbeit in den Einzelfallhilfen prägt. Die Definitionsmacht der Problematik des Einzelfalls ist auch in den Sozialraumreformen ein hoher Filter für Kooperationsqualität. Wir haben es in der Sozialen Arbeit mit Menschen zu tun, die in Gefährdungslagen leben – Armut, Gefährdungsfälle, Suchtproblematik, psychiatrische Erkrankung – dies alles sind Lebenslagen, die mit großer Deutlichkeit die Arbeitsbezüge definieren, hinter die dann die „Schattenarbeit“ informeller Bezüge zurücktritt. Für die Dokumentation in der Einzelfallarbeit der Bezirkssozialarbeit ist jedenfalls die Macht der Problematik des Einzelfalls deutlich stärker, die Zusammenarbeit mit den Problemmeldern Schule und Polizei deutlich ausgeprägter als die Nutzung der informellen Netzwerke im Sozialraum. Hier scheint eine der großen Herausforderungen für die



Zukunft in den Sozialraumreformen zu liegen. Sie liegen vor allem darin, dass wir die Problemstellungen der Kinder und Jugendlichen neu anerkennen müssen. Die Hoffnungen auf ein ressourcenorientiertes Arbeiten im Sozialraum können wohl nur dann annähernd erreicht werden, wenn – so paradox dies sein mag – auch die gravierenden Probleme der Adressatinnen und Adressaten von allen Akteuren, die das Hilfesgeschehen steuern, anerkannt werden. Die Perspektive des Falles darf in der Sozialraumorientierung nicht vergessen werden. Wenn diese Anerkennung des Einzelnen und diese Subjektperspektive nicht zutiefst ernst genommen wird, laufen Kooperationen in Gefahr, zum „Mythos“ zu werden oder zu einer rein diskursiven Praxis in Arbeitskreisen. Wir müssen erkennen, wie die Sozialraumorientierung – gemessen an der Art der Kooperationsbezüge – für dieses Kind, diesen Jugendlichen, diese Familie ankommt und wir müssen dieses für die Zukunft deutlicher herausarbeiten, damit der Gewinn, den Sozialraumorientierung für die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe bedeuten kann, sichtbar wird. Beispiel dafür können unsere Netzwerke für Kinder drogenabhängiger Eltern und Kinder psychisch kranker Eltern sein, die vom Einzelfall ausgehend tragfähige sozialräumliche Lösungen schaffen.

Eine zweite Zahl, die zum Nachdenken über die Wirklichkeit und Wirkungen der Sozialraumorientierung anregt, stammt aus einer Untersuchung des Stadtjugendamtes zu Problemlösungsstrategien der Jugendlichen. Diese Zahl berichtet darüber, wo Jugendliche im Stadtteil Hasenberg-Feldmoching hingehen, wenn sie Probleme haben – Probleme in der Schule, mit Freunden, mit Geld, mit Behörden, Beziehung, Sexualität. Sie berichtet darüber, wo sich Jugendliche in erster Linie hinwenden, wenn sie Rat und Hilfe brauchen, wenn sie sich besprechen wollen und wenn sie Unterstützung suchen. Befragt wurde 795 Jugendliche.

Im wesentlichen wenden sich Jugendliche an ihre Familie – wenn es um Schulsorgen geht, zu 80 Prozent, wenn es um Behörden geht, zu über 60 Prozent und immerhin noch zu 26 Prozent, wenn es um Sexualität geht.

Jugendeinrichtungen als Ort, in dem Jugendliche sich Rat und Unterstützung holen, werden kaum genannt – am häufigsten noch bei Drogenproblemen, bei denen 6 Prozent der Jugendliche sich dort Rat und Hilfe holen. Was wir hier sehen, ist einerseits die Kraft von Familien, die sozusagen unschlagbar sind als innerlich in den Jugendlichen repräsentierter Vertrauensort, sie sind weit attraktiver als Institutionen. Was wir aber auch sehen – und dies verdanke ich den ausdrücklichen Anmerkungen in der Diskussion der Fachtagung und den Erkenntnissen zur offenen Jugendarbeit, wie sie Richard Münchmeier formuliert hat, – ist die Tatsache, dass unsere Einrichtungen ein „wärmendes“ Gehäuse bilden und bilden müssen, diese Vertrauensorte zu stärken und zu stützen – wenn Jugendliche sich mit Jugendlichen beraten wollen, dann brauchen sie auch Orte, an denen dies geschehen kann. Und schließlich lehrt uns diese Zahl, die Realität der Bedeutung von Familie wieder und wieder in unsere Überlegungen von Hilfe und Unterstützung mit ein zu beziehen, und dies in unseren Angeboten und Hilfen deutlich zu machen. Es erscheint mir wichtig, dass wir heute, in dieser Diskussion zur Sozialraumorientierung, nicht nur eine Organisationsdiskussion führen, sondern auch eine fachliche Diskussion, wen brauchen die Kinder und Jugendlichen wirklich, was brauchen sie dazu und wie muss dann unterstützt werden? Wenn Sozialraumorientierung mehr sein will als ein erfolgreiches Organisationsprogramm der Verwaltung, dann müssen wir in unseren Strategien der Arbeit vor Ort vielleicht noch sorgfältiger überlegen, wie wir die Perspektive der Kinder und Jugendlichen hören und welche Schlussfolgerungen wir daraus für unsere Arbeit im Alltag ziehen.

Dr. Maria Kurz-Adam
 Leitung des Stadtjugendamtes München
Den Sozialraum nutzen! – Den Sozialraum nutzen?
 Anmerkungen zu den Perspektiven der Sozialraum-
 orientierung der Kinder- und Jugendhilfe in München

3 Sozialraumorientierung und ihre Perspektiven

Die Subjektstellung der Adressatinnen und Adressaten stärken

Wenn wir heute angesichts der Erfolge, aber auch der etwa in der Berliner Fachtagung berichteten gelegentlich ernüchternden Zahlen über die Wirklichkeit der Sozialraumorientierung über die Zukunft des Projektes „Sozialraumorientierung“ in München nachdenken, so ist dies – nach meiner Überzeugung – ein Nachdenken nicht nur über die Rolle der Subjekte in unseren Hilfen und Angeboten, sondern mehr noch ein Nachdenken darüber, wie wir ihrer Stimme Gewicht verleihen können. Eine gemeinsame Weiterentwicklung des Sozialraumgedankens unter diesem Gesichtspunkt der Subjektperspektive und der Perspektive der Partizipation scheint mir lohnenswert – und dies gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Kinderschutzdebatte.

Ebenso wie die Sozialraumorientierung war und ist die Subjektstellung der Adressatinnen und Adressaten eine außerordentlich kraftvolle Vision in der Kinder- und Jugendhilfe, weil sie gefordert hat, die Adressatinnen und Adressaten nicht als Objekte zu sehen, sondern ihre Stimme zu hören und zum Ausgangspunkt jeder Hilfestaltung zu machen. Kinder, Jugendliche und Familien sind keine Objekte, die verwaltet werden oder von Fürsorge und Versorgungsleistungen überschwemmt oder umzingelt werden dürfen. Sie sind Subjekte, die Anspruch darauf haben, gehört zu werden, und dies nicht nur, was die Partizipation angeht, sondern auch was die Wahrung von körperlicher Sicherheit, von Erfüllung von Wünschen nach einer Form von Gerechtigkeit und des Aufgehobenseins in dieser Gesellschaft angeht. Diese unbedingte Achtung der Subjektstellung ist ein Wort, das ich gerne in den Diskurs und in die Lebendigkeit von Sozialraumorientierung hineingeben möchte, weil sie unsere Sensibi-

lität für die Lebenslagen, die Probleme, aber auch die Potentiale erhöht.

In der gegenwärtigen Debatte um die Aufgaben des Kinderschutzes in der Kinder- und Jugendhilfe wird dies exemplarisch deutlich. Wenn wir – wie ich es heute Vormittag auf dem Kinderschutzfachtag der Hauerschen Klinik erlebt habe – die Bilder misshandelter Kinder oder Jugendlicher sehen, wenn wir die Spuren der Gewalt an ihren Körpern sehen, dann lösen diese Bilder etwas in uns aus, das mehr ist als großes und tiefes Betroffensein. Sie zeigen uns auch in großer Nähe, um wen es geht in unseren Hilfen, um welche Formen von Unterstützung und um welche präventive Aufforderung es geht, wenn wir über Sozialraumorientierung reden. Diese Subjektstellung in den Hilfen ist angesichts der Verantwortung, die wir in der Kinder- und Jugendhilfe haben, ungeheuer wichtig, und sie ist mehr als nur „Fall“. Sie hilft uns immer wieder sich zu vergegenwärtigen: wer sind die Menschen, um die wir uns bemühen, um die wir uns kümmern wollen, für die wir auch einstehen müssen in einer gewissen Weise, wie sieht deren Leben aus und welche Spuren hinterlässt es in ihrer Zukunft?

Fallunspezifische Kooperationen sichtbar machen und verbindlich gestalten

In der Sozialraumorientierung in München sind wir weit gekommen. Organisatorisch, vertraglich, in den Gremien und Arbeitskreisen, in den Kooperationen vor Ort ist viel gelungen. Wir haben in den Erziehungshilfen deutlich mehr Kinder und Jugendliche erreicht und in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit neue Zugänge für die und zu den Jugendlichen geschaffen. Die Ressourcenfrage und die Frage, wie die Ressourcen nutzbar gemacht werden können für die Familie, das Kind, die Jugendlichen, ist aus meiner Sicht eher noch im Bereich der Schattenarbeit angesiedelt. Diese Frage harret immer noch guter und sichtbarer Beantwortungen in einigen Teilen der sozialen Arbeit. Ich glaube



nicht nur persönlich sondern auch fachlich, dass es hier wesentlich um die Fragen des Verbindlichkeitsgrades von Kooperationen und fallunspezifischen Leistungen geht, um das Netz gut zu knüpfen. Der Überprüfbarkeit an dieser Stelle müssen wir uns hier alle stellen. Wir können nicht die Kraft der Netzwerke betonen, wenn wir nichts über ihre Wirkungen wissen oder im Einzelfall sichtbar machen können. Die „Frühen Hilfen“ in München sind ein solches Projekt, Netzwerke für die sehr kleinen Kinder und ihre Familie verbindlich zu knüpfen und diese auch zu evaluieren. Die Kolleginnen und Kollegen in den Sozialbürgerhäuser wissen, wie umfangreich diese Aufgabe ist, gutes Wissensmanagement im Sozialen Raum in ihren Einzelfällen herzustellen, aufrechtzuerhalten und über einen bestimmten Zeitraum dranzubleiben. Es ist eine hohe Aufgabe, der sich Sozialraumorientierung in ihrer Weiterentwicklung stellen muss: wie können wir dieses Wissen im Sozialraum so in Verbindung bringen und so organisieren, dass es nicht verloren geht? Verbindlichkeitsgrad der Netze und Wissensmanagement im Sozialen Raum sind die Grundanforderungen für unser Projekt der Frühen Hilfen, die sich für die Träger, für die Sozialbürgerhäuser, für die Kinderkrankenschwestern des Referats für Gesundheit und Umwelt und die Geburtskliniken wie ein roter Faden durchziehen.

Chancen und Grenzen des Sozialraums – regionale und überregionale Lösungen für Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche

Eine große und kritische Herausforderung an die fachliche Weiterentwicklung der Sozialraumorientierung stelle ich an den Schluss meiner Überlegungen. Sie stellt sich vor dem Hintergrund der aktuellen soziologischen Debatten zu Segregation und Marginalisierung sozialer Räume, die durch die Aufstände Jugendlicher in den Banlieus in Frankreich oder die öffentliche „Kapitulation“ der Lehrerinnen und Lehrer der Rütthlschule in Neukölln

in Berlin belebt worden ist. Im Grund genommen sind es Fragen an Chancen und Grenzen des Sozialraums: wie viel hält der Sozialraum aus, wo schadet er und wo nutzt er? Wir wissen aus den aktuellen Erkenntnissen zur Gewalt- und Armutforschung, dass es im wesentlichen zwei Faktoren sind, die Chancen für diese Jugendlichen begünstigen. Die eine Erkenntnis ist die „Stärkung der Mitte“ in den Stadtteilen. Überall dort, wo die gesellschaftliche Mitte in den Stadtteilen wegfällt, wo bürgerschaftliches Engagement fehlt und Menschen, die sich sichtbar engagieren in den Stadtteilen, die sich in Verbänden, in Vereinen, in den Kirchen engagieren, nicht mehr vorhanden sind, ist das Risiko in den Stadtteilen für Gewalt und für Eskalation von Armutssituationen hoch. Eine wichtige Aufgabe in der fachlichen Weiterentwicklung der Sozialraumorientierung wird es hier sein, dieses Engagement mit großer Kraft zu stärken. Die zweite Erkenntnis ist ein Paradox: für viele Jugendlichen besteht die Chance auf Zukunft darin, den Sozialraum zu verlassen, an anderen Orten Arbeits- und Lebensmöglichkeiten zu finden. Das ist eine schwierige Frage, wie wir in der Diskussion der Stärkung des Sozialen Raums damit zukünftig umgehen. Die Chance der Bewegung jedoch ist mindestens genauso sorgfältig zu bearbeiten und zu beobachten, wie die Chance, den Raum zu gestalten. Das heißt auch, dass es neben dezentralen Lösungen auch raumübergreifende und raumunabhängige Lösungen, Hilfen und Unterstützungsangebote geben muss, um diese Chancen zu unterstützen. Das Verhältnis von regional ansetzenden Lösungen zu raumunabhängigen Ansätzen wird eine der Fragen sein, mit der sich die fachliche Weiterentwicklung von Sozialraumorientierung gerade vor dem Hintergrund der Unterstützung Jugendlicher im Übergang zur Arbeit befassen muss.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die intensive fachliche weitere Entwicklung der Sozialraumorientierung in München. Vielen Dank.

Workshops



Workshop 01: Kindheit im „Ghetto“? Kinder- und Familienarbeit in ausgrenzenden Wohnquartieren



Durchgeführt von:

Angelika Vogt (SOS-Kinder- und Familientreff Widmannstraße, Träger SOS Kinderdorf e.V.)
Dr. Seus-Seberich (SOS-Beratungs- und Familienzentrum St.-Michael-Straße, Träger SOS Kinderdorf e.V.)
Petra Findeiß (Stadtjugendamt, Abteilung für Kinder, Jugend und Familie)

Zielsetzung des Workshops

Der Workshop hat das Ziel zur differenzierten Wahrnehmung multidimensionaler schwieriger Lebenslagen anzuregen und monokausalen Schlussfolgerungen entgegenzuwirken. Gemeinsam mit Planer und Entscheider sollen notwendige Rahmenbedingungen für eine gelingende Arbeit in Problemquartieren zusammengetragen und diskutiert werden.

1 Quartiersbezogene Kinder- und Jugendhilfemaßnahmen im ehemaligen Bewohnertreff der Siedlung Widmannstraße

Vorgeschichte des Projektes

Auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses wurde das SOS-Beratungs- und Familienzentrum in Berg-am-Laim zum 01.01.2007 mit der Aufgabe „quartiersbezogener Kinder- und Jugendhilfemaßnahmen im ehemaligen Bewohnertreff der Siedlung Widmannstraße“ betraut. Das SOS Beratungs- und Familienzentrum als Anbieter verschiedener Familienhilfen hat seit langem Erfahrungen mit offener Familien- und Kinderarbeit und mit der Beratung sozial benachteiligter Familien und Migrantenfamilien.

Die Siedlung Widmannstraße war der Einrichtung aus der Zusammenarbeit mit dem dortigen Kindergarten und aus mehreren Familienberatungsfällen bekannt. Weitere

Informationen über die Siedlung waren in der vom Stadtjugendamt vorbereiteten Stadtratsvorlage enthalten. Darüber hinaus gab es eine Reihe von Zeitungsveröffentlichungen, die sich mit der sozialen Situation in der Siedlung befassten und schließlich war die Beratungsstelle bereits damals im „Runden Tisch Riem“, einem regionalen Gremium, vertreten.

Die Veröffentlichung in den Zeitungen bestand aus einer Auflistung von Negativmerkmalen, die zur Begründung des Stadtratsbeschlusses zusammengefasst worden waren: Da war von einem sozialem Brennpunkt die Rede, da wurde der Bezirksausschussvorsitzende zitiert, der die „Versäumnisse der Stadt“ anprangerte. Der hohe Migrantenanteil, der je nach Definition von 54% („Ausländer“) bis 70% („Migrationshintergrund“) variierte, wurde als Beleg ebenso angeführt wie die für den Stadtrat gesammelten Einzelprobleme (z.B. Anzahl der Kinder in der Kindertageseinrichtungen, die noch einnässen)..

Im Gegensatz zu den plakativen Veröffentlichungen in den Medien zeigt sich uns in der täglichen Arbeit ein sehr differenziertes Bild der Lebenslagen der Bewohner. Die Siedlung Widmannstraße ist ein internationales Dorf in dem Menschen aus über 25 Ländern in engster Nachbarschaft zusammen wohnen, sie ist reich an Sprachen, Bräuchen, Rezepten, Tänzern, Liedern und Geschichten. Sie ist jung: Kinder und Jugendliche zwischen 0 und 18 sind hier in der Mehrheit und es gibt eine breite soziale Mischung: in der Siedlung leben Akademiker, Handwerker, Gewerbetreibende, Unternehmer, Arbeiter und Arbeitslose.

Eine differenzierte Wahrnehmung der unterschiedlichen Biographien, Lebenslagen, Erwartungen, Erfahrungen und Lebensentwürfe hat unmittelbare Auswirkungen auf die Feststellung der Bedarf der Familien und

Workshop 01: Kindheit im „Ghetto“? Kinder- und Familienarbeit in ausgrenzenden Wohnquartieren

damit auf die benötigten Angebote der Jugend- und Familienhilfe.

Wissenswertes:

In der Siedlung leben 350 - 400 Kinder mit ihren Familien; fünf und mehr Kinder sind keine Seltenheit. Ca. 70% der Familien haben Migrationshintergrund. Es gibt eine Vielfalt an Familienkulturen und Familienformen. Eine große Gruppe bilden bi-nationale Familien. Die Familien mit Migrationshintergrund bilden eine heterogene Gruppe, die sich aus Arbeitsmigranten der ersten, zweiten und dritten Generation, Aussiedlern und Flüchtlingen zusammensetzt. Sie haben einen unterschiedlichen Bildungshintergrund und Sozialstatus. Viele Flüchtlingsfamilien gehörten vor ihrer Flucht der Oberschicht ihres Heimatlandes an, selten finden sie hier eine ihren Qualifikationen entsprechende Stellung, sie erleben in Deutschland einen sozialen Abstieg. Andere kamen mit der Hoffnung auf sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg. Einige Familien leben schon lange im sozialen Abseits.

Faktoren, die die Siedlung Widmannstraße zu einem ausgrenzenden Wohnquartier machen:

- Die Siedlung ist durch ihre „Insel-Lage“ räumlich abgeschlossen.
- Die Siedlung hat einen schlechten Ruf, die Adresse ist stigmatisierend.
- Es leben hier überdurchschnittlich viele Bewohner mit einem niedrigen Sozialstatus, geringem Einkommen und wenigen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe.
- Es bestehen große wirtschaftliche Gegensätze zwischen den Bewohnern der Siedlung und denen der angrenzenden Wohngebiete. Zu anderen Personen in Alt Riem bestehen kaum Kontakte. Angebote oder Kontakte außerhalb der Siedlung werden hauptsächlich in der Messestadt wahrgenommen.

Die Arbeit im SOS-Kinder- und Familientreff Widmannstraße wird ermöglicht durch die Verlagerung einer halben Psychologenstelle aus dem SOS-Beratungs- und Familienzentrum St. Michael-Straße, die Neufinanzierung einer halben Sozial-Pädagogenstelle sowie durch Honorargeldern für Ehrenamtliche und zeitlich begrenzte Projektmaßnahmen. Die Räume des ehemaligen Bewohnertreffs werden vom Amt für Wohnen und Migration weiterhin kostenlos zur Verfügung gestellt.

2 Workshop-Diskussionsschwerpunkte und Ergebnisse

Der Austausch und die Diskussion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops (die zu einem nicht unerheblichen Anteil das Quartier auch selber kannten) fanden zu folgenden Fragestellungen statt:

Beobachtungen zu den Lebenslagen der Familien im Quartier

- Die Bewohner kennen sich; es besteht ein „Wir-Gefühl“ und ein enges Beziehungsgeflecht zwischen den Bewohnern. Es gibt viele große Familien, verwandtschaftliche Beziehungen, gemeinsame ethnische Zugehörigkeit, Freund- und Feindschaften zwischen Familien und Gruppen. Das intensive Beziehungsgeflecht zwischen den Bewohnern spiegelt sich in einer eigenen Dynamik in der Siedlung wider.
- Befreundete Familien unterstützen sich gegenseitig. Neue Familien finden schnell Anschluss, z.B. durch Angehörige der gleichen ethnischen Gruppe.
- Bedingt durch die räumliche Enge kommt es zu Konflikten, die teilweise im direkten Gespräch, aber auch durch Ausgrenzung und mit Bedrohung gelöst werden. Konflikte werden bisweilen kulturell oder ethnisch interpretiert. Die räumliche Enge



führt auch zu sozialer Kontrolle der Bewohner untereinander; es wird viel übereinander geredet und es besteht die Angst vor schlechter Nachrede.

- Einige Familien sind in mehrfacher Hinsicht belastet: wirtschaftliche Probleme (Überschuldung), Sprachprobleme, Fremdheit, Überforderung und gesundheitliche Probleme. Für Eltern, die in ihren Heimatländern ihre Kindheit und Jugend unter anderen Bedingungen erlebt haben, sind viele Bereiche des Lebens in Deutschland fremd und unverständlich.
- Viele Eltern haben nicht die Möglichkeit, die Bildung ihrer Kinder zu unterstützen. So werden die Talente der Kinder in vielen Bereichen nicht ausreichend gefördert.
- Viele Kinder sind schon früh auf sich selbst gestellt.
- Kinder haben eine große Auswahl an Spielkameraden. Die Kinder können direkt vor der Haustüre spielen. Die Peer-Groups haben schon für Kinder im Vorschulalter eine große Bedeutung und sind prägend. Das Beziehungsgeflecht unter den Kindern ist komplex, dynamisch und intensiv. So gibt es enge Freundschaften, Cliques, Untergruppierungen, Rangordnungen und Kinder, die ausgegrenzt werden. Gemeinsame Erlebnisse und gemeinsame Feindbilder stabilisieren das Zusammengehörigkeitsgefühl. Rangordnungen werden teilweise gewalttätig festgelegt.

Beobachtungen zu den Ressourcen der Familien

- Familien haben Ressourcen und bringen ihre Fähigkeiten ein
- Bewohner sehen Bedarfe und machen selbst Angebote
- Bewohner helfen sich gegenseitig, Kinderbetreuung, Tauschring
- Aber Konflikte unter den Bewohnern und eine große materielle und psychosoziale Belastung der Familien erschweren das Engagement.

- Und: Bewohneraktivierung bedarf der ausreichenden fachlichen Moderation und Begleitung, weil nur so die Ressourcen der Familien konstruktiv zum Tragen kommen.

Beobachtungen zu den sozialräumlichen Ansätzen der sozialen Dienste und Organisationen im Quartier

- Abgrenzung ist dringend geboten, denn solche Quartiere haben eine Tendenz zum „Fass ohne Boden“. Erst wenn ein Bedarf gedeckt ist bzw. gedeckt wird, kann man die anderen Bedarfslagen erkennen.
- Gerade in belasteten Wohnquartieren ist ein ganzheitlicher Ansatz geboten, d.h. ein breites Angebotspektrum sollte möglichst von einer Anlaufstelle abgedeckt werden.
- Das impliziert, dass Hilfen nicht in Reinform, sondern als „Hybridform“, also als Mischformen verschiedener Hilfen angeboten werden müssen und das wiederum widerspricht der vorgegebenen Produkt- und z.T. auch Steuerungslogik
- Die Kleinräumigkeit führt dazu, dass jeder jeden kennt. Daher ist der Aufbau von Vertrauen notwendige Voraussetzung für jede soziale Arbeit vor Ort.
- Eine gute Zugangsmöglichkeit/Schwellsenkung für die Adressaten zu Jugendhilfemaßnahmen besteht durch einen „offenen Bereich“ Dies fördert das Bekanntwerden der Angebote in der Siedlung und ermöglicht einen „informellen Beginn“ von Maßnahmen. Das steht aber im Widerspruch zur Notwendigkeit vorgeschalteter Verwaltungsakte.
- Eine Vernetzung mit allen Jugendhilfemaßnahmen inkl. der BSA ist erforderlich. Auch fallbezogene Kooperation ist (auf Wahrung der Schweigepflicht ist zu achten) zu ermöglichen, damit mehrere Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden können, z.B. befristeter Ausschluss aus dem offenen Bereich – eine Bearbeitung

Workshop 01: Kindheit im „Ghetto“? Kinder- und Familienarbeit in ausgrenzenden Wohnquartieren

der Geschehnisse, die zu einem solchen Ausschluss führten, durch ambulante erzieherische Hilfen (AEH).

- Die relativ große „Öffentlichkeit“ kann auch als Ressource und Methode genutzt werden. Beispiele hierfür sind Beratung in der Gruppe oder das Berliner Projekt „Kinder beraten Kinder“ – die Pädagogen achten auf Einhaltung von Regeln, beraten aber nicht selbst.
- Zur Wahrung von Intimität und Privatsphäre kann es auch sinnvoll sein, Beratungen nicht direkt vor Ort durchzuführen – allerdings sollte dies kein ideologisches Dogma werden.
- Zusätzliche Berufsgruppen werden benötigt, z.B. Dolmetscher.

Diese Beobachtungen führen zu folgenden Herausforderungen für das Hilfesystem

- Vorgegebene „Programme“ (z.B. zur Elternbildung oder Trainings) funktionieren in der Regel nicht so wie vorgesehen
- für bestimmte Hilfeformen, z.B. Beratung, ist es notwendig von den standardmäßig vorgegebenen Ressourcen (z.B. Anzahl von Klienten pro BeraterIn oder Anzahl der Stunden pro KlientIn) abzuweichen, begleitende oder vorbereitende Maßnahmen sind notwendig, damit die Hilfen angenommen werden und oft werden auch weitergehende Hilfen notwendig (z.B. Sozialberatung)
- Das enge Zusammenwohnen in oft hellhörigen Wohnungen erfordert für spezifische Probleme die Möglichkeit zur Wahrung von Intimität und Vertraulichkeit; dies bezieht sich auf einen nicht-öffentlichen Zugang ebenso wie auf schallsichere und nicht einsehbare Besprechungsräume
- Die Koordination von verschiedenen Feldern (z.B. Schule-Beruf; Jugendhilfe-ARGE) erfordert zusätzliche Fachkapazität und damit eine andere personelle bzw. zeitliche Ausstattung, die einbezogen werden muss. Vernetzung ist Arbeit und benötigt Zeit und Fachlichkeit.

Das Fazit - Veränderungen zwischen Potential und/oder Notwendigkeit

Wie auch immer die Ansatzpunkt der Analyse bzw. die fachliche Herangehensweise gewählt wird – über den Blick auf die „Ressourcen der Familien“, zu Arbeitsansätze der „Aktivierung“, variierende „Beratungsansätze“ oder notwendige, „sozialräumliche Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen“ – immer wieder scheinen paradoxe Phänomene oder Dilemmata auf, die die Professionellen „zwingen“, trotz Ambivalenzen und Ambiguitäten um ihre Handlungsfähigkeit zu ringen. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass die Erfahrung und fachliche Kompetenz der psycho-sozialen Fachkräfte Einfluss erhalten und bei Planungs- und Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

- Der Wohnungsmarkt in München fördert grundsätzlich eine „Entmischung“ der verschiedenen Bevölkerungsschichten. Es besteht die Tendenz, von Armut und Belastungen betroffene Familien an den Stadtrand zu verdrängen. Zukünftige Planungen sollten solche Erfahrungswerte berücksichtigen. Als durchaus positives Beispiel wurde die gute Versorgung mit Einrichtungen für Kinder im neuen Stadtteil Messestadt im Vergleich zu Neuperlach gesehen.
- Die Erfahrungen und sich verändernden Erscheinungsformen der sozialräumlich orientierten Arbeit, die auch als ‚Hybridformen‘ bezeichnet werden könnten, müssen auf die Ebene der politische Arbeit transportiert werden und dort ihre Anerkennung und Berücksichtigung finden.
- Der Umgang mit Menschen in multidimensionalen schwierigen Lebenslagen erfordert ein neues professionelles Rollenverständnis und eine adäquate Ressourcenausstattung. Eine intensive, aktivierende, begleitende und beratende Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien in Problemquartieren bedarf anderer Personalbe-



- messungsgrundlagen sowie der ausreichenden Ausstattung mit Sach- und Honorarmitteln.
- Vermeintlich klare (traditionelle) Berufsprofile verlieren durch die Handlungsnotwendigkeiten ihren Orientierungswert: Gegen Gefühle der Insuffizienz oder mangelnder professionelle Befriedigung hilft u.U. nur eine Neudefinition beruflicher Erfolgskriterien und Selbstbilder.
 - Gleichzeitig müssen auch zu erhebende Erfolgskriterien für Maßnahmen beschrieben und Methoden zum Nachweis der Wirksamkeit der Angebote entwickelt werden.



Workshop 02: Krise regional lösen – Vernetzung von ambulanten Erziehungshilfen, dem Projekt NahRaum und den Sozialbürgerhäusern Feldmoching / Hasenberg und Milbertshofen / Am Hart

2 Durchgeführt von:
Sibylle Steinhuber
(Sozialbürgerhaus
Milbertshofen/Am Hart)
Norbert Blesch
(Kinderschutz und Mutter-
schutz e.V.)

Inhaltliche Beschreibung des Projektes

Die Wohngruppe NahRaum hat im September 2007 ihren Betrieb aufgenommen und befindet sich in der Münchner Sozialregion Hasenberg/Feldmoching, in unmittelbarer Nähe zur Sozialregion Milbertshofen/Am Hart/Harthof. NahRaum verfügt über 8 stationäre Plätze für Mädchen und Jungen im Alter von 6 bis 14 Jahren aus beiden Sozialregionen.

NahRaum ist ein Modellvorhaben, das sich auf der Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Jugendhilfe bewegt. Es wurde vom Kinderschutz und Mutterschutz e.V. in enger Abstimmung mit dem Münchner Stadtjugendamt sowie dem Sozialbürgerhaus Hasenberg/Feldmoching entwickelt.

Für die Zeit der zweijährigen Modellphase (bis 2009) wurde eine Begleitgruppe installiert, die sich aus Vertretungen des Stadtjugendamtes München, den beteiligten Sozialbürgerhäusern und in den Sozialregionen tätigen Trägern der Ambulanten Erziehungshilfe (AEH), des Wiechern Zentrums, sowie des Kinderschutz und Mutterschutz e.V. zusammensetzt.

Selbstverständnis

NahRaum ist als kurzzeitige und vorübergehende Hilfe konzipiert. Das Angebot soll dauerhaft stationäre Unterbringungen vermei-

den. Die unmittelbare Nähe der Wohngruppe zum Sozialraum der jungen Menschen und ihrer Familien ermöglicht es, die wesentlichen Eckpunkte des pädagogischen Konzeptes umzusetzen:

- Aufrechterhaltung der familiären und sozialen Bezüge des untergebrachten jungen Menschen, die als stärkende Ressource in die Betreuungsarbeit mit einbezogen werden.
- Von Beginn an ein intensiver und größt möglicher Einbezug der Eltern in die Hilfe.
- Enge Zusammenarbeit mit allen am Hilfeprozess Beteiligten.
- Überwindung der Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Hilfe.
- Kind- und elternbezogenes Clearing.

Zielgruppe, Zielsetzung

Zielgruppe von NahRaum ist die ganze Familie, d.h. NahRaum dient der Entlastung und Unterstützung von Familien deren Zusammenleben akut oder langfristig gefährdet ist. Oberstes Ziel der Unterbringung in NahRaum ist die Rückführung des Kindes oder Jugendlichen in die Familie.

Clearing

Das in NahRaum angewandte Clearing nach Oskar Randak beruht auf Verfahren der Verhaltensbeobachtung, Selbstbeschreibung und gängiger Testdiagnostik. Bestehende Diagnosen und Informationen werden einbezogen. Das Clearing ermöglicht die Sicht auf die „Kernsituation“ der Krise, welche den Mittelpunkt der Arbeit bildet. Aus den Ergebnissen leiten sich die konkreten pädagogischen Maßnahmen ab, eine fundierte Aussage hinsichtlich der Möglichkeit der Rückführung sowie dem Grad der Gefährdung wird getroffen.



Elternarbeit

Die Elternarbeit wird in NahRaum selbst und durch eine parallel installierte Ambulante Erziehungshilfe (AEH) geleistet. Die Eltern nehmen gezielt am Alltag von NahRaum teil. Durch konkrete Hilfestellungen und Übungen wird ihre Erziehungskompetenz gefördert und trainiert (z.B. Anleitung zu Tagesstruktur/Rhythmus, Vorbereitung und Gestaltung der Mahlzeiten, Hausaufgabenhilfe / Lernunterstützung, Anleitung zu Spiel und Beschäftigung mit dem Kind, Begleitung des Kindes in die Schule oder zu Freizeiteinrichtungen). Im Einzelfall besteht die Möglichkeit, dass Eltern in NahRaum übernachten um die Eltern-Kind-Interaktionen über einen längeren Zeitraum begleiten und beobachten zu können.

Kooperation und Vernetzung

Die Kooperation zwischen den mit der Familie befassten Diensten und Organisationen – insbesondere Bezirkssozialarbeit (BSA) und AEH – sind Bestandteil des Konzeptes.

Da es sich um eine Krisenhilfe handelt bleibt die Gesamtverantwortung in der Bezirkssozialarbeit. Sie leitet und koordiniert den Hilfeprozess.

Besteht zum Zeitpunkt der Aufnahme noch keine AEH wird diese umgehend in die Wege geleitet. AEH und (stationäre) Betreuung in NahRaum wird dabei als Einheit verstanden. Es wird parallel sowohl in der Einrichtung selbst als auch ambulant mit dem jungen Menschen, in und mit seiner Familie gearbeitet.

Beobachtungen zu den Lebenslagen von Armut betroffenen oder bedrohten Familien

Die im äußersten Norden Münchens gelegene städtische Unterkunftsanlage – entstanden aus einem Lager für sog. „Displaced Persons“ (Angehörige verschiedener Nationalitäten, die sich im zweiten Weltkrieg als „Hilfstruppen Hitlers“ missbrauchen ließen) – bestimmt immer noch das Image des Hasenbergls, obwohl sie inzwischen nur noch einige Hausnummern der Wintersteinstraße umfasst. Das Viertel präsentiert sich eher grün, bietet Bewohnergärten und täuscht den Unkundigen mit einer gewissen Beschaulichkeit. Der soziale Brennpunkt mit seinen Herausforderungen versteckt sich quasi hinter dieser Fassade. Durch die Zusammenlegung der Bezirke Feldmoching und Hasenbergl zu einer Sozialregion hat das Hasenbergl Teile seiner zweifelhaften „Vormachtstellung“ bei den Armuts- und Arbeitslosenstatistiken verloren.

Das Hasenbergl ist nach wie vor gekennzeichnet durch:

- Armut, Arbeitslosigkeit, Mangel an Bildung/Ausbildung zur eigenständigen Existenzsicherung und ein damit einhergehender Mangel an Perspektiven. Viele Menschen sind in hohem Maße „bedürftig“;
- viele alleinerziehende Mütter sind suchterkrankt, was mit einem hohen Bedarf an Jugendhilfe einhergeht und zu großen Teilen die Arbeit der Ambulanten erzieherischen Hilfen (AEH) bestimmt, die meist als Absicherung bei Gefährdungsfällen intervenieren muss. Ähnlich verhält es sich bei dem hohen Anteil von Eltern mit psychischen Problemen;

Workshop 02: Krise regional lösen – Vernetzung von ambulanten Erziehungshilfen, dem Projekt NahRaum und den Sozialbürgerhäusern Feldmoching / Hasenberg und Milbertshofen / Am Hart

- eine im Vergleich zu anderen Vierteln hohe sozialarbeiterische „Interventionsdichte“. Vor allem im Bereich der städtischen Unterkunftsanlage gibt es weiterhin intensivste sozialpädagogische Kapazitäten, die sich in BSA-Zuständigkeiten für wenige Hausnummern statt mehrerer Straßenzüge niederschlagen.
- eine besondere „Standorttreue“ der Bewohnerinnen und Bewohner Wohnungswechsel bzw. Auszug aus der Unterkunftsanlage enden oft nur einige Straßen weiter, dadurch wird nichts „entflochten“. Die „Sippen“ bleiben bestehen und ihre oft schwierigen Lebenslagen werden „vererbt“. Die Vorbild- und Modellfunktion von Eltern gegenüber ihren Kindern wirkt hier negativ, neue Perspektiven werden nicht entwickelt;
- eine Zunahme an Flexibilität, „Demarkationslinien“ werden überschritten, so gibt es inzwischen eine Jugendgang, die aus Jugendlichen aus dem Hasenberg und Milbertshofen/ Am Hart besteht. Auch steigt die Bereitschaft von Eltern mit Suchtproblematik frühe Hilfen so frühzeitig anzunehmen, dass eine Herausnahme des Kindes weniger oft notwendig wird.

Die Region Milbertshofen/Am Hart ist geprägt durch:

- die industriellen Standorte großer Firmen, wie BMW, Wacker Baumaschinen und Knorr-Bremse und zeichnet sich vor allem durch eine hohe Wohnraumdichte aus.
- einen der Spitzenplätze in den Bereichen Armut und Migrationsanteil in der Bevölkerung im städtischen Ranking, was sich in den Belastungen der Familien niederschlägt.
- Wohnquartiere, wie Am Hart und in der Nordheide (ehemalige Panzerwiese), mit einem extrem hohen Anteil an Familien mit vielfältigen Problemlagen.

Es gibt in beiden Vierteln einen hohen Anteil an Eltern, der mit der Erziehung ihrer Kinder

überfordert sind, was angesichts von Arbeitslosigkeit, fehlenden Geldressourcen, den oft damit verbundenen psychischen Belastungen, der Wohnraumenge und den mangelnden Erfahrungen in der Alltagsbewältigung, nicht verwunderlich ist. Diese Eltern brauchen Unterstützungsangebote, die an ihren Ressourcen anknüpfen und dazu beitragen, dass diese vergrößert werden. Eine dauerhafte Fremdunterbringung muss für Kinder aus diesen Familien nicht die beste Hilfe sein. Das macht eine Einrichtung wie NahRaum erst möglich!

Beobachtung zu den Ressourcen der von Armut betroffenen oder bedrohten Familien

Die wesentlichste Ressource der Familien liegt in der Bereitschaft der Eltern - trotz hoher Belastungssituation und –faktoren - Verantwortung für die Erziehung Ihrer Kinder zu übernehmen. Diese Grundfähigkeit und –bereitschaft wiegt umso mehr als die Offenheit gewachsenen ist Hilfe frühzeitiger anzunehmen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Bereitschaft von Generation zu Generation zunimmt. Wie kann dies erklärt werden?

- Die langjährige intensive Intervention von Sozialpädagogik ist nicht wirkungslos verpufft. Haltungen konnten verändert und die Bereitschaft Hilfeangebote anzunehmen geweckt werden.
- Die Umwandlung von Unterkünften in Sozialwohnungen hat – wenn auch oft nur als „Verwaltungsakt“ abqualifiziert – zu Verhaltensänderungen geführt. Die Familien haben mehr Verantwortung für sich übernommen, schließlich sind sie zu Mietern geworden, was auch die Akzeptanz von Hilfsangeboten erhöht.
- Die hohe Vernetzung von sozialen Diensten und Einrichtungen im Hasenberg hat gegriffen.
- Die AEH als neue Qualität von Erziehungshilfen ist erfolgreich und erzielt jährlich



einen höheren Anteil an den Hilfen.

- In einigen Fällen ist die sog. „Entflechtung“ gelungen. Durch Wegzug in weitere Entfernung, bzw. in andere Stadtteile konnte der „Sippendruck“ gebrochen werden. Das Bedürfnis „nicht so zu werden wie die vorherigen Generationen“ wurde vorrangig.
- Auch durch Zuzug von nicht im Viertel verankerten Familien wurde das Sozialgefüge in der Region aufgelockert. Hier kamen Menschen in die Gegend, die andere Lebensgeschichten haben und sich nicht mehr gegen Hilfen abschotten.

Die Frage, ob eine Einrichtung wie NahRaum nicht schon vor zehn Jahren möglich gewesen wäre, ist nicht zu klären. Die Gegebenheiten waren jetzt jedenfalls reif.

Beobachtungen zu den sozialräumlichen Arbeitsansätzen der beteiligten Dienste, Organisationen, Einrichtungen im Quartier – Hier: Bezogen auf NahRaum

Zentrales Merkmal für die Umsetzung sozialräumlicher Arbeitsansätze ist die Tatsache, dass sich mit der Eröffnung von NahRaum im Quartier alle potentiell beteiligten Dienste, Organisation und Einrichtungen im unmittelbaren Lebensumfeld der Familien befinden: Sozialbürgerhaus, ambulante, teilstationäre und stationäre Erziehungsangebote. Hinzu kommen die Einrichtungen der Kinderbetreuung (Kindertagesstätten, Horte) und Schulen.

Die Erfahrungen mit den bisher in NahRaum betreuten Kindern und ihren Familien bestätigen die auf die örtliche Nähe der Wohngruppe bezogenen konzeptionellen Grundannahmen:

- Die sozialen Bezüge des in NahRaum untergebrachten Kindes werden aufrechterhalten und sind im Hilfeprozess nützlich.
- Die örtliche Nähe von NahRaum zur elterli-

chen Wohnung und damit verbunden die Nähe zu ihrem Kind motiviert Eltern zur Mitwirkung an einer möglichst baldigen Rückführung. Es wird vermutet, dass dies durch das Konzept unterstützt wird, welches ausdrücklich auf möglichst schnelle Rückführung ausgerichtet ist. Diese ausdrückliche Zielsetzung scheint Eltern die Entscheidung zur vorübergehenden Unterbringung in NahRaum leichter zu machen.

- Es wird festgestellt, je näher die elterliche Wohnung an NahRaum liegt, desto leichter gelingt der aktive Einbezug der Eltern.
- Für eine gelingende Rückführung werden individuelle Arrangements vereinbart. Zum Beispiel Unterstützung in Form von Hausaufgabenbetreuung in den Räumen von NahRaum auch nach der Beendigung von stationären Hilfen.

Die Eltern erleben NahRaum als ein Angebot „in ihrer Lebenswelt“. Die konzeptionelle Idee, die Eltern in den Alltag ihres Kindes auch in den Räumen von NahRaum unmittelbar einzubeziehen, ist umsetzungsfähig. Die Eltern sind motiviert, in die Wohngruppe zu kommen, um am Alltag ihrer Kinder teilzunehmen, ihr Kind zur Schule zu begleiten, an der Hausaufgabenbetreuung und Zubereitung der Mahlzeiten teilzunehmen, ihr Kind ins Bett zu bringen. Die Eltern „Lernen am Modell“, und werden bei der Bewältigung der „Alltagsaufgaben“ durch die pädagogischen Fachkräfte begleitet und unterstützt, gemachte Erfahrungen und Beobachtungen werden mit den Eltern ausgewertet. Für viele Eltern ist bereits das Erleben der liebevoll eingerichteten Wohngruppe oder die Schale Obst auf dem Küchentisch eine positive und wertschätzende Lernerfahrung.

Durch die Aufrechterhaltung der Lebensbezüge wird eine direktere und engere Zusammenarbeit zwischen dem Krisenangebot (NahRaum) und den an der Betreuung der Kinder und Jugendlichen beteiligten Diensten und Einrichtungen erleichtert. Allein durch

Workshop 02: Krise regional lösen – Vernetzung von ambulanten Erziehungshilfen, dem Projekt NahRaum und den Sozialbürgerhäusern Feldmoching / Hasenberg und Milbertshofen / Am Hart

die Tatsache, dass die Kinder nicht aus diesen anderen Hilfen herausgenommen werden, entsteht eine Aufweichung der bestehenden „Versäulung“.

Ein besonderer Stellenwert auch und vor allem bei der Arbeit mit den Eltern kommt der parallel zur Unterbringung vorausgesetzten ambulanten Erziehungshilfe zu. Notwendigerweise nehmen dadurch die Zeiten für Absprachen und Vernetzung zu. Dem gegenüber steht jedoch die Erfahrung, dass bei Familien, in denen bereits zum Aufnahmezeitpunkt eine AEH installiert war, die Kontaktaufnahme zu und der Einbezug der Eltern spürbar leichter gelingt. AEH ermöglicht die zusätzlich zu NahRaum nötige intensive Elternarbeit durch die Unterstützung im familiären Haushalt.

Das angewandte Clearingverfahren nach Oskar Randak ermöglicht eine zielgerichtete Arbeit in NahRaum unter Einbezug der anderen Dienste bzw. Helferinnen und Helfer:

- Die Ergebnissen der Diagnose dienen nicht nur der Bewertung der Situation und der weiteren Betreuungsplanung sondern u.a. auch als Gesprächsgrundlage für die Arbeit mit den Eltern. Hierbei werden sowohl die Entwicklungsbereiche mit Förderbedarf als auch die als Ressource zur Verfügung stehenden positiv ausgebildeten Entwicklungsbereiche besprochen. Eltern entwickeln spürbar ein besseres Verständnis für die Situation ihres Kindes. Eltern haben bereits nach einer eigenen Diagnose für sich nachgefragt, die auch durchgeführt wurde. Das Clearingverfahren ermöglicht eine familienbezogene Auswertung und unterstützt die Förderung im gesamtfamiliären Kontext.
- Das Clearingkonzept ist eine Familien- oder Gruppendiagnose auf der Grundlage vielfältiger individualdiagnostischer Instrumente. Auch eine quartierbezogene Diagnose ist möglich und wäre sinnvoll.

- Das Clearingverfahren ist anschlussfähig zur Sozialpädagogischen Diagnose, die im Rahmen des Hilfeplanverfahrens von der BSA durchgeführt wird.

Welche Veränderungspotentiale werden gesehen?

Aus den beschriebenen Beobachtungen und Erfahrungen mit der Arbeit von NahRaum lassen sich folgende Veränderungspotentiale ableiten:

- Die Versäulung der Hilfen in ambulant, teilstationär und stationär muss weiter aufgeweicht werden. Grundsätzlich muss die Möglichkeit bestehen einzelfallbezogen unterschiedliche Hilfearten oder Teile hieraus parallel anbieten zu können. Diese parallele Hilfestellung kann auch über einen längeren Zeitraum nötig sein. Den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe muss eine einzelfallbezogene Kombination ihrer Leistungen möglich sein. Dies setzt sowohl deren Bereitschaft zu größerer Flexibilität als auch entsprechende Finanzierungssysteme voraus. Durch die örtliche Nähe der Hilfe, aber auch durch die Überwindung der Versäulung könnten Hilfeleistungen generiert werden, die zielgerichteter und damit effektiver wirken und die zu einer höheren Akzeptanz der Hilfe bei den betroffenen Familien führen.
- Hinzu kommt die Notwendigkeit zu einer einzelfallbezogenen engen, kontinuierlichen Kooperation und Vernetzung zwischen den Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe aber auch zwischen diesen und Einrichtungen der Regelversorgung (Kindertagsstätte, Hort, Schule) von Anfang an. Das einzelfallbezogene Wissen zum Beispiel der Schule oder Heilpädagogischen Tagesstätte muss sowohl im Rahmen des Aufnahmeverfahrens als auch während einer Hilfe mit ein-



bezogen werden.

- Die sozialräumliche Unterbringung muss sich dem Auftrag stellen eng mit allen Bezugspersonen zu arbeiten. Dazu gehört auch die Peer Group. Entsprechende Konzepte sind, unter Berücksichtigung des Alters des jungen Menschen, zu entwickeln.
- Für eine bedarfsgerechte Versorgung junger Menschen und ihrer Familien ist die Errichtung eines Kinder-Krisendienstes erforderlich. Dieser Bedarf ist auch nicht durch eine notwendiger Weise zu verbessernde Kooperation mit der Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie zu befriedigen.
- In der Arbeit mit jungen Menschen und ihren Familien bedarf es signifikant anderer Modelle sowohl für die jungen Menschen als auch für ihre Eltern. So besteht die Notwendigkeit vor allem auch zu einer ausreichenden Anzahl männlicher Fachkräfte zum Beispiel als positive Vatermodelle.
- Voraussetzung für eine größere Akzeptanz der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe bei den betroffenen Familien ist die kontinuierliche Überprüfung von Haltungen der professionellen Akteurinnen und Akteure. Insbesondere muss die Stigmatisierung der Eltern durch die Betonung ihres Unvermögens überwunden werden und einer wertschätzenden und anerkennende Haltung gegenüber ihrer – wenn auch unvollkommenen – Elternleistung weichen.

Die Erfahrungen in der NahRaum-Begleitgruppe zeigen eine dringend notwendige Entwicklung der Haltung, sowohl der Dienste untereinander als auch gegenüber den Eltern. „Fehler“ sind als Chancen zur Veränderungen zu verstehen und zu nutzen.

Die oben beschriebenen sozialräumlichen Entwicklungen und ersten Erfahrungen mit NahRaum zeigen deutlich, dass bei aller notwendigen Weiterentwicklung und Professionalisierung die Qualität der Kinder- und Jugendhilfe letztlich mit deren quantitativen Ausstattung korreliert. Ein notwendiger Ausbau personeller Ressourcen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe – sowohl auf Seiten des öffentlichen wie auf Seiten der freien Träger – wird frühzeitige und effektive Angebote ermöglichen, die eskalierende Familiensituation adäquat behandeln und damit langfristige stationäre Unterbringung und kostenintensive Hilfen vermindern helfen.



Workshop 03: Virtuelle Räume als Sozialräume Jugendlicher

3

Durchgeführt von:

Brigitte Kugler und
U. Tarja Marks
(Stadtjugendamt München,
Produktteam Jugendarbeit)
Bert Witzens
(Kreisjugendring München-Stadt,
Freizeitstätte Aubinger Tenne)

Inhaltliche Beschreibung des Workshops:

Jugendliche bewegen sich zwischen virtuellen und realen Sozialräumen; zwischen zwei- und dreidimensionalen Räumen. Beide stellen elementare soziale Lernfelder dar, wobei die virtuelle Lebenswelt Jugendlicher einen immer größeren Stellenwert einnimmt. Pädagoginnen und Pädagogen werden mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Die zunehmende Schnelllebigkeit macht ein permanentes „Update“ eigener Kenntnisse unabdingbar. Diese neuen Räume können und müssen auch pädagogisch genutzt werden. Am Beispiel der Jugendfreizeitstätte Aubinger Tenne wird der Stellenwert der neuen Entwicklungen in Bezug auf pädagogische Arbeit dargestellt und diskutiert. Zusätzliche Eindrücke über die Bedeutung virtueller Räume aus der Sicht Jugendlicher bieten die im Vorfeld durchgeführten Interviews, die während des Workshops per Videoaufzeichnung präsentiert werden.

Zielsetzung

In dem Workshop werden Grundinformationen über virtuelle Communities, insbesondere „Die Lokalisten“ vermittelt. Es finden ein Austausch und eine Reflexion der Relevanz virtueller Netzwerke für

Jugendliche statt und vorhandene Strategien für den pädagogischen Umgang mit Jugendlichen und ihren virtuellen Räumen werden diskutiert und neue pädagogische Ansätze entwickelt.

Virtuelle Communities

Eine Community ist laut Wikipedia „... eine Gruppe von Personen, die gemeinsames Wissen entwickelt, Erfahrungen teilt und dabei eine eigene Identität aufbaut. Communities profitieren von dem Grundsatz, dass alle Teilnehmer zum Erfolg beitragen, indem sie ihr Wissen einbringen.“¹ Demnach betreibt eine virtuelle Community „... eine Website, auf der sich Internetsurfer mit ähnlich gelagerten Interessen treffen und ihre Erfahrungen austauschen“².

Es gibt für viele unterschiedliche Interessensgruppen Netzwerke im Internet zu finden. Fan-Gruppen von Musikerinnen und Musiker, Sportlerinnen und Sportler, Romanfiguren oder Kinofilmen, alters-, berufs- bzw. hobbyspezifische Gruppen usw. haben ihre eigenen Online-Communities. Manche Plattformen haben als Herzstück ein Forum und/oder einen Chat, andere wiederum weisen umfassende Funktionen auf.

Für den Workshop wird das Augenmerk besonders auf lokale Netzwerke, konkret „Die Lokalisten“ gelegt. Vormalig eher eine erwachsenenorientierte Plattform, werden als Zielgruppe nun Jugendliche angesprochen. Zentraler Aspekt ist die Vernetzung der einzelnen Mitglieder. Bei den Lokalisten kann man „sehen, wer von deinen Freunden und Freundesfreunden in deiner Stadt wen kennt und gerade online ist“ und „nachrichten an andere Lokalisten schicken, chatten, bloggen, events posten, Gruppen gründen und vieles mehr“³.

¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Community>, 19.02.2008

² ebd.



Beispiel Aubinger Tenne

Die Freizeitstätte Aubinger Tenne unter Trägerschaft des Kreisjugendrings München-Stadt wird von Kindern und Jugendlichen im Alter von 8 bis 18 Jahren besucht. Unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer, partizipatorischer, integrativer und interkultureller Aspekte gibt es im Rahmen des offenen Angebots ein Internetcafé und darüber hinaus Spiel-, Bastel- und Sportaktionen und regelmäßige Partys.

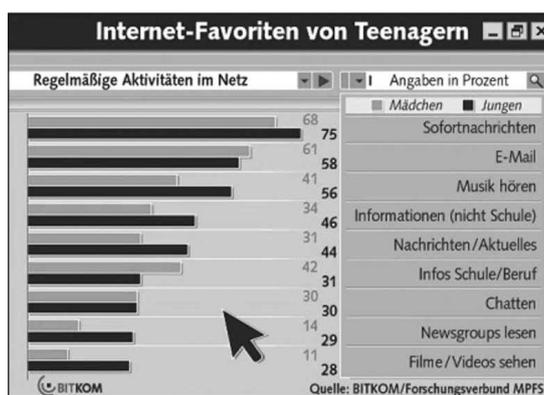
Nach einer Phase, in der die Pädagoginnen und Pädagogen der Aubinger Tenne die Jugendlichen zu Aktionen und Partys außer über Flyer und Aushänge auch per SMS eingeladen haben, etablierte sich in der Zwischenzeit eine Kontaktpflege über die Lokalisten. Diese Entwicklung resultiert zum einen aus sehr schnell wechselnden Handy-Nummern der Jugendlichen, was Einladungen über diesen Weg erschwerte, zum anderen aus dem Wissen, dass der Großteil der Kinder und Jugendlichen ein Profil bei den Lokalisten hat und diese Plattform zumindest mehrmals wöchentlich zum Austausch mit anderen nutzt.

Durch das Einrichten von sog. „Tags“ kann zielgruppenspezifisch zu Veranstaltungen eingeladen werden, z.B. zu Mädchenveranstaltungen oder Sitzungen des Jugendrates. Die Vernetzung über die Lokalisten ist eine jugendgerechte Form der Kontaktpflege über die Begegnung in den Räumen der Aubinger Tenne und dem sonstigen bislang bekannten Sozialraum hinaus.

Austausch und Reflexion der Relevanz virtueller Netzwerke für Jugendliche

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops sind sich einig, dass das Internet im Allgemeinen und virtuelle Communities im Besonderen, für Jugendliche eine zunehmend starke Rolle spielen.

Auch die Interviews der neun jugendlichen Besucherinnen und Besucher der Aubinger Tenne verdeutlichen dass Jungen und Mädchen unabhängig von ihrer schulischen/beruflichen Ausbildung ein bis mehrmals am Tag im Internet unterwegs sind. Eine aktuelle Forsa-Umfrage untermauert diese Aussagen: „Fünf von sechs Jugendlichen (83 Prozent) nutzen das Netz täglich oder mehrmals pro Woche.“⁴ „An Bedeutung gewinnen interaktive Web-Angebote. Vier von zehn Teenagern und jungen Erwachsenen haben ein Profil bei einem Online-Netzwerk (Community) hinterlegt. Insgesamt veröffentlicht jeder zweite junge Nutzer zwischen 14 und 29 Jahren persönliche Infos im Netz.“⁵



³ Lokalisten-Eigendarstellung, www.lokalisten.de/tour/pg2Show.do, 19.02.2008

⁴ http://www.bitkom.org/50584_50560.aspx, 19.02.2008ebd.

⁵ ebd.

Workshop 03: Virtuelle Räume als Sozialräume Jugendlicher

Die zunehmende Bedeutung virtueller Räume nimmt konkret Einfluss auf das Verhalten der Jugendlichen in ihrem sonstigen Sozialraum.

- Um sich an den unterschiedlichen Communities zu beteiligen bedarf es Geld. Wenn schon nicht für den eigenen PC plus Internetanschluss, so doch zumindest für regelmäßige Besuche im Internetcafé. Häufiger Treffpunkt Jugendlicher ist das Internetcafé, sozusagen als „Tor“ zum virtuellen Sozialraum. Durch das Angebot von internetfähigen PCs in Freizeitstätten wird dem Bedarf auch ärmerer Jugendlicher Rechnung getragen.
- Jugendliche verabreden sich online, um sich in 3-D zu treffen. Außer der Verabredung zu gesellschaftlich akzeptierten Aktivitäten, verabreden sie sich auch zu Schlägereien etc.
- Das auf Freundschaften basierende Netzwerk der Lokalisten suggeriert bei einem großen Freundschaftsbaum eine mannigfaltige Einbindung in einen Freundeskreis und stellt damit häufig subjektiv einen Grad an Verbindlichkeit dar, den es für die anderen nicht unbedingt hat. So bedeutet ein dicht verflochtener Freundschaftsbaum bei den Lokalisten im sonstigen Leben nicht zwangsläufig stabile soziale Beziehungen.
- Die Anonymität und Unverbindlichkeit des Netzes lässt vielerlei Spielraum für Täuschungen, aber auch zum Kreieren und Ausprobieren anderer Identitäten.
- Jugendliche geben untereinander ihre Passwörter weiter. Dadurch können sie sich unter dem Nickname eines/einer anderen anmelden und mit anderen in Kontakt treten, was im besten Fall für Verwirrung im schlechtesten Fall für extreme Streitigkeiten und üble Nachrede führen kann.
- Das Internet, v.a. die Communities, sind sprachbasiert. Jugendliche haben inzwischen einen eigenen Jargon für das Schreiben von Nachrichten entwickelt, der

für Erwachsene häufig nicht mehr verständlich ist. Es bedarf jedoch gewisser sprachlicher Fähigkeiten, um sich im virtuellen Sozialraum zu behaupten. Bildungserferne Jugendliche haben dementsprechend Schwierigkeiten bei dieser Entwicklung mithalten zu können.

- Neben vielen kinder- und jugendgerechten Angeboten finden sich im Internet auch sehr viele aus pädagogischer Sicht ungeeignete Seiten. Jugendliche, die von gut meinenden Eltern durch strenge Ausgehzeiten etc. von sehr vielen vermeintlichen Gefahren des 3-D-Sozialraumes ferngehalten werden, verbringen unter Umständen sehr viel mehr Zeit am häuslichen PC und dort im Internet. Dort suchen sie sich dann ihre Freiräume mitunter auf nicht vertrauenswürdigen oder aus Sicht des Jugendschutz gefährdenden Seiten und Communities.

Austausch und Entwicklung von Strategien für den pädagogischen Umgang mit Jugendlichen und ihren virtuellen Räumen

Es sind Strategien für den pädagogischen Umgang mit Jugendlichen und ihren virtuellen Räumen zu entwickeln. Folgende Ideen konnten im Workshop gesammelt werden:

- Jugendliche müssen im virtuellen Sozialraum pädagogisch begleitet werden. Dazu gehört u.a. auch die Aufklärung über mögliche Gefahren bei unüberlegter und unreflektierter Preisgabe von persönlichen Daten im Internet. Sie müssen befähigt werden, Dinge zu hinterfragen und Alternativen zu entwickeln.
- Wenn Jugendliche verboten bekommen, im Internet zu surfen, werden sie sich bei Freundinnen und Freunden oder im Internetcafé den Zugang verschaffen. Anders als im häuslichen und pädagogisch betreuten Räumen fehlt hier die Möglichkeit einer Kontrolle bzw. einer pädagogische Begleitung.



- Ein gutes Maß zwischen Bildungsauftrag, Reglementierung und der nötigen Freiheit, damit die Jugendlichen, z.B. in der offenen Arbeit, weiterhin die Einrichtung besuchen, ist ein Balanceakt. Es sind Regelungen nötig, wer wie lange auf welchen Seiten im Netz unterwegs sein darf. Denkbar sind auch Vereinbarungen wie: _ Stunde Internetzugang bedeutet auch mindestens _ Stunde sportliche Aktivität im Freien.
- Trotz der Verankerung Jugendlicher im Internet bedarf es weiterhin einer Verankerung im realen Leben. Wichtig ist dafür eine hohe Attraktivität der außerhalb des Internets liegenden Räume.
- Aufsuchende Jugendarbeit muss weiterhin auch im Stadtteil präsent sein, könnte aber durch pädagogische Angebote bzw. Beratung im Netz ergänzt werden.
- Vertrauensbasierte, jugendgerechte Communities wären nötig, z.B. durch die Registrierung ausschließlich persönlich Bekannter.
- Peer-to-Peer-Schulungen können sinnvoll sein, in denen ältere Jugendliche jüngere im verantwortungsvollen Umgang mit dem Medium Internet schulen (vgl. Handy-Projekt an Münchner Schulen von MobilSpiel e.V. München).
- Pädagoginnen und Pädagogen sowie Eltern müssen geschult werden, was bei der Schnelligkeit des Netzes nicht einfach zu bewerkstelligen ist. Jedoch ist es wichtig, dass die Erwachsenen wissen, wo die ihnen anvertrauten Jugendlichen „unterwegs“ sind. Neben fachlicher Fortbildung für Pädagoginnen und Pädagogen sind auch Elternkurse in Freizeitstätten oder die Behandlung des Themas im Rahmen von Elternabenden in Schulen denkbar.
Dazu kann auch bestehendes Informationsmaterial genutzt werden, z.B. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend⁶.

Zusammenfassung

Unabhängig davon, wie die erwachsenen Bezugspersonen diesen Trend beurteilen, spielt das Internet mit seinen Online-Communities und virtuellen Netzwerken eine immer größere Rolle für die Jugendlichen. Es stellt schon jetzt einen weiteren Sozialraum über den herkömmlichen im Stadtteil hinaus. Somit sind Pädagoginnen und Pädagogen sowie Eltern gezwungen, sich mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen. Wie in den herkömmlichen 3-D-Sozialräumen benötigen Jugendliche auch in diesem virtuellen Raum pädagogische Begleitung und müssen mit den Chancen und Risiken vertraut gemacht werden.

Die pädagogische Fachwelt hat an dieser Stelle noch Entwicklungsbedarf und muss, will sie die Jugendlichen in virtuellen Sozialräumen nicht sich selbst überlassen, zügig Konzepte entwickeln und entsprechend umsetzen.

Workshop 04: Stellenwert von Stadtteilarbeit des Bezirks- sozialbürgerhauses Feldmoching / Hasenberg für „Kinderarmut bewältigen in Ludwigsfeld“

4

Durchgeführt von:

Prof. Dr. Tilo Klöck
(Hochschule München)

Berichterstattung mit Beiträgen der

Co-Referentinnen:

Petra Grünwald,
Getrud Dusolt,
Isabelle Nagl und
Prof. Dr. Gabriela Zink

Das Modell in Ludwigsfeld zeigt: In der täglichen Arbeit von Fachkräften der Bezirkssozialarbeit und im Verbund mit anderen Akteuren vor Ort geht oft mehr als man denkt. Im Workshop wurden die Ansätze zum konstruktiven Umgang mit Armutslagen in Ludwigsfeld, aber auch die dabei auftretende Hemmnisse dargestellt. Die Erfahrungen und die Erkenntnisse des Projektes „Kinderarmut bewältigen vor Ort“ wurden in die Präsentation einbezogen. Besonderes Interesse galt der Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Quartiere in München.

Zwei Vorgeschichten überkreuzten und ergänzten sich dafür:

1. Der Stellenwert von Stadtteilarbeit für die Bezirkssozialarbeit ist schwach und nachrangig, obwohl fachlich unstrittig und wichtig für die Verwirklichung des Gestaltungsauftrags der Kinder- und Jugendhilfe, für die Realisierung von Partizipation und Einmischung, für die Umsetzung integrierter Handlungskonzepte und die Soziale Stadtentwicklung mit der „Perspektive München“. Das zeigen zum einen die zeitgeschichtliche Aufarbeitungen und aktuelle Konstellationen der Bezirkssozialarbeit, und zum anderen die erfolgreichen Modelle der Modernisierung der Sozialen Arbeit als lernende Organisation, die vorgestellt wurden und hier dokumentiert sind mit Statements der langjährigen Bezirkssozialarbeiterin und jetzigen Vorsitzenden der

Bürgerorganisation Interessengemeinschaft Ludwigsfeld (IGLU), einer Teilregionsleiterin des Sozialbürgerhauses Feldmoching/Hasenberg und der aktiven Bezirkssozialarbeiterin.

2. In Absprache mit den Münchner Sozialbürgerhäusern focussiert das Praxisforschungs- und Entwicklungsprojekt „Kinderarmut bewältigen vor Ort“ auf die Siedlung Ludwigsfeld. Es werden ergebnisoffene Sondierungen und Recherchen aus den Subjekt- und Steuerungsperspektiven durchgeführt, die ein besonderes Augenmerk auf die Themen „Wohlergehen“, „Benachteiligung“ und „Deprivation in Kinderarmut“ richten. Hierzu wurden Fachkräfte befragt und mehrere Teilhabeprojekte und Aktivierungen führten zu zwölf Entwicklungsvorhaben mit den Kindern und Verantwortlichen aus Verwaltung, Politik und Wohnungswirtschaft. Diese werden ebenso wie Zwischenergebnisse aus qualitativen Interviewreihen mit Fachkräften und Familien, sowie aus Partizipationsprojekten mit Kindern anschließend dargestellt.

Extreme (doppelte) Randlagen: Marginalisierung und Modernisierung - Lernen in Ludwigsfeld

Es ist eine merkwürdige doppelte Marginalisierung von Ludwigsfeld festzustellen: zum einen die Siedlung Ludwigsfeld und zum anderen die dortigen Modelle für Lebensbewältigung und transkulturelles Zusammenleben, die trotz der schweren familiären Belastungen seit der (Nach-) Kriegszeit entstanden sind.

Einerseits gibt es eine jahrelange Verwahrlosung der öffentlichen Verantwortung durch die Bundesvermögensverwaltung, welche Sanierungsstaus und Vernachlässigungen zur Folge hat, die nun so bewältigt werden müssen, dass es nicht zu einer Verschärfung oder Häufung von Armutslagen kommt.



Andererseits werden beeindruckenden Solidaritäts- und Kompetenzerfahrungen der AkteurInnen sichtbar, die Grundlage für eine wirksame und zukunftsfähige Modernisierung der Sozialen Arbeit sein können. Ein nachhaltiger Abbau von Fremdplatzierungen sowohl von alten Menschen als auch von Kindern erscheint wahrscheinlich. Die Erfahrungen in Ludwigsfeld zeigen, Modelle einer sehr lebensnahen Verankerung von Kinderschutz und Prävention sind möglich.

Unglaublich unbeachtet sind solche Modelle geblieben, die als so genannte „Feldorientierung des ASD“ seit Mitte der achtziger Jahre auch in München propagiert werden. Was daraus geworden ist, zeigt eine im Auftrag des Stadtrats durchgeführte Evaluation (GWA Studie 2003). Ein System der Wertschätzung für die AkteurInnen solcher Modelle fehlt leider nicht nur in Ludwigsfeld. Diese ist aber unverzichtbar für die Soziale Stadtentwicklung, die in der „Perspektive München“ eigentlich angelegt und gewollt ist. Fraglich ist jedoch, wie fit die Soziale Arbeit für diese (Reform-)Aufgabe ist, vor Ort konstruktive Impulse für nachhaltige Entwicklungen zu geben? In Ludwigsfeld können Synergien für die Bewältigung von Marginalisierung und die Modernisierung von Sozialer Arbeit und Wohnraum – mit Hilfe von Public-Private-Partnership mit Wohnungsunternehmen insbesondere der PATRIZIA AG – entstehen, und die Partizipationsversprechen der Landeshauptstadt eingelöst werden. Die in Ludwigsfeld entstandenen modellhaften Formen des transkulturellen und intergenerativen Zusammenlebens von jung und alt brauchen hierfür jedoch eine hohe und täglich sichtbare Wertschätzung. Öffentliche Förderprogramme und interdisziplinäre Qualifizierungsoffensiven für die Gemeinwesen- und Sozialraumorientierung wären dafür hilfreich.

Petra Grünwald

Stadtteilarbeit der Bezirkssozialarbeit in Ludwigsfeld

Ludwigsfeld, eine Wohnsiedlung am äußersten Stadtrand von München, ohne Infrastruktur und äußerst schlechter Verkehrsanbindung, wurde 1950 für ca. 3200 Menschen auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Dachau erbaut. In den kleinen Einfachstwohnungen wurden auf engstem Raum die so genannten Displaced Persons untergebracht, Menschen, die während des Krieges aus Osteuropa geflohen oder vertrieben worden waren und die Zwangsarbeit und KZ-Aufenthalte über sich ergehen lassen mussten. Sie waren meist sehr krank, demoralisiert, der deutschen Sprache nicht mächtig und hatten keine Möglichkeit mehr in ihre Heimat zurückzukehren. Menschen aus etwa dreißig Nationen, verschiedenen Kulturen und Glaubensgemeinschaften lebten hier in Ludwigsfeld unter schwierigsten Bedingungen eng zusammen und ausgegrenzt am Rande der Gesellschaft. Die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und psychischen Defizite bei den alten Menschen aber auch bei den Familien mit Kindern und allein stehenden Einzelpersonen waren groß. Die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe (damals noch Jugendwohlfahrt genannt) beschränkten sich auf den Umgang mit Kindeswohlgefährdungen.

Entsprechende Hilfestellung durch soziale Einrichtungen, wie z. B. des Caritasverbandes, waren nur unzureichend vorhanden und in der Bezirkssozialarbeit (BSA) wurde nach zwei Jahren aus den vielen Einzelfällen heraus deutlich, dass die Menschen in Ludwigsfeld Hilfen benötigten, die auf ihre speziellen Bedürfnisse ausgerichtet waren. 1982 gelang es der BSA zu erst einmal mit Hilfe von Spenden (SZ Adventskalender) und der Nutzung der Ressourcen der Bewohner, die Vielzahl der Unterbringungen in Altersheimen

Workshop 04: Stellenwert von Stadtteilarbeit des Bezirks- sozialbürgerhauses Feldmoching / Hasenberg für „Kinderarmut bewältigen in Ludwigsfeld“

durch die Finanzierung und Einstellung einer weiteren ambulanten Pflegekraft soweit zu stoppen, dass alten Menschen, immer öfter ein Verbleiben in ihren Wohnungen ermöglicht werden konnte. Ferner gelang es im Laufe der nächsten Jahre mit Hilfe von nachbarschaftlichen Ressourcen, großzügigen Spendern und der intensiven Zusammenarbeit mit dem Caritasverband vor Ort, die Hilfen für die alten Menschen weiter zu verbessern. In Ludwigsfeld konnte ein kleines Seniorenzentrum, ausgestattet mit einem Bad, einer Dusche, einer Waschmaschine und weiteren Möglichkeiten zur Erleichterung der ambulanten Pflege eingerichtet werden. Auch startete der Caritasverband Dachau mit Essen auf Räder, um so alten Menschen länger ein Leben in ihren eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

Die überdurchschnittlich hohe Anzahl von Unterbringungen in Altenheimen konnte damit bereits spürbar reduziert und durch Aktivitäten, die aufgrund weiterer Spenden (Adventskalender der SZ 1991) möglich wurden, schließlich fast ganz gestoppt werden. Mit den Geldern des Adventskalenders der SZ wurde die Erweiterung der Hilfen für alten Menschen und die Einrichtung eines Fahr- und Begleitdienstes sowie das Angebot eines regelmäßigen Mittagstisches und Besuchsdienstes finanziert. Mit Spenden konnte auch Musikunterricht für die Kinder in der Wohnsiedlung organisiert und bezuschusst werden. Altersgruppen übergreifend wünschten sich die Bewohner ab und zu kulturelle Angebote, wie z.B. Theater und Konzerte. All dies wurde von den Bewohnern in engagierter ehrenamtlicher Arbeit unterstützt und ansonsten wäre es nicht möglich gewesen, die Wohnqualität in Ludwigsfeld so entscheidend zu verbessern.

Um Spenden aus dem Adventskalender der SZ erhalten zu können, war es notwendig einen gemeinnützigen Verein zu gründen. IGLU – Interessengemeinschaft Ludwigsfeld

wurde auf Anregung, der und mit Hilfe ehrenamtlich engagierter Bewohner und des Caritasverbands Dachau ins Leben gerufen. Unterstützt und gefestigt wurde die Mitgliedschaft der BSA in diesem Verein durch einen Stadtratsbeschluss, in dem die Mitgliedschaft der Stadt München im Verein festgelegt und die regelmäßige Vertretung dieser Mitgliedschaft durch die in der Wohnsiedlung tätigen MitarbeiterInnen BSA geregelt wurde.

Die gemeinsame Arbeit mit den Bürgern gestaltete sich in den nächsten Jahren unheimlich interessant. Es entstand ein reger Austausch von Ideen, die Defizite im Bezirk wurden von den BewohnerInnen benannt und man achtete immer mehr auf die sozialen Bedürfnisse der MitbewohnerInnen. Die Verwaltung der Spendengelder lag und liegt immer noch in der Hand der BürgerInnen. Es ist nach wie vor faszinierend mit anzusehen, wie verantwortlich diese mit den Finanzmitteln umgehen. Im Einsatz lernten die ehrenamtlichen Helfer auch den Umgang mit schwierigeren Menschen und es breitete sich vermehrt ein Klima der Rücksichtnahme aus. Die BSA erhielt mehr denn je Einblick in die Situation und die Befindlichkeit der Menschen in Ludwigsfeld und durch den immer enger werdenden Kontakt zu den Bürgern gelang es auch, ihnen die Möglichkeiten und die Grenzen von kommunaler sozialer Arbeit aufzuzeigen. Die BewohnerInnen machten die Erfahrung, dass frühzeitig einsetzende Unterstützungen, in Form von Selbsthilfe oder durch hauptamtliche Kräfte, meist hilfreicher sind als Kriseninterventionen. In der BSA zeigte sich sehr bald eine vermehrte Tendenz hin zur präventiven Arbeit. Der Bekanntheitsgrad und das Vertrauen zur BSA im Bezirk wuchsen und öffneten dieser die Türen.

In der Zusammenarbeit mit den Bürgern wurden im Laufe der sechzehn Jahre seit Bestehen des Vereins viele Aktionen durchgeführt



und laufende Projekte ins Rollen gebracht. In der Zwischenzeit kann IGLU mit Hilfe von städtischen Zuschüssen für Miete und Nebenkosten, sogar eigene Räume betreiben. Insgesamt haben sich die Lebensbedingungen in der Wohnsiedlung gebessert, die Zufriedenheit der Bewohner mit dem Leben in Ludwigsfeld ist gewachsen und es ist eine beispielhafte Gemeinschaft entstanden, in die Menschen aus etwa weiteren zwanzig Nationen gut integriert werden konnten.

Ludwigsfeld ist in der Zwischenzeit über die Siedlungsgrenzen hinaus bekannt geworden und in enger Zusammenarbeit mit politischen Gremien konnte man bereits einiges bewegen. Die BürgerInnen, auch wenn sie immer noch auf der schwächeren Seite der Gesellschaft stehen, erfahren immer wieder, dass gemeinsames Handeln stark macht und sie sind stolz darauf, dass in ihrer Siedlung sozialer Friede gelebt wird!

Aus dem Blickwinkel der BSA gesehen, fordert die Arbeit in Verknüpfung mit der Vereinsarbeit zwar ein großes tägliches Arbeitspensum und viele Einsätze auch außerhalb der normalen Arbeitszeit, aber gleichzeitig ist für die BSA ein äußerst interessantes Arbeitsfeld entstanden, in dem die Probleme, wenn erforderlich im Einzelfall, oft aber auch fallübergreifend mit Unterstützung der BewohnerInnen und dabei meist Kosten sparender (!) gelöst werden können. Diese intensive sozialraumorientierte Arbeit wäre von der BSA alleine, ohne zusätzliche Unterstützung durch die Stadt München, nicht zu leisten. Seit 1996 wurde die BSA in Ludwigsfeld mit sieben Stunden in der Woche durch eine geringfügig bezahlte sozialpädagogische Kraft ergänzt.

Isabelle Nagl

Bezirkssozialarbeit mit Fall- und Feldorientierung (Szenarien)

Der sozialräumliche Blick eröffnet bessere Lösungsmöglichkeiten in prekären Lebenslagen und mehr Ansatzpunkte für präventive Angebote. Ein sozialräumlicher Ansatz hilft auch sich der Verführung zum Nicht-Handeln durch die mit Armut verbundenen Probleme zu widersetzen.

Ein feierlicher Einstieg in die Stadtteil- und Bezirkssozialarbeit gelang in der Nachfolge von Frau Grünwald in den neuen Räumen von IGLU. Es waren überwiegend Klienten eingeladen, davon kamen auch sehr viele. Keinerlei Stigmatisierung durch die Kontakte zur BSA waren spürbar, keine Hemmschwellen untereinander, alle kannten sich schon. Der Einstieg als Neue, auch für die Fallarbeit Zuständige mit Außensprechstunden, gelang über die gemeinsame Vereins- und Projektarbeit, z.B. die sozialpädagogische Lernhilfen für Grundschüler (3-4 x pro Woche), für Hauptschüler (2 x pro Woche), sowie die Mutter-Kind-Gruppe, Deutschkurse, den Mittagstisch für Senioren, die kirchliche Seniorengruppe und das Freitagscafe für alle Bewohner.

Das erleichterte die BSA, deren Bekanntheitsgrad noch immer wächst:

1. Der Mittagstisch ermöglicht eine einfache Kontaktaufnahme mit den alten Menschen, die diese Angebot nutzen, ihren Angehörigen und Nachbarn, aber auch eine regelmäßige Kontrolle ?von was? Sowie die Wahrnehmung von Veränderungen werden möglich. Das Ziel der Altenarbeit, das alte Menschen so lange wie möglich in der eigenen Wohnung leben, wird auch durch Fahrdienste unterstützt. Wenn Heimunterbringungen aufgrund der Pflege durch Angehörige oder Nachbarn vermeidbar werden, spart die

Workshop 04: Stellenwert von Stadtteilarbeit des Bezirks- sozialbürgerhauses Feldmoching / Hasenberg für „Kinderarmut bewältigen in Ludwigsfeld“

Landeshauptstadt München beträchtliche Summen ein.

2. Die sozialpädagogischen Lernhilfen sind notwendig, da eine Förderung an der Sprengelschule in Karlsfeld wegen den schlechten Busverbindungen nicht möglich ist. Die Schule in Ludwigsfeld wurde leider bereits vor vielen Jahren geschlossen. Die sozialpädagogischen Lernhilfen (neben Nachmittags- und Hausaufgabenbetreuung in Hort und Schule) erleichterten der MitarbeiterIn der BSA den Zugang zu Familien, z.B. für Familienberatung. Prävention kann gelingen, weil eine kontinuierliche vertrauenswürdige Kooperation zwischen der MitarbeiterIn der BSA und den Familien möglich ist. Zugleich werden die Bildungschancen insbesondere der ausländischen und wirtschaftlich schwach gestellten Kinder verbessert.

3. Ähnliche Verbesserungen hinsichtlich der Akzeptanz des Angebots der BSA werden auch durch die Deutschkurse für Mütter, z.B. aus dem Kosovo, erreicht. Am Ende der Kursstunden werden – quasi nebenbei – auch Erziehungsschwierigkeiten besprochen und der Weg zu ambulanten Erziehungshilfen geebnet.

4. Die MitarbeiterIn der BSA schafft im Kontakt zu den BewohnerInnen Vertrauen, Verbindlichkeiten und Verlässlichkeit. Die MitarbeiterIn der BSA kann auch über IGLU erreicht werden. Rückfragen und Aussagen von Nachbarn erleichtern eine Einschätzung hinsichtlich von Gefährdungsfällen. Nachbarn und Bekannte können Vorfälle schildern und haben ein Auge auf die Kinder. Sie scheuen den Kontakt zur BSA nicht. Großeltern und Verwandte in unmittelbarer Nähe werden als Ressource wahrgenommen. Gute Familien- und Nachbarschaftsnetzwerke können mit dem der Fachkräfte zusammen wachsen. Inobhutnahmen und stationäre Unterbringungen lassen sich inzwischen fast immer vermeiden und teilstationäre Hilfen sind selten,

was kommunale Ausgaben senkt.

Sozialraumorientierung kann die Handlungskompetenz erweitern. Zur These 4: Es geht mehr als man denkt

Die Themen der IGLU-Vereinssitzungen sind alltagsnah und es werden fast ausschließlich sozialräumliche Überlegungen angestellt. Die Belange und Lösungsvorschläge werden direkt von den BewohnerInnen eingebracht, z.B. schlechte Busverbindungen. Sie tragen die Initiativen und Entscheidungen tatkräftig mit und bringen sich in der Umsetzung mit ein. Motivation entsteht und verstärkt sich die am eigenen Ort, weil es einen eigenen Raum dafür gibt. Anderswo müsste das mit Projekten für Aktivierung und Empowerment hergestellt werden. Es wäre vermutlich von Vorteil, wenn BewohnerInnen mit ihren Belangen und Lösungsvorschlägen auch dort Raum hätten. Allerdings müssten sich dafür (Fach-) Arbeitskreise öffnen oder mit BewohnerInnen passende Foren schaffen.

Armut macht (nicht) erfinderisch?

Das Beispiel Ludwigsfeld zeigt, dass Armut ihre demoralisierende Wirkung nicht zwangsläufig entfalten muss. Es gibt in Ludwigsfeld viele BewohnerInnen, die in materieller Armut leben. Ludwigsfeld hat eine schlechte Infrastruktur, zu kleine Wohnungen und keine Schule mehr vor Ort. Durch die schlechte Verkehrsanbindung sind viele auf Auto angewiesen, besonders jene, die im Schichtdienst arbeiten. Manche haben teure Autos, die für sie einen hohen symbolischen Wert haben und die soziale Teilhabe (trotz Verschuldung) repräsentieren sollen.

Die Menschen in Ludwigsfeld haben gelernt, sich gegenseitig zu tolerieren und zu unterstützen, auch finanziell. Es gibt in Ludwigsfeld kleine Läden, in denen man noch anschreiben lassen kann und deren Personal alten Menschen die Lebensmittel nachhause bringt.



3. Als die neuen (Eigentums-)Wohnungen und Reihenhäuser vor über zehn Jahren entstanden, wurde befürchtet, dass eine soziale Kluft deutlich zu bemerken wäre. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Bewohner der neuen Siedlung in den Verein einzubeziehen, so dass auftretende Probleme schneller gelöst werden könnten.

4. Trotz der Armut gibt es in Ludwigsfeld keine Häufung von häuslicher Gewalt und kaum Risiken von Vernachlässigung. Spannungen in kleinen Wohnungen werden gemildert, weil Kinder sich viel draußen aufhalten. Nachbarn und Verwandte haben stets ein Auge auf sie.

Die Vertrauensbasis, welche die BSA mit IGLU und den BewohnerInnen geschaffen hat, ist sehr beständig.

Gertraud Dusolt

Sozialbürgerhaus – Stellenwert und Transfer von Stadtteilarbeit

Für das Sozialbürgerhaus (SBH) Feldmoching-Hasenberg ist der Bezirk Ludwigsfeld aufgrund seiner Historie, seiner abgelegenen Lage und der Zusammensetzung der Bevölkerung einzigartig und nicht mit den anderen Bezirken im Zuständigkeitsgebiet des SBH vergleichbar. Trotzdem gibt es – derzeit noch – keine besondere Entlastung für die dort tätige Bezirkssozialarbeiterin. Dies soll sich in absehbarer Zeit ändern.

Schon seitens des Stadtrates wurde bei der Gründung des Vereins IGLU – ich verweise hier auf den Beitrag von Frau Grünwald – zwar anerkannt, dass in Ludwigsfeld besondere Maßnahmen erforderlich und sinnvoll sind, um den BürgerInnen dort Hilfen zugänglich zu machen. Gleichzeitig wurden aber keine besonderen Stellen für die Siedlung eingerichtet, nur einige Stunden für eine

Zuarbeiterin der Bezirkssozialarbeit (BSA) bewilligt. Der persönlichen Initiative von Frau Grünwald ist es zu verdanken, dass sich viele BürgerInnen im Verein IGLU engagieren. Der Verein hat das Ziel, Verbesserungen für die Siedlung auch im sozialen Bereich zu erreichen.

Die von Frau Grünwald und Frau Nagl dargestellten Entwicklungen zeigen, dass ihre Mitarbeit im Verein ein wesentlicher Faktor für die Erfolge der BSA ist. Die Kontakte, die in der Vereinsarbeit, der Hausaufgabenhilfe, den Seniorenausflügen und dem Mittagessen am Freitag, geknüpft werden können, schaffen Vertrauen zu der MitarbeiterIn der BSA. Dadurch werden ihre Angebote von den Menschen im Viertel leichter angenommen als in anderen Regionen unseres SBH, in der die MitarbeiterIn der BSA nicht diese Präsenz zeigt. Es wird auch deutlich, dass sich BürgerInnen durch das vertrauensvolle Verhältnis zu der MitarbeiterIn der BSA eher ermutigt fühlen, mit ihrer problematischen Lebenslagen von Nachbarn, Verwandten, Bekannten oder eigene Probleme zu besprechen und nach Unterstützungsmöglichkeiten zu suchen.

Eine wichtige Aufgabe der Bezirkssozialarbeit ist das Erkennen von Problemlagen in der Sozialregion und die Rückmeldung an die in der Stadtverwaltung hierfür zuständigen Stellen, damit auf die Bedarfe reagiert werden kann. Wir stellen fest, dass die BSA in der Siedlung frühzeitiger und umfassender Mängel oder Bedarfe erkennt, denen begegnet werden muss, und sehr schnell sinnvolle Strategien zur Behebung vorschlagen können. Gelungene Beispiele hierfür schildert Frau Grünwald.

Es ist in unserem Haus eine hohe Anerkennung für die Arbeit der BSA in Ludwigsfeld vorhanden. Das „Modell“ ist zwar nicht eins zu eins auf alle Bezirke im Zuständigkeitsbereich des SBH oder auf andere Stadtteile

Workshop 04: Stellenwert von Stadtteilarbeit des Bezirks- sozialbürgerhauses Feldmoching / Hasenberg für „Kinderarmut bewältigen in Ludwigsfeld“

übertragbar, dennoch können konkrete Lehren für die Weiterentwicklung der BSA in den anderen Bezirken und Sozialregionen gezogen werden:

Die Einbindung der Menschen vor Ort, wie in Ludwigsfeld geschehen, muss in der Zukunft eine größere Rolle bei Veränderungs- und Verbesserungsprozessen in der Stadtteilarbeit spielen. In den Regsam-Strukturen ist dieser Aspekt derzeit noch nicht genügend verwirklicht.

Die Präsenz der BSA vor Ort in Verbindung mit positiv besetzten Angeboten, die niedrigschwellig sind, wäre auch in anderen Stadtteilen wünschenswert. Dies scheitert derzeit an der hohen Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen und den nicht vorhandenen personellen Ressourcen. Eine stärkere Betonung der fallübergreifenden Tätigkeiten in jedem einzelnen Bezirk der Sozialarbeit mit den damit zu erwartenden positiven Ergebnissen setzt diese Ressourcen jedoch zwingend voraus.

Prof. Dr. Gabriela Zink

„Was stützt Familien in Ludwigsfeld?“

Es werden die Zwischenergebnisse einer qualitativen Untersuchung zu den Lebenslagen von Familien mit minderjährigen Kindern in Ludwigsfeld vorgestellt. Im Rahmen dieser Studie werden Lebenslagen von Familien in Ludwigsfeld mit Blick auf die Bildungswege der Kinder untersucht, um sozialpädagogische Angebote zur schulischen Förderung dieser Kinder weiterentwickeln zu können. Dafür wurden mit fünfzehn Müttern, zwei Vätern und neun Kindern sowie verschiedenen ExpertInnen qualitative Interviews geführt, Stadtteilbegehungen und Datenanalysen durchgeführt worden. Die Mitarbeite-

rInnen von IGLU, BSA und Jump in (Jugendzentrum) erleichterten die Zugänge zu den Familien und Kindern. Mit dieser Aufgabe befasste sich Reyhan Kocatepe im Rahmen ihrer Diplomarbeit. Deren Hauptergebnisse werden im Folgenden gemeinsam mit den Zwischenergebnissen der Studien im Rahmen des Projektverbundes stichpunktartig zusammengefasst. Es zeigen sich erhebliche Unterschiede in der Lebenssituation der Familien, die in dem alten Teil von Ludwigsfeld wohnen, und den Familien, die erst vor ungefähr einem Jahrzehnt in den damals neu erbauten Teil eingezogen sind.

- Es existiert ein starker Generationenverbund in der alten Siedlung
- Nachbarschaftliche Netzwerke haben insbesondere in der neuen Siedlung eine hohe Bedeutung
- Viele (? Alle?) Eltern aus der alten Siedlung haben eine niedrige sozioökonomische Stellung
- Es gibt hohe bildungsrelevante Ressourcen bei den Eltern aus der neuen Siedlung
- Keines der Kinder aus der alten Siedlung besucht die Realschule oder das Gymnasium, kaum ein Kind aus der neuen Siedlung besucht eine Hauptschulen
- Kinder aus der neuen Siedlung besuchen wesentlich häufiger andere Bildungs- und Lernorte, es zeigen sich auch Unterschiede im Freizeitverhalten der Kinder, je nachdem ob sie im neuen oder im alten Teil von Ludwigsfeld wohnen.
- Die „Insellage“ Ludwigsfelds und fehlende Angebote im schulischen und im Freizeitbereich führen zu einer Bildungsbenachteiligung, insbesondere der Mädchen
- Der Verkauf eines Großteils des Wohnungsbestands im alten Siedlungsteil erhöht das Risiko von Kinderarmut und bedroht die knappe Ressourcenlage vieler Familien, da die Gefahr der Auflösung generativer und nachbarschaftlicher Netzwerke besteht.



- Ludwigsfeld ist für die BewohnerInnen der alten Siedlung biografisch hoch bedeutsam. Ihre Familiengeschichte und damit auch ein Teil ihrer Identität sind eng mit Ludwigsfeld verwurzelt. Es sind viele gemeinsame Anstrengungen seitens der Stadtpolitik, der Wohnungswirtschaft (Patrizia AG) und der Sozialen Arbeit nötig, um sensibel und respektvoll die Siedlungsstruktur mit dem historisch gewachsenen, sozialen Gefüge so zu modernisieren, dass es für die alten und jungen BewohnerInnen ein Gewinn und kein Verlust wird.

Schlussfolgerungen aus der Sicht der ReferentInnen und Workshop-TeilnehmerInnen:

Dieses Ludwigsfelder Modell der Verzahnung von „Bürger-Interessen“ und professioneller „Sozialer Arbeit“ ist ein good-practice Beispiel, das Schule machen sollte. Eine gute und beteiligungsorientierte Verzahnung des Profi-Systems mit den Selbsthilfepotentialen/Bürgerschaftlichen Engagements vor Ort beeinflusst die Lebensqualität der BewohnerInnen positiv und kann das Ansehen des Stadtteils erheblich steigern. Positive Effekte sind hinsichtlich des „Fallvorkommens“ und der „Fallentwicklungen“ festzustellen. Notwendig wäre ein kleinräumiges Monitoring und eine eingehende wissenschaftliche Untersuchung von Prozessen der Kombination von Fall- und Feldarbeit, auch der genauen Fallbearbeitung, um noch präzisere empirische Daten zur Wirksamkeit des Ludwigsfelder Konzeptes vorlegen zu können.

Die Hochschule München hat mit der Immobilienfirma PATRIZIA AG im Einvernehmen mit IGLU eine mehrjährige Entwicklungspartnerschaft vereinbart. Gemeinsam kann es gelingen, den Sanierungs- und Modernisierungstau für die Armutsbevölkerung Kosten schonend mit öffentlichen Förderprogram-

men, sowie flankierenden Erwerbs- und Qualifizierungsprojekten interdisziplinär zu bewältigen.

Prof. Dr. Tilo Klöck

Systematik, Stand und Perspektiven von „Kinderarmut bewältigen in Ludwigsfeld“

Interviews mit ExpertInnen aus Ludwigsfeld, d.h. BürgerInnen und Fachkräfte, die (vor Ort) als GeneralistInnen tätig sind, helfen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, Netzwerke, Potenziale und Perspektiven aufzuklären. Sozialstrukturelle Daten werden auf der Grundlage des Lebenslagenansatzes von Gerda Holz einbezogen, mit den Forschungsergebnissen über Kinderarmut verglichen und Leitfragen für die Weiterentwicklung des Projekts formuliert:

Welche Wahrnehmungs- und Deutungsmuster von Lebenslagen lassen sich aus Steuerungs- und Subjektperspektiven, insbesondere die der Kinder, erkennen? Welche Handlungsmuster werden bei Angeboten und Strategien sozialer Einrichtungen sichtbar? Wie sind Fall- und Feldorientierungen kombiniert?

Ergebnisoffen und beteiligungsorientiert gehen wir von drei Möglichkeiten aus:

Wohlergehen in Kinderarmut, Benachteiligung oder Deprivation

Das zeigt sich in den Lebenslagen, die von verschiedenen Wahrnehmungs-, Deutungs- und Handlungsmustern mit geprägt oder überformt sein können:

Lebenslagen (Aspekte, Relevanzbereiche):

- Grundversorgung (GV): Wohnen, Kleidung
- Gesundheit (G): Ernährung, Risiken
- Soziale Lage (SL): Verhaltensmuster
- Kulturelle Lage (KL): Bildungsbeteiligung

Workshop 04: Stellenwert von Stadtteilarbeit des Bezirks- sozialbürgerhauses Feldmoching / Hasenberg für „Kinderarmut bewältigen in Ludwigsfeld“

Wahrnehmungs-, Deutungs- und Handlungsmuster:

- Gegenstandswissen: Was ist (nicht) das Problem?
- Erklärungswissen: Wieso ist das so/ kommt das?
- Werte-/Kriterienwissen: Woraufhin verändern?
- Methodenwissen: Zielführende Maßnahmen?
- Evaluationswissen: Wie Zielerreichung erkennbar?

Diese vier Relevanzbereiche Grundversorgung, Gesundheit, soziale und kulturelle Lage bilden wir kontinuierlich über acht passende Zugänge mit den entsprechenden GesprächspartnerInnen ab (siehe Segmente der Skizze).

Grundversorgung und Gesundheit

Die Wohnungssituation im Altbestand ist ökologisch und ökonomisch stark belastet. Die Modernisierung erzeugt einen sozialen und materiellen Druck, ein Reizklima. Kostensteigerungen und Demoralisierungen drohen und können zu Polarisierungen, Reibungsverlusten, Fluktuationen und hohen Folgekosten für die Kommune führen, wenn die besondere Stabilität des intergenerativen und transkulturellen Zusammenlebens beschädigt wird. Integrierte Handlungskonzepte könnten lokale Partnerschaften der Sozialen Arbeit mit der Politik, Verwaltung, Bürgerorganisation und Wohnungswirtschaft für eine modellhaft nachhaltige, wechselseitig wertschätzende und Kosten schonende Lösung ohne weitere Verarmung, Verdrängung und Demoralisierung auf den Weg bringen.

Kulturelle und soziale Lage

Bildungsbenachteiligung (Schließung der örtlichen Schule, weite Wege, schlechte Erreichbarkeit, Einschränkungen von Mobilität, z.B. MVV) und Rufschädigungen (negative Zuschreibungen von Eigenschaften, Konsumgewohnheiten, Auffälligkeiten z.B. durch die Schule) bewältigen und Perspektiven für eine bessere Verknüpfung von Sprachräumen, Bildungs- und Lernorten in Familien, Schule, Nachbarschaft, Siedlung, Vereinen, sozialen Organisationen und Glaubensgemeinschaften eröffnen. Mit interkultureller Elternarbeit werden generative Themen und Gemeinsamkeiten gefunden, neue Erfahrungen von Kompetenz und Solidarität möglich, soziale Konflikte und problematische Zuschreibungen offensiv (auf-)geklärt und auf Augenhöhe neu gedeutet, mehr Eigensinn und Einmischung respektiert. Weniger Schuld und Scham hinsichtlich Kinderarmut, mehr Aufklärung des Dunkelfelds, mehr Respekt, Anerkennung von Eigensinn und Einmischung für berechnete Lebensinteressen, weniger Sanktionen und Strafen, (mehr

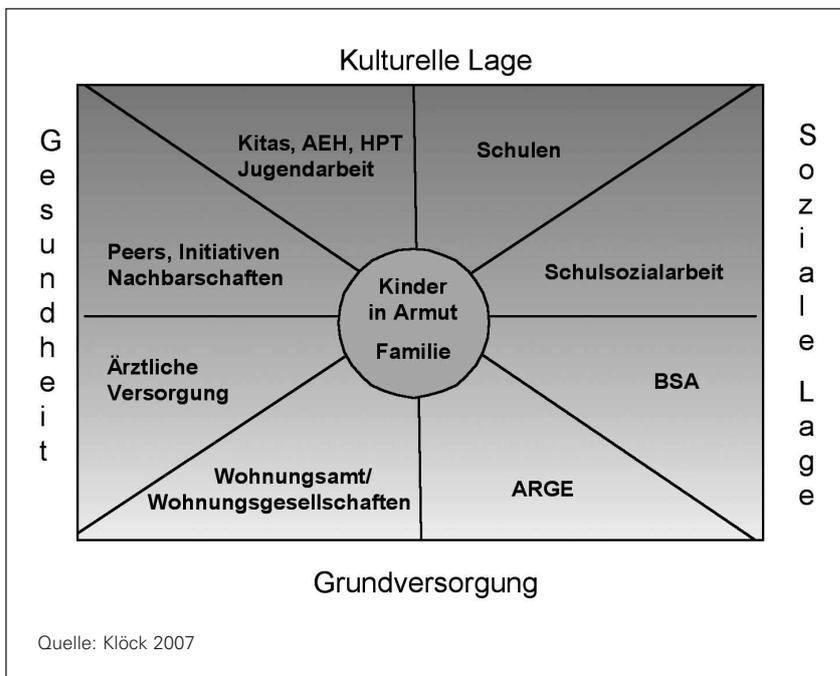


Abb. 1

Zwischenstand

Im Folgenden wird der bisher erreichte Zwischenstand im Projekt „Kinderarmut bewältigen in Ludwigsfeld“ kurz dargestellt.

gezielter eingesetzte Ressourcen und Wertschätzung wären möglich.

Weitere Perspektiven

Folgende Perspektiven zeigen sich für die Praxisentwicklung von „Kinderarmut bewältigen in Ludwigsfeld“. Die Kinderbeauftragte der LHM, die zuständige Grundschule Karlsfeld und die Patrizia Immobilien AG sind als Partner für eine Weiterentwicklung von Public-Private-Partnership schon gewonnen. Diese Ansätze dienen auf der Basis eines integrierten Handlungskonzepts der Stadtentwicklung mit der „Perspektive München“. Alle Kernkompetenzen für diese mehrdimensionale Netzwerkarbeit sind vorhanden und top-down (LHM) und bottom-up (IGLU etc.) als (doppelte) Mandatierung möglich.

Die Projektentwicklung ermöglicht das Lernen in und von Ludwigsfeld, also:

1. Den öffentlichen Raum mit Grün-, Spiel- und Freiflächen, Verbesserung von Wegeverbindungen, Verkehrssituation und Bewegungsräume für Jungen und Mädchen. Zwölf Einzelprojekte sind im Kinder- und Jugendforum angestoßen worden und brauchen eine Flankierung und eine Verbreitung und Vertiefung hinsichtlich der Situation und Raumeignung von Jugendlichen aus Ludwigsfeld.
2. Die altersgerechte, gender- und kultursensible Gesundheitsförderung ähnlich dem erfolgreichen Programm „Fit & gut drauf“.
3. Die Verbindung von Bildungs- und Lernorten: Familie, Nachbarschaft, Kita, Schule, Schulwege, Peergroups, Vereine und Glaubensgemeinschaften für bessere Bildungsbeziehung und Förderung von (Sprach-)Räumen und Kompetenzen und (Bildungs-)Mobilität („Lernen in Ludwigsfeld“).
4. Die Erziehungs-, Familien- und Einkommenssituation in den Haushalten hinsichtlich

von Wirksamkeit von Erziehungshilfen aber auch angesichts von Mieten- und Kostensteigerungen, d.h. was beim Kind letztlich ankommt.

5. Die intergenerative Verständigung und interkulturelle Integration mit einem Oral-History- und Mehrgenerationen-Ansatz zusammen mit IGLU, Caritas und Stadtteilzeitung LUNA über die Lebenslagen und Strategien der Lebensbewältigung im Einwanderungsgebiet, z.B. nach Flucht und Vertreibung, und die Aufnahmebereitschaft und Solidarität in der Siedlungsgemeinschaft. („Lernen von Ludwigsfeld I“).

6. Die Identifikation und Image des Stadtteils und der Siedlung, d.h. mit Innen- und Außenwirkung, Beiträge der Bewohner und Bewohnerinnen für das Stadtteilimage, damit sich die Landeshauptstadt (mehr) zur Siedlung Ludwigsfeld bekennen und Stadtteilkulturarbeit anerkennen und fördern kann.

7. Die Entwicklungspartnerschaft mit der Wohnungswirtschaft und der Lokalen Ökonomie für Beschäftigung und Qualifizierung im Wohnumfeld insbesondere für Bildungsbenachteiligte, Geringqualifizierte oder Menschen in prekären Lebenslagen mit Impulsen für die Kaufkraft und das Siedlungs- und Stadtteilmarketing mit den Gestalterinnen des Webauftritts und für (multi-stakeholder-)genossenschaftliche Selbsthilfe („Lernen in Ludwigsfeld“).

8. Das Lernen am Modell der Bezirkssozialarbeit in Ludwigsfeld, welche besondere Erfahrungen mit Bürgerorganisation, Selbsthilfeförderung und Modernisierung der Sozialen Arbeit für die Verbreitung für weitere Stadtbezirke zur Verfügung stellen kann. Dieser Aufgabe des (Wissens-) Transfers auch innerhalb der Verwaltung und für die Fachöffentlichkeit widmet sich das Projekt ebenfalls. („Lernen von Ludwigsfeld II“).

Workshop 05: Abgegrenzte Kindheit im Quartier? Kindertageseinrichtungen öffnen sich für den Sozialraum

5

Durchgeführt von:

Kerstin Beug
(Leiterin der Kinderkrippe
Ottobrunner Straße)
Gertrud Plank
(Leiterin KiTZ
Langenbürgerener Straße)
Cornelia Zimmer-Zachris
(Fachbereichsleitung/Pädagogik)

Das KinderTagesZentrum (KiTZ) Langbürgerener Straße und die Kinderkrippe Ottobrunner Straße liegen beide im Stadtteil Neuperlach-Ramersdorf. Es ist ein Stadtteil mit einem erheblichen Bedarf an Familien unterstützenden und gesundheitsfördernden Maßnahmen sowie Unterstützungs- und Hilfebedarf bei der Gestaltung des interkulturellen Zusammenlebens.

- Am Beispiel des KiTZ Langbürgerener Straße und der Kinderkrippe Ottobrunner Straße werden die Entwicklung kindlicher Lebensräume sowie benachteiligende Faktoren im Sozialraum aus der Praxis heraus dargestellt und die daraus resultierende, konzeptionelle Entwicklung der Einrichtungen sowie künftige Überlegungen und auch hemmende Faktoren in der Umsetzung vorgestellt. Das Quartier Langbürgerener Straße ist geprägt durch seine Insellage in der Sozialregion Ramersdorf-Perlach. Es liegt zwischen Mittlerem Ring, Autobahnauffahrt Salzburg und Ständlerstraße.

Das KiTZ Langbürgerenerstraße

- Eröffnung im Herbst 1999 im Areal einer Wohnanlage mit überwiegend sozialem Wohnungsbau
- 105 Kinder in sieben altersgemischten Gruppen, davon 48 Plätze für unter Dreijährige und 57 Plätze für drei- bis sechsjährige Kinder

- vorrangige Aufnahme der Kinder aus Familien der angrenzenden Wohnanlage
- Familien mit ausländischem und bi-nationalem Hintergrund überwiegen
- 20 pädagogische und fünf hauswirtschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, eine Sozialpädagogin als Gesamtleitung
- eine Sozialpädagogin für familienorientierte Angebote
- 10 Stunden monatliche psychologische Beratung durch die regionale Erziehungsberatungsstelle

Die Kinderkrippe Ottobrunner Straße liegt ebenfalls in der Sozialregion Ramersdorf-Perlach und befindet sich in unmittelbarer Nähe des Mittleren Rings und der Autobahn Salzburg, an einer dicht befahrenen Straße.

- Eröffnung im Februar 1999 im Areal einer Wohnanlage mit überwiegend sozialem Wohnungsbau (290 Wohnungen, 800 Bewohner/innen, 50% Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre)
- 54 Plätze für Kinder zwischen der neunten Lebenswoche und dem vollendeten dritten Lebensjahr
- Aufnahme der Kinder nach der gültigen Kinderkrippensatzung
- Familien mit ausländischem und bi-nationalem Hintergrund ca. 45 %
- pädagogisches Konzept der Offenen Arbeit
- 15 pädagogische und drei hauswirtschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen eine Erzieherin als Gesamtleitung
- sechs Stunden monatlich psychologische Beratung durch die regionale Erziehungsberatungsstelle

Um eine positive Entwicklung von Kindern in unserer Gesellschaft zu fördern ist es notwendig, die kindlichen Bildungsprozesse unter Einbeziehung der Familien von Anfang an zu begleiten und zu unterstützen. Damit kann man Gesundheitsrisiken, Armut und Bildungsdefiziten entgegenwirken.



Im direkten Umfeld beider Einrichtungen leben Familien in problematischen Lebenslagen. Diese sind gekennzeichnet durch meist mehrere der folgenden Faktoren: Migrationshintergrund oder -erfahrung, Armut oder von Armut bedroht, allein erziehende Elternteile, von Arbeitslosigkeit betroffen, Eltern mit problematischen Lebensbiografien, psychische Erkrankungen oder Suchtproblematik bei mindestens einem Elternteil oder Kind, beengte Wohnverhältnisse.

Kinder und Eltern bringen ihre Erlebnisse, Fragen, Erfahrungen und Probleme mit in die Einrichtungen. Kinder und Jugendliche, die nicht betreut werden, sind neugierig und kommen um zu schauen und vielleicht auch mit zu wirken. Die pädagogischen Teams beider Einrichtungen sahen die Notwendigkeit ihr pädagogisches Konzept entsprechend den Anforderungen weiter zu entwickeln und ihre Häuser nach außen hin zu öffnen für neue Aufgaben. So entwickelte sich ein erweitertes Profil, das neben den klassischen Aufgaben von Kindertageseinrichtungen (Bildung, Erziehung, Betreuung) Folgendes beinhaltet:

- Die Einrichtung ist ein Ort der Begegnung und des gemeinsamen Lernens aller Beteiligten
- Es gibt Angebote für Mütter/ Väter und andere Erziehungsbeteiligte, um deren Kompetenzen bei der praktischen Lebensbewältigung zu erweitern
- Hilfestellung bei der Erziehung der Kinder werden angeboten
- intensive Kooperations- und Vernetzungsarbeit mit der Fachbasis vor Ort, der Bezirkssozialarbeit und sonstigen Fachdiensten

Ziel dieser Profilerweiterung ist es, für die Kinder und Familien eine Verbesserung ihrer Lebenssituation dadurch zu erreichen, dass:

- die elterlichen Erziehungskompetenzen und des Vertrauens in die eigenen Fähigkeiten

als Mutter bzw. als Vater gestärkt werden

- psychische und physische Gesundheit gefördert und Stressfaktoren reduziert werden
- familiäre Isolation vermindert und der interkulturelle Dialog gefördert wird
- dem Auseinanderbrechen von Familien entgegen gewirkt wird und; Väter zunehmend einbezogen werden
- die Chancen beim Wiedereinstieg oder Einstieg in die Berufstätigkeit erhöht werden
- Verschuldung verringert und Armut entgegengewirkt wird
- Bildungschancen für junge Eltern und Kinder erhöht werden
- die Kommunikationsfähigkeiten gefördert werden.

Ziel der Kommune ist es, die Lebenslage der von Armut betroffenen oder bedrohten Familien im Quartier zu verbessern und somit die soziale Stadtentwicklung voran zu bringen. Die Öffnung von Kindertageseinrichtungen durch vernetztes kooperatives Handeln basierend auf Lebenswelt- und Sozialraumorientierung, bewirkt:

- eine größere Beteiligung von Eltern im Quartier
- ein höheres Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und Stärkung der Eigeninitiative
- eine erhöhte Sensibilität der Bürger und der kommunalen Verwaltung für soziale Zusammenhänge
- weniger Ausgrenzung
- Verminderung der Notwendigkeit von Sozialleistungen

Die bisherigen Erfahrungen bestätigen die positiven Erwartungen. Es ist deshalb anzustreben dass

- der Modellstandort Langbürgener Straße in die Regelfinanzierung übernommen

Workshop 05: Abgegrenzte Kindheit im Quartier? Kindertageseinrichtungen öffnen sich für den Sozialraum

wird und die erweiterten Rahmenbedingungen dauerhaft gesichert werden

- die Kinderkrippe Ottobrunner Straße weiterhin bevorzugt Kinder aus Familien mit besonderem sozialpädagogischen Handlungsbedarf aufnimmt, die Möglichkeit bekommt die Altersmischung in den Gruppen zu erweitern; zusätzliche Räume anmieten kann; und zusätzliches Personal zur Verfügung steht
- für beide Einrichtungen Sachmittel für Material und Einrichtung, Honorarkräfte, Ausstattung in einem ausreichendem Umfang gesichert sind

Workshopdiskussion und -ergebnis

In der Diskussion bestand Konsens darüber, dass sozialraumorientiertes Arbeiten in Kindertageseinrichtungen als notwendig und sinnvoll erachtet wird und auf der bisherigen pädagogische Arbeit aufbauend für Familien ein Bindeglied sein könnte zwischen Elternbildung und sozialer Arbeit. Eine pauschale Forderung danach, ohne die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, führt zu einer Überforderung der Kindertageseinrichtungen und wird daher abgelehnt.

Folgende Forderungen wurden (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) formuliert:

- Reduzierung der Betreuungsplätze oder Einstellung zusätzlicher Mitarbeiterinnen
- (zusätzliche) Räume und Möblierung, die für Erwachsenenarbeit geeignet sind
- Unterstützung des pädagogischen Teams durch entsprechende Fortbildungen
- Unterstützung durch (therapeutische) Fachkräfte für Kinder bzw. Familien mit besonderen Belastungen und Bedürfnissen
- altersgerechtes Spielmaterial
- Zusatzkräfte auf Honorarbasis

Eine Beschränkung auf Einrichtungen mit besonderer pädagogischer Konzeption (EEC, KinderTagesZentrum) und für Stadtteile mit hohem sozialpädagogischen Handlungsbedarf war für die Teilnehmerinnen nachvollziehbar, wurde aber kritisch beurteilt.



Workshop 06:

„Sozialraumteam“ – Am Hart: Kann mithilfe der Vernetzung im Quartier soziale und kulturelle Teilhabe professioneller gefördert werden?

6

Durchgeführt von:

Helene Sinzinger-Brütting
(Sozialbürgerhaus
Milbertshofen/Am Hart)

Moderation:

Doris Schüle-Wolfzellner
(Sozialplanung)

Zwei der Thesen der Tagungsveranstalter (These 4 und 5) beziehen sich auf die Notwendigkeit integrierte Handlungskonzepte zu verwenden, der Vereinzelung von Fachkräften entgegenzuwirken sowie Hilfe- und Unterstützungsangebote auf die konkrete sozialräumliche Situation abzustimmen. Sozialraumteams sind unserer Ansicht nach eine gute Antwort auf die in diesen Thesen formulierten Herausforderungen.

Was ist das Ziel eines Sozialraumteams?

Ziel des „Sozialraumteams“ ist es, durch interdisziplinäre Lösungen und integrierte Handlungsansätze (produkt-übergreifend und ganzheitlich) Ressourcen von Kindern, Jugendlichen, Familien und älteren Menschen im Quartier zu verbessern und die individuellen und gemeinschaftliche Kompetenzen der Menschen zu fördern.

Warum ein „Sozialraumteam“?

Die von Frau Sinzinger-Brütting, Teilregionaleitung im Sozialbürgerhaus (SBH) Milbertshofen/Am Hart, beobachtete Zunahme der Anzahl von Familien mit komplexen Hilfebe-

darf in bestimmten Teilregionen des Zuständigkeitsbereichs des SBH war Anlass gemeinsam mit dem Stadtjugendamt München, Volker Hausdorf, ein Sozialraumteam für diese Teilregion zu initiieren.

Bisherige inhaltliche und methodische Schritte auf dem Weg zu einem Sozialraumteam

Bestandsaufnahme und Sozialraumanalyse

Es wurde der genaue Quartiersumgriff festgelegt, eine Bestandsaufnahme der sozialen Einrichtungen im 11. Stadtbezirk gemacht, demographische Daten sowie soziale Strukturdaten in einer kleinen Sozialraumanalyse berücksichtigt und die den Alltag vieler Familien prägenden Probleme beschrieben. Auf dieser Grundlage wurde ein Planungsworkshop durchgeführt, an dem das Sozialbürgerhaus, Vertreterinnen der Jugendhilfeplanung, der Sozialplanung, der Schulen, Einrichtungen und Dienste vor Ort, der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und des Bezirksausschusses teilgenommen haben. Auf dem Planungsworkshop wurden Ziele für Verbesserungen im Quartier formuliert und Arbeitsaufträge zur Erreichung dieser Ziele festgelegt.

Folgendes Beispiel verdeutlicht wie auf dem Planungsworkshop einzelne Verbesserungsvorschläge dokumentiert und die Absprachen zu dessen Umsetzung festgehalten wurden.

Workshop 06: „Sozialraumteam“ – Am Hart: Kann mithilfe der Vernetzung im Quartier soziale und kulturelle Teilhabe professioneller gefördert werden?

Auszüge aus der Ergebnissicherung:

Bedarfshinweise – Probleme, Auffälligkeiten, Hinweise

Betreff Was?	Wer „meldet“?	Gibt es Bestands- angebote
Es fehlen multifunktionale Räume für Angebote – in der Wohnsiedlung gibt es keine größeren Räume um Veranstaltungen, Angebote durchzuführen (müssen in der Siedlung sein, da nur so die BewohnerInnen erreicht werden)	BSA, SBZ, §32-Tagesgruppen	Nein Keller der Tagesgruppen

Vereinbarungen/Absprachen

Betreff/Kurzerläuterung (was)	Verantwortlich (wer)	Beteiligt (mit wem)	Zeitschiene (bis wann)
Meldung einer EG-Wohnung, sobald sie frei wird	Frau Daniel GWG	BSA, Meldung an S-III-LS/Q Frau Rips	Sobald möglich

In einem weiteren Schritt wurden/werden Bilanzrunden zur Sicherstellung von Ergebnissen und Entwicklung neuer Handlungsschritte zur Erreichung des oben formulierten Ziels vereinbart. Auf der ersten Bilanzrunde, die am 15.11.2007 tagte, wurden die Arbeitsaufträge aus den drei Arbeitsgruppen des Planungsworkshops vom 21.06.2007 reflektiert und weitere Vereinbarungen wurden getroffen und festgehalten. Die drei folgenden Beispiele verdeutlichen wie die Ergebnisse der Bilanzrunde gesichert werden. Die Abkürzungen geben an, welche Stelle für die weiteren Schritte zur Umsetzung der Vereinbarungen verantwortlich ist. Es handelt sich dabei um unterschiedliche Abteilungen des Sozialreferats.

Bei der Etablierung neuer Strukturen stellt sich natürlich immer die Frage, in welche Beziehung sich diese zu den bereits entwickelten Strukturen begeben. Unproduktive

Konkurrenzen und Doppelarbeit gilt es zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig zu prüfen, ob die Sozialraumteams eine sinnvolle Ergänzung zu bestehenden REGSAM²-Strukturen darstellen. Es wurde aufgezeigt, dass bei der REGSAM-Vernetzungsstruktur die Sitzungsintervalle bereits vorgegeben und auf Dauer angelegt sind, die Vernetzungsstruktur eines Sozialraumteams jedoch ausschließlich aufgrund einer Problemstellung entsteht und nach der Problembeseitigung wieder aufgelöst wird. Da für beide Vernetzungsstrukturen der selbe Personenkreis angesprochen wird und eine Zunahme an Vernetzungstreffen aufgrund der schon jetzt knappen Zeitressourcen nicht sinnvoll ist, ist für die Zukunft zu überlegen, wie der methodische Ansatz eines Sozialraumteams in die bestehende REGSAM-Vernetzungsstruktur integriert werden kann, ohne das dies zu einem mehr an Vernetzungstreffen führt.

² REGSAM sollen dazu beitragen die sozialen, gesundheitlichen und schulischen Dienstleistungen in München besser zu vernetzen. Ausführliche Informationen zu REGSAM finden sich unter www.regsam.net.



Kritische Reflexion des Prozesses durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops

Anhand der folgenden vier Themen und Fragestellungen wurden der methodische Arbeitsansatz und die inhaltlichen Ergebnisse des „Sozialraumteams“ Am Hart von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops in Untergruppen kritisch reflektiert:

- Positive Aspekte eines Sozialraumteams
- Kritische Anmerkungen
- Wird durch diesen Ansatz die soziale und kulturelle Teilhabe von Bewohnerinnen und Bewohnern gefördert?
- Welche Anregungen für die Weiterentwicklung der Sozialraumteams können gegeben werden?

Hier die zusammengefassten Ergebnisse:

Positives

- Es gibt eine gut funktionierende Fachbasis (auch schon im Vorfeld) auf die zurückgegriffen werden konnte.
- Der Planungsworkshop war eine schnelle und konzertierte Aktion auf einen aktuellen Vorfall (Mord an einem Jugendlichen) und die grundlegende Problematik des Quartiers.
- Starkes Engagement (zeitlicher und finanzieller Ressourceneinsatz) und hohe Kooperation seitens des Sozialreferates.
- Durch dieses Vorgehen (Planungsworkshop – Festhalten der Arbeitsaufträge und Benennung von Verantwortlichen – nachfragen bei den Verantwortlichen zum Stand des Arbeitsauftrages – Bilanzrunden) kommt man nach relativ kurzer Zeit zu Ergebnissen.

Kritische Anmerkungen

- Der unmittelbare Impulsgeber zur Installation des Sozialraumteams war der Mord an einem Jugendlichen. Muss immer erst so etwas passieren bevor man reagiert?!
- Bei dem Neubau der Unterkunftsanlage bzw. dem Bau der KomproB³-Wohnungen wurden Gemeinschaftsräume nicht von vorne herein eingeplant. Es sollte entsprechende politische Vorgaben geben.
- Bereits für die Erstellung einer Bestandsaufnahme und einer Sozialraumanalyse werden zusätzliche Ressourcen benötigt. Diese gibt es nicht immer und leider oft nur dann, wenn es richtig brennt.
- Die Beteiligten am Planungsworkshop verlassen sich zu sehr auf den angestrebten Bewohnertreff als „Lösung“ aller Probleme.
- Die Kriterien zur Vergabe von Krippenplätzen sind kritisch, da Hartz-IV-Empfänger nur nachrangig einen Krippenplatz bekommen. Vorrangig müssen Erwerbstätige einen Platz erhalten.
- Es ist wieder einmal eine defizitorientierte Reaktion.
- Die Betroffenen selbst, also die Bewohner des Quartiers, sind in die Planung zu wenig eingebunden, es sind wieder „nur“ die Fachkräfte, die nach Lösungen suchen.
- Es ist kein Ansatz erkennbar, der auf der Teilhabe, den Ressourcen und Stärken der Betroffenen aufbaut.
- Hat die defizitorientierte Vorgehensweise eine nachhaltige Wirkung?
- Wir – die Sozialarbeit - sehen zu sehr auf den Augenblick und sind „verliebt in den aktuellen Erfolg“. Daraus resultiert die Frage, wie sich Sozialarbeit aufstellen müsste, ohne dass es um den „schnellen Erfolg“ geht (Wirkungsdebatte).

³ Städtisch finanziertes kommunales Wohnungsbauprogramm. Bei KomProB-Wohnungen hat die Stadt ein Erstbelegungsrecht. Bei den anderen Sozialwohnungen gibt die Stadt drei Vorschläge an den Vermieter und dieser kann sich aus diesen drei Vorschlägen einen Mieter aussuchen.

Workshop 06: „Sozialraumteam“ – Am Hart: Kann mithilfe der Vernetzung im Quartier soziale und kulturelle Teilhabe professioneller gefördert werden?

Förderung der Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner

- Bis jetzt findet bei diesem Prozess keine Teilhabe statt.
- Im Quartier gibt es zu wenig niederschwellige Angebote, z.B. für Mütter und Migrantinnen/Migranten.
- Es gibt keine Anreize und keine Möglichkeiten sich seinem eigenen Milieu entsprechend ehrenamtlich zu engagieren.
- Es wird etwas angeboten, ohne dass man wirklich weiß, was die Leute wollen.
- Die Bewohner des betroffenen Gebietes waren nicht einbezogen. Dies verleitet wiederum die Menschen zu sagen „Die anderen machen das schon!“.
- Bewohner haben eine starke Konsumhaltung, auch wenn es einen Bewohnertreff gibt und Beteiligung gewünscht ist.
- Wenn Beteiligung erwünscht ist, braucht diese Zielgruppe mit einer Hartz-IV-Lebenssituation auch eine finanzielle Anerkennung.
- Warum soll ein armer und evtl. noch bildungsferner Mensch an einer mittelschichtorientierten Teilhabe mitwirken, die sich oftmals auch gar nicht um seine Probleme kümmert?

Anregungen für die Weiterentwicklung der Sozialraumteams

- Es braucht ein Anreiz- und (auch) finanzielles Belohnungssystem, damit die entsprechende Zielgruppe Angebote überhaupt wahrnimmt. Zum Beispiel gibt es Modelle, dass Menschen 5 € bekommen, wenn sie ein Angebot wahrnehmen.
- Es braucht Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche.
- Es braucht einen Verfügungsfond fürs Quartier, über dessen Verwendung basisdemokratisch entschieden werden kann.
- Mehr aufsuchende Kinderarbeit wie z. B. durch die Caritas im Ludwigsfeld.
- Die bestehende Kinderkrippe sollte zu einem Early Excellent Center oder Kindertageszentrum (KiTZ) ausgebaut werden und auch offene Angebote für Eltern machen, deren Kinder nicht in der Einrichtung sind.
- Es müssen vorhandene Kompetenzen der Bewohnerinnen und Bewohner konzeptionell aufgegriffen werden.
- Es sollte eine aktivierende Befragung durchgeführt werden.
- In dem Gebiet sollte als gemeinsame und verbindende Aktion von Jung und Alt ein Zirkusfestival durchgeführt werden.



Wir bedanken uns für die Mitwirkung im Arbeitskreis bei:

Bek Ayse, Böse Ulrich, Brandstätter Erwin, Brunnbauer Ursula, Bulcraig Christel, Eberle Heidrun, Feurle Barbara, Finzl Angela, Grabert Kathrin, Hageneder-Hinz Gabi, Hein Peter, Heiner Maja, Kaufmann Gabriele, Pröll-Stech Angela, Qarri Velime, Sagner Andreas, Seidl Gabriele, Sester Bernd, Stamminger Elke, Wimmer-Noui Christine, Wolny Uta, Zeilinger Angela



Durchgeführt von:
Uschi Reim
und
Evelyn Knecht
(Arbeitsgemeinschaft
Spiellandschaft Stadt)

Ausgangspunkt ist, dass Kinder ExpertInnen ihrer Lebens- und Spielwelt sind. In pädagogischen Projekten geben sie Auskünfte und Bewertungen über ihr Spiel- und Lebensumfeld. Im Workshop wurden Methoden zur Dokumentation der Kindersicht vorgestellt und deren Weiterentwicklungen und die Relevanz für die Untersuchung von Sozialräumen diskutiert.

Das Projekt: Kinderstadteilplan konkret

Die ersten Kinderstadtpläne entstanden bereits 1991/92 in München. Die Kinderstadteilpläne sollen, die Lebenswelt möglichst vieler Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren zum Ausdruck zu bringen. Mit spielerischen Methoden werden die Kinder angeregt alles hierfür Wichtige zu sammeln.

Die Spiellandschaft Stadt konnte gemeinsam mit anderen Partnern das Projekt ins Leben rufen, da das Projekt im Rahmen des Gesunde Städte Programms der Weltgesundheitsorganisation, vom Gesundheitsreferat der Landeshauptstadt München eine Anschubfinanzierung bekam. Seit 1992 entsteht jedes Jahr, für jeweils einen Stadtteil ein Kinderstadtplan in Kooperation mit den Einrichtungen im Stadtteil und mit ganz unterschiedlichen Finanzierungsansätzen. Die Festlegung eines Gebietes orientiert sich an der sozialräumlichen Einteilung des Sozialreferates Abteilung Sozialplanung und des jeweiligen Arbeitskreises vor Ort. Dieser wird von der Spiellandschaft Stadt geleitet. Ziel ist es möglichst viele und unterschiedliche Einrichtungen vor Ort für die Mitarbeit zu gewinnen,

um viele Kinder eines Sozialraumes an unterschiedlichen Orten zu erreichen. In einem Werkstattbuch und in der direkten Zusammenarbeit wird das langjährig entwickelte Know-how der Spiellandschaft Stadt eingebracht und mit dem aktuellen Wissen unterschiedlicher Einrichtungen vor Ort gemeinsam bearbeitet.

Hier eine alphabetische Auflistung der bereits entstandenen Kinderstadteilpläne mit den Kooperationspartnern vor Ort

Berg am Laim, 2004

Kinder- und Jugendtreff Zeugnerhof, SOS Beratungs- und Familienzentrum Berg am Laim, Bezirksausschuss (BA) 14, Bürgerkreis Berg am Laim, Hort an der Grafinger Straße, Schule an der Grafinger Straße, ESV München Ost, IG Klettern e.V., Pfarrgemeinde St. Pius, Stadtteilsparzergänge, Umweltnetz München Ost, Kinder- und Jugendforum

BUGA-Plan, 2005

Lehrer-Wirth-Schule, Grundschule Germering, Münchner Waisenhaus, Willi-Brandt-Gesamtschule, Spielhaus am Westkreuz

Freimann, 1997

Burmesterschule, Schulsozialarbeitsgruppe Keilberthschule, Hausaufgabenbetreuung der Evang. Kirche Freimann, Children for a better world e.V.

Giesing, 1. Auflage 1994, 2. Auflage 1998

Schulklassen der Weissenseeschule, Giesinger Mütterladen, Giesinger Mädchenladen, Kinder- und Jugendtreff Perlachstraße, Kinder- und Jugendtreff AKKU, Münchner Aktionswerkstatt G'sundheit, Urbanes Wohnen e.V., Arbeitskreis „Spielen in Giesing“, BA, Verein Freunde Giesings

Giesing, Planaktualisierung 2007

FEZI – Freizeitzentrum Wettersteinplatz, 103er Freizeittreff Obergiesing, Giesinger Mädchentreff, Agilolfingerschule

Workshop 07: Kinderstadtplan und Spielforscher unterwegs

Hadern, 2001

Grundschulen am Hedernfeld, Lukasschule, Blumenauer Straße, Canisiusplatz, Großhaderner Straße, Gardinistraße, Senftenauerstraße, Mittagsbetreuungen „Hot Dogs“, „Canisius Kids“ und „Senftis“, Kinderhaus am Wolkerweg, Jugendfreizeitstätte Treff 21

Haidhausen, 1996

Flurschule, Arbeitskreis Ausländerfragen Haidhausen e.V., Statterreisen München e.V.

Haidhausen, 2008/09 in Arbeit

Kinderhaus Haidhausen, AMOK Haidhausen

Innenstadt, 2003

Kinderinformationsladen der Spiellandschaft Stadt, Kinderspielhaus Sophienstraße, BA 3, Zirkus Trau Dich, PA/ Spielkultur e.V., Förderschule Dachauer Straße, Statterreisen München e.V., Kinderstraße e.V.

Laim, 1. Auflage 1994, 2. Auflage 2000

Hort aus der Droste-Hülsoff-Straße, Stadtbibliothek, Familienzentrum Laim

Moosach, 1995

Leipziger Schule, Dieselschule, Spielhaus/ Spielbus „boomerang“

Moosach, 1. übersetzte Auflage türkisch 1999

Stadtjugendamt KJS1 / IM Personal- und Organisationsreferat der Landeshauptstadt München, REGSAM Moosach

Moosach, 2. übersetzte Auflage serbokroatisch 1999

Stadtjugendamt KJS1 / IM Personal- und Organisationsreferat der Landeshauptstadt München, REGSAM Moosach

Neuhausen, 1. Auflage 2000, 2. Auflage 2002

Alfonsschule, Abenteuerspielplatz Neuhausen, Urbanes Wohnen e.V., Kinderinformationsladen der Spiellandschaft Stadt, BA9, Malgruppe des Kinder-Projekts Neuhausen, Statterreisen München e.V., Geschichtswerkstatt Neuhausen e.V., Pfadfinderinnenschaft St. Georg

Neu-/Wald-/Perlach, 2006

Kindertreffpunkt Oskar-Maria-Graf-Ring, ZAK, Südpol, Caritas Stadtteilzentrum, Bewohnerzentrum Neuperlach, Grundschule in der Kafkastraße, der Rennertstraße, der Gänselesstraße und am Pfanzeltplatz, Realschule Werner-von-Siemens und Wilhelm-Röntgen, BA, REGSAM, Stadtteilhistoriker

Pasing, 1994

Kultur und Spielraum e.V., Grundschule an der Oselstraße

Ramersdorf, 1993

Abenteuerspielplatz Ramersdorf, Gruppe „Rote Stadtteil-Detektive“

Schwabing, 1. Auflage 1992

Kultur & Spielraum e.V., Statterreisen München e.V., Grundschulen Wilhelmstraße, Simmernstraße, Haimhauser Straße

Schwabing, 2. Auflage 1999

Kultur & Spielraum e.V., Statterreisen München e.V., Grundschulen Türkenstraße, Bayernplatz, Wilhelmstraße, Haimhauserstraße, Farinellistraße und Kinder- und Jugendkulturwerkstatt Seidlvilla



Westend, 1997

Münchner Aktionswerkstatt G'sundheit (MAG's), Regionale Arbeitsgemeinschaft Soziales - Schwanthalerhöf/ Laim (RAGS), Guldein- und Bergmannschule und Ridlerschule mit Hort, Schülerladen Westend, Urbanes Wohnen e.V., Kulturladen Westend e.V., Freiraum e.V.

Westkreuz, 1992

Reichenauschule, Pfarrer Heinrich Kurz, Spiel- und Kulturhaus am Westkreuz

Westkreuz-Neuaubing, 2005

Kinder aus Westkreuz-Aubing-Neuaubing

Praktische Umsetzung eines Kinderstadtteilplanes

Die Münchner Kinderstadtpläne werden gemeinsam mit Kindern aus dem Stadtteil entwickelt. Für einen Kinderstadtplan erforschen etwa 500-1000 Kinder in ihrem Stadtteil alles, was ihnen spannend und wichtig erscheint. So entsteht ein Plan von Kindern für Kinder. Er dient als Informationsmedium für Erwachsene, Politiker und die Verwaltung. Diese können aus den Stadtteilplänen erfahren, wie Kinder verschiedene Orte einschätzen. Sie sehen so die Stadt aus Kinderperspektive. Die Größe und geografische Lage des ausgewählten Gebiets wird bestimmt durch die Sozialraumfestlegungen des Sozialreferats sowie durch bestehende natürliche Grenzen, wie die Isar, und Trennlinien wie stark befahrene Straßen, z.B. der Mittlere Ring.

Mit verschiedenen Methoden erforschen die Kinder ihren Stadtteil bzw. das festgelegte Gebiet. Ausgangspunkt ist ein Forscherbüro, hier werden sie auf das Thema eingestimmt und erhalten Forscherausweise und Forscher-

kappen. Dann starten sie ihre Forschertouren und Streifzüge mit oder ohne pädagogische Begleitung. Sie fotografieren, dokumentieren, beschreiben, bewerten, diskutieren und führen Interviews mit Passanten. Sie lernen bei ihren Forschertouren ihren Stadtteil kennen und machen durch ihre Präsenz im Stadtteil auf sich aufmerksam.

Sie finden heraus, welche Spielplätze ihnen gefallen und welche langweilig sind, wo freie Flächen zum Spielen genutzt werden können, wo Schleichwege sind, wo man früher spielen konnte. Sie erfahren etwas zur Geschichte ihres Stadtteils und manchmal verraten sie ihre geheimen Treffpunkte. Die Kinder diskutieren, wenn sie verschiedener Meinung sind, und verdeutlichen, was ihnen im Stadtteil fehlt oder wo sie gar nicht gerne hingehen. Dadurch erwerben sie Kompetenzen für das Leben sowie soziale Kompetenzen, Lese- und Schreibkompetenzen und Medienkompetenzen.

Als Ergebnis entsteht ein 40-52 seitiges Heft mit Geschichten, Berichten und selbst gemachten Rätseln zum Stadtteil aus Kinderperspektive sowie Tipps, wo man skaten, Schlitten fahren, bolzen und schwimmen kann, aber auch wo Bibliotheken, Schulen und Kindergärten sind. Dem Heft liegt ein farbiger Plan bei mit kindgerechten Symbolen, welche die von den Kindern herausgefundenen Orte markieren. In einen weiteren Plan in schwarz-weiß können die Kinder ihre ganz persönlich wichtigen Punkte eintragen.

Im Internet unter www.spielandschaft.de gestalten die Kinder eigene Seiten über Aktionen. Sie verfassen Artikel mit Fotos zu verschiedenen Orten. Der Kinderstadtplan im Internet kann durch neue Artikel jederzeit aktualisiert und ausgebaut werden.

Workshop 07: Kinderstadtplan und Spielforscher unterwegs

Die Diskussion

Qualitäten des Kinderstadtplans für die Sozialraumorientierung

- Der Kinderstadtplan ist eine Sozialraumuntersuchung.
- Durch Kinderstadtpläne erhalten die Kinder einen Blick über ihren eigenen Tellerrand hinaus, sie lernen ihren Stadtteil kennen und erweitern ihre Perspektive.
- Die Kinder erhalten eine Identifikation mit ihrem eigenen Stadtteil. Sie fühlen sich ihrem Stadtteil zugehörig, auch wenn er vielleicht keinen „guten Ruf“ hat.
- Als von Kindern gemachtes Instrument, kann der Plan auch Akzeptanz bei Kindern erhalten, die geringen sozialen Halt haben. Diese Kinder wollen sich gerade nicht von Erwachsenen reinreden lassen.
- Kinderstadtpläne können als Orientierung für Wohnungssuchende dienen, die sich die Frage stellen, wo sich viele Kinder aufhalten.

Folgende Forderungen wurden im Workshop ausgesprochen

- Kinder sollen in die Planung, der für sie geschaffenen Orte einbezogen werden. Durch das Projekt wird offensichtlich, dass die Welt aus Kinderperspektive anders erscheint als aus der Erwachsenensicht. Nicht jeder Spielplatz, der von Erwachsenen geplant wurde, ist auch für Kinder geeignet und manches, das Erwachsene häßlich finden, lieben Kinder als Spielort.
- Kinder sollen über Veränderungen „ihrer“ Orte informiert werden, so wird Unmut und Bevormundung vermieden. Sollte zum Beispiel eine Schaukel zur Reparatur abgebaut werden, dann müsste auch ein Schild angebracht werden, mit einem Hinweis darauf, wann die Schaukel wieder verfügbar sein wird.
- Kinder sollen ernst genommen werden.

- Manche Orte wollen Kinder erhalten und sind gern bereit über Lösungen zum Erhalt dieser Orte zu diskutieren.
- Kinder sollen kontinuierlich eingebunden werden, zeitlich übers Jahr, kulturell und sozial auch über die nachfolgenden Kindergenerationen.
- Um Nutzungskonflikte zu vermeiden, müssen auch für Jugendliche Räume geschaffen werden, die regelmäßig gesäubert werden.
- Ein äquivalenter Plan für Jugendliche soll gemacht werden.
- Zu Spielfesten sollen alle Mitbewohner eingeladen werden, nicht nur Familien; das fördert das Miteinander. Interviews mit älteren Anwohnern brechen das Eis zwischen den Generationen. Spiele, die früher gespielt wurden, können von den Kindern nachgespielt werden und wecken gleichzeitig das Interesse der älteren Anwohner.
- Wohnungsbaugesellschaften interessieren sich für Kinderstadtteilpläne. Die halböffentlichen Orte sind häufig wichtige Spielorte für Kinder. Das Zusammenleben von allen Generationen muss gefördert werden. Hausordnungen sollen das unterstützen.

Entwicklungsmöglichkeiten

- Der Plan könnte stärker als bisher in den Unterricht integriert werden. Klassenarbeiten – wenn es denn zum Lehrplan passt – mit dem Kinderstadtplan ihres Stadtteils.
- Der Plan sollte in allen Einrichtungen, z.B. in Kindergärten aufgehängt werden, sodass sich Kinder und Eltern jederzeit über ihre Umgebung informieren können und auch auf die Idee kommen, einmal an andere Orte, als die gewohnten zu gehen. Auch Kindergartenkinder können sich mit dem Plan in ihrer Umgebung orientieren.



Workshop 08: Möglichkeiten und Grenzen bei der Planung sozialer Räume



Durchgeführt von:

Werner Nüßle
(Sozialplanung der
Landeshauptstadt
München)

Von Segregation bedrohte Gebiete

München ist keine „Insel der Seligen“, aber München besitzt eine hohe Attraktivität und solide Ressourcen, um die Stadtentwicklung und damit einhergehende soziale Entwicklungen aktiv mit zu gestalten. Positiv zu verzeichnen sind hierbei der permanente Zuzug an jungen und qualifizierten Menschen aufgrund des Wissenschaftsstandortes und des dynamischen Arbeitsmarkts sowie die im Vergleich zu anderen Kommunen geringe Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig droht der dynamische Wandel diejenigen an den Rand zu drängen und auszugrenzen, die nicht die Potentiale und Ressourcen besitzen, um die Veränderungen für sich gewinnbringend zu nutzen.

„An den Rand drängen“ ist dabei nicht nur metaphorisch, sondern ebenso geographisch zu sehen. Es haben sich Quartiere entwickelt - und entstehen weiterhin - an den Rändern der Stadt, in denen durchaus deutliche Tendenzen von Segregation zu beobachten sind. Segregation im Sinne, dass sich dort immer mehr Menschen konzentrieren, die zu relevanten gesellschaftlichen Feldern (Bildungseinrichtungen, Arbeitswelt, Gesundheitssystem, Politik, bürgerschaftliche Institutionen) nur noch beschränkt Zugang finden und die nur wenige Beziehungen außerhalb dieser Gebiete unterhalten, was durch die räumlichen Randlagen mit bedingt bzw. verstärkt wird.

Die Mischung macht's – Plädoyer für heterogene Milieus

Hochproblematisch werden Quartiere dann, wenn in ihnen mehrheitlich Milieus entstehen, deren Sozialstruktur und Lebensstile von Deprivation geprägt sind:

- geringes Einkommen und Besitz
- keine oder prekäre Arbeitsverhältnisse
- geringes Bildungsniveau
- geringes Gesundheitsbewusstsein
- schwache soziale Netzwerke
- eingeschränkte Alltagskompetenz und bei Familien Erziehungskompetenz
- hohes Maß von Gewalt, Delinquenz und Verwahrlosung

Zur dominanten Erfahrung der dortigen Bevölkerung wird Benachteiligung und Perspektivlosigkeit. Negative Lebensmuster werden mangels erlebter Alternativen auf die folgenden Generationen tradiert. Ohne Impulse von außen bzw. den Import von Ressourcen (z.B. durch Zuzug anderer Milieus) entstehen keine konstruktiven soziale Strukturen der Teilhabe. Es kommt zur Gefahr der Schließung solcher deprivierter Gebiete mit der Folge der öffentlichen Stigmatisierung, was die Abwärtsspirale weiter beschleunigt. Z.B. führt eine sinkende Kaufkraft zu einer schlechten Infrastruktur bezüglich des Einzelhandels, der Versorgung mit Arztpraxen und anderen Dienstleistern, worunter die Attraktivität für neu Hinzuziehende leidet und wodurch keine lokale Ökonomie mit weniger qualifizierten Arbeitsplätzen entsteht bzw. bestehen bleibt. Hinzu kommen problematische Entwicklungen in den Sprengelschulen, deren Folgen ein geringes Lernniveau und erhöhte Disziplinprobleme sein können, was wiederum bildungsorientierte Familien abschreckt.

In solch marginalisierten und segregierten Räumen kommt den Institutionen der sozialen Arbeit eher die Funktion der Exklusionsverwaltung und des Exklusionsmanagements mit nur sehr eingeschränkten Wirkungsmög-

Workshop 08: Möglichkeiten und Grenzen bei der Planung sozialer Räume

lichkeiten zu. Um die Entstehung „abgehängter Quartiere“ zu verhindern, ist es dringend geboten, unterschiedliche Milieus im Viertel zu erhalten bzw. bei Neubaugebieten zu verankern. Aus dementsprechenden Mischungen heraus entstehen unverzichtbare Strukturen der Zivilgesellschaft und des bürgerchaftlichen Engagements. Ein wichtiges Instrument zur Schaffung ausgewogener Mischverhältnisse in Neubaugebieten besitzt die Landeshauptstadt in der sogenannten „Sozialgerechten Bodennutzung“, die den Investoren einen 30prozentigen Anteil an gefördertem Wohnungsbau im Siedlungsgebiet vorschreibt. Problematisch erweist sich die Entstehung heterogener Milieus auf größeren städtischen Flächen, da hier ein (kaum auflösbarer) Zielkonflikt hinsichtlich der Schaffung preiswerten Wohnraums besteht. Aus diesem Grund sind Gebiete mit einem sehr hohen Anteil (50% und mehr) an sozialem Wohnungsbau und damit einer Massierung von Menschen mit sozialen Problemlagen entstanden.

Urbanität und Attraktivität von Quartieren

Wenn man von Sozialraumorientierung spricht, reicht es nicht nur an die Regionalisierung und Vernetzung von sozialen Diensten denken. Vielmehr geht es um die Gestaltung des Zusammenspiels von räumlichen, ökonomischen und sozialen Strukturen. Will man auf eine positive Gestaltung sozialer Räume (Räume als „soziales Konstrukt“ bzw. „Produkt“) hin wirken, dann bedarf es der Einbeziehung verschiedener Perspektiven. Hierzu gehören

- soziogeografische Gegebenheiten: Siedlungsstruktur, Architektur, Verkehr, Grün- und Erholungsflächen u.a.
- soziodemografische Struktur: Einwohnerzahl, Alterstruktur, Haushaltsformen, Nationalitäten, Bildungsstand, Einkommensverteilung, Fluktuation u.a.

- sozio-ökonomische Ausstattung: Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitangebote, Arbeitsplätze u.a.
- sozio-kulturelle Ausstattung: soziale, kulturelle, bildungsbezogene und gesundheitliche Versorgungsstruktur

Die Urbanität und Attraktivität von Stadtvierteln hängt davon ab, dass die verschiedenen Ebenen in einem sinnvollen Passungsverhältnis zueinander stehen; dass also weder reine Schlafviertel noch autogerechte Gebiete oder soziale Brennpunkte entstehen. Freilich weisen Quartiere einen historisch bedingten Entwicklungspfad auf, der nicht ohne weiteres in andere Bahnen gelenkt werden kann. Aber auch die Entwicklung größerer Neubaugebiete steht in Beziehung zu angrenzenden Gebieten und zur Gesamtstadt. Ebenso kommt es in der Umsetzung von Maßnahmen zu nicht-intendierten Nebenfolgen, die bei der Planung gar nicht im Bewusstsein waren. Insofern spricht vieles dafür, die Planung und (Fort)Entwicklung sozialer Räume als Prozess anzulegen, der Zeit für Reflexionsphasen und Möglichkeiten für Modifikationen belässt.

Integrierte Handlungskonzepte

Unter dieser Perspektive wird deutlich, dass die Planung und Gestaltung sozialer Räume nicht isoliert von einzelnen Akteuren oder Akteursgruppen sinnvoll von statten gehen kann, sondern integrierter Handlungskonzepte bedarf, in denen die verschiedenen Beteiligten ihre Belange und Sichtweisen einbringen können. Beispielhaft für einen solchen Ansatz ist das auch in München zum Tragen kommende Programm der „Sozialen Stadt“.

Zu den Beteiligten sind zu zählen:

- Vertreter aus der Stadtverwaltung: Planungs-, Sozial-, Schul-, Kultur-, Arbeit- und Wirtschafts-, Bau- und Gesundheitsreferat
- Wohnbaugesellschaften



- Vertreter der lokalen Ökonomie
- Vertreter aus sozialen, schulischen und kulturellen Einrichtungen
- örtliche Institutionen der Zivilgesellschaft
- Bezirksausschuss
- und natürlich Aktive aus der ansässigen Bevölkerung
- u.a.m.

Schwerpunkte aus der Workshopdiskussion

Handlungsspielräume der Kommunalverwaltung

Die kommunale Verwaltung ist zwar ein gewichtiger Akteur in der Entwicklung und Gestaltung von Sozialräumen, aber sie besitzt keine Art von Letztentscheidungsbefugnis. Insbesondere ist sie auf Aushandlungsprozesse mit Investoren und Entwicklern von Planungsgebieten angewiesen, die dort ihre privatwirtschaftlichen Verwertungsinteressen einbringen. Zudem ist auch die Stadtverwaltung kein monolithischer Block, sondern je nach Referat oder gar Amt von spezifischen Interessen geprägt. Insofern stellen räumliche Planungen komplexe Prozesse dar, in denen die Beteiligten immer wieder um Kompromisse ringen müssen.

Zeitverläufe von Planungsprozessen

Erhöht wird die Komplexität durch die zeitliche Dauer von der Planung bis zur Realisation, die sich durchaus über 20 Jahre erstrecken kann. Über solche Zeiträume hinweg verändern sich aber sowohl die Rahmenbedingungen als auch beteiligte Personen und Interessenslagen. Deswegen ist es wichtig, dass in Planungsprozessen nicht von Anfang an die Ergebnisse weitestgehend determiniert werden, sondern immer wieder Möglichkeiten bieten, neue Entwicklungen aufzunehmen und Planungen dann dementsprechend nach zu justieren.

Soziale Probleme in Neubaugebieten

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass in Neubaugebieten mit einem 30prozentigen und darüber hinaus gehenden Anteil an sozialem Wohnungsbau grundsätzlich erhöhte soziale Probleme einhergehen. Das bedeutet auf alle Fälle in den ersten Jahren einen erhöhten Bedarf an sozialer Dienstleistung. Steht diese zeitnah mit den ersten Wohnungsbezügen im Quartier bereit, so kann dadurch einiges der Problemlagen zumindest „abgefedert“ werden.

Strukturierte Angebote für Kinder und Jugendliche

Ein offener und weiter zu vertiefender Diskussionspunkt war, inwieweit in Quartieren mit einem erhöhten sozialen Handlungsbedarf stärker strukturierten Angeboten für Kinder und Jugendliche gegenüber offenen und eher unstrukturierten Angeboten der Vorrang zu geben ist. Da die jungen Menschen in ihrem familiären Umfeld oft sehr wenig Struktur und Perspektive erleben, könnte dies über solche Angebote zumindest teilweise kompensiert werden.



Workshop 09: Die Versorgung älterer Menschen als Teil eines generationenübergreifenden Quartiersmanagements

9

Durchgeführt von:

David Stoll
(Amt für Soziale Sicherung)
Renate Salzmann-Zöbeley
(GEWOFAG –
Projekt „Wohnen im Viertel“)
Andrea Sontheim
(Amt für Wohnen und Migration)

Beschreibung und Zielsetzung

Die demografische Entwicklung ist als Zukunftsthema in der Wohnungswirtschaft angekommen. Die Entwicklung von Angeboten für die älter werdenden Kundinnen und Kunden der Unternehmen als Teil eines integrierten Quartiersangebotes wird daher auch in München erprobt und umgesetzt. In dem Workshop wurden Möglichkeiten dieser aktuellen Quartierskonzepte für die Versorgung älterer, pflegebedürftiger und behinderter Menschen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld dargestellt.

Die Versorgung älterer Menschen im Quartier – Herausforderung für die Kommune

Die Ausgangslage

Mit dem demografischen Wandel gehen eine ganze Reihe von Veränderungen in der Stadtgesellschaft einher. So kann man insbesondere davon ausgehen, dass die Zahl der Menschen mit Pflegebedarf, die Anzahl älterer Menschen mit Migrationshintergrund und die Zahl älterer Menschen mit Behinderung künftig auch in München erheblich ansteigen wird. Hinzu kommt ein stetiger Wandlungsprozess informeller und familialer Netzwerke – mit der Folge einer zunehmend geringeren Absicherung von Hilfe- und Pflegebedarf durch traditionelle Versorgungsstrukturen (Pflege durch Angehörige). Einer wachsenden Anzahl potentiell hilfebedürftiger Bürge-

rinnen und Bürger steht somit ein sinkendes Potential informeller Hilfe gegenüber. Professionelle Hilfeleistungen können diese Lücke quantitativ und qualitativ voraussichtlich nicht im erforderlichen Umfang füllen.

Die Herausforderung

Da 95% aller älteren Menschen außerhalb von Einrichtungen in Ihren eigenen „vier Wänden“ leben, muss die Versorgung bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit daher dort – in den eigenen vier Wänden – ansetzen. München bietet hierfür traditionell eine Vielzahl differenzierter Angebote (wie die Alten- und Service-Zentren, die Fachstellen häusliche Versorgung, die Beratungsstellen für ältere Menschen und pflegende Angehörige etc.) - allerdings sind geeignete Quartierskonzepte (zur integrierten Versorgung der Menschen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld) trotz des guten Angebots noch nicht die Regel.

Ein Lösungsansatz

Da bei solchen Konzepten das Wohnen im Mittelpunkt steht, sind entsprechende Konzepte und Strategien nur gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft in München zu verwirklichen. Diesen Impuls nimmt die Wohnungswirtschaft in München inzwischen vermehrt auf und bezieht geeignete Modelle und Verfahren in ihre Planungen ein. Dadurch entsteht für die Entwicklung wohnortnaher integrierter Versorgungskonzepte für ältere und behinderter Menschen in München eine neue Dynamik. Quartierskonzepte ermöglichen die Aktivierung und Versorgung älterer und behinderter Menschen in einem neuen Rahmen: durch die Einbeziehung aller im Quartier lebenden Menschen bzw. Generationen, lösen sie einseitige Zielgruppenorientierungen auf und setzen neue Unterstützungspotentiale frei.



Wohnen im Viertel

- Ein Ziel ist „sicheres Wohnen“, um diese Ziel erreichen zu können sind folgende Bedingungen zu erfüllen: Im jeweiligen Wohnviertel ist ein schwellenfreies Wohnprojekt für eine Gemeinschaft von 6 - 8 behinderten und pflegebedürftigen Menschen zu schaffen.
- Ein ambulanter Pflegedienst ist rund um die Uhr erreichbar und bietet ein vielfältiges Dienstleistungsangebot aus einer Hand.
- Alle Menschen im Viertel können Nutzerinnen und Nutzer der Versorgungssicherheit des ambulanten Dienstes vor Ort werden
- Es gibt keine Betreuungspauschale
- Der ambulante Dienst vernetzt Professionelle und erschließt bürgerschaftliches Engagement
- Die Angebote im Bestand werden durch eine mit dem ambulanten Dienst abgestimmte Mieterbelegung ermöglicht
- Durch den Einbau von Rampen und den Bau schwellenfreier Wege wird maximale Mobilität im Quartier erreicht. Bestehende Wohnungen sind schwellenfrei miteinander zu verbinden, zu modernisieren und für Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf anzupassen.
- Wohnküche, Bewohner- und Nachbarschaftstreff und Gästezimmer in der Wohnanlage ergänzen das bauliche Gemeinschaftsgefüge

Das aktuelle Projekt, ein Neubau am Innsbrucker Ring, wird Herzstück des gesamten umliegenden Wohngebiets. Es werden 34 schwellenfreie Wohnungen und 8 Wohnungen für Menschen, die einen Rollstuhl benö-

tigen, gebaut. Auch wird eine Wohnung baulich so gestaltet, dass eine Wohngemeinschaft mit älteren Menschen einziehen kann. Ebenfalls in das Gebäude integriert sind Wohnungen für junge Menschen mit und ohne Behinderung sowie eine Gästewohnung.

Zwischen der gemeinnützigen Münchner Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG⁴ und den ambulanten Diensten ist eine Vereinbarung getroffen worden, die folgende Punkte beinhaltet:

- Gemeinsame Zielsetzung
- Abstimmung der Nutzung von 6-8 Wohnungen (bzw. einer WG) für Menschen mit hohem Hilfe- und Pflegebedarf
- Gemeinsame Gestaltung der Gemeinschaftsbereiche
- Sicherung der 24-stündigen Anwesenheit im Wohnprojekt und im Wohnviertel durch den ambulanten Dienst
- Verzicht auf Grundpauschale für Betreuung
- Abstimmung gemeinsamer Veranstaltungen und Angebote
- Sicherung vernetzter Strukturen, um die Vielfalt im Angebot für Mieter zu erhalten
- Gemeinsame Qualitätssicherung

Das Projekt ist möglich, weil es sich aus verschiedenen Quellen finanziert, eine besondere Bedeutung haben natürlich Leistungen nach SGB V (Krankenversicherung), SGB VII (Berufsgenossenschaften), SGB IX (Teilhabe und Rehabilitation behinderter Menschen), SGB XI (Pflegeversicherung), SGB XII (Sozialhilfe).

⁴ Gemeinnützige Wohnungsfürsorge AG München, Ein Unternehmen der Landeshauptstadt München

Workshop 09: Die Versorgung älterer Menschen als Teil eines generationenübergreifenden Quartiersmanagements

Quartiersbezogene Bewohnerarbeit

Ein anderes Beispiel dafür, wie die Folgen demografischen Wandels sich in der städtischen Sozialpolitik niederschlagen, ist das Angebot der quartiersbezogenen Bewohnerarbeit der Landeshauptstadt München. Es zielt insbesondere auf eine Bewohneraktivierung, eine Bewohnerbeteiligung und eine Förderung von Selbstorganisation und bürgerschaftlichem Engagement. Es werden Patenprojekte und Konfliktmanagement angeboten. Eine hohe Bedeutung für die quartierbezogene Bewohnerarbeit haben eine gute Vernetzung der verschiedenen professionellen Dienste sowie eine gute Öffentlichkeitsarbeit.

In Bewohnertreffs werden eine Vielzahl von Aktivitäten angeboten. Besonders hervorzuheben sind:

- Information und Erstberatung
- Angebote für Kinder Jugendliche, Erwachsene und SeniorInnen

- selbstorganisierte Gruppen
- Vermietung von Räumen für Initiativen und private Feiern
- Gestaltung des Wohnumfeldes

Es lassen sich durch die quartiersbezogene Bewohnerarbeit eine Vielzahl von positiven Entwicklungen anregen.

Die Bewohnerinnen und Bewohner identifizieren sich stärker mit ihrem Quartier, sie sind eher bereit, sich für die Belange im Quartier einzusetzen, sie organisieren sich selbst, unterstützen sich und feiern gemeinsame Feste.

Die Laufzeit der Projekte quartiersbezogener Bewohnerarbeit beträgt ca. drei Jahre. In dieser Anschubphase werden von der Landeshauptstadt München sozialpädagogische Fachkräfte bezahlt. Im Anschluss daran sollen aktive Bürgerinnen und Bürger die Verantwortung für die Weiterführung der quartiersbezogenen Bewohnerarbeit übernehmen. Während den ersten drei Jahren übernimmt die Landeshauptstadt München die Personalkosten sowie Sach- und Maßnahmekosten. Der Wohnbauträger überlässt mietfrei Räume für die Bewohnerarbeit und stattet diese zu Beginn mit Küchen-, Büro- und sonstige Einrichtungen aus.

Bewohnertreffs in Wohnprojekten nach dem „Bielefelder Modell“

- Fördern die Öffnung ins Wohnquartier
- Verhindern eine „Ghettoisierung“ der älteren/behinderten Menschen
- Erleichtern die Akquise von Ehrenamtlichen



Workshop 10: Macht – nein danke? Welche Bedingungen braucht Empowerment?

10

Durchgeführt von:

Eva Bruns
(Quartiersmanagement
Soziale Stadt Ramersdorf/
Berg am Laim)
Anja Huber
(Amt für Wohnen und Migration)

Anhand von zwei Beispielen aus dem Soziale-Stadt-Gebiet Ramersdorf/ Berg am Laim wird die Problematik aufgezeigt die entstehen kann, wenn programmatisch von Seiten der Verwaltung Empowerment angestrebt wird, die Angesprochenen aber mit Vorbehalt auf Teilnahmeangebote reagieren. Im Rahmen des angestrebten Empowerments sollen die angesprochenen Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit haben, aktiv an der Verbesserung ihrer Lebenswelt zu arbeiten: Selbst zu entscheiden, wie diese gestaltet wird, die Durchführung (in Teilen) zu übernehmen und sich für das weitere Gelingen verantwortlich zeigen.

Der Workshop befasst sich mit zwei Beispielen zum Thema Empowerment in Gebieten, die von Segregation und Marginalisierung geprägt sind. Das Gebiet wurde in das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt aufgenommen, auf Grund des, sowohl im städtebaulichen, verkehrsplanerischen und gewerblichen Bereich, als auch bezüglich Zusammenleben, Kultur und Soziales festgestellten Verbesserungsbedarfs. Das Gebiet ist gekennzeichnet durch eine hohe Konzentration an sozialem Wohnungsbau, einem überdurchschnittlich hohen Anteil alter Menschen und einer stetig wachsenden Anzahl der BezieherInnen von Transferleistungen. Große Hauptverkehrsachsen (Mittlerer Ring, Rosenheimer Straße, Berg-am-Laimer-Strasse, Autobahzubringer) durchschneiden die Wohngebiete und bringen sie in Insel- bzw. Randlagen. Sowohl in Ramersdorf als auch in

Berg am Laim ist die ursprünglich Identität stiftende Ortsmitte in den 60er und 70er Jahren der autogerechten Stadt geopfert worden.

Zu berücksichtigende Faktoren bei Planungsvorgängen mit Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind oder sich in prekären Lebenslagen befinden, sind:

- größere Vorbehalte, ob die Wünsche und Anliegen ernst genommen und tatsächlich umgesetzt werden. Misserfolg wird vorausgesetzt.
- defizitäre Sichtweise: Menschen in Armut haben häufig wenig Zutrauen, eine Sache gut zu machen, Erfolg zu haben, sie bringen anderen gegenüber Misstrauen entgegen
- Die Bereitschaft, sich zu engagieren, ist geringer und meistens nur dann vorhanden, wenn ein unmittelbarer Nutzen erkennbar oder eine hohe persönliche Betroffenheit gegeben ist.
- Es gibt nur wenig zeitliche Ressourcen, da viel Energie in die Sicherung der Existenz gesteckt werden muss.
- persönliche Verstrickungen und Abhängigkeiten behindern einerseits, ermöglichen andererseits aber auch Beteiligung. Man muss entsprechende Schlüsselpersonen und Türöffner finden.

Beispiel 1: Gartenprojekt Berg am Laim

Der Workshop befasst sich im ersten Beispiel mit der Frage, was passiert, wenn zwar programmatisch von Politik und Verwaltung Empowerment gewünscht ist und Bürgerinnen und Bürger aktiviert werden sollen, diesem Engagement aber durch hohe bürokratische Hürden, komplexe Verwaltungsabläufe und entsprechend lange Zeitspannen nur schwer überwindbare Hürden in den Weg gestellt werden.

Workshop 10: Macht – nein danke? Welche Bedingungen braucht Empowerment?

Ausgangspunkt ist ein Vorschlag des Sozialreferates, der im Rahmen eines Maßnahmenkataloges für die Umsetzung von Zielen des Bund-Land-Kommunen-Programms Soziale Stadt vom Stadtrat beschlossen wurde: Die Errichtung eines Pavillons auf der Grünfläche einer städtischen Wohnanlage in Berg am Laim. Nach Gesprächen mit Fachbasis, Bürgerinnen und Bürgern und Mitgliedern des Bezirksausschusses stellte sich heraus, dass der ursprüngliche Bedarf für diesen Pavillon nicht mehr vorhanden ist. Um die Interessen und Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner herauszufinden wurde eine Haushaltsbefragung durchgeführt. Auf einem Frühlingsfest füllten die Bewohnerinnen und Bewohner Fragebogen aus, die auch an alle Haushalte der Siedlungen verteilt wurden. Dabei kamen vor allem Wünsche und Konflikte bezüglich der Nutzung der Grünfläche zur Sprache. In einer kurz darauf stattfindenden Versammlung wurden diese konkretisiert und Arbeitsgruppen dazu gegründet. Ein großes Anliegen war der Wunsch einiger Bewohnerinnen und Bewohner, ein Stück Garten gestalten zu können. Es wurde jedoch schnell klar, dass dieses Projekt ohne die Klärung der Konflikte bezüglich der neu aufgestellten Fußballtore und um die Nutzung der Grünfläche zum Scheitern verurteilt war.

Parallel dazu wurde aus Mitteln des Programms Soziale Stadt eine fachliche Begleitung der mittlerweile gegründeten Garten-Gruppe finanziert, die den gewünschten Empowerment-Prozess in Gang bringen und bei der Planung und Umsetzung eines Nachbarschaftsgartens helfen sollte. Die Bürgerinnen und Bürger wollten in der Grünfläche hinter ihren Miethäusern ein Stück Rasen in Gärten umwandeln. Dazu formulierten sie ihre Wünsche und Vorstellungen, einigten sich in der Gruppe auf die Vorgehensweise, organisierten Gartengeräte und Know-How.

Im dann folgenden Prozess, benötigten alle Beteiligten einen langen Atem: Das Engagement und die Motivation der Bürgerinnen und Bürger wurde immer wieder gebremst durch ungeklärte Zuständigkeiten, verwaltungsinterne Umwege und zu stark reglementierte Vorgehensweisen. Nach eineinhalb Jahren ist es gelungen, das Projekt seitens Politik und Verwaltung zu genehmigen, benötigtes Material und Personal zu finanzieren und die Voraussetzungen für die Umsetzung des Vorhabens zu schaffen.

Dazu kamen Ängste und Vorbehalte der Teilnehmenden, durch die aktive Mitarbeit zur Zielscheibe von Angriffen durch missgünstige Nachbarinnen und Nachbarn zu werden und den mühsam errungenen Garten gegen fußballspielende Jugendliche und übereifrige Hausmeister verteidigen zu müssen. Auch interne Konflikte in der Gruppe bedrohten den Fortgang des Projektes.

Die bestehende Skepsis der Bewohnerinnen und Bewohner hat folgende Gründe:

- Verwaltungsvorgänge dauern zu lange und sind oft nicht nachvollziehbar.
- Zusagen können nicht gemacht oder eingehalten werden.
- Zuständigkeiten sind unklar oder wechseln zu häufig, um Verbindlichkeit und Verlässlichkeit zu vermitteln.
- Die Bürgerinnen und Bürger werden oft doch nicht ernst genommen, sollen zufrieden sein, mit dem was man ihnen anbietet und was Verwaltung und Politik für richtig hält.

Erkenntnisse

Empowerment und eine erfolgreiche und zufrieden stellende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern braucht:

- schnelle Erfolgserlebnisse, die von mittel- und längerfristig umsetzbaren Teilschritten gefolgt werden



- nachvollziehbare Verwaltungsvorgänge
- verbindliche Zusagen, die eingehalten werden
- eindeutige Zuständigkeiten (z.B. „Kümmerer“ in der Verwaltung, die sich bei übergreifenden Themen zuständig fühlen und diese dann an die zuständigen Stellen weiterleiten bzw. neue schaffen; Vertretungsregelungen mit Entscheidungsbefugnis, so dass Vorhaben auch bei Urlauben und Krankheitsfällen vorangetrieben werden können)
- konstruktiven Umgang mit Kritik und Vorschlägen: Diese als Bereicherung ansehen und als Chance, Dinge positiv zu verändern und nicht als Angriff.

Beispiel 2: Gestaltung des Karl-Preis-Platzes in Ramersdorf

Bei diesem Beispiel wurde ein sehr niedrigschwelliges, Bürgerbeteiligungsverfahren für eine Platzgestaltung durchgeführt. Ein Zelt vor Ort ermöglichte es „im Vorbeigehen“ mit zuzusprechen und sich mit den anderen AnwohnerInnen über die Nutzungswünsche auszutauschen. Trotz der Bedenken, ob ihre Anregungen tatsächlich in die Planungen einfließen würden, brachten sich bei diesem ersten Schritt der Überplanung des Platzes 120 Bürgerinnen und Bürger in das Beteiligungsverfahren ein.

Ein großes Problem im zweiten Beteiligungsschritt, nämlich der Präsentation der Planung mit den eingearbeiteten Wohnervorschlägen, lag darin, dass die nun ca. 70 teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger Schwierigkeiten hatten, sich vorzustellen, wie die Ergebnisse der Planung letztendlich in der Realität ausschauen und wirken werden. Sie selbst konnten keine Planungsalternativen entwickeln. Die beauftragte Landschaftsarchitektin hatte keine Varianten zur Anregung der Diskussion vorbereitet. Da es keine Gegenvorschläge gab, wird (wurde?) von Seiten der Verwaltung davon ausgegangen,

dass die Bürgerinnen und Bürger zugestimmt haben. Hier entsteht die Gefahr, dass erst bei der baulichen Umsetzung für die BewohnerInnen erkennbar wird, worauf sie sich eingelassen haben. Die Verwaltung und Politik ihrerseits reagiert auf den dann geäußerten Protest und die spürbare Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger frustriert, denn schließlich habe sie ja alles getan, um die Bürgeranliegen einzubeziehen und umzusetzen. Wieder wird aneinander vorbei geredet, Skepsis und Mißverständnisse entstehen und echte Empowermentprozesse werden verhindert.

Erkenntnis

Planungsvorgänge müssen übersetzt werden: Hierzu braucht es anschauliche Modelle, die auch von Laien verstanden und „begriffen“ werden können, räumliche Darstellungen und die Vorstellung von Planungsalternativen sind nötig. Dies bedeutet zwar etwas mehr Aufwand, sichert aber einen echten Dialog und vermeidet spätere Widerstände.

Ergebnisse der Diskussion im Workshop-Plenum

In der anschließenden Diskussion wurden die Workshopteilnehmenden aufgefordert, ihre Beiträge und Fragen zum Thema „Bedingungen von Empowerment“ darzulegen. Die wichtigsten Aussagen werden hier festgehalten:

Schulung der Verantwortlichen

Die meisten Verantwortlichen haben keine Erfahrungen mit offenen Prozessen. Es ist schwierig, Planungsvorgänge zu organisieren, bei denen nicht von vornherein das Ergebnis feststeht. Das macht Angst und führt zu Unsicherheit. Planende und Verwaltung müssten auf diesem Gebiet besser geschult werden.

Workshop 10: Macht – nein danke? Welche Bedingungen braucht Empowerment?

Beteiligung ist eine Haltungsfrage

Bei der Schulung ist vor allem eine offenere Haltung gegenüber Bürgerinteressen zu fördern: das Sammeln von Ideen, das Engagement vieler, das Offenlegen von Wünschen und Vorstellungen sind eine Bereicherung, sie ersparen Aufwand und Arbeit und werten Prozesse auf, auch wenn es zuweilen unbequem und irritierend ist. Wer dagegen unerfüllbare Ansprüche und Forderungen, Klagen, Verzögerungen und Widerstand vermutet, wird sich kaum bereit erklären, Planungsverfahren zu öffnen.

Umfang der Beteiligung klären

Transparenz ist herzustellen darüber, in welchem Umfang Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern erwünscht ist, um Enttäuschungen und Überforderungen zu vermeiden. Bereits im Vorfeld ist ein gemeinsames Verständnis über den Prozess, der bevorsteht, zu entwickeln. Das lohnt sich, auch wenn im ersten Moment scheinbar der Aufwand nicht im Verhältnis zum Nutzen zu stehen scheint. Beteiligungsverfahren müssen sich im ausgewogenen Verhältnis von Aufwand und Effekt befinden („die Soße darf nicht teurer sein als der Braten“).

Abgabe von Macht

Kleinräumige Bottom-up-Prozesse müssen mehr Akzeptanz gewinnen, ohne sich in behinderndem Maße nach „oben“ zur Verwaltung und zur Politik rückkoppeln und legitimieren zu müssen. Dazu braucht es Entscheidungsbefugnisse und Budgets. Diejenigen, die Macht abgeben, müssen Vertrauen haben in die Bürgerinnen und Bürger. Oft ist zu beobachten, dass großes Mißtrauen besteht und die Unterstellung, dass Macht Einfluss und Geld ausgenutzt werden, um sich persönlich zu bereichern, anstatt dem Gemeinwohl zu dienen. Das mag in Einzelfällen zutreffen, wird aber den meisten Aktiven nicht gerecht.

Bürgerengagement lohnt sich!

Wenn Bürgerinnen und Bürger sich engagieren werden Vorurteile abgebaut, die Menschen identifizieren sich mit ihrem Viertel, engagieren sich, werden unentgeltlich aktiv. Demokratische Prozesse werden eingeübt und positiv erlebbar gemacht, das Selbstbewusstsein der Adressantinnen und Adressanten steigt.

Bürgerbeteiligung muss realistisch bleiben

Der Rahmen, in dem Bürgerbeteiligung sinnvoll ist, muss gesteckt sein. Es ist kontraproduktiv, wenn die Angesprochenen mit der Größenordnung der Planungsbeteiligung überfordert sind oder erst aufwändig und langwierig geschult und eingearbeitet werden müssen. Für diese Leistungen sind ExpertInnen gefragt, die an entsprechender Stelle bewerten, aufbereiten und übersetzen.

Kooperationspartner/innen in der Verwaltung

Projektentwicklung braucht, um erfolgreich zu sein, stets einen festen Ansprechpartner in der Verwaltung, der oder die sich zum „Krümmerer“ erklärt. Der oder die „Krümmerer“ ist eine Person, der sich zuständig fühlt, und Zeit und Mittel investiert, jenseits von Produktlogik und Budgetverwaltung kooperativ Lösungen zu entwickeln, übergreifend zu agieren und verlässliche Bündnispartner zu gewinnen.



Workshop 11: Fit für die Arbeit im Stadtteil – Vorstellung des Konzepts „MiTunS“ – Schulung der Ehrenamt- lichen zum „Manager in Treff und Stadtteil“



Durchgeführt von:
Rita Schrabec
(Stadtteilarbeit Riem,
Nachbarschaftstreff Oslostraße,
Wohnforum gGmbH)
Alexandra Bauer
(Treff 111, Wohnforum gGmbH)

Das Konzept der MiTunS-Schulungen könnte man als ein Folge- bzw. Ergänzungskonzept der Quartierbezogenen Bewohnerarbeit und des Raummanagementkonzepts bezeichnen. Die Quartierbezogene Bewohnerarbeit ist seit 1999 ein Produkt des Amtes für Wohnen und Migration. Seitdem wurden 23 Bewohner- bzw. Nachbarschaftstreffs von unterschiedlichen Trägern Münchens eröffnet, mit dem Ziel, den Treff im jeweiligen Stadtviertel nach 3 bis 4 Jahren Projektlaufzeit den aktiven Ehrenamtlichen zu übergeben, die ihn dann selbstverwaltet (mit Hilfe eines geringfügigen Budgets), im Sinne des bürgerschaftlichen Engagements weiterführen. Begleitet werden die Aktiven durch eine/n Raummanager/in, der/die die Ehrenamtlichen bei offenen Fragen und/oder Konflikten sozialpädagogisch unterstützt und begleitet. Zusätzlich werden bei den sieben Projekten, die sich bereits im Raummanagement-Konzept befinden, die Instandhaltungs- und Reparaturkosten übernommen.

Da der Übergang der Bewohner-/Nachbarschaftstreffs in die Selbstverwaltung als auch deren Umsetzung den aktiven Ehrenamtlichen vor Ort in vielerlei Hinsicht Schwierigkeiten bereitet(e), setzen wir uns mit der Frage auseinander, welche Kompetenzen aktive Bewohner und Bewohnerinnen brauchen, um einen Nachbarschaftstreff selbstständig und gleichberechtigt leiten, für Menschen jeden Alters, Geschlechts und jeder Herkunft offen zu halten und nachhaltig gestalten zu können?, Auf dieser Grundlage entwickelten Mitarbeiterinnen der Wohnforum München gemeinnützige GmbH das

Konzept „MiTunS – Manager in Treff und Stadtteil“, das vom Münchner Stadtrat verabschiedet wurde. Es dient dazu, die Ehrenamtlichen in den jeweiligen Treffs besser zu unterstützen.

Die Schulungen zum „Manager in Treff und Stadtteil (MiTunS)“, die im Jahr 2007 erstmals angeboten werden konnten, sollen die aktiven Ehrenamtlichen in den jeweiligen Treffs in den Bereichen Interkulturelle Kommunikation, Konfliktmanagement, Teamarbeit und Projektarbeit, Finanzierung/Verwaltung und in Informationen zum Stadtteil/Öffentlichkeitsarbeit unterstützen und ihnen durch diese zusätzlichen Kompetenzen das Management des Nachbarschaftstreffs erleichtern.

Die Bereiche werden in fünf Schulungen à fünf Stunden bearbeitet, diskutiert und geübt. Im Anschluss folgt innerhalb eines Projektes, das von den Ehrenamtlichen selbstständig vorbereitet, organisiert und durchgeführt wird, der Theorie-Praxis-Transfer. Durch eine gemeinsame Ideensammlung im Team soll ein Projekt gefunden, geplant und durchgeführt werden. Die Schulungsleiterinnen stehen den Ehrenamtlichen (bei Bedarf) bei der Projektfindung, während und im Anschluss des Projektes für Fragen und zur Reflexion zur Verfügung. Eine regelmäßige Teilnahme an den Schulungen als auch die Mitarbeit an dem jeweiligen Projekt sind Voraussetzung für den Erhalt eines Zertifikates zum „Manager in Treff und Stadtteil“. Das Zertifikat ist vom Amt für Wohnen und Migration anerkannt und unterschrieben. Die Anerkennung des Amtes unterstreicht die Wichtigkeit und den hohen Wert des ehrenamtlichen Engagements, wodurch ein nachhaltiger Erhalt der Räumlichkeiten für die Nachbarinnen und Nachbarn des Quartiers möglich ist. Das Zertifikat steigert somit einerseits den Selbstwert der Ehrenamtlichen. Andererseits haben die Aktiven durch die Amtsunterschrift ein qualifiziertes Zeugnis ihrer erlernten Fähigkeiten, wodurch

Workshop 11: Fit für die Arbeit im Stadtteil – Vorstellung des Konzepts „MiTunS“ – Schulung der Ehrenamt- lichen zum „Manager in Treff und Stadtteil“

ihnen die Möglichkeit gegeben ist, das Zertifikat Bewerbungsunterlagen beizulegen.

Zielsetzung

Die Bewohner-/Nachbarschaftstreffs sollen durch aktive, qualifizierte Bewohner/-innen nach Projektende der Quartierbezogenen Bewohnerarbeit weiterhin erhalten und gestaltet werden, im Sinne eines interkulturellen Treffpunkts (für Menschen jeden Alters, Geschlechts und jeder Herkunft) für die Nachbarschaft; somit wird sozialer Raum aktiv gestaltet.

Workshopergebnis

Aktiven Ehrenamtliche aus den jeweiligen Stadtvierteln sollen nach Projektende der Quartierbezogenen Bewohnerarbeit die Verantwortung für den Bewohner-/Nachbarschaftstreff übernehmen, ihn verwalten und weiter gestalten. Deshalb kamen die Workshopteilnehmer/-innen schon während der Vorstellung der verschiedenen Konzepte und den damit verbundenen Überlegungen der Stadt sowie der Sozialpädagogen/-pädagoginnen der jeweiligen Treffs vor Ort immer wieder auf das Thema „Ehrenamt“ zu sprechen. Aus verschiedenen Aspekten heraus wurde dieses Thema durchleuchtet und diskutiert.

Die Workshopteilnehmer/-innen waren sich einig, dass Ehrenamtliche bestimmte Rahmenbedingungen und Unterstützung benötigen, um bürgerschaftliches Engagement ungehindert ausüben zu können. Im Raummanagement sind das vorgegebene, geringfügige Budget und grundsätzliche Regeln (z.B. überkonfessionelle, unpolitische Nutzung der Räumlichkeiten) die Vorgaben, die den Rahmen der Selbstverwaltung des Treffs bestimmten. Der/die Raummanager/in unterstützt die Aktiven bei der Umsetzung ihrer

Aufgaben. Auch die MiTunS-Schulungen wurden in Punkto Unterstützung von den Workshopteilnehmer/-innen als einen Schritt in die richtige Richtung gesehen, sie bezweifelten jedoch, dass diese Art der Unterstützung (MiTunS-Schulungen: einmalig; Raummanagement: bei Bedarf) und dieser Rahmen den Ehrenamtlichen ausreicht. Womöglich ist ein längerer zeitlicher Rahmen des Konzepts der Quartierbezogenen Bewohnerarbeit (nicht nur eine Projektlaufzeit von 3-4 Jahren), in der kontinuierlich ein/e Sozialpädagoge/-pädagogin vor Ort die Ehrenamtlichen begleitet, erforderlich?! Diese Modifizierung des Konzepts wurde unter den Teilnehmern/-innen diskutiert.

Für Menschen, die von Armut bedroht oder betroffen sind, ist dieses Konzept nach Meinung der Workshopteilnehmer/-innen nicht umsetzbar. Eine so zeitintensive Aufgabe, verbunden mit viel Engagement und Verantwortung sei in einer prekären Lebenslage unentgeltlich nicht zumutbar. Hier ist die persönliche, finanzielle Rahmenbedingung mit dem Konzept nicht vereinbar. Tatsächlich engagieren sich jedoch hauptsächlich arbeitslose Menschen, Mütter und/oder Migranten/Migratinnen, die auf dem Arbeitsmarkt nur schwer Fuß fassen können, in den Treffs. Die Workshopteilnehmer/-innen diskutierten darüber, wie auch diesen Menschen das Konzept gerecht werden kann und ob es Sinn macht, die Treffs nur in Stadtvierteln anzusiedeln, die verschiedene Milieus aufweisen. Eine in dieser Hinsicht „gemischte Bevölkerung“ würde einen Synergieeffekt der vorhandenen Ressourcen fördern.

Das Konzept der Quartierbezogenen Bewohnerarbeit wurde generell als ein „von oben“ kreierte Konzept wahrgenommen und die Workshopteilnehmer/-innen fordern eine Modifizierung dieses Konzepts. Es sollte mehr auf das Interesse der Bewohner/-innen abgestimmt sein und am besten von Beginn an mit den Bewohner/-innen des Stadtvier-



tels besprochen und ausgehandelt sein. Die Teilnehmer/-innen fordern in diesem Zusammenhang eine komplexere Beachtung der Interessen der Bewohner/-innen. Dies sei für sie Sozialraumorientierung.

Das Konzept sei zu mittelschichtorientiert, es sei für ein Milieu konzipiert, in dem die finanzielle Lage nicht primär im Vordergrund steht. Aber auch in diesem Milieu muss vor der Übernahme eines Bewohner-/Nachbarschaftstreffs ein Gefühl für den eigenen Stadtteil und/oder das eigene Quartier entwickelt werden. Die Übernahme erfordert (meist) eine Motivation über die eigene Betroffenheit hinaus. Ehrenamtliches Engagement entsteht jedoch meist aus einer eigenen Betroffenheit heraus. So engagiert man sich z.B. in einer Kindergruppe, solange sich das eigene Kind in demselben Alter befindet oder ist Mitglied beim Elternbeirat, solange das eigene Kind in der Schule ist. Ein bürgerschaftliches Engagement über die eigene Betroffenheit hinaus ist wesentlich schwieriger zu entwickeln. Die Übernahme der Organisation und Verwaltung des Treffs erfordert eine Identifikation mit den Räumlichkeiten, mit dem eigenen Stadtviertel und mit dem eigenen Sozialraum. Doch wann gehört ein Bewohner-/Nachbarschaftstreff zum eigenen Sozialraum?

Diese Frage konnte im Workshop – vielleicht auch aus Zeitgründen – nicht beantwortet werden, doch die Teilnehmer/-innen sind davon überzeugt, dass eine solche Motivation durchaus möglich ist; Eine Motivation für die Organisation und Verwaltung, für den Erhalt der Räume und/ oder für die Übernahme einer Verantwortung für ihren Sozialraum setzt das Interesse dafür voraus.

Ein weiterer Lösungsvorschlag wurde hinsichtlich der Aufgabenverteilung genannt. Die Workshopteilnehmer/innen empfänden es als Erleichterung und Unterstützung für die aktiven Ehrenamtlichen in den selbstverwalteten Treffs, wenn die Verwaltungsaufgaben auch

nach der Übergabe der Treffs an die Ehrenamtlichen von der Landeshauptstadt München übernommen werden würden. Es könnte dafür z.B. auch eine bezahlte Verwaltungskraft (z.B. auf 400,-€-Basis) eingestellt werden.

Zusammenfassung

Ehrenamtliche brauchen adäquate Unterstützung und Rahmenbedingungen, um bürgerschaftliches Engagement ungehindert ausüben zu können.

Forderungen für eine Modifizierung des Konzepts Quartierbezogener Bewohnerarbeit:

- Veränderung des zeitlichen Rahmens des Konzepts
- Konzept „von unten“ konzipiert, d.h. mit Einbezug der Bürger/-innen von Beginn des Projekts an
- Erst eine komplexere Beachtung der Interessen der Bewohner/-innen führt zu einer wirklichen Sozialraumorientierung
- Einbezug aller Milieus in das Konzept
- Die Motivation der Ehrenamtlichen hängt ab von deren eigener Betroffenheit, ihrer Identifikation mit den Räumlichkeiten, dem eigenen Stadtviertel, dem eigenen Sozialraum
- Es muss ein Interesse an der Organisation und Verwaltung, am Erhalt der Räume und an einem Engagement im eigenen Sozialraum vorhanden sein.
- Eine weitere Unterstützungsmöglichkeit der Ehrenamtlichen in den selbstverwalteten Treffs bestünde in der Übernahme der Verwaltungsaufgaben durch die Landeshauptstadt München, z.B. durch die Einstellung einer Verwaltungskraft auf 400,-€-Basis.

Workshop 12: Integriertes Kinder- und Jugendhaus als neue Möglichkeit der infrastrukturellen Kinder- und Jugendhilfe

12

Durchgeführt von:

Sonja Koller
(Stadtjugendamt/
Jugendsozialarbeit)
Desireé Wall
(„Die Arche“ Christliches
Kinder- und Jugendwerk e. V.)
Martin Swoboda
(Die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.)
Dörthe Friess
(Lichtblick, Katholische
Jugendfürsorge)

Der Workshop mit dem Titel „Integriertes Kinder- und Jugendhaus als neue Möglichkeit der infrastrukturellen Kinder- und Jugendhilfe“ hat die Situation von Kindern und Jugendlichen in drei Münchner Stadtbezirken und in drei unterschiedlichen Einrichtungen bearbeitet. Kulturelle, materielle und soziale Armut der Kinder, Jugendlichen und Familien standen hierbei im Vordergrund. Ausgehend von den Thesen zur Fachtagung, in denen Armut und sozialräumliche Ansätze diskutiert wurden, wurde im Workshop näher auf die Möglichkeiten der Jugendhilfe eingegangen, Angebote zur Armutsbekämpfung zu installieren und deren Wirkungen zu analysieren.

Armut und soziale Benachteiligung bewirken schlechtere Bildungschancen für die Betroffenen. Schlechte Bildung zementiert ungünstige Voraussetzungen für Lebenschancen. Betroffen sind immer mehr Stadtbezirke mit sozialräumlichen Problemstellungen, in denen sich integrierte Angebote als sinnvoll erwiesen haben, die besonders auf die persönliche Situation der Kinder und Jugendlichen eingehen. Schlechter Zugang zu Bildung, unausgewogene Ernährung, häusliche Gewalt, Risiko der Vernachlässigung führen zu geringen Schlüsselqualifikationen, zu wenig Selbstvertrauen, zu einem geringen Selbstwertgefühl, zu einer schlechten gesundheitlichen Situation sowie zu körperlichen, psychosomatischen und chronischen

Erkrankungen.

Trotz zahlreicher, hoch spezialisierter Angebote konnte diese Entwicklung nicht gestoppt werden, sondern sie hat sich offenbar dynamisiert. Die Frage ist, ob bisherige Strategien, Reformen etc. greifen und an den richtigen Ansatzpunkten für die Bekämpfung von Armut investiert wird..

Ein Ansatzpunkt für das Produktteam Jugendsozialarbeit ist die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen im schulischen Bereich außerhalb der Schule in Form von Hausaufgabenbetreuung und weiteren Hilfen und Angeboten zur Sozialisation der Kinder und Jugendlichen. Alle Angebote zielen darauf, den Kreislauf zwischen Armut, sozialer Benachteiligung, schlechter Bildung und schlechten Lebensvoraussetzungen zu unterbrechen und den Kindern und Jugendlichen bessere Chancen zu ermöglichen. Hierfür bieten die integrierten Handlungskonzepte der drei im Workshop vorgestellten Einrichtungen wichtige Grundlagen.

Die ARCHE

Die ARCHE bietet seit September 2006 im Stadtteil Moosach für Kinder von fünf bis vierzehn Jahren ein tägliches, offenes Angebot bestehend aus Mittagessen, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangeboten. Die Kinder und Jugendlichen können an verschiedenen Projekten und regelmäßig stattfindenden Aktivitäten und Programmen teilnehmen. Eine Zusammenarbeit mit Schulen und vor Ort tätigen Einrichtungen ist im Aufbau. Beratung und Unterstützung für die Kinder und ihre Eltern, sowie Hilfe bei Problemen in der Familie werden angeboten. Die ARCHE finanziert ihr Angebot durch Spenden und Sponsoring. Das Sozialreferat der Landeshauptstadt München stellt die Räumlichkeiten – zurzeit in Form einer Containeranlage – zur Verfügung. Unterschiedliche Öffnungs-



zeiten für 5- bis 11-jährige und 12- bis 14-jährige Kinder ermöglichen gezielte Angebote für die jeweiligen Altersgruppen. Das Personal der ARCHE besteht aus einem Sozialpädagogen, drei Erziehern/innen, einer Bürokräft und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen.

Das „Johanniterhaus“

Das „Johanniterhaus“ in Ramersdorf, einem Stadtteil in dem viele Multiproblemfamilien mit hohem Betreuungsanspruch leben, wird für Kinder und Jugendliche täglich von Montag bis Freitag Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung und Freizeitangebot angeboten. Das Angebot richtet sich auch an die Kinder aus einer nahen Unterkunftsanlage. Im Vordergrund steht zunächst eine Versorgung mit Mittagessen und im Mittelpunkt steht eine möglichst ganzheitliche Betreuung. Das integrierte Handlungskonzept umfasst die Unterstützung der Kinder und deren Familien, systematische Vernetzungen und nachhaltige Beteiligungsformen um zielgenaue Prävention und nachhaltige Veränderungen zu bewirken. Die Johanniter-Unfall-Hilfe beteiligt sich mit diesem Modell an der Kinder- und Jugendhilfe in München. Die Einrichtung wird die Organisation und Durchführung des Angebots finanzieren und das Sozialreferat der Landeshauptstadt München wird Räumlichkeiten für das Angebot zur Verfügung stellen. Zurzeit wird geprüft, ob das Johanniterhaus die baulichen Voraussetzungen erfüllt.

Lichtblick

Die Einrichtung Lichtblick im Stadtteil Hasenberg besteht bereits seit vielen Jahren und hat ihr Kinderbetreuungsangebot zur intensi-

ven, ganzheitlichen und fest strukturierten Betreuung entwickelt. Im Lichtblick werden Kinder inzwischen von Beginn der Schulzeit, bis zur Erlangung einer Ausbildungsstelle und darüber hinaus betreut und begleitet. Da es sich um Kinder aus sehr problembehafteten Familien handelt, ist eine fest strukturierte, festgelegte Betreuung notwendig. Die Kinder sind in einen festen Tagesablauf integriert und erhalten zunächst eine grundlegende Versorgung, die Voraussetzung für das Konzentrieren auf die Hausaufgaben und das Lernen ist. Inzwischen werden im Lichtblick mehr als 72 Schüler/innen im Alter von sechs bis 16 Jahren betreut. Vier Gruppen zu je zwölf Kindern werden in Lerngruppen betreut, die nach den Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen zusammengestellt wurden. Eine Jugendgruppe mit zwölf Teilnehmer/innen wird auf einen Schulabschluss und die Erlangung eines Ausbildungsplatzes vorbereitet und eine zweite Jugendgruppe wird in einer wohngemeinschafts-ähnlichen Situation bei persönlichen, schulischen und haushaltstechnischen Anforderungen unterstützt und auf Schulabschluss und Lehrstelle vorbereitet. Die Kontinuität der Betreuung wird unter Einbezug des Umfeldes wie Schule und Elternhaus der Kinder und Jugendlichen geleistet. Die Betreuung im Lichtblick besteht aus drei Bereichen: Förderung lebenspraktischer Dinge, schulische Förderung und soziales Training. Für alle Bereiche ist die Versorgung die Grundlage und die Beziehungspflege ein wichtiger Baustein im Gesamtangebot.

Die Berufsbefähigung hat sich in den letzten Jahren als wichtiges zusätzliches Element etabliert. Die Kinder werden ab zehn Jahren mit Themen zum Beruf konfrontiert und kontinuierlich bis zum Schulabschluss zur Berufswahl und Berufsfindung auch mit verschiedenen Praktika herangeführt.

Workshop 12: Integriertes Kinder- und Jugendhaus als neue Möglichkeit der infrastrukturellen Kinder- und Jugendhilfe

Ergebnisse des Workshops

Gründe für eine integrierte Infrastrukturplanung

Eine verbesserte Wohnqualität und gute Lebens- und Arbeitsbedingungen erhöhen die sozialen (Aufstiegs) Chancen wesentlich, weshalb es sich lohnt die örtliche Infrastruktur sorgfältig zu planen.

Sozialräumliche Ansätze ermöglichen es, verbesserte Lebensbedingungen für die Bewohnerinnen und Bewohner zu schaffen und fördern die Nutzung von individuellen Kompetenzen der Kinder, Jugendlichen und der Familien.

Durch eine regional spezifische und verschiedene Aufgaben integrierende Jugendhilfeplanung können rechtzeitig die notwendigen infrastrukturellen Angebote bereitgestellt werden. An einer solchen Jugendhilfeplanung sind idealerweise alle in Frage kommenden Teams beteiligt, so können weitsichtige und langfristige Lösungen geplant und umgesetzt werden.

Diese Planungen ermöglichen es, eventuelle Veränderungen der Nutzungen von Anfang an einzubeziehen, mögliche Nutzungskombinationen mitzudenken. Räume können vielfältig durch unterschiedliche Angebote genutzt werden, die Kooperation zwischen verschiedenen Angeboten kann verbessert werden.

Beobachtungen zu den Lebenslagen von Armut betroffener Menschen/Familien

Leben in materieller Armut, Bildungsarmut und kultureller Armut bedeutet für die Beteiligten Dauerstress. Die Klientel der Einrichtungen versuchen mit ihren Strategien und Möglichkeiten das „Leben im Dauerstress“ zu meistern. Sie entwickeln ein übertrieben starkes Konsumverhalten, mit dem sie versuchen, ihre Defizite zu kompensieren. Dies erklärt die neusten Modelle von Fernsehern im Besitz der Familien, die von ALG II leben

sowie das Bedürfnis der Kinder möglichst immer das neueste Handy zu besitzen. Die Familien entwickeln eine hohe Identität mit dem Stadtteil, ihre Wahrnehmung ist jedoch anders als die Außenstehender, sie sehen sich und ihren Stadtteil positiv.

Beobachtungen zu den Ressourcen der von Armut betroffener Menschen/Familien

Die Eltern der betreuten Kinder müssen motiviert werden, etwas für ihre Kinder zu tun. Sie können und sollen Verantwortung übernehmen, brauchen hierfür jedoch Unterstützung. Die Verantwortungsübernahme durch die Eltern kann/muss auch finanzieller Art sein.

Diese Menschen haben ein hohes Zugehörigkeitsgefühl untereinander, weil sie alle gleich sind, oder zumindest sich alle gleich fühlen. Dadurch entsteht oft Solidarität unter Nachbarn, weshalb sie sich wechselseitige Hilfestellungen geben.

Beobachtungen zu den sozialräumlichen Arbeitsansätzen der beteiligten Dienste, Organisationen, Einrichtungen im Quartier

Im Bereich der Hilfeplanangebote ist festzustellen, dass es nicht immer möglich ist, hilfeplangerecht zu steuern. Nicht alle Familien sind bereit mit dem Jugendamt (sofort) zusammenzuarbeiten, weshalb Hilfen nicht immer erst nach einem Hilfeplanverfahren begonnen werden können. Die Familien ziehen sich zurück und verpflichten sich nicht. Deshalb sind Angebote intensiver Hilfen erforderlich, die auch ohne Hilfeplanverfahren begonnen werden, wie dies bei Lichtblick der Fall ist.

Ganz wichtig sind auch Unterscheidungen nach offenen und verbindlichen Angeboten, wobei passgenaue unterschiedliche Angebote konstruiert werden können. Diese Angebote können/müssen in räumlicher Nähe zur Klientel stattfinden. Erfahrungsgemäß dürfen es nicht mehr als 500 m Entfernung zur



Familie sein. Die Kinder, die diese Angebote wahrnehmen sollen, werden bei Bedarf zu Hause „abgeholt“.

Durch eine gute Vernetzung aller im Stadtteil beteiligten sozialen Einrichtungen fallen weniger Familien durch das soziale Netz. Sie werden besser erreicht.

Kritische Anmerkungen von Workshopteilnehmern bezogen sich auf die Konkurrenz der vorgestellten Angebote beispielsweise zu heilpädagogischen Tagesstätten. Eltern nähmen die Angebote ohne Hilfeplan lieber an, weil die Zugangsschwellen niedriger sind. Eine Klärung des Verhältnisses dieser unterschiedlichen Hilfeformen zueinander ist unbedingt erforderlich. Auch müsste die Kommune die Angebote finanzieren, auf Dauer sei eine Finanzierung über Spenden oder aus anderen Eigenmitteln freier Träger nicht möglich.

Gendermainstreaming muss als Strategie stärker als bisher in die Planungen einbezogen werden – was brauchen Mädchen? Was brauchen Jungen? Eine wertschätzende Haltung gegenüber Mädchen und Jungen muss gewährleistet werden.

Veränderungspotenziale

Um eine Nachhaltigkeit der Angebote zu ermöglichen, müssen die Angebote die Selbst-Motivation der Klientel beinhalten, dies gilt für Eltern und Kinder.

Zunächst muss die Versorgung (Mittagessen, Kleidung) der Kinder sichergestellt sein, erst dann kann eine Förderung erfolgreich durchgeführt werden

Die Eltern der kleineren Kinder müssen mit in die Verantwortung genommen werden.

Kinder und Jugendliche sollen zum Lernen befähigt werden, dies gilt sowohl schulisch als auch sozial. Kinder und Jugendliche sollen eine Berufsbefähigung erhalten und erkennen lernen, was notwendig ist für eine Berufsausbildung.

Eine materielle Grundsicherung über Regelsätze nach HARTZ IV funktioniert in diesem Milieu nicht immer ausreichend.

Die angebotenen Hilfen müssen für die Klientel leicht erreichbar sein. Zugangsvoraussetzungen müssen geklärt sein um passgenaue Förderungen zu sichern.

Die Finanzierung muss auch dann sichergestellt sein, wenn die Kommune ihren Anteil aufgrund gesellschaftspolitischer Entwicklungen reduzieren sollte. Planungen sollten diese Unwägbarkeiten einbeziehen. Ein zu hoher Anteil an Mittel, die über Fundraising eingeworben werden, kann jedoch zu einer Instabilität des Angebots mit negativen Folgen für das bisher erreichte führen, weshalb der Anteil an Mitteln aus Fundraising für die Finanzierung dieser notwendigen Angebote nicht beliebig erhöht werden sollte. Nichtsdestotrotz könnten noch mehr Mittel eingeworben werden, wenn die Stadt München, z.B. bei der Suche nach Sponsoren,, und die Eltern bei Fundraisingaktivitäten einbezogen werden würden Dies hätte zudem den Vorteil, dass sich auch Eltern verantwortlich für den Fortbestand der Einrichtung fühlen würden.

Workshop 13: Kinder- und Familienleben in Ramersdorf – Ein trägerübergreifendes Kooperationsprojekt zur Förderung und Unterstützung von benachteiligten Familien mit kleinen Kindern von Geburt an

13 | **Durchgeführt von:**
Barbara Ametsbichler
(Stadtjugendamt, Abteilung
Kindertagesbetreuung)
Karl-Heinz Weyrich
(Sozialbürgerhaus
Ramersdorf/Perlach)

Leitgedanken des Projektes

Die positive Entwicklung von Kindern in unserer Gesellschaft ist geprägt von den verschiedenen Möglichkeiten der Teilhabe der Kinder an Bildung und Förderung. Die Teilhabemöglichkeit hängt vor allem davon ab, in welchen Familiensystemen Kinder aufwachsen und wie dort die Ressourcen und die Ausstattung an Förderung und Bildung vorhanden sind bzw. ermöglicht werden.

In den letzten Jahren ist verstärkt die Tendenz zu beobachten, dass immer mehr Kinder (keine abschließende Aufzählung)

- in Armut aufwachsen
- „nur noch“ Hauptschulabschlüsse oder gar keinen Abschluss schaffen
- aufgrund ihrer als unzureichend eingeschätzten Schulleistungen kaum eine Lehrstelle finden
- die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschen
- Jugendhilfeleistungen beanspruchen
- übergewichtig sind.
- Auch die Familiensysteme dieser Kinder sind durch einen Mangel an Ressourcen und einer Fülle von Problemlagen geprägt, insbesondere sind Folgende zu nennen (keine abschließende Aufzählung): Eltern kommen an ihre Grenzen und sind mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert

- Die Familie lebt in Armut
- Sie ist von Arbeitslosigkeit betroffen
- Soziale Schwierigkeiten zeigen sich in vielfältiger Weise, wie z.B. hohe Schulden, Wohnungsprobleme, chronische Erkrankungen, Sucht
- Eltern haben erhebliche Bildungsdefizite

Familien mit Migrationshintergrund oder -erfahrung, mit kulturellen und sprachlichen Schwierigkeiten leiden unter diesen negativen Entwicklungen im einen besonderen Maß. Viele dieser Familien erleben über Generationen hinweg in soziale Benachteiligung. Die Biografien der Familienmitglieder weisen häufig Brüche auf und sind geprägt von schwierigen Lebensbedingungen. Die Beziehungsstabilität in diesen Familien ist gering, Patchworkfamilien und ein hoher Anteil an Alleinerziehenden sind typisch.

Kinder und Jugendliche kommen in eine benachteiligende und sie ggf. auch gefährdende Situation, wenn sie in Familiensystemen aufwachsen, die wenig Förderung und Bildung ermöglichen (können). Das Aufwachsen in einem Hochrisikofamiliensystem oder einer so genannten Multiproblemfamilie verstärkt die Gefährdungssituation für Kinder und Jugendliche, vor allem jedoch der Kinder im Alter von 0 – 3 Jahren.

All die genannten Faktoren führen zu einer Verschlechterung der Bedingungen des Aufwachsens für Kinder, sie legen deshalb folgende Frage nahe: Wann ist der früheste Zeitpunkt, an dem ein Familiensystem Hilfen zur Bildung und Teilhabe benötigt, damit keine Benachteiligung entsteht und eine „Jugendhilkarriere“ verhindert werden kann, die ansonsten zu intensiven Jugendhilfemaßnahmen führt?



Kinder benötigen Eltern, die sie sicher von Geburt an versorgen, betreuen und fördern. Insbesondere unsichere und benachteiligte Eltern brauchen dazu Unterstützung. Dies kann nur durch ein frühzeitiges Erreichen von Familiensystemen und eine miteinander verzahnte Angebotspalette von Bildungs- und Förderungselementen gelingen.

Das Projekt Kinder- und Familienleben in Ramersdorf-Perlach geht davon aus, dass

- gezielte Bildungsangebote für Eltern in der frühen Familienphase die Eltern-Kind-Bindung stützen
- wesentliche Schutzfaktoren für eine positive kindliche Entwicklung in der Familie durch gezielte Angebote gefördert werden können
- eine erweiterte Mitbestimmung von Familien und stärkeres Einbeziehen für die Weiterentwicklung von Elternkompetenzen förderlich ist.

Eine Verbesserung der Vernetzung aller sozialen, bildungsbezogenen und gesundheitlichen Angebote und Programme im Stadtteil

Ramersdorf-Perlach wird angestrebt, um so Kindern und Familien besser helfen zu können.

Die intensive und begleitete Kooperation sowie der kontinuierliche fachliche Austausch mit allen im Bereich früher Prävention Tätigen, ist ein wichtiges Anliegen des Projektes und wird durch eine neu eingerichtete Koordinationsstelle im regional zuständigen Sozialbürgerhaus sichergestellt. Wesentliche Voraussetzung für ein Gelingen ist auch, dass den in Ramersdorf-Perlach lebenden Familien die bestehenden Angebote bekannt werden. Dies soll durch eine gemeinschaftliche, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit aller Beteiligten sowie den Besuch im Sinne des Lotsendienstes bei allen Familien mit einem neugeborenen Kind im Stadtteil erreicht werden.

Grundsätzlich gibt es im Rahmen der Unterstützungs- und Hilfeangebote für Familien in Ramersdorf-Perlach eine dreigliedrige, aufeinander abgestimmte Vorgehensweise:⁵

1. Das Angebot der Frühen Förderung für alle Familien im Stadtteil
2. Frühe Hilfen für so genannte Risikofamilien
3. Intervention und Krisenbewältigung für Risikofamilien

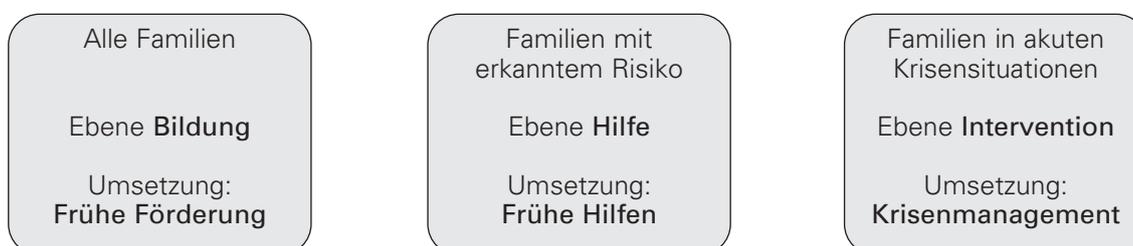


Abb. 1

⁵ Diese dreigliedrige Vorgehensweise ist in einem ausführlichen Konzept näher beschrieben.

Workshop 13: Kinder- und Familienleben in Ramersdorf – Ein trägerübergreifendes Kooperationsprojekt zur Förderung und Unterstützung von benachteiligten Familien mit kleinen Kindern von Geburt an

Das Projekt Kinder- und Familienleben setzt seinen Schwerpunkt in das Modul der Frühen Förderung. Dieser Beitrag enthält deshalb keine weiteren Ausführungen zu den Bereichen Frühe Hilfen und Krisenmanagement. „Frühe Förderung“ unterscheidet sich im Wesentlichen von den beiden anderen Modulen (Frühe Hilfen und Intervention) durch

- den Aspekt der freiwilligen Nutzung des Angebots durch die Eltern
- den Aspekt eines „neutralen“, allen Familien zugänglichen und flächendeckenden Angebotes mit Familien besuchenden Anteilen
- eine kontinuierliche, Begleitung der Kinder und Familien bis maximal zum dritten Lebensjahr des Kindes
- Sicherung und Unterstützung der Familie bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- Vermittlung von Wissen zur kindlichen Entwicklung und zum Bindungsverhalten
- Vermittlung von Bildungs- und Sprachförderangeboten
- gezielte Förderung der individuellen Entwicklung des Kindes
- Beratung in allen Belangen des Familienalltags
- Begleitung und Unterstützung der Familienmitglieder bei Problemen
- Berücksichtigung und Akzeptanz von (kulturellen) Unterschiedlichkeiten
- Schaffung von Übergängen in institutionelle Kindertagesbetreuung
- Verhinderung von Frühen Hilfen und Interventionen

Für den Zugang zu den Familien im Stadtteil Ramersdorf-Perlach im Rahmen der Frühen Förderung finden vorrangig drei Methoden Anwendung

■ Angebot eines Lotsendienstes für Familien

Eine geschulte Fachkraft (Familiengesundheitspflegerin, Kinderkrankenschwester o.ä.) übernimmt die Aufgabe, Familien mit einem neugeborenen Kind im Stadtteil zu besuchen. Sie ist intensiv vernetzt mit den Akteuren der Frühen Förderung und Frühen Hilfen der Region und vermittelt bei Bedarf den Kontakt zwischen diesen und der Familie (zum Profil siehe auch weiter unten)

■ Aufsuchende Arbeit in den Familien

Hier wird im Rahmen von Familien besuchenden Bildungsangeboten präventiv und unterstützend auf die individuelle Lebenslage der einzelnen Familie eingegangen.

■ Regional zentrierte Angebote

Hier stehen die Förderung des Austauschs zu gemeinsamen Themen, die Vernetzung mit Fachkräften und anderen Familien im (Lebens-)Umfeld und das Lernen am Modell anhand von Beispielen vor Ort im Vordergrund.

Derzeit wird im Projekt „Kinder- und Familienleben in München-Ramersdorf“ an folgenden Aufgabenschwerpunkten gearbeitet

1. Die Stabilisierung der bislang entwickelten Plattform für die Koordination und Vernetzung der genannten und bestehenden Dienste im SBH Ramersdorf-Perlach:

Das Sozialbürgerhaus (SBH) arbeitet auf der Grundlage interdisziplinärer Teams und ist mit vielen wichtigen Kooperationspartnern im



Sozialraum vernetzt. Stadtteil- und Gremienarbeit sind deshalb bereits seit langem wichtige Schwerpunkte, ebenso werden im Rahmen der Arbeit im Kinderschutz und in den Erziehungshilfen den Abläufen und der Organisationsstruktur besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Das bedeutet für das Modul der Frühen Förderung, dass es in ein bestehendes System im SBH eingefügt werden kann und keine völlig neuen Strukturen geschaffen werden müssen. Das SBH übt eine Koordinierungsfunktion für alle beteiligten Fachstellen im Sozialraum aus.

2. Der Einsatz einer/s Lotsin/eines Lotsen im Stadtteil Ramersdorf-Perlach als aufsuchendes Angebot für alle Familien mit einem neugeborenen Kind

Die Fachkraft, die zukünftig diese Aufgaben übernehmen soll, informiert Familien insbesondere im Rahmen von Hausbesuchen über die zahlreiche Angebote der Frühen Förderung. Darüber hinaus übernimmt sie im Projektverbund eine Art „Lotsenfunktion“ für die Familien hinsichtlich der vorhandenen Angebote der Frühen Förderung und Familienbildung im Stadtbezirk. Sie unterstützt das frühzeitige Erreichen von Familien, die durch die bisherigen Zugangswege nicht als Risikofamilie erkannt werden.

3. Der Aufbau eines aufsuchenden Programms zur frühen Förderung für junge Familien mit Kindern unter drei Jahren:

Im vorhandenen Angebotsspektrum der Frühen Förderung für Familien mit Kindern unter drei Jahren im Stadtbezirk dominieren die zentral verorteten Angebote der Familienbildung sowie die institutionelle Kindertagesbetreuung in Kinderkrippen oder dem KinderTagesZentrum. Gerade belastete und benachteiligte Familien werden über diese Angebote jedoch nicht oder zumindest sehr schwer erreicht.

4. Der Aufbau so genannter „Verbundinseln“:

Im Rahmen von so genannten „Verbundinseln“ (Kindertageseinrichtungen, Familienzentren, u.a.) soll sozialräumlich verankert ein Netzwerk der Angebote der Frühen Förderung entstehen. Diese Verbundinseln übernehmen die zentrale Koordinierungs- und Steuerungsfunktion vor Ort und sind im Austausch mit den Akteuren des Projektes (z.B. der regional zuständigen Kinderkrankenschwester) und der zuständigen Koordinatorin im SBH. Darüber hinaus stellen diese Verbundinseln in Ramersdorf-Perlach (z.B. die regionalen Kindertageseinrichtungen) den Ausgangsort für den/die Lotsen/Lotsin im Stadtteil.

Im Rahmen der Diskussion der Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer wurde abschließend über den Nutzen eines solchen Projektes für Kinder, Eltern und Kommune diskutiert:

Nutzen für Kinder	Nutzen für Familien	Nutzen für die Kommune
Bildungschancen und Verringerung von Kinderarmut	Verbesserung der Erziehungs- und Bildungskompetenzen, sowie der Lebenssituation und des Wohlbefindens von Familien	Höhere Motivation zur Veränderung von nicht konstruktiven Problembearbeitungsmustern bei Eltern

Workshop 13: Kinder- und Familienleben in Ramersdorf – Ein trägerübergreifendes Kooperationsprojekt zur Förderung und Unterstützung von benachteiligten Familien mit kleinen Kindern von Geburt an

Nutzen für Kinder	Nutzen für Familien	Nutzen für die Kommune
Stärkung der sozialen und kognitive Kompetenzen	Verbesserung der physischen und psychischen Gesundheit	Höheres Engagement von Familien und Stärkung der Eigeninitiative
Verbesserung der Gesundheit und des physischen und psychischen Wohlbefindens	Weniger Stress	Besseres Wissen der Familien um soziale und gesundheitliche Angebote der Kommune und verbesserte Kenntnis sozialer Zusammenhänge
Frühzeitiges Erkennen von speziellen Bedürfnissen und Einleiten von unterstützenden Maßnahmen	Stärkung der "elterlichen Fertigkeiten" und des Vertrauens in die eigenen Fähigkeiten	Weniger Ausgrenzung, Verminderung der Isolation
Verbesserung des Sprach- und Leseniveaus	Erhöhung von Bildungschancen für junge Eltern	Unterstützung der gesellschaftlichen Teilhabe und des interkulturellen Dialogs
	Entgegenwirken des Auseinanderbrechens von Familien/ Zunehmende Einbeziehung der Väter	Verminderung der Notwendigkeit von Sozialleistungen
	Verbesserung der Chancen beim Einstieg oder Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit	
	Verringerung von Verschuldung und Armut	



Workshop 14: Engagement im sozialen Raum – Netzwerke professioneller und bürgerschaftlicher Kooperation als Grundlage einer sozialen Stadtteilentwicklung

14

Durchgeführt von:

Franz Lindinger
(Geschäftsführer
Stadtteilarbeit e.V.)

Der Stadtteil steht insbesondere im Blick, wenn sich die Diskussion um Vernetzung, Netzwerkarbeit, Sozialraumbezug bzw. früher Gemeinwesenarbeit oder Stadtteilarbeit dreht. Alle Begriffe verbinden in ihrem Bedeutungsgehalt sowohl professionelles, sozialarbeiterisches Tun mit ehrenamtlichem bzw. bürgerschaftlichem Engagement. Einen Eindruck zur Entwicklung solcher Art von Aktivitäten bezogen auf einen Stadtteil bietet die Historie des „Verein Stadtteilarbeit“. Er wurde 1984 gegründet und wirkte in diesen mehr als 20 Jahren in Münchner Stadtteil Milbertshofen.

Im Workshop wird von MitarbeiterInnen des Vereins – Regina Vogel, Leiterin des Milbertshofener Kinder- und Jugendlands, Helmut Gmeinwieser, Leiter des Stadtteilzentrum Milbertshofen, und Franz Lindinger, Geschäftsführer, - einerseits zu Geschichte und Struktur des Vereins und andererseits anhand von Beispielen für Netzwerkarbeit und Kooperationen die Entwicklung von Vernetzungslinien und funktionierenden Nachbarschaftsbezügen referiert.

Im Folgenden werden die Inhalte des Powerpoint-Vortrags und Aspekte der dazu geführten Diskussion zusammenfassend kurz vorgestellt.

1 Geschichte und Struktur des Vereins „Stadtteilarbeit e.V.“

Zur Gründung

Die Gründungsinitiative stammt aus den Arbeitsbezügen und -ergebnissen des von

1980 bis 1984 durchgeführten Modellprojekts „Deutsche und Ausländer im Stadtteil – Integration durch den Kindergarten“. Dessen Arbeitsansatz der Stadtteilarbeit wurde durch die Gründung des Vereins „Stadtteilzentrum am Alten St.-Georgs-Platz e.V. für die Regelpraxis institutionalisiert. Flankiert von dem professionellen Netzwerk „Regionaler Arbeitskreis Milbertshofen“ – ein Zusammenschluss von VertreterInnen von Einrichtungen der Kinder-, Jugend-, Sozial- und Kulturarbeit – wurden Arbeitszusammenhänge entwickelt, die die Integration von MigrantInnen in die Versorgungs- und Dienstleistungsangebote der sozialen Infrastruktur des Stadtteils Milbertshofen erleichterten und sozialer Benachteiligung insbesondere von Kindern, Jugendlichen und Frauen mit nicht-deutschem Hintergrund entgegenwirkten.

Die Einrichtungen

Das Besondere am Verein war damals sicherlich die eindeutige Ausrichtung am Arbeitsprinzip der Gemeinwesenarbeit, aber auch die Zusammensetzung der Mitglieder. Sie alle waren juristische Personen, also andere Körperschaften, die sich zu dem Zweck zusammaten, Raum für die o. g. Arbeitszusammenhänge zu schaffen. Die Errichtung des Stadtteilzentrums Milbertshofen war dazu der 1. Schritt. Es folgten die Einrichtungen: „Beratungsdienst Georgenschwaigstraße“ (Erziehungs- und allg. psychologische Beratung in 7 Sprachen der MigrantInnenländer), das Milbertshofener Kinder- und Jugendland (Schwerpunkte: Kinder, Jugendliche, Frauen/Mütter, Nachbarschaft), die Milbertshofener Kindervilla (Kinderkrippe und -garten) und die Beratungsstelle Wohnen (Seniorenarbeit mit den Schwerpunkten Wohnungsanpassung und mobile ambulante geriatrische Reha).

Workshop 14: Engagement im sozialen Raum – Netzwerke professioneller und bürgerschaftlicher Kooperation als Grundlage einer sozialen Stadtteilentwicklung

Die Arbeitshaltung und das Arbeitsprinzip

Die Stadtteilarbeit des Vereins konzentrierte sich zunächst vor allem auf die folgenden Aufgaben: Vernetzung professioneller Kräfte aus verschiedenen Fachbereichen, Einflussnahme auf städtische Planungsprozesse zur Verbesserung sozialer Infrastruktur und Optimierung der vorhandenen Versorgungsstrukturen im Stadtteil. Orientiert an den Ressourcen der Menschen und ihren Bedürfnissen und Interessen richtet sich bis heute die Arbeitshaltung der MitarbeiterInnen des Vereins an dem Prinzip von Empowerment aus. Parallel zur allgemeinen Diskussion der Regionalisierung der sozialen Arbeit in München fanden die Begrifflichkeiten „Beteiligungorientierung“, „Bedarfsorientierung“ und „Effektivierung sozialer Arbeit“ Verwendung in den inhaltlichen Darstellungen der Arbeit des Vereins. Im Verständnis der Vereinsarbeit hat sich durch diese Angleichung an den aktuellen Sprachgebrauch zwar nichts geändert, denn diese Inhalte waren und sind seit Bestehen des Vereins konzeptionelle Prämissen. Allerdings wurde in der Phase der Konsolidierung des kommunalen Haushalts von Seiten der Politik und der öffentlichen Verwaltung die so beschriebene Arbeit in ihrer inhaltlichen Bedeutung dahingehend ausgelegt, dass mit einem Mehr an Beteiligung der Adressaten sozialer Arbeit, mit einer enger gefassten Beschreibung von Bedarfen und mit rationellerem Mitteleinsatz das Weniger an öffentlicher, finanzieller Förderung kompensiert werden könne. Damit wurden Grundsätze unserer Vereinsarbeit nicht unter dem Aspekt der sozialpolitischen Nutzeffekte, sondern in erster Linie unter betriebswirtschaftlichen Überlegungen in der Öffentlichkeit diskutiert.

Die grundsätzliche Arbeitshaltung im Verein vom „für“ zum „mit“ zu kommen, also Beziehungen zu den NutzernInnen der Einrichtung aufzubauen und so zu gestalten, dass sie nicht Abhängigkeit sondern Partner-

schaft widerspiegeln, hat sich erhalten und in vielerlei Hinsicht weiter entwickelt.

Beispiele geben dafür u. a. verschiedene Netzwerke, die sich in Milbertshofen entlang an den Bedürfnissen von StadtteilbewohnerInnen entwickelt und sich als zielgenaue Unterstützungsleistungen für Familien und Alleinstehende etabliert haben. Die größten Chancen mittelfristig am Leben zu bleiben und sich zu verstetigen haben diese Initiativen dann, wenn es für die Beteiligten Projekte mit für sie sinnvollen Zielsetzungen sind, deren Realisierung als machbar eingeschätzt wird und kurzfristig Teilerfolge zu erzielen sind. Als Beispiele werden beim Workshop der 2.-Hand-Laden und der Arbeitskreis Lebensqualität vorgestellt.

Weitere Beispiele für Bürgerschaftliches Engagement und für Beteiligungsprojekte bieten die Einrichtung und Betreibung des Generationengartens und die Gestaltung einer Spielfläche am Anhalter Platz.

2 Beispiele für Netzwerkarbeit und Kooperationen

„kleiner look“ und AK Lebensqualität

Milbertshofen ist u. a. geprägt durch eine hohe Einwohnerdichte, kleinteilige Wohnungen, einen weit überdurchschnittlichen Anteil an MigrantInnen und an Armut, einen hohen Anteil Alleinerziehender, starke Verkehrsbelastung und wenig Grün- und Erholungsflächen sowie eine sehr heterogene Bebauung, gute Verkehrsanbindung zur Innenstadt und gut erreichbare, vielfältige Einkaufsmöglichkeiten. Der überdurchschnittliche Anteil junger Familien macht sich bemerkbar in der hohen Nachfrage nach Krippen-, Kindergarten- und Plätzen in Eltern-Kind-Gruppen.

Der Eltern-Kind-Treff im Milbertshofener Kinder- und Jugendland ist in erster Linie ein Angebot einer weitgehend selbstorganisier-



ten Kindertagesbetreuung für Kleinkinder im Krippenalter aber auch Ort der Kommunikation und Aktivität für deren Mütter und Väter, ein Treffpunkt, eine Drehscheibe der Informationen. Innerhalb dieser Strukturen entwickeln sich je nach Interessens- und Bedürfnislagen der Mütter Initiativen der gegenseitigen Unterstützung. Beispielsweise initiierten Mütter mit hauptamtlicher Unterstützung aus dem Bedürfnis nach preiswerter Kinderkleidung zunächst Bazare und Tauschmärkte, die sich zu einem „2.-Hand-Laden“ weiterentwickeln. Dieser Laden mit dem Namen „**kleiner look**“ dient bis heute unterschiedlichen Zielen. Unter dem Aspekt der sozialen Ökonomie werden Waren preiswert weitergegeben, zur Organisation des Ladenbetriebs individuelle Fähigkeiten eingesetzt und weiterentwickelt, darüber hinaus Beziehungen geknüpft, gegenseitige Hilfeleistungen wie Kinderbetreuung angeboten und wahrgenommen, Informationen ausgetauscht und neue Kontakte aufgebaut.

Der Laden und seine Betriebsführung bieten einen hohen Grad an Identifikationsmöglichkeiten. Ergebnisse werden unmittelbar erzielt, Konflikte müssen zeitnah gelöst werden, um den Betrieb nicht zu gefährden, es braucht gegenseitige Abstimmung im Arbeitseinsatz und Unterstützung bei der Kinderbetreuung, die im Laden selbst organisiert wird. Es gibt eine relativ große Fluktuation bei den Frauen, wenn es um die Mitarbeit geht, jedoch nur eine geringe im allgemeinen Zusammenhalt. So konnte sich mit diesen Aktivitäten rund um den Ladenbetrieb weitere gemeinsame Aktivitäten im Stadtteil entwickeln, die direkt auf die Lebenssituation der Frauen, meist Mütter, Bezug nahmen: Die Umgestaltung eines verwaisten Grundstücks innerhalb dichter Wohnbebauung zu einem Spielplatz, eine Babysitterbörse, Kursangebote „Frauen für Frauen“, Filmabende mit Handy-Erlaubnis (Erreichbarkeit für die Kinder), Aktion gegen Hundekot auf Wiesen und Wegen u. a. m. – dies alles geschah im

Rahmen des „AK Lebensqualität in Milbertshofen“.

In der Zusammenschau all dieser Aktivitäten von Frauen im Stadtteil wurde deutlich erkennbar, dass hier ein Netzwerk mit großen Qualitäten in der gegenseitigen Unterstützung und Nachbarschaftshilfe entstanden war. So konstituierte sich 2005 das „Frauen Netzwerk Milbertshofen“ mit den Zielen: Gemeinsam und aktiv im Stadtteil etwas miteinander zu bewirken, sich gegenseitig zu unterstützen, sich regelmäßig zu treffen und auszutauschen sowie voneinander zu lernen und neue Fähigkeiten zu erwerben. Näheres kann der Website frauennetzwerk-milbertshofen.de entnommen werden.

Der Generationengarten

Ursprünglich als Teil des Kunstprojekts Petuelpark gedacht, der mit seinen Beeten zu besichtigen, aber nicht von der Bevölkerung zu nutzen sein sollte, ist heute der auf einem Stück vorhandener Grün- und Erholungsfläche entstandene Generationengarten ein Ort der Begegnung, Information, Bildung und der gemeinsamen Aktivität von und mit völlig unterschiedlichen Menschen.

Über ein von den MitarbeiterInnen des Verein Stadteilarbeit und der Beratungsstelle für MigrantInnen durchgeführtes Beteiligungsverfahren mit den in unmittelbarer und weiterer Nachbarschaft wohnenden Anrainern konnte den Planern ein großes Interesse der Bevölkerung für eine Gartennutzung signalisiert werden. Die Zielsetzung des Programms „soziale Stadt“, in das der Stadtteil Milbertshofen zu dieser Zeit aufgenommen war, und damit verbunden optionalen Finanzierungsmittel für Investitionen in die Förderung von Projekten zur Aktivierung von Nachbarschaft, trug erheblich zur Veränderung der Planungsabsichten bei. Über eine anwaltschaftliche Vertretung der BürgerInnen-Inte-

Workshop 14: Engagement im sozialen Raum – Netzwerke professioneller und bürgerschaftlicher Kooperation als Grundlage einer sozialen Stadtteilentwicklung

ressen durch die hauptamtlichen MitarbeiterInnen konnten in diversen Planungsrounds die notwendigen Kompromisse zwischen Kunstwerk einerseits und konkreter Nutzung des Gartens mit zugehörigem Pavillon andererseits erreicht werden.

Resultate der vielfältigen Bemühungen sind eine architektonisch ansprechende und markante Gestaltung des Pavillons, die Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern bei der Gestaltung des Gartens konnten weitgehend berücksichtigt werden, die Kosten für den Unterhalt werden über Spendenmittel und einen kleineren Zuschuss der Stadt finanziert, die formale Trägerschaft durch den Verein Stadtteilarbeit mit einer professionellen Kraft unterstützt die NutzerInnen im Alltagsgeschäft. Diese Rahmenbedingungen verhelfen dazu, dass sich die NutzerInnen gemeinsam verantwortlich sehen, Solidarität, Partnerschaft und Eigeninitiative Handlungsrichtlinien sind und das Programm zur Nutzung des Pavillons gemeinsam erarbeitet wird.

Der Generationengarten erfüllt für NutzerInnen und Verantwortliche gleichermaßen die Funktion, Netzwerke knüpfen zu können – einerseits in der unmittelbaren Nachbarschaft aber andererseits auch weit darüber hinaus bis hin zu überregionalen Kontakten, z.B. durch die Arbeitsgemeinschaft der interkulturellen Gärten.

Beteiligungsprojekt „Anhalter Platz“

Ausgangspunkt für das Beteiligungsprojekt am Anhalter Platz waren gleichermaßen die Bemühung von Dienststellen der Stadtverwaltung sowie von vor Ort engagierten Gruppen im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“, den Stadtteil

durch investive wie nicht-investive Maßnahmen aufzuwerten. Ein vernachlässigter, heruntergekommener Spielplatz an einer städtebaulich im Blick stehenden Kreuzung stark frequentierter Verkehrswege bot sich an, im Rahmen eines Projektes mit Beteiligung von NutzerInnen überplant und letztlich neu gestaltet zu werden. Die Funktion der MitarbeiterInnen des Vereins Stadtteilarbeit war mit den Aufgaben definiert: BürgerInnen, insbesondere Kinder und Teenies informieren und auf Mitgestaltungsmöglichkeiten hinweisen, Leute zu Gestaltungswünschen befragen und motivieren, im für sie sehr langwierigen Prozess der Planung dabei zu bleiben und letztlich bei der Gestaltung direkt mitzuwirken. Es wurde von den hauptamtlichen Kräften ein Austauschprozess organisiert, an dem Kinder, Eltern, AnwohnerInnen und PlanerInnen sowie örtliche PolitikerInnen beteiligt waren. Der Prozess wurde via Internet oder direkte Information von Beteiligten dokumentiert und transparent gestaltet. Die Zwischenergebnisse werden veröffentlicht.

Die vielseitigen Bemühungen waren erfolgreich: viele Prozessbeteiligte hielten bis zum Abschluss der Umgestaltung durch. Dieser Abschluss wurde mit einem großen Fest am Platze gefeiert wurde. Einigen der erwachsenen Anwohner dauerten die Abstimmungen zu lange und sie stiegen aus dem Projekt aus. Kinder hielten dagegen wider erwarten sehr gut durch und waren für die einzelnen Beteiligungsworkshops relativ einfach zu gewinnen. Die Einbeziehung bei der Gestaltung des Platzes dadurch, bei der Besprechung der den Bolzplatz auf zwei Seiten begrenzenden Mauer zusammen mit einem bekannten Graffiti-Künstler selbst Hand anlegen zu können, trug zudem einen erheblichen Teil dazu bei, sich mit dem Projekt und letztlich mit dem Platz zu identifizieren.



3 Relevanz der Erfahrungen für die Praxis anderer – Aspekte aus der Diskussion

Aus der nach der Präsentation folgenden Diskussion sind einige Aspekte von besonderer Bedeutung. So bezweifelten einzelne TeilnehmerInnen die Übertragbarkeit des in Milbertshofen erfolgreichen Arbeitsansatzes auf andere Stadtteile insbesondere deshalb, weil sie nicht davon ausgingen, bei den BewohnerInnen die notwendigen Ressourcen zu einem Engagement für stadtteilentwicklungspolitische Ziele akquirieren zu können. Auch das Argument, dass die Erfolge durch Modellprojekte und durch besondere Förderprogramme begünstigt wurden, wurde betont. Eine Teilnehmerin wies darauf hin, dass die heutige soziale Arbeit in den Stadtteilen durch belastende und sehr umfangreiche Fallarbeit geprägt sei und deshalb die Bezirkssozialarbeit nicht wie gewünscht in den Stadtteilen wirken könne. Der Zeitaufwand für einzelne Beteiligungsprozesse, z.B. für Moderation von Veranstaltungen, für aktivierende Befragungen u. ä. sei nicht im notwendigen Maß aufzubringen.

Akzeptiert wurde die Argumentation, dass ein Engagement für die Selbstorganisation von Betroffenen zwar einen erheblichen zeitlichen Aufwand von den Hauptamtlichen abverlange, doch dadurch andererseits auch Entlastungen erreicht werden können, wenn nachbarschaftliche Netzwerke hauptamtliches Tun unterstützen.

Grundsätzlich wurde bezweifelt, dass die heutigen Strukturen der sozialen Arbeit in den Regionen Münchens, den Ansatz von Empowerment und Förderung von Selbstorganisation unterstützen. Arbeitsbelastungen seien ein Faktor dafür, ein anderer die engen finanziellen Ausstattungen, was die häufig anzutreffende fehlende Bereitschaft, über Trägergrenzen hinweg zu kooperieren, erklären könnte. Ein weiteres Handicap für sei der geringe Einfluss auf sozialpolitischen Zusammenhänge und Entscheidungen durch die bestehenden Gremien bzw. über die lokalen Akteure; Identifikation mit der sozialraumorientierten sozialen Arbeit würde damit erschwert.



Workshop 15: Interkulturelle Qualitätsentwicklung in Münchener Sozialregionen

15

Durchgeführt von:

Franziska Szoldatits
(Amt für Wohnen und Migration,
Stelle für interkulturelle Arbeit)
Gülseren Demirel
(Projekt Interkulturelle
Qualitätsentwicklung in
Münchener Sozialregionen)

In diesem Workshop wurde das Projekt „Interkulturelle Qualitätsentwicklung in Münchner Sozialregionen“ (kurz IQE) der Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München, der Beratungsdienste der Arbeiterwohlfahrt gGmbH und der InitiativGruppe - Interkulturelle Bildung und Begegnung e.V. vorgestellt. Es wurde über Chancen und Grenzen interkultureller Öffnung als Instrument zur Sozialraumentwicklung diskutiert.

Die Interkulturelle Orientierung und Öffnung wurde im Integrationskonzept der Landeshauptstadt München als Strategie kommunaler Integrationspolitik in Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteuren innerhalb und außerhalb der Verwaltung formuliert. Das Projekt IQE ist ein kostenloses Angebot der Stadt an freie Träger, sich über den Zeitraum von 3 Jahren beim Prozess der Interkulturellen Orientierung und Öffnung unterstützen zu lassen und gemeinsam mit anderen Einrichtungen an der Erreichung von zu Beginn des Projekts formulierten Zielen zu arbeiten.

Insbesondere die Zuwanderung von Menschen anderer Herkunft bedeutete über die letzten Jahrzehnte hinweg gesamtgesellschaftlich gesehen eine Veränderung durch mehr Vielfalt. Für Einrichtungen ergaben und ergeben sich neue Herausforderungen. Die sozialen Dienste erreichen diese Menschen

häufig nicht, weil unterschiedliche Barrieren den Zugang verhindern oder auch Angebote der Einrichtungen werden nicht von Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen. Das Gebot der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit gibt aber den Anspruch vor, für alle Einwohnerinnen und Einwohner Unterstützung und Hilfe anzubieten. „Interkulturelle Orientierung“⁶ bedeutet, dass Anerkennung, Wertschätzung, Offenheit und Gleichbehandlung die Leitlinien für die Organisation und die in ihr arbeitenden Menschen sind. Es geht darum, innere Einstellungen, also die Haltung zu verändern, mit der Menschen einander begegnen. Eine solche Haltung drückt sich im Leitbild einer Organisation aus, muss sich in den Zielen wieder finden und verpflichtet als Querschnittsaufgabe alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen hierarchischen Ebenen und in allen Bereichen. Interkulturelle Öffnung ist die Umsetzung der Orientierung. Öffnung beinhaltet eine kritische Analyse der bestehenden Strukturen und eine Organisationsentwicklung, die diese Strukturen verändert. Interkulturelle Öffnung ist eine Querschnittsaufgabe und gehört zur Gesamtstrategie einer Einrichtung.⁷

Das Ziel der Interkulturellen Orientierung und Öffnung wird in dem Projekt Interkulturelle Qualitätsentwicklung auf drei Ebenen verfolgt:

- Einrichtungen werden darin unterstützt, sich interkulturell zu orientieren und zu öffnen (Organisationsentwicklung)
- Führungskräfte und MitarbeiterInnen der beteiligten Einrichtungen werden interkulturell qualifiziert und erhalten Fortbildungen im interkulturell orientiertem Qualitätsmanagement (Personalentwicklung)

⁶ Handschuck/Schröer 2002

⁷ In Anlehnung an „Interkulturelle Öffnung – warum eigentlich?“ Veröffentlichung des Projekts LIDIA – interkulturelle Bildung und Bertaug unter Mitwirkung des Instituts Interkulturelle Qualitätsentwicklung.



- Schlüsselprozesse aus dem Qualitätsmanagement der Einrichtungen werden auf interkulturelle Aspekte überprüft (Qualitätsmanagement). Die Öffnung erfolgt aus den Einrichtungen heraus.

Am Projekt können sich derzeit alle sozialen, bildungsbezogenen und gesundheitsbezogenen Einrichtungen beteiligen, die in den Regionen

- Thalkirchen, Obersendling, Forstenried, Fürstenried, Solln (Sozialregion Süd)
 - Sendling, Sendling-Westpark (Sozialregion Sendling/Sendling-Westpark)
 - Altstadt-Lehel, Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt, Maxvorstadt (Sozialregion Mitte)
- tätig sind. Projektzeitraum ist Januar 2008 bis Dezember 2010. Anschließend wandert das Projekt für weitere 3 Jahre in weitere Sozialregionen. In dieser Form findet das Projekt zum 2. Mal statt.

Die Teilnahme am Projekt ist freiwillig. Jede beteiligte Einrichtung formuliert Ziele, die sie in der dreijährigen Projektlaufzeit erreichen will und schließt auf dieser Grundlage eine schriftliche Vereinbarung mit dem Projektteam. Beispiele für Ziele können sein:

- Bildung einer SeniorInnengruppe aus der Türkei
- Sprachförderkurs für Kinder einer Grundschule sowie Vermittlung von Sprachcoaches, die interkulturell fortgebildet sind
- Etablierung eines internationalen Elterncafés mit Infoveranstaltungen vor allem für MigrantInnen
- Durchführung eines Elternabends für Eltern mit Migrationshintergrund
- Überarbeitung des Anamnesebogens in der ambulanten Erziehungshilfe in Hinblick auf interkulturelle Aspekte

Jede beteiligte Einrichtung benennt eine Ansprechperson für das Projekt, die regelmäßig an einem sog. Qualitätszirkel teilnimmt. Das Ziel der Qualitätszirkel ist, dass die TeilnehmerInnen sich bei der Erreichung der

Ziele ihrer Einrichtung fachliche Unterstützung holen. Die Qualitätszirkel werden überwiegend nach regionalen Bezugspunkten mit jeweils ca. sechs bis sieben Einrichtungen gebildet. Der Zirkel setzt sich interdisziplinär zusammen, d.h. aus Einrichtungen verschiedener Fachrichtungen. Sie treffen sich alle vier bis sechs Wochen in jeweils einer anderen Einrichtung. Die Moderation der Zirkel wird von den Mitarbeiterinnen des Projektes Interkulturelle Qualitätsentwicklung übernommen. In der ersten Phase des Projekts ist der Schwerpunkt das Kennenlernen der beteiligten Einrichtungen und der Zielfindungsprozess.

Danach wird an der Realisierung der gesetzten Ziele gearbeitet, indem sich die TeilnehmerInnen gegenseitig kollegial beraten (zu der Methode der „Kollegialen Beratung“ wird ein Fortbildungstag angeboten). Gelungene Praxis wird vorgestellt und über mögliche Arbeitshilfen informiert. In den Zirkeln finden auch fachliche Inputs seitens der Moderatorinnen statt.

Ergänzend zu den Qualitätszirkeln finden folgende Fortbildungen statt:

- Interkulturelle Verständigung (z.B. „interkulturelle Kommunikation“, „Werte und Normen“)
- Qualitätsmanagement (z.B. „Entwicklung interkultureller Fachstandards“, „Methoden aus dem Qualitätsmanagement“)
- Methode „Kollegiale Beratung“
- Methode „NutzerInnenbefragung“ (kultursensible Befragungsmethode)

Am Ende des Projektes erhalten die Einrichtungen ein Zertifikat der Landeshauptstadt München, Stelle für interkulturelle Arbeit, das die erfolgreiche Projektteilnahme bescheinigt. Die jeweiligen Teilnehmenden der Einrichtungen erhalten ein persönliches Zertifikat.

Workshop 15: Interkulturelle Qualitätsentwicklung in Münchener Sozialregionen

Im Anschluss an die Projektvorstellung wurde im Workshop eine Beispielübung aus einer interkulturellen Fortbildung durchgeführt. Die Übung heißt „Nähe und Distanz“⁸ und hat das Ziel, den persönlich als angemessen empfundenen Gesprächsabstand zu reflektieren. Es soll die Bedeutung von unterschiedlichen Gesprächsdistanzen in der interkulturellen Kommunikation bewusst gemacht werden. Dadurch wird Empathie für Gefühle von Bedrängung oder „Verlorenheit“ bei nicht stimmigen Gesprächsabständen entwickelt.

Im Anschluss an die Übung wurden Chancen und Grenzen des Projektes als ein Ansatz der Sozialraumentwicklung in Kleingruppen diskutiert.



Im Bereich der Grenzen wurden folgende Fragen bzw. Themen aufgeworfen:

- Was geschieht nach dem Projekt?
Wie wird die Nachhaltigkeit gesichert?
- Was sagen die NutzerInnen?
- Aushandeln verlangsamt auch Prozesse.

Als Chancen wurden benannt:

- Sensibilisierung für interkulturelles Arbeiten in der Region
- Erarbeitung konkreten Wissens über die Zielgruppe, um diese besser einbeziehen zu können
- Erweiterung der Perspektivenvielfalt (z.B. in Hinblick auf Kooperationen mit Einrichtungen, die man bisher nicht im Blick hatte)
- Das Wissen und die Struktur des Projekts ermöglichen ein gegenseitiges Aushandeln.

Zusammengefasst ergibt sich im Projekt folgender Bezug zur Sozialraumorientierung:

- Das Projekt ermöglicht und fördert einrichtungs- und bereichsübergreifende, kooperative Strukturen
- Das Projekt ist regional orientiert
- Es werden integrierte, vielfältige Methoden angewandt
- Die Zielgruppe wird einbezogen
- Die Motivation der Profis wird u. a. durch Kompetenzerweiterung und durch Erweiterung der Perspektivenvielfalt gesteigert.

⁸ In Anlehnung an die Übung „Achtung, Abstand halten!“ aus: Handschuck, Klawe: *Interkulturelle Verständigung in der Sozialen Arbeit*.



Workshop 16: Zwischen allen Stühlen? Junge Erwachsene im Spannungsfeld von Jugendhilfe, Wohnungslosehilfe und Harz IV

16

Durchgeführt von:
Gertrud Schwan
(Sozialdienst Katholischer
Frauen e. V.)
Renate Frey
(Evangelisches Hilfswerk
München)

Der Workshop befasste sich mit der Situation junger volljähriger Männer und Frauen zwischen dem 18. und 27. Lebensjahr, die aus den unterschiedlichsten Gründen von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Die unter-25-Jährigen sind deutlich in der Mehrheit und die jungen Menschen, die in einer betreuten Wohnform der Jugendhilfe leben, sind fast ausschließlich zwischen 18 und 21 Jahre alt. Eine Hilfe in betreuten Wohnformen über das 21. Lebensjahr hinaus wird nur noch in sehr wenigen Fällen gewährt, obwohl sich das SGB VIII an junge Menschen bis zu einem Alter von 27 Jahren richtet. Junge volljährige und wohnungslose Frauen und Männer befinden sich im besonderen Maß „zwischen allen Stühlen“, es könnten Hilfen nach verschiedenen gesetzlichen Regelungen (SGB VIII, SGB XII und SGB II, und in vielen Fällen kommen noch weitere Vorschriften hinzu, z. B. das SGB III) greifen, dies führt häufig jedoch zu einer Konkurrenz um Nicht-Zuständigkeit und nicht zu planvollen und koordinierten Hilfen.

In diesem Workshop wurde die besondere Situation der jungen Volljährigen dargestellt und erarbeitet, wo die jeweiligen Unterstützungsbedarfe liegen, wie die Strukturen der Leistungsanbieter und der Leistungserbringer aussehen. Es wurde auch diskutiert, ob die vorhandene Angebotsstruktur und die bisherigen Kooperationsformen zwischen der Wohnungslosehilfe und der Jugendhilfe förderlich sind, verändert oder ergänzt werden müssten.

Workshopergebnisse

Für wohnungslose junge Volljährige, die in ihrer schwierigen Lebenssituation Hilfe benötigen, sind u. U. unterschiedliche gesetzliche Vorschriften relevant. In der Praxis führt dies zu Unklarheit und daraus folgend oft zu Zuständigkeitsdiskussionen zwischen den Leistungsträgern. Hierdurch wird der Hilfebeginn verzögert. Die jungen Frauen und Männer, die die Einrichtungen und Dienste der Wohnungslosehilfe aufsuchen, verfügen in ihrer Notlage meist nicht über eine ausreichende Motivation und die Zeit, langwierige Entscheidungsprozesse durchzustehen, auch mangelt es ihnen an Ressourcen, um die Klärung der Zuständigkeit abzuwarten: Sie stehen buchstäblich auf der Straße, leben in äußerst prekären, zum Teil auch gewaltgeprägten Lebensverhältnissen. oder sind gerade aus der Haft entlassen. Es fehlt eine grundlegende Existenzsicherung, zudem besteht ein hohes Risiko, dass sich der Gesundheitszustand oder auch psychische Probleme weiter verschlechtern.

Die Angebotsstruktur der Hilfen für junge volljährige Menschen ist sehr vielfältig. Diese Vielfältigkeit birgt auch die Gefahr der Unübersichtlichkeit und kann die Suche nach der richtigen Unterstützungsform erschweren. Diese Unübersichtlichkeit spiegelt sich auch in den unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen (Jugendhilfe, Sozialhilfe) zu den Hilfeangeboten. Als sehr schwierig und mitunter den Hilfebeginn verzögernd erweisen sich die unklaren Zuständigkeiten. Zudem werden die Anträge für gesetzliche Leistungen von den Hilfesuchenden als zu bürokratisch und zu komplex empfunden, sie sind von der Lebenswelt der jungen Volljährigen zu weit entfernt.

Es fehlen Datengrundlagen, um die Gruppe derer, die durch die Hilfssysteme fallen und

Workshop 16: Zwischen allen Stühlen? Junge Erwachsene im Spannungsfeld von Jugendhilfe, Wohnungslosehilfe und Harz IV

bei denen der Übergang von einem System zum anderen nicht funktioniert, genauer beschreiben zu können. D. h., es fehlen Daten, die zum einen den Anteil der jungen Volljährigen an den verschiedenen Leistungen (SGB II und XII, SGB VIII) aufzeigen, als auch Daten über die tatsächliche Anzahl wohnungsloser junger Volljähriger und über ihren prozentualen Anteil an der Gesamtzahl wohnungsloser Menschen.

Veränderungspotenziale

Den größten Veränderungsbedarf sahen die TeilnehmerInnen des Workshops in einer verbesserten Kooperation und Kommunika-

tion aller Akteure, sowohl zwischen den Leistungsträgern untereinander, als auch zwischen Leistungsträgern und Leistungsanbietern und ebenso zwischen den Anbietern selbst.

Die Verbesserung der Kommunikation und Kooperation muss sich auf alle Phasen des Hilfeprozesses beziehen und sich von Hilfebeginn (z. B. im Vorfeld einer Aufnahme) bis Hilfeende (z. B. Gestaltung des Übergangs von einer stationären Hilfe in eine eigene Wohnung) erstrecken.

Eine gesicherte Datengrundlage wird als Voraussetzung zur weiteren Planung, Steuerung und Erhebung des Hilfebedarfs und Hilfeangebotes gesehen.



Workshop 17:

Kinder- und Jugendarbeit: von der Sozialraumorientierung zur Gemeinwesenorientierung?

Anstößiges zum Profil der Jugendarbeit im Gemeinwesen

17

Durchgeführt von:

Winfried Pletzer
(Bayerischer Jugendring)

1 Die Erosion der klassischen Jugendarbeit

Vor nunmehr 40 Jahren erschienen mit der Textsammlung „Was ist Jugendarbeit?“ vier „Versuche zu einer Theorie“ der Jugendarbeit, die seither als klassische Beschreibungsmuster einer klassischen Theorie der Jugendarbeit gelten. Es handelte sich dabei nicht zuletzt auch um einen Aufruf an die Jugendarbeit, sich aus der Umklammerung tradierter Formen, der bis dahin üblichen „Verwahrungs- und Behütungspädagogik zu lösen, um ein eigenständiges, an den Bedürfnissen der Jugendlichen aufbauendes Profil zu etablieren. Die Begriffe Selbstbestimmung, Selbstorganisation, Freiwilligkeit, Bedürfnisorientierung wurden zu theoretischen Grundpfeilern einer, ab Ende der 60er Jahre rasant wachsenden professionellen, ausdifferenzierten, und zunehmend auch kommunalisierten Jugendarbeit. Diese, in den 60-er und 70-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts unternommenen „Versuche zu einer Theorie der Jugendarbeit“, haben einen guten Dienst erfüllt. Nicht zuletzt finden sich die Prämissen der damals formulierten Theorien zu „Eigeninitiative, Interessensorientierung, Mitbestimmung und Selbstbestimmung“ als definitorischer Grundpfeiler der Jugendarbeit im § 11 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Generationen von Jugendarbeitern haben sich damit identifiziert, sie stellen die Grundwerte der kommunalen Jugendarbeit dar und wurden in vielen Konzepten tausendfach aufgegriffen.

Mit diesen klassischen Prämissen und Werten war die Jugendarbeit, trotz immer wieder

kolportierter Krisenszenarios, bis in die 2. Hälfte der 90er Jahre, ein erfolgreiches Zuwachsmo- dell in der Leistungspalette der Jugendhilfe. Durch die gesetzlichen Vorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist das Arbeitsfeld breit legitimiert und anerkannt und die Offene Kinder- und Jugendarbeit hat sich zu einem der dynamischsten Arbeitsfelder der sozialen Arbeit entwickelt.

Jedoch, 40 Jahre nach Entstehung dieser Grundtheorien scheint die mittlerweile stark professionalisierte und kommunalisierte Jugendarbeit in die „Jahre gekommen“ zu sein. Die strukturellen, legitimatorischen – auch theoretischen Grundlagen der Jugendarbeit scheinen erneuerungsbedürftig zu werden: Vor allem in Zeiten des Finanzierungsnotstandes der öffentlichen Haushalte sieht sich die Jugendarbeit immer wieder neuen, zusätzlichen Legitimationsanfragen ausgesetzt. Hohe Ansprüche, Erwartungen und damit verbundene Zusagen, mit denen die Schaffung von neuen Einrichtungen und Diensten der Jugendarbeit legitimiert werden sollte, werden von der Öffentlichkeit als nur zum Teil bzw. als nicht erfüllt bewertet. Die „Legitimationsfalle“ ist zugeschnappt!

Zumal auch offensichtlich der Großteil der jungen Menschen heute die Wünsche nach Selbstorganisation, zwanglosem Zusammen- sein, Kommunikation mit Gleichgesinnten überall anders – und dort besser – als im kommunalen Jugendhaus verwirklichen kann. Und dies selbst organisiert, ohne Beaufsichtigung durch pädagogisches Fachpersonal! So kommt es, dass die „Jugendarbeit“ mit Zielgruppen von Jugendlichen zusammen zu arbeiten hat, mit denen es immer schwieriger wird, ihre klassischen Ziele zu erreichen. Statt Freiwilligkeit und Selbstorganisation ist oftmals Krisenintervention, Beratung, Begleitung – also Sozialarbeit gefragt.

Workshop 17: Kinder- und Jugendarbeit: von der Sozialraum- orientierung zur Gemeinwesenorientierung? Anstößiges zum Profil der Jugendarbeit im Gemeinwesen

Deshalb sehen sich die Kommunen, als Leistungsverpflichtete für die Jugendhilfe, neben den allgemein fördernden Bildungs- und Freizeitangeboten der Jugendarbeit (Grundförderung der Jugendorganisation, Räume und Maßnahmenförderung) zunehmend auch veranlasst, innerhalb der Einrichtungen der Jugendarbeit konkrete sozialpädagogische Hilfen der Lebens- und Problembewältigung bereit zu stellen. Hier verknüpfen sich die Aufgaben der Kinder- und Jugendarbeit klassischerweise mit denen der Jugendsozialarbeit.

Diesen Anforderungen wird die Jugendarbeit derzeit durch eine Erweiterung, Spezialisierung und Ausdifferenzierung Ihrer Aufgaben gerecht. Das aktuelle Profil der Jugendarbeit entwickelt sich hin zur Jugendsozialarbeit und zunehmend weiter zur Sozialarbeit. Längst hat sich die Jugendarbeit mit ihrer Ausdifferenzierung, über ihre eigenen engen Grenzen hinaus erweitert. Im Rahmen einer zunehmenden Gemeinwesen- und Sozialraumorientierung hat sich insbesondere die Offene Kinder- und Jugendarbeit mit mobilen Methoden sozusagen „auf den Weg gemacht“ und erfüllt zusammenhängende Aufgaben der § 11, § 13 sowie § 14 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes offensiv innerhalb der gesamten Infrastruktur des

Gemeinwesens. Längst lässt sich die Grenze zwischen Angeboten der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit oder anderen Betreuungsangeboten nicht mehr exakt ermitteln. Die unterschiedlichen Bewertungen der Arbeitsansätze Mobile Jugendarbeit, aufsuchende Jugendarbeit, Streetwork und deren unterschiedliche Einordnung in die (Förderstrukturen) der Jugendhilfe mögen ein Beispiel hierfür sein⁹.

Nicht zuletzt als Konsequenz der praktischen Umsetzung eines sozialräumlich orientierten Arbeitsansatzes definieren viele Jugendarbeiter logischerweise das Jugendhaus als nur noch einen möglichen Ort der Jugendarbeit unter anderen möglichen Orten. Mit dem Einzug mobiler Arbeitsansätze wird das „Gemeinwesen“ im Stadtteil und in der Stadt zum Mittelpunkt der Jugendarbeit. Der oftmals kommunale Auftrag der Krisenintervention und Kriminalprävention verändert zusätzlich das Profil dieser „Jugend - Sozial - Arbeit und unterhöhlt deren klassische Identität¹⁰.

Diese, in der kommunalen Praxis immer häufiger festzustellende schleichende Deformation des klassischen Ansatzes von Jugendarbeit, ist für deren eigenständige Theorie schmerzhaft. Zu stark wirken die Kräfte einer

⁹ „Streetwork und Mobile Jugendarbeit bezeichnen Methoden und Arbeitsbereiche, die in den letzten Jahren zum Teil in bewusster Abgrenzung zur Arbeit in Jugendeinrichtungen entstanden sind, als Arbeit mit „schwierigen“ Problemgruppen, die von den Angeboten der Jugendarbeit nicht erreicht oder sogar ausgegrenzt werden, als Arbeit mit spezifischen jugendlichen Szenen, die auch ortsbunden sein können (z.B. in Bahnhofsnähe). Es gibt Verbindungen zur Jugendberatung, zur Drogenarbeit, aber auch Konzepte Mobiler Jugendarbeit die freizeitorientiert sind und wenig mit der Arbeit mit Problemgruppen zu tun haben. Das Durcheinander von Begriffen und konzeptionellen Diskussionen wird durch die unterschiedlichen jugendpolitischen Rahmenbedingungen noch verstärkt: So wird der Begriff „Offene Jugendarbeit“ zumindest in Nordrhein-Westfalen doppeldeutig benutzt, als Bezeichnung einer einrichtungsbezogenen Jugendarbeit (z.B. Haus der Offenen Tür als Einrichtungstyp) und als jugendpolitischer Begriff (im Landesjugendplan) für die Formen von Jugendarbeit, die traditionell über die klassischen Ansätze der Jugendverbandsarbeit hinausgehen. In Nordrhein-Westfalen werden Streetwork und mobile Jugendarbeit unter dem Begriff der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Landesjugendplan subsumiert. In Baden-Württemberg ist dies auf Landesebene ein eigenständiger Arbeits- und Förderbereich.“ Deinet Ulrich in: Bayerischer Jugendring, Offene Jugendarbeit und Mobile Jugendarbeit; München 1998

¹⁰ Ausdruck dieses Arbeitsstils ist das Berufsprofil des „Gemeinde-/Stadtjugendpflegers. Gemeindejugendpfleger definieren sich, als zuständig für die gesamte Infrastruktur der Jugendarbeit im Stadtgebiet. Oftmals leisten sie aber auch Jugendgerichtshilfe, soziale Beratung, Streetwork, schulbezogene Jugend(sozial)arbeit, sind zuständig für Horte, alle kinder- und jugendbezogenen Fragen im Gemeinwesen. Siehe dazu auch Bayerischer Jugendring: Die Gemeindejugendpfleger, München 1996.



vermeintlichen „sozialpolitischen Inpflichtnahme“ auf die Jugendarbeit. Insbesondere in den professionalisierten Bereichen, so ist zu vermuten, werden auch in Zukunft die klassischen Methoden und Arbeitsweisen der Jugendarbeit durch weitere Aufgaben innerhalb der Palette gemeinwesenorientierter Sozialarbeit zumindest ergänzt werden.

2 Vom Sozialraum zum Gemeinwesen: Skizzen zu einer Kultivierung des gemeinwesenorientierten Verständnisses von Jugendarbeit

Dem wachsenden Legitimationsdruck müssen vor Ort offensive konzeptionelle Antworten entgegengestellt werden. Dabei wird es von wesentlicher Bedeutung sein, den Gebrauchswert der Jugendarbeit für das Gemeinwesen zu erhöhen, d.h. neben der Akzeptanz der Jugendlichen auch die Zustimmung der Nachbarschaft im Stadtviertel, der Politiker und der Gesellschaft für die Jugendarbeit zu erhöhen. Die Angebote der Jugendarbeit müssen als ein notwendiger integraler Bestandteil der Infrastruktur von sozialen Einrichtungen des örtlichen Gemeinwesens anerkannt bleiben. Dazu ist eine enge Anbindung der Jugendarbeit an die soziale Arbeit im Gemeinwesen, d.h. an die Gemeinwesenarbeit unabdingbar. Nicht zuletzt auch der § 11 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes spricht von der „gemeinwesenorientierten Jugendarbeit“, neben „für Mitglieder bestimmte Angebote“ und der „offenen Jugendarbeit“ als einem „3. Standbein“ der Jugendarbeit.

In ihrem Einzugsbereich hat sich die Jugendarbeit, ebenso wie die Gemeinwesenarbeit, für eine Verbesserung der Situation von jungen Menschen einzusetzen. Dies tut sie durch die Übernahme von Lobbyfunktionen für Kinder und Jugendliche, durch ihre Einbeziehung in Prozesse der Stadtteilentwicklung

(Planung und Ausbau von Spielplätzen, Grünflächen, Nahverkehr etc.), durch Beteiligung an relevanten Stadtteilgremien (als Podium politischer Teilhabe und Mitbestimmung), durch Kooperation/Vernetzung von und mit Institutionen, Organisationen und Verbänden und insbesondere dadurch, dass sie junge Menschen in die Lage versetzt und sie dazu qualifiziert, ihre Anliegen zu artikulieren, zu vertreten und durchzusetzen („Empowerment“).

Zwar hat die Kinder- und Jugendarbeit seit Mitte der 80iger Jahre die Wichtigkeit der „Aneignung“ von Sozialräumen aufgegriffen. Trotzdem handelte sich die Jugendarbeit jedoch auch „Separationsräume“ und das vielbeklagte Dilemma der „Verinselungen“ von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit ein. Spielplätze, Jugendhäuser, Jugendbildungsstätten, Jugendgruppenräume, Mädchenräume, Jungenräume, usw. sind Elemente dieser Verinselung von Kinder- und Jugendarbeit. Oftmals sind die „Räume“ der Jugendarbeit nicht „soziale Gemeinschaftsräume innerhalb des Gemeinwesens“, sondern altersspezifische Spezialorte für Kinder und Jugendliche. In der Tat, die von der Jugendarbeit zur Verfügung gestellten Räume für „sozialräumliches Lernen, für Aneignungsprozesse“ sind oftmals funktionsgebundene, von der sonstigen Erwachsenen- und damit Lebenswelt getrennte Spezialräume. (Und selbst diese sind organisiert, verrechtlicht, kontrolliert und überpädagogisiert.) Trotz ihres sozialräumlichen Verständnisses hat es die Kinder- und Jugendarbeit nicht geschafft, sich aus diesen „pädagogischen Provinzen“ zu befreien.

Die Forderungen nach Gemeinwesenorientierung, Alltagswelt-Bezug und sozialräumlichem Realismus in der Jugendarbeit ernst zu nehmen, bedeutet also, Abschied zu nehmen von Separierungen von Kindern und Jugendlichen in eigens für sie geschaffene Schutz- und Schonräume. Es heißt Abschied zu neh-

Workshop 17: Kinder- und Jugendarbeit: von der Sozialraum- orientierung zur Gemeinwesenorientierung? Anstößiges zum Profil der Jugendarbeit im Gemeinwesen

men von „sozialen Räumen“ speziell für Kinder und Jugendliche¹¹. Wenn die Trennungen von privaten und öffentlichen Räumen erodieren, müssen sich auch die Differenzen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen (Generationengrenzen) verflüchtigen, denn Kinder sind nicht nur Kinder und Jugendliche, sie sind immer auch junge Menschen. Sie sind genauso wie Erwachsene, privilegiert oder marginalisiert. Sie sind genau wie ihre erwachsenen Mitbürger/innen, Stadt- oder Landbewohner/innen. Sie sind letztendlich Mitbewohner/innen des sozialen Lebensraumes. Damit können sie nicht wegdiffenziert oder in ihnen zugewiesene Räume aussepariert werden¹².

Eine Pädagogik mit sozialräumlichem Verständnis muss deshalb konsequent in Richtung gemeinwesenorientierte Jugendarbeit weiterentwickelt, bzw. zu Ende gedacht werden. Es geht nicht nur um eine Arbeit in einem „Spezial-Sozialraum“ für Kinder und Jugendliche, sondern es geht um die Kultivierung, möglicherweise um die Eroberung des „sozialen Lebensraumes für Kinder und Jugendliche innerhalb des Gemeinwesens.“ Jugendarbeit ist nicht nur Arbeit mit den Jugendlichen als Teilmenge des Gemeinwesens. Jugendarbeit entwickelt sich, aufgrund dieser Vorgaben hin zur Gemeinwesenarbeit. Sie wird zur gemeinwesenorientierten Kinder- und Jugendarbeit.

Die Anleihen, die Jugendarbeit in diesem Fall bei Theorie, Verständnis, Arbeitsansätzen und Methoden der Gemeinwesenarbeit zu nehmen hat, sind evident. Ein solches Verständnis von gemeinwesenorientierter Jugendarbeit mit jungen Menschen würde allerdings wohl mehr beinhalten, als sie eine

nur puristisch verstandene Theorie der klassischen Jugendarbeit bereitstellt.

3 Fragen zu einer extensiven Praxis von Jugendarbeit

Wie oben dargestellt, geht es um eine Befreiung der Jugendarbeit aus ihrer „Insel-lage“ heraus, um eine Befreiung aus einer selbst-kultivierten „pädagogischen Provinz“ der Theorie und Praxis von Jugendarbeit. Die Kinder- und Jugendarbeit hat sich wesentlich stärker als bisher als Teil des gesamten Gemeinwesens zu definieren. Dies bedeutet, dass die Anbieter der Jugendarbeit einen spezifischen Versorgungsauftrag im Rahmen eines Stadtteils bzw. einer Gemeinde akzeptiert. Die Angebote und Konzeptionen der professionalisierten Jugendarbeit müssen zukünftig nicht nur Antworten auf die Lebenslagen der Jugendlichen vor Ort geben, sondern auch die örtlich-strukturelle Versorgungssituation des gesamten Gemeinwesens mit berücksichtigen.

Kann eine solchermaßen extensiv verstandene Jugendarbeit dann auf die ausschließliche Arbeit mit jungen Menschen eingegrenzt werden? Sind nicht Angebote von zusätzlichen Serviceleistungen für weitere Interessensgruppen und/oder (zumindest) die Öffnung und Erweiterung der Arbeit zu anderen Einrichtungen und Organisationen des Gemeinwesens hin, die logische und notwendige Konsequenz? Öffnen sich für die Sozialarbeiter, Sozialpädagogen in der Arbeit mit Jugendlichen im Gemeinwesen nicht weitere Aufgaben, z.B. die der Prävention, der Familienbildung oder dem Stadtteilmanagement? Würde aus dem Team Jugendarbeit

¹¹ Damit stünde auch der Abschied von einem klassischen Kindheits- und Jugendmodell (Integration durch Separation) an. Es müsste ernsthaft diskutiert werden, ob das klassische Ideal von „Schutz- und Vorbereitungsraum“ als Lernfeld für gesellschaftliche Teilhabe unter der Prämisse einer konsequent zu Ende gedachten sozial-räumlichen Theorie noch Gültigkeit hat.

¹² vgl. Hafeneeger, Benno: Soziale Lebensräume für Kinder und Jugendliche in *Unsere Jugend* 1/99



nicht das Team Stadtteilarbeit werden? Würden für die Mitarbeiter/innen dabei nicht weitere Qualifikationen relevant sein: sozialplanerische Kompetenzen, das Wissen um kommunalrechtliche Zusammenhänge, Methoden der Gemeinwesenarbeit, Formen der Mediation innerhalb des Gemeinwesens?

Insbesondere kommunale Mitarbeiter/innen der Jugendarbeit sollten selbstbewusst begreifen: Sie haben eine, aus ihrer jugendpflegerischen Aufgabe resultierende Verantwortung, auch für die Gestaltung der sozialen Infrastruktur innerhalb ihres Stadtteils, innerhalb ihrer Gemeinde¹³. Die Umsetzung dieser Anforderungen bedeutet für die Mitarbeiter/innen keinen Verlust an jugendpflegerischer Fachlichkeit, sondern eine Ergänzung und Weiterentwicklung ihrer jugendarbeiterischen Profession. Es geht um eine Fachlichkeit, die sich nicht nur in der Leitung einer Einrichtung der Jugendarbeit, der Aufrechterhaltung des Betriebs einer Jugendfreizeitstätte erschöpft, sondern die statt dessen ihre Untermauerung in der offensiven Aufgabenwahrnehmung im Sinne einer Verantwortung, sowohl für die Infrastruktur der Jugendarbeit, als auch des Gemeinwesens findet.

Dort, wo diese Öffnung der Jugendarbeit in - und für das Gemeinwesen nicht gelingt, wird sie, so zeigen es viele Erfahrungen, mit immer stärker werdenden Legitimationsproblemen und Argumentationsnöten zu kämpfen haben.

Wohl denjenigen Anstellungsträgern und Kommunen, die ein solch umfassendes Verständnis von gemeinwesenorientierter Jugendarbeit ermöglichen.



¹³ Nicht zuletzt sprechen die Kommentare zu § 1 Abs. 3 Satz 4 von einem „Einmischungsauftrag“ der Jugendhilfe. Zu erinnern sei auch an die, nach wie vor aktuelle und hitzig geführte Debatte zum politischen Mandat der Jugendhilfe.

Workshop 18: Arm, aber nicht außen vor. Ergebnisse und Erfahrungen aus einer Veranstaltungsreihe in 2007

18 | **Durchgeführt von:**
Karin Majewski
(REGSAM – Regionalisierung
sozialer Arbeit in München)
Grit Schneider
(REGSAM – Regionalisierung
sozialer Arbeit in München)

Die steigende Armut und das Auseinanderdriften der Gesellschaft stellen in den REGSAM (regionale Netzwerke für soziale Arbeit)¹⁴ Regionen immer neue Anforderungen an die Fachbasis aller Träger. Daher kam aus vielen Stadtbezirken die Anfrage an REGSAM, eine Fachtagung zu diesem Thema zu organisieren. REGSAM holte zu diesem Zweck relevante Träger an einen Tisch. Dabei waren die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, das Sozialreferat der Landeshauptstadt München, der Münchner Trichter und der Kreisjugendring München-Stadt. Schnell wurde klar, dass man der Fülle der Fragestellungen und Themen nicht in einer eintägigen Fachtagung ausreichend diskutieren können. Die Veranstaltungsreihe „Arm aber nicht außen vor“ war geboren. In dem Workshop sollen die Ergebnisse diskutiert werden, die aus dieser Veranstaltungsreihe gewonnen wurden.

Die Ziele der Veranstaltungsreihe „Arm aber nicht außen vor“ waren es erstens am Beispiel einzelner REGSAM-Regionen eine Bestandsaufnahme und Analyse der Armutssituation durchzuführen und so aufzuzeigen, wie es für ganz München möglich wäre. Zweitens sollte die Fachwelt für das Thema Armut sensibilisiert und qualifiziert werden. Drittens sollten politische Forderungen erarbeitet werden. Und viertens war es das Ziel Projekte zu entwickeln und neue bzw. scheinbar neue Anforderungen an die Soziale Arbeit herauszuarbeiten.

Die Veranstaltungsreihe bestand aus sechs Fachtagen, Die Themen dieser Fachtage waren:

- Armut und Empowerment
- Armut im Alter
- Frauen gehen neue Wege aus der Armut
- Armut und Migration
- Armut bei Kindern und Jugendlichen
- Armut – Perspektiven und Verantwortung

Die Auftaktveranstaltung stand unter der Überschrift Armut und Empowerment. Ziel ist der Diskurs über die Chancen und die Grenzen von Selbsthilfe, Eigeninitiative und Bürgerschaftlichem Engagement bei der Armutsbewältigung. Nach den Eingangserferaten des Sozialreferats und der Caritas, leitete *nea, das Netzwerk erwerbssuchender Akademiker sehr anschaulich ins Thema ein. Anschließend wurde ein World Cafe durchgeführt. Die Ergebnisse dieser ExpertInnenrunden können in der Dokumentation zur „Auftaktveranstaltung am 26.09.2007 **Ergebnisse des World Cafe**“ nachgelesen werden (zu finden unter downloads auf der Internetseite www.regsam.net).

Die folgenden vier Fachtage wurden in verschiedenen Stadtteilen Münchens mit einem jeweils ausgeprägten regionalen Bezug durchgeführt.

Der Fachtag „Armut im Alter“ fand am 09.10. 2007 in Moosach statt. Am Beispiel Moosach wurden die verschiedenen Aspekte von Armut im Alter dargestellt und die Auswirkungen auf das Gemeinwesen aufgezeigt. Daraus wurden Konsequenzen, Forderungen und Perspektiven für die soziale Arbeit aufgezeigt. Insbesondere die Notwendigkeit von niedrigschwelligen Angeboten und aufsuchenden Hilfen für SeniorInnen, die alleine in ihren Wohnungen leben, wurde heraus-

¹⁴ Siehe auch www.regsam.net



gearbeitet. Es wurde deutlich, dass ältere Menschen bei der Bewältigung der stetig ansteigenden bürokratischen Anforderungen immer mehr professionelle Hilfen brauchen. Aus dem Fachtag entstand eine Projektgemeinschaft aus Diakonischem Werk, dem Sozialbürgerhaus Neuhausen/Moosach und der REGSAM- Moderation, die den Ausbau von ehrenamtlichen nachbarschaftlichen Hilfen für alleinlebende SeniorInnen konzipieren und umsetzen wird.

Mit „Frauen gehen neue Wege aus der Armut“ war der Fachtag in Sendling/Sendling-Westpark am 08.11.2007 überschrieben. Frauen sind in besonderem Maße von Armut betroffen – sie werden am Arbeitsmarkt in besonderer Weise benachteiligt, sie erhalten eine geringere Entlohnung und arbeiten überwiegend in Teilzeit. Sie tragen die Hauptlast bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit sowie für das alltägliche Überleben mit wenig Geld. Es wurden notwendige politische und strukturelle Veränderungen aufgezeigt und konkrete Projekte und Handlungsansätze entwickelt, die Frauen Wege aus der Armut ermöglichen. Beispielsweise wurde gefordert das Projekt „Teilzeitlehrstellen für junge Mütter“ auch in München zu starten. Auf der Abschlussveranstaltung konnte Frau Simeth, die stellvertretende Sozialreferentin, als Patin für das Projekt Teilzeitlehrstellen gewonnen werden. ,
Eine weitere Forderung richtet sich darauf, Ganztageschulen und Gesamtschulen flächendeckend einzuführen, damit allein erziehende Frauen Beruf und Familie verbinden können.

Am 14.11.2007 fand in München Mitte der Fachtag „Armut und Migration“ statt. Der Zusammenhang zwischen Migration und Armut wurde an den Themen Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit, Prostitution und Verschuldung sowie den Lebensbedingungen für Flüchtlinge aufgezeigt. Innovative Ideen und Problemlösungen wurden ange-

dacht; deren Umsetzung für 2008 geplant ist. Muttersprachliche Dolmetscherdienste müssen dringend in allen Bereichen ausgebaut werden. Die Vernetzung von Sozialbürgerhäusern, Migrationsdiensten und anderen betroffenen Referaten muss intensiviert werden. Auch wurde aus Sicht der Fachbasis wieder betont, dass Ausbildungen und Abschlüsse aus den Herkunftsländern anerkannt werden müssen, damit die Kompetenzen und Ressourcen der ZuwanderInnen genutzt werden können.

Der vierte auf eine REGSAM Region bezogene Fachtag am 21.11.2007 war dem Thema „Armut bei Kindern und Jugendlichen“ gewidmet. Die Armut bei Kindern und Jugendlichen ist ein Phänomen, das im nördlichen 11. Stadtbezirk (Harthof/Am Hart) eine gewichtige Rolle spielt. Die Zusammenhänge und Auswirkungen von Armut wurden mit Vorträgen und in verschiedenen Workshops beleuchtet. Abschließend wurden Strategien zur Verbesserung der Lage der Kinder und Jugendlichen erarbeitet. Die zentralen Forderungen sind:

- Frühe Förderung für alle Kinder über Kinderkrankenschwestern und SozialpädagogInnen. Weg von der Defizitorientierung bei der Kleinstkinderförderung.
- Einführung und Ausbau der Ganztagesgesamtschule, mit kostenloser gesunder Schulspeisung, damit die soziale, schulische und sprachliche Förderung nicht ausschließlich vom Elternhaus abhängt.
- Änderung der Kinderkrippensatzung, die derzeit Kindern von arbeitslosen Eltern benachteiligt.
- Freiräume für informelle, attraktive Treffpunkte für Jugendliche im öffentlichen Raum eröffnen.

Die Schlussveranstaltung „Armut – Perspektiven und Verantwortung“ fand am 06.12.2007, im Alten Rathaussaal statt. Auf

Workshop 18: Arm, aber nicht außen vor. Ergebnisse und Erfahrungen aus einer Veranstaltungsreihe in 2007

dem Podium wurden die Ergebnisse der Veranstaltungsreihe mit der stellvertretenden Sozialreferentin, der Vorstandsvorsitzenden des Kreisjugendrings München Stadt, den Geschäftsführern der Caritaszentren München Stadt/Land und der Inneren Mission München sowie den Münchner Kommunalpolitikern Christian Müller, Stadtrat der SPD, Siegfried Benker, Stadtrat der Grünen, und Josef Schmid, Stadtrat der CSU, diskutiert. Zu den einzelnen Forderungen aus den Fachtagen wurden Nikolausruten an die TeilnehmerInnen des Podiums vergeben¹⁵, sozusagen als „Merkzettel“. Wer sich um welche Problemlösung bemüht, ist auf www.regsam.net nachzulesen. Hier finden sich weitere Materialien und das Presseecho zur Veranstaltungsreihe.

Insgesamt wurden mit der Veranstaltungsreihe rund 900 TeilnehmerInnen erreicht. Die Ergebnisse und Nachbereitungen werden das REGSAM-Team noch im Jahre 2008 beschäftigen. Einerseits wird die Abarbeitung der „Rutenaufträge“ begleitet, andererseits gibt es neu entstandene Projektideen, die 2008 realisiert werden sollen, z.B.

- es sollen Betriebe oder überbetriebliche Ausbildungsträger gefunden werden, die Teilzeitlehrstellen für junge Mütter auch in München anbieten,
- durch eine bessere Koordinierung von nachbarschaftlichem Engagement soll die Lebenssituation für allein lebende SeniorInnen in der Region Moosach verbessert werden,
- in Sendling ist eine Informationskampagne unter dem Motto „Mein Kind geht mit 3 Jahren in den Kindergarten“ geplant.

Die am Workshop Teilnehmenden bewerten die Veranstaltungsreihe als erfolgreich. Besonders hervorgehoben wurde, dass durch die Veranstaltungsreihe

- das übergreifende Thema Armut in den Regionen „angekommen“ ist und damit im Sozialraum bearbeitet werden konnte,
- der Kontakt zwischen Fachbasis und Politikerinnen und Politikern hergestellt werden konnte,
- Forderungen und Bedarf so präzise auf einen Nenner gebracht werden konnten,
- Paten aus Politik und Verwaltung zur Weiterführung wichtiger Forderungen gewonnen werden konnten,
- Vernetzung ein wesentlicher Beitrag zum sozialräumlichen Arbeiten darstellt,
- interessante Projekte entwickelt wurden.



¹⁵ http://regsam.net/images/regsam_docs/abschl.pdf



Zuständigkeit

mangelnde Kommunikation u. Kooperation der Entscheidungsträger

gegenseitige Beratung

Abgrenzung Jugendlich - SGB II Lösung

Zuständigkeiten klären wer ist für was Ansprechpartner

mangelnde Einsicht/maßeinhaltung d. Entscheidungsträger - Strukturelle Probleme?

Leistungs nach SGB III CARRE U25 + Jugendliche können sich ausbilden

örtliche Zuständigkeit Stadt - Land ist oft schwierig

Komplexität der Aufgaben im den Arbeitsformstätten "betriebsdeutsch" für Berater u. Ausland. Menschen schwierig

Zuständigkeit örtlich/örtlich Zuständigkeit SGB VIII S. 20

hoher Abstimmungsbedarf um die Zuständigkeit bzw. die Kompetenzen v. verschiedenen Stellen zu besetzen

Sanktionen (SGB II) sind nicht erforderlich

Zuständigkeitsübergabe nach Abscheiden SGB VIII

Kooperation ist eine Sache die nicht am Ende der Jugendhilfe ist, ist Kooperationsstrukturen nicht möglich

Barrierefreiheit - Formulare, Hilfen, Zugänglichkeit, Barrierefrei

ZUSTÄNDIGKEIT Langzeitbeschäftigung z.B. bei Flucht u. Abschiebung, mehr als 90 Tage im Ausland, u. die Jugendhilfe Informationen zu kooperieren

Clearing bzgl. Zuständigkeit und Maßnahmen, wenn nicht zu klären

Kommunikation zwischen den Trägern findet nicht statt

21. Lebensjahr = Ende d. Jugendhilfe - aber werden häufig am Hilfenetz befragt. Verantwortlich aufklärung, Aufklärung u. Existenzklärung

18-24-jährige werden aus Kostengründen im "billigen" Wohnbereich "geparkt" bis sie mit 24 Jahren Anspruch auf SGB II-Lösung haben

Transparenz der Beratungsleistungen - Eindeutige Ansprechpartner (Kooperation)

Soziale Dienste Schuldenmanagement

Angebotsstruktur

Probleme der richtigen Entscheidung in jeder Gruppe bis in einem Team nicht, nicht dazu werden fundiert

unübersichtliche Angebotsstruktur

gute Erfahrungen in Kooperation mit Einrichtungen

Globale Angebote Sonstige Kleinst räumliche Angebote

in der Jugendhilfe muss ein Prozess sein, der die Strukturen, die die Jugendhilfe ausmacht, in der Regel schnell wieder aufbauen kann, wenn die Strukturen wegfallen

keine passenden Einrichtungen

Was ist die Rolle der Hilfen? -> Kenntnis des Ansetztes bzw. Möglichkeit der Hilfe

Abklärung des weiteren Bedarfes, Wünsche der Jugendlichen, Ansetz möglich

Angebote schaffen Klarheit über Bedarfe

gute Erfahrungen in Kooperation im Vorfeld einer JM

Zeit bis Hilfe beginnt zu lange -> Vereinbaren -> Übergangsleistungen?

Abklärung des weiteren Bedarfes der Hilfe, z. B. Hilfe

Gemeinsame Angebote von Jugendhilfe + Wohnungslosenhilfe

Angebotsstruktur in M. vielfältig, Details unterschiedlich

orientierte junge Frauen ohne Ausbildungsabschluss sind schwer in den Arbeitsmarkt integrierbar

Zugang zu Jugendhilfe im Notfall, auch durch Jugendberufshilfe auf dem Sozialmarkt

Kommunikation, Kooperationsstrukturen, die Zugang zu Jugendhilfe für junge Hilfesuchende

Fallmanagement z. U.S. aus SGB II/ARBE mitteln

Workshop- Beobachtungen



Workshop-Beobachtung

Dr. Martina Ortner, Münchener Trichter

Vorbemerkung

Aufgabe war es, drei Workshops zu besuchen und die Eindrücke wiederzugeben. Die Zusammenstellung der Beobachtungen basiert, in der Reihenfolge des Besuches, auf den Workshops 14, Integriertes Kinder- und Jugendhaus als neue Möglichkeit der infrastrukturellen Kinder- und Jugendhilfe, 18, Zwischen allen Stühlen? Junge Erwachsene im Spannungsfeld von Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe und Hartz IV und 16, Engagement im sozialen Raum – Netzwerke professioneller und bürgerschaftlicher Kooperation als Grundlage einer sozialen Stadtteilentwicklung. Die Rahmenbedingungen bedeuteten jeweils eine begrenzte Zeit in einem Workshop zu verbringen und damit in jedem Workshop zu einer unterschiedlichen Phase zu sein. So lag im ersten Teil der Fokus auf der Präsentation von Einrichtungen, im zweiten Teil war eine rege Diskussion über die Spannungsfelder der Jugendhilfe und Wohnungslosenhilfe zu Gange, die sich an der Kooperation öffentlicher und freier Träger entzündete und im dritten Teil wurde so vertieft in Kleingruppen diskutiert, dass die Rückkehr ins Plenum zur Abschlussrunde mehrfach verschoben werden musste. Diese Eindrücke zeigen das Engagement und das Interesse aller Beteiligten, sowohl von den LeiterInnen der Arbeitsgruppen und den ReferentInnen als auch von den Teilnehmenden, die nicht nur zuhören und aufnehmen, sondern sich auch über ihre Erfahrungen austauschen und mit anderen in Kontakt kommen wollten.

Sozialraum ist nicht nur territorial

Durchgehendes Thema aller besuchten Arbeitsgruppen war, dass Sozialraum nicht nur territorial gedacht werden kann. Gerade aus der Perspektive der Kinder und Jugendlichen bedeutet Sozialraum auch die Möglichkeit, sich Handlungskompetenzen anzueig-

nen und verschiedene Handlungsweisen und deren Wirkungen zu erproben und zu erfahren und so zu lernen, sich im gesellschaftlichen Raum zurechtzufinden. Dies setzt zugleich die Anforderungen an die Soziale Arbeit, nicht nur in Bezug auf Stadtteilarbeit sozialräumlich zu denken, sondern in Bezug auf bestimmte Zielgruppen, deren Lebenswelten und Entwicklungsmöglichkeiten. Institutionelle Netzwerke sollen dies ermöglichen und unterstützen. Dabei wurde immer wieder festgestellt, dass die Umsetzung dieses Gedankens mit vielen Schwierigkeiten verbunden ist, da sich die Institutionen etabliert haben und daher nicht so leicht wandlungsfähig sind. Wenn z. B. Kinder für einen Bolzplatz in ihrem Stadtteil eintreten, es geschafft haben, einen Antrag beim Bezirksausschuss zu stellen, der nach einigen Diskussionen über Lautstärke mit VertreterInnen der Nachbarschaft sogar genehmigt wurde, kann es noch sehr lange dauern, bis alle Anträge und Genehmigungen in den verschiedenen Instanzen eingeholt sind, um tatsächlich irgendwann auf diesem Bolzplatz spielen zu können. In Workshop 18 tauchte die Frage auf, ob die Hauptamtlichen in diesem Bereich nicht viel zu sehr mit der Auslegung ihrer Regeln und der Definition ihrer Zuständigkeiten beschäftigt seien.

Soziale Arbeit als Armenfürsorge?

Mittagstische für Kinder und Jugendliche werden nicht nur eingerichtet, weil dies im Sinne von pädagogischer Ganztagsbetreuung dazu gehört, sondern weil die Kinder hungrig sind. So berichtete eine Referentin in Workshop 14, dass die erste Maßnahme der neu eröffneten Einrichtung war, den Kindern Essen zu geben, weil sie tagsüber von ihren Familien nicht versorgt würden. Einige Gemüsesorten oder so manche Zubereitungsart, z. B. Kartoffeln schälen, würden diese Kinder gar nicht kennen. Soziale Arbeit, so zeigt sich, erinnert wieder an die klassi-

Workshop-Beobachtung Dr. Martina Ortner, Münchener Trichter

sche Armenfürsorge. Dies wird auch an einem anderen Bericht aus dieser Arbeitsgruppe deutlich, in dem betont wird, dass die Kinder in der Einrichtung Kind sein dürfen. Hintergrund ist, dass die Kinder zu Hause oft viel Verantwortung zu tragen haben, weil die Eltern sich aus unterschiedlichen Gründen kaum oder nicht um sie kümmern können. Die dabei auftretenden Differenzen, die die Kinder in diesen verschiedenen Welten aushalten müssen, wurden nicht thematisiert, jedoch die Betonung, Gutes für die Kinder zu tun.



Inwieweit Armut die Klientel erfinderisch macht, war in allen drei Workshops kein Thema. Wenn es um die Beschreibung von Zielgruppen ging, lag der Schwerpunkt auf der Benennung von Defiziten. Dies ist auch damit begründet, dass für die Beantragung möglicher Hilfen tatsächlich die Defizite benannt werden müssen und deren Gewichtung über die Zuordnung im Hilfesystem entscheidet, woraus sich dann Unterstützungsangebote ergeben. Den Res-

ourcen kann in so einem System nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dies wiederum führt in der Sozialen Arbeit dazu, die Klientel möglichst hilfsbedürftig darzustellen, und lange per Definition in diesem Zustand zu belassen, um gerade für Kinder und Jugendliche über einen längeren Zeitraum, Begleitung und Unterstützung zu sichern. Der Blick liegt dabei so sehr auf dem Einzelfall, dass eine Sozialraumorientierung in diesen Auseinandersetzungen nur wenig Platz findet, so die Diskussion in Workshop 18.

Die Art und Weise des Handlungspotenzials findet bei Kindern und Jugendlichen eher im

negativen Sinne Aufmerksamkeit. Ihre Bereitschaft zuzuschlagen, ihr Verhalten, Räume für sich zu sichern, ihre Form, den Tag zu gestalten und mit ihrer Lebenssituation umzugehen, findet Beachtung, wenn sie stört oder wenn es ein hohes Maß an Gewalt gibt, so die Ausführungen einer Referentin in Workshop 14. Dem werden Handlungsmöglichkeiten gegenübergestellt, wie z.B. Streit verbal zu lösen.

In Workshop 16 gab es mehrere Beispiele, wie Handlungspotenzial von Erwachsenen genutzt werden kann, z. B. bei der Gründung eines Second-Hand-Ladens, der inzwischen ehrenamtlich betrieben an sechs Tagen die Woche geöffnet hat. Neben dem Bedarf, Kleidung günstig erstehen zu können und einen Treffpunkt für Familien zu haben, können sich die Aktiven weiterbilden, denn die Organisation eines Ladens erfordert viele verschiedene Kompetenzen. Sie sind darüber hinaus Vorbild für andere Interessierte. Gelingen ist dieses Projekt vor allem deshalb, weil das vorhandene Potenzial und Interesse auf Aufmerksamkeit und Unterstützung stieß. Armut, so verdeutlicht dieses Beispiel, führt zu anderen Ideen, zu anderen Handlungsformen. In diesem Fall ermöglicht die Verbindung von einem Aktionsinteresse Einzelner und dem recherchierten Bedarf sowie die Sozialraumorientierung die Handlungskompetenz der nun im Laden Aktiven. Dies nicht zuletzt dadurch, dass Familien eher einen territorialen Bezug suchen. Aber genau darüber, so die Ausführungen in dieser Gruppe, kann eine Art Klimawandel im Stadtteil eintreten. Denn nach den Familien interessieren sich die Jugendlichen für etwas oder die SeniorInnen. Wichtig ist, dass es gelungene Beispiele gibt, denn sie dienen der weiteren Motivation. Das Fachpersonal ist in diesem Arbeitsansatz gefordert, stets offen auf die Ideen zu reagieren, Ideen anzuregen und kreativ mit den unterschiedlichen Anforderungen umzugehen.



Sozialraumorientierung mit eigener Pädagogik?

Unterschiedliche Sprachen führen zu Missverständnissen. Thematisiert wurden in diesem Zusammenhang nicht verschiedene Sprachen wie Deutsch, Italienisch, Griechisch, Türkisch etc., sondern das unterschiedliche Sprachverhalten verschiedener Berufsgruppen innerhalb des Feldes und zwischen Klientel bzw. StadtteilbewohnerInnen und Hauptamtlichen. In allen drei Arbeitsgruppen tauchte die Frage auf, wie denn eine gemeinsame Sprache gefunden werden könnte, wobei in Workshop 16 bereits an Lösungen gearbeitet wurde, z.B. an der Leitlinie, partnerschaftlich zusammenzuarbeiten und die gleiche Augenhöhe zu wahren. Dies, so eine Erfahrung, vereinfacht die Schnittstellen, erleichtert die Bildung von Netzwerken und die Gewinnung sowie Begleitung von ehrenamtlich Engagierten.

Es bedarf also einer Pädagogik der Anerkennung und Wertschätzung, so kann hier zusammengefasst werden, sowie eines ganzheitlichen Ansatzes, der interkulturell ausgerichtet ist, wobei interkulturell in diesem Fall verschiedene Lebenssituationen beinhaltet. Neben dieser Grundlage ist die Themenwahl, aus der sich dann Angebote entwickeln, entscheidend, um entweder in einem Segment aktiv zu sein bzw. eine bestimmte Zielgruppe zu erreichen oder um übergreifend zu arbeiten. Darüber darf der Blick auf den bzw. die Einzelne nicht verloren gehen. Einzelfallhilfe ist nach wie vor wichtig, um zu einem Neuanfang zu befähigen. Darin waren sich alle einig. Einrichtungen, die sich so ausrichten, bieten offene Räume, schaffen Übergänge, machen Mut und erreichen verschiedene Zielgruppen. Sie schlagen im Stadtteil Wurzeln, so die bildliche Fassung eines Teilnehmers.

Anforderungen an die Infrastruktur

Werden die bereits angesprochenen Gedanken der Partnerschaft und der Kooperation zu Grunde gelegt, erscheinen die derzeitigen Strukturen als nicht immer geeignet. Durchgängig war in diesem Zusammenhang von der Orientierung an Produktgruppen im Sozialreferat die Rede. Diese Versäulung, so hieß es, passe nicht auf die Situation vor Ort. Es tauchte in Workshop 18 sogar die Frage auf, ob passende Jugendliche für die Maßnahmen gesucht werden. Dagegen ging es in Workshop 16 darum, gemeinsam zu überlegen, wie Stadtteilzentren attraktiver gemacht werden können, um mehr Bürgerschaftliches Engagement zu fördern und vor allem damit diejenigen zu interessieren, die bisher eher Ziel von ehrenamtlicher Zuwendung waren. Anliegen war dabei, der Vereinsarbeit mehr Aufmerksamkeit zu widmen und bei Vereinigungen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Unklar war, wie wirksam die regionalen Fachteams sind, bzw. ob diese zusätzliche Vernetzungsebene für die Sozialraumorientierung hilfreich ist. Allerdings stand für alle fest: Bedürfnisse und Interessen können über bestehende Netzwerke ermittelt werden.

Gestalten und einmischen

Sozialraum bedarf der aktiven Gestaltung. So die Einschätzung aller Workshopaktiven. Gleichzeitig wird dafür geworben, dass sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene einmischen, also z. B. in ihrem Stadtteil aktiv werden. Während es für Kinder und Jugendliche in diesem Zusammenhang Bildungs- und Erziehungsangebote gibt, zu denen freie Räume aber auch Grenzen gehören, gibt es für Erwachsene verschiedene Anlaufstellen. Die institutionellen Netzwerke sind ein begleitendes Austauschforum.

Workshop-Beobachtung Dr. Martina Ortner, Münchener Trichter

Vereinzelt wurde gefordert, dass Harmonisierungstendenzen insgesamt eher vermieden werden sollten. Vielmehr sollte daran gearbeitet werden, mit den Unterschieden leben zu lernen, wozu auch gehört, eine Streitkultur zu fördern. Die Art und Weise der Alltagsbewältigung der AdressatInnen kann noch mehr als Ressource zur Kenntnis genommen werden. Die Institutionen könnten versuchen, weniger in Verwaltungsstrukturen zu denken, dafür wieder mehr Utopien zu entwickeln. So könnten die Anforderungen an die Struktur, nämlich Sozialraumorientierung und Zielgruppenförderung, in die Planungsansätze besser integriert werden.

Förderlich ist, wenn es bereits frühzeitig Beratungsangebote für verschiedene Zielgruppen gibt. Genannt wurde z. B. der Sozialdienst im Strafvollzug, der unter dieser Rücksicht ausgebaut werden sollte. Insgesamt sollte daran gearbeitet werden, dass die Übergänge leichter zu schaffen sind. Hierzu

gehören auch die Zuständigkeitsregelungen bei Behörden. Einig waren sich alle, dass ein langer Atem von Nöten ist, z. B. wenn es um Einfluss auf die Bauplanung geht, damit soziale Räume wie Wohnertreffs, schön gestaltete Plätze, Spielplätze etc. eingeplant werden.

Nicht übereinstimmend geklärt werden konnte, ob das Engagement dazu beiträgt, Armut zu reduzieren. Einig waren sich dagegen alle darin, dass es dazu beiträgt, mit Armut besser leben zu können und sie nicht als Makel zu empfinden. Über die Aktivitäten können neue Fähigkeiten und Möglichkeiten entdeckt werden, die wiederum aus der Armut herausführen können. Kritisch wurde allerdings auch angemerkt, dass Armut nicht ausschließlich individualisiert betrachtet werden kann, sondern dass es struktureller Veränderungen bedarf. Hierfür ist politisches Handeln notwendig.



Workshop-Beobachtung

Reinhard Rudeck, Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V.

Sozialraumorientierung zwischen Aktivierung und Bürokratisierung

Meine Beobachtungen begannen in einer Arbeitsgruppe, die nicht stattgefunden hat. Ich konnte erst spät zusagen, die mir angebotene Rolle der Beobachtung zu übernehmen. Daher standen gerade noch fünf Arbeitsgruppen zur Auswahl. Bei zwei von den dreien, für die ich mich dann entschieden habe, ging es um die Beschäftigung mit und die Betreuung von marginalisierten Gruppen. Es ging um alte Menschen, die Versorgung brauchen und um männliche obdachlose Kranke. Diese letztere Arbeitsgruppe ist ausgefallen. Mangels Nachfrage. Es fehlte also das Interesse.

Fiel schon auf, dass sich niemand für die Beobachtung dieser Arbeitsgruppe „begeistern“ konnte, wie man mir mitteilte, so kann man sich natürlich fragen, ob der Ausfall dieser Arbeitsgruppe zu obdachlosen kranken Männern zufällig ist, oder ob er auf etwas hinweist. Deutet sich hier unmerklich ein Trend an? Sollte man aus diesem Befund eine gewisse Evidenz für die These drei schließen, die besagt, dass „... nur mehr die Aspekte von Armut in den Blick genommen werden, bei denen Erfolg zu erwarten ist“? Passen Obdachlose nicht in das optimistische Bild eines erfolgreichen Sozialmanagements oder eines sozialräumlichen Ansatzes? Vielleicht weil bei ihnen am wenigsten Aussicht besteht, Erfolge vorweisen zu können? Schiebt man ein gesellschaftlich drückendes Problem weg und konzentriert sich auf machbare und saubere Sozialarbeit?

Wäre dies so, so würde das eine beachtliche Verschiebung der normativen Orientierung professionellen Handelns bedeuten. Handlungsleitend wären nicht mehr die Kategorien einer sozialetischen oder sozialpolitisch unterfütterten Haltung, sondern ein nüchternes Kosten-Nutzen-Kalkül zwischen Aufwand und Ertrag, auch im Sinne einer gesellschaft-

lichen oder zumindest fachpolitischen Anerkennung des Geleisteten. Damit würde sich zugleich ein Rückzug der Sozialen Arbeit andeuten aus dem zentralen gesellschaftlichen Aufgabenbereich, für den sie sich einmal als zuständig erklärt hatte.

An den beiden genannten Arbeitsgruppen war ich deswegen so interessiert, als die Tauglichkeit von Konzepten in der Praxis sich an deren Rändern zu erweisen hat. Aus den Problemen, die sich bei der Umsetzung ergeben, lassen sich Rückschlüsse ziehen auf Prüf- und Belastungskriterien. Um konzeptionelle Ansätze insbesondere hinsichtlich der für diese Tagung zentralen Aspekte „Segregation“, „Marginalisierung“ und „Integration“ zu prüfen, muss man sich eher an den Rändern umschauchen und weniger in der Mitte der sozialen Problemfelder. Wie bewähren sich Konzepte mit sozialintegrativem Anspruch in der Betreuung von alten Menschen, wie bewähren sie sich bei obdachlosen kranken Männern? Werden die Menschen inmitten des gesellschaftlichen Alltags betreut oder irgendwo in einer Enklave?

Von den nunmehr verbliebenen vier Arbeitsgruppen habe ich dann den Workshop 9 gewählt zur Versorgung älterer Menschen im Rahmen eines generationenübergreifenden Quartiersmanagements, den Workshop 14 zur Schulung Ehrenamtlicher als Manager im Stadtteil und den Workshop 15 zur interkulturellen Qualitätsentwicklung. Alle drei Workshops waren gut besucht, die Projekte wurden mit großem Engagement vorgetragen, die gestellten Fragen wurden offen beantwortet, die Diskussionen verliefen wach und lebendig. Alle drei Projekte scheinen von der Haltung getragen zu sein, von den Menschen auszugehen, aus deren Perspektive den Blick auf das Geschehen zu richten und die Dinge entsprechend zu gestalten. Ein weiterer gemeinsamer Grundgedanke scheint zu sein, Engagement zu unterstützen, so wenig wie möglich stellvertretend zu übernehmen und

Workshop-Beobachtung

Reinhard Rudeck, Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V.

so viel Verantwortung wie möglich in den Händen der Bürgerinnen und Bürger zu belassen.

Altern im Quartier

Täglich können wir in den Medien beobachten, wie zunehmend prekäre Themen ausgeblendet oder geschönt dargestellt werden, Arbeitslosigkeit und Armut etwa, oder Altern werden in einer auf Jugendlichkeit und einen nie endenden Lebensborn fixierten Gesellschaft. Dabei wissen viele, wie schwer es ist, die vertraute Wohnung und das vertraute Stadtviertel endgültig verlassen zu müssen, um in einem Alten- oder Pflegeheim den letzten Lebensabschnitt zu verbringen. Das Projekt „Versorgung älterer Menschen im Stadtquartier“ setzt hier an und will Pflegebedürftige in ihrer gewohnten Umgebung versorgen, psychosozial und medizinisch. Es ist quer über verschiedene gesellschaftliche Institutionen, Versorgungs- und Finanzierungssysteme hinweg angelegt.

Das Projekt umfasst zwei Hauptstränge. Zum einen geht es darum, alternde Menschen in ihrem bisherigen Wohnumfeld zu unterstützen und zu betreuen, damit sie nicht „umgesetzt“ werden müssen. Hierzu sind verschiedene Versorgungssysteme und Wirtschaftsbetriebe mit ihren Eigenlogiken und unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen unter einen Hut zu bekommen. Dies bedeutet mühsame Arbeit, teilweise ist Pionierarbeit zu leisten, entspricht aber dem originären Gedanken des Konzeptes der Sozialraumorientierung, nicht nur zwischen sozialen Institutionen, sondern auch zwischen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Institutionen zu kooperieren und diese Kooperationen auch vertraglich abzusichern.

Dass sich ein Wohnungsbauträger bereitfindet, das Thema zusammen mit der Sozialen Arbeit aufzugreifen, zeugt von gesellschaft-

licher Verantwortung aber auch von zukunftsgerichtetem wirtschaftlichen Denken. Das Projekt kann sich an vorbildhaften Modellen orientieren, hier war es das Bielefelder Modell. Dieses Modell, seine Übertragung auf die Münchner Situation und die sich ergebenden Herausforderungen wurden ausführlich vorgestellt und können entsprechend nachgelesen werden. Die spannende Frage ist, wie es zu schaffen sein wird, die alternenden und pflegebedürftigen Menschen im Quartier zu halten, nicht nur wohnend, sondern auch wie ihre Sozialkontakte erhalten, weitergeführt und der neuen Lebenslage angeglichen werden können.

Bei der Projektdarstellung und der Diskussion kam meines Erachtens der zweite Strang zu kurz, der aber ebenso wesentlich ist wie der erste. Er betrifft die Frage der Integration. Wie soll die Integration einer Bevölkerungsgruppe gelingen, die mit zunehmendem Alter zu einer Randgruppe wird? Welches Integrationspotenzial, welche Fähigkeiten und Ressourcen können Menschen mit abnehmender körperlicher Beweglichkeit und geistiger Wendigkeit, mit nachlassendem Gedächtnis und schwindendem Orientierungsvermögen, mit zunehmender Angst und Verunsicherung, mit ausdünnenden Sozialkontakten in den Sozialraum einbringen? Werden sie nicht zunehmend angewiesen sein auf die Unterstützung durch bürgerschaftliches Engagement und professionelle Dienste? Aber wie sollen das Bewusstsein und die Bereitschaft im Stadtviertel dafür entwickelt werden? Wer Kontakte hat zu intermediären Instanzen im Quartier, dem ist bekannt, dass diesem Projekt erhebliche emotionale Vorbehalte und Vorurteile entgegengebracht werden. Es kann vermutet werden, dass nicht nur das Projekt sondern vielmehr das Thema selbst es ist, das ferngehalten werden soll: Altern, Gebrechlichkeit, Altersarmut. Die zweite Herausforderung besteht also in der Integration des Stadtviertels insgesamt. Es geht weniger um die Integration einer Gruppe in



dasselbe. Damit geht es um einen gesellschaftlichen Bewusstwerdungsprozess und um eine Frage, die alle betrifft, nämlich die Zukunftsperspektive mit zunehmendem Alter. Diese Aufgabe lässt sich nur im Konzert von sozialen, kulturellen und politischen Instanzen bewältigen und das wiederum nur langfristig und kontinuierlich. Trotz der Bedeutung dieses Projektes hinterließ der Eindruck, dass es doch in erster Linie um die lokale Implementierung geht und weniger um den Konzeptgedanken der Sozialraumorientierung im umfassenden Sinne. Denn ob die soziale Integration der alten Menschen allein durch einen Bewohnertreff geleistet werden kann, scheint zumindest fraglich. Wie viele haben denn freiwillig ein Interesse daran, die Alten zu integrieren und engagieren sich dementsprechend? Oftmals wird Integration doch immer noch als eine einseitige Bringleistung der zu Integrierenden gesehen und nicht als eine gemeinsame Aufgabe.

Ehrenamtlich managen

Im nächsten Projekt sollen ehrenamtlich engagierte Personen zu „Managern in Treff und Stadtteil“ „geschult“ werden. In fünf Schulungen á fünf Stunden sollen sie sich Kompetenz in interkultureller Kommunikation, Konfliktmanagement, Team- und Projektarbeit, Finanzierungs- und Verwaltungswissen, Öffentlichkeitsarbeit und Informationen zum Stadtteil aneignen.

Im Kern geht es darum, sich öffentlich sozial zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Alle genannten Ziele und Prinzipien klingen gut. Der Ansatz ist aktivierend und ressourcenorientiert, es geht um die aktive Beteiligung in eigenen Belangen, Fähigkeiten und Selbstbewusstsein sollen gestärkt werden, Gemeinsamkeiten sollen entdeckt werden. Es soll ein gleichberechtigter Zugang gegeben sein unabhängig von Alter, Religion, Geschlecht und Herkunft. Die Entschei-

dungsstrukturen sollen demokratisch sein. Das sind alles Prinzipien, wie sie aus der aktivierenden Gemeinwesenarbeit bekannt und unverändert als gültig zu bezeichnen sind. Die Fragen beginnen bei den Begriffen: Warum ist von „Ehrenamt“ die Rede und nicht von „Bürgerschaftlichem Engagement“? Will man bewusst hinter den Stand der Diskussion zurückgehen und zurückkehren zu den alten Erwartungen und zu dem alten Rollenverständnis der sich Engagierenden? Bürgerschaftliches Engagement zeigt sich heute doch überwiegend projektbezogen und damit zeitlich befristet.

Die Freiwilligen, die gesucht werden, sollen von Berufssozialen „geschult“ werden. Nichts ist einzuwenden gegen jedwede Unterstützung freiwilligen Engagements und entsprechender Initiativen, nichts dagegen, gemeinsam den Sozialraum zu gestalten, sich für eigene Interessen und die anderer einzusetzen, achtungsvoll zu kooperieren, Potenziale und individuelle Fähigkeiten zu sehen, anzuerkennen und zu unterstützen – ganz im Gegenteil. Aktivierung im Stadtquartier und seine soziale und kulturelle Gestaltung sind heute mehr denn je der richtige Ansatz. Aber sollen diese Freiwilligen möglicherweise Aufgaben übernehmen, die vorher soziale Projekte übernommen hatten? In demselben Ausmaß oder als Softvariante? Können sie das?

Das Interesse am Workshop galt dem Know-How: Wie macht man es? Wie findet man für verschiedene Aufgaben „ehrenamtlich“ Tätige und wie betreut man sie? Aber auch andere klassische Fragen der Sozialarbeit kamen auf: Wie motiviere ich andere und wie motiviere ich mich selber? Reicht eine zeitlich begrenzte Anschubmotivierung zur Verselbständigung für ein Projekt aus, das langfristig wirken soll? Wie kann man Stadtteilarbeit gut und nachhaltig machen ohne geschichtliche und soziografische Einbettung der Projekte?

Workshop-Beobachtung Reinhard Rudeck, Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V.

Die Ziele klingen gut, allein die Umsetzung wirft Fragen auf. Wie werden die langjährigen und vielfältigen Erfahrungen gemeinwesenorientierter arbeitender Projekte einbezogen, inwieweit will man auf ihnen aufbauen und sie nutzen? Wie sollen die Treffmanager die wiederkehrenden Effekte in solchen Treffs und Freizeitstätten handhaben, die Phänomene der Gruppenbildung und der Abschottung, die zur Ausgrenzung anderer führen? Wie gehen die Angelernten um mit Konflikten, mit Ausländerfeindlichkeit, mit Diffamierung und Ausschluss, wie mit Gewalt und Alkoholmissbrauch? Wie reflektieren die Ehrenamtlichen ihre eigenen Vorurteile? Wie wird ihre Integrationsfähigkeit gestärkt? Wo enden ihre Managementaufgaben? Raummanagement kann sehr schnell übergehen in das Management sozialer Situationen. Sind sie dafür gerüstet oder eher überfordert? Sind sie kompetent in Konfliktmanagement? Welche Stützsysteme stehen ihnen zur Verfügung, solche, die sich Berufssoziale gut organisieren, wie eine vergleichsweise intensive, lange Ausbildung, Supervision, kollegiale Intervention, Gremienarbeit, regelmäßige Reflexion der Arbeit? Wird ihnen zuviel aufgebürdet, um die berufliche Sozialarbeit zu entlasten?

Auch bei der Frage der Integration tauchen Probleme auf: Lässt sich das Ziel der heterogenen, generations- und gruppenübergreifenden Nutzung überhaupt verwirklichen? Es wurde deutlich, dass spätestens an dieser Stelle der Blick geweitet werden müsste über den einzelnen Treff hinaus auf die Angebote und die Möglichkeiten im Stadtviertel insgesamt, da diese Frage nur im Konzert aller dort vorhandenen Angebote zu beantworten ist. Für den Stadtteil kommt es darauf an, die richtige Angebotsmischung zur Verfügung zu haben und gemeinsam zu reagieren. Zumindest bei der Projektpräsentation ist die Frage offen geblieben, wie dieses Projekt eingeknüpft ist in das Geflecht der

sozialen und kulturellen Institutionen und Initiativen im Stadtteil, wie gemeinsame Analysen gemacht und Schlüsse gezogen werden sollen, wie man sich zusammen mit den anderen dort Tätigen schützen könnte vor Überforderung und Auszehrung der Kräfte.

Völlig gefehlt hat mir bei dem Ziel „Jeder kann sich einbringen ohne finanzielles Entgelt“ die schwierige Diskussion der Frage nach Sinn und Identität in der sich verändernden Gesellschaft. Wie will das Projekt es – alleine – hinbekommen, mit Menschen, die dauerhaft keine Arbeit mehr finden und folglich aus ihr nicht mehr Selbstwert und Identität beziehen können, Perspektiven zu entwickeln, damit sie Selbstbewusstsein über andere gesellschaftliche Werte als den der Erwerbsarbeit erhalten können? Das ist neben der Integration und der Versorgung der älter werdenden Generationen und der Armutproblematik eine der ganz großen Herausforderungen beim gegenwärtigen Umbau der Gesellschaft. Das ist auch der Kern des Freiwilligkeitsdiskurses.

Wenn Soziale Arbeit Bürgerinnen und Bürger dazu auffordert, soziale Aufgaben zu übernehmen, dann muss die Frage gestattet sein, welche Verantwortung sie abgeben will und kann, worin sie sich unterstützen lassen will und welche Verantwortung sie keinesfalls abgeben kann und darf, soll es nicht zu einer Verlagerung und einem langsamen Verabschieden aus den originären Anforderungen an die Soziale Arbeit kommen. Diese Diskussion ist zwar an jedem einzelnen Projekt zu führen, vielmehr aber noch bei der Neuorganisation der Landschaft der sozialen und kulturellen Projekte insgesamt. Andernfalls würde das Vorhaben, in kurzer Zeit Menschen zu schulen und dann mit der Verantwortung alleine zu lassen, die Ziele, die Aufgaben und das Selbstverständnis gediegener Sozialer Arbeit drastisch in Frage stellen.



Interkulturell arbeiten

Das dritte Projekt liegt nach meiner Einschätzung quer zu sozialraumorientierten Projekten im Sinne einer dauerhaften Verankerung. Es geht um die interkulturelle Qualitätsentwicklung in Münchner Sozialregionen.

Eine Übung zur körperlichen Distanz machte deutlich, worum es geht: um Verständnis und Verstehen, um kulturell normiertes Verhalten. Was in einer Kultur zu nah und bedrängend sein kann, mag in einer anderen als zu weit entfernt empfunden werden. Der jeweils passende Abstand ist festgelegt in den Konventionen, den kulturell gelernten Vereinbarungen und Gepflogenheiten. Diese Übung führte schnell zu der Frage, wer sich bei einer Begegnung jeweils auf wen einstellen soll, und zu der Frage nach der generellen Akzeptanz von Unterschieden, von Fremdheit.

Es geht in diesem Ansatz um Wissensvermittlung, um Sensibilisierung und um Selbstreflexion. Grenzen sollen aufgezeigt werden und Chancen, um dann in eine konstruktive Aushandlung einzutreten mit dem Ziel, Akzeptanz für eine Perspektivenvielfalt herzustellen. Mit den Übungen werden Bewusstwerdungsprozesse in Gang gesetzt, die mehrfach nützlich sein können. Da interkulturelle Verständigung nur gelingen kann, wenn jede der beiden Parteien ihren Platz innehat, geht es stets auch darum, sich über sich selbst klar zu werden. Dieser Ansatz kann daher sehr nützlich sein, das fachliche Handeln ganz allgemein zu reflektieren.

Mit den Übungen zur interkulturellen Arbeit wird zugleich allgemeine Kulturarbeit geleistet. Interkulturelle Qualitätsarbeit ist also eine generelle gesellschaftliche Kulturarbeit und kann somit einen wichtigen Beitrag für jeden Stadtteil leisten im Sinne von Kompetenzerwerb und konkreter Katalyse. Die Fähigkeiten, die man in diesem Projekt sensibilisieren

und ausbilden kann, helfen weiter in der Arbeit mit verschiedensten Gruppen und bei der Integration der Stadtquartiere. Man sollte sich also von dem Begriff der Interkulturalität nicht verführen lassen, diesen nur ethnisch zu begreifen. Vielmehr geht es um eine Kompetenz, die sehr nützlich sein kann bei der Arbeit mit unterschiedlichen Kulturen und Milieus im Quartier oder darüber hinaus. Sie grenzt direkt an die Friedenpädagogik und an Deeskalationsstrategien an.

Damit weist dieser Kulturansatz über das räumliche Bezugssystem hinaus. Er ist eine Methode oder ein Verfahren, das sich in jedem Rahmen einsetzen lässt und insofern quer liegt zu den anderen Projekten. Es verwundert daher nicht, dass die Themen Armut, Segregation oder Integration wohl nicht in der Gruppe thematisiert worden sind. Es bietet sich an, diesen Ansatz entweder in allen Stadtteilen direkt als ständiges Kulturangebot anzusiedeln oder auf dem Wege gemeinsamer Fortbildungen für alle, die in den Sozialräumen Münchens tätig sind, im Sinne gemeinsamen Lernens und gemeinsamer Weiterqualifizierung zu nutzen.

Partiell beobachtet

Aufgabe war, in drei Workshops zu beobachten. Es sollten Hinweise gesammelt werden auf wichtige Punkte und Probleme, Widersprüche, Trends und Tendenzen und als Verdichtung der Beobachtungen wiedergegeben werden. Es sollten Hinweise gegeben werden auf die Art und Weise, wie die Diskussion um Sozialraumorientierung inhaltlich geführt wird.

Da die Beobachter vorgestellt worden sind, handelte es sich um eine „offene Beobachtung“. Sie kann zugleich als eine „systematische Beobachtung“ angesehen werden, als durch die vier Stichworte der Tagung „Segregation“, „Marginalisierung“, „Integration“

Workshop-Beobachtung

Reinhard Rudeck, Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V.

und „Armut“ und durch die fünf Thesen in gewisser Weise Beobachtungskategorien beziehungsweise Dimensionen vorgegeben und nicht dem Beobachter frei überlassen waren.

Durch die Anforderung, die Diskussionen in drei Arbeitsgruppen zu beobachten, war festgelegt, dass die Beobachtungen nicht kontinuierlich, sondern in Intervallen zu erfolgen haben. Die Beobachtungsausschnitte lagen einmal in der Anfangsphase, in der üblicherweise die Konzepte vorgestellt und ausgeführt und manchmal auch die Erwartungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer abgefragt werden, dann in der Mittelphase, in der das Thema entfaltet und vertieft und im nächsten Schritt diskutiert wird, im günstigen Falle kontrovers, um in der Schlussphase in eine Zusammenfassung und ein Resümee zu münden. Damit waren die Diskussionen in den beobachteten Passagen naturgemäß unterschiedlich. Zusätzliche Zäsuren entstanden durch Pausen und Arbeitseinheiten zum Austausch in Kleingruppen. Bei eineinhalb Stunden für drei Arbeitsgruppen stehen theoretisch jeweils dreißig Minuten zur Verfügung, was angesichts des komplexen Tagungsthemas und seiner fünf Thesen eindeutig zuwenig ist.

Es konnten also nur Ausschnitte beobachtet und kein Ergebnisverlauf erfasst werden. Schon gar nicht konnte eingeschätzt werden, ob die Thesen an den Praxisbeispielen diskutiert worden sind und mit ihnen das Konzept Sozialraumorientierung geprüft worden ist. Die Beobachtungen können, das sage ich gezielt zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der drei Workshops, keine Beurteilung ihrer Diskussionen wiedergeben, sondern lediglich Fragen stellen und eine weitere inhaltliche Ebene hinzufügen.

Was konnte ich nun im Rahmen dieser zufälligen Passagen erfassen? Ein solcher sequenzieller Beobachtungsansatz geht von

der Prämisse aus, dass relevante Themen und Aspekte immer wieder auftauchen und sich sprachlich bemerkbar machen, wobei es nicht in erster Linie auf Vollständigkeit ankommt. Ich habe mich also gefragt: Was höre ich? Aber auch: Was höre ich nicht? Welche Begriffe tauchen auf, welche Sprache wird verwendet? Kommen übergreifende Aspekte vor? Werden die Thesen und Themen der Tagung sichtbar und wie werden sie das? Was kommt nicht vor? Ich habe also gleichsam auf zwei Ebenen gehört.

Der Sprache zuhören

Im Vorfeld der Tagung hatte ich mir die Dokumentation der Tagung vor drei Jahren durchgesehen und mir auch ein paar Materialien geben lassen, weil ich wissen wollte, wer zuständig ist für die einzelnen Projekte. In den Unterlagen fand ich eine ziemlich unpersönliche manageriale Sprache vor, die keine Anliegen transportiert. Da ging es nur um „Produkte“ und „Steuerung“, nicht mehr um Ziele und Haltungen, nicht mehr um Menschen mit ihren Lebenslagen. Unwillkürlich fragt man sich, wenn die Verwaltung ihr Arbeitsverhältnis und ihre Kommunikation mit den Einrichtungen und Projekten in dieser technizistischen Weise gestaltet, wie sich dies dann nach unten weiterträgt zu den Menschen. Und wie lange sich die Einrichtungen den Menschen gegenüber noch werden anders verhalten können, insbesondere wenn man zudem in Betracht zieht, wie die anwachsenden Verwaltungsaufgaben und zunehmenden Dokumentationspflichten die für die Klienten netto zur Verfügung stehende Zeit minimieren.

Da war es sehr erfrischend und beeindruckend zu hören, dass insbesondere in der Arbeitsgruppe, in der Ehrenamtliche zu „Managern im Stadtteil“ ausgebildet werden sollen, die Kolleginnen trotz dieses Begriffes sehr achtungsvoll und wertschätzend von



„den Menschen vor Ort“ sprachen, und die Begriffe der Steuerungssprache fast ausschließlich für das Projekt und das Raummanagement benutzen.

Ab und an tauchte in zwei Arbeitsgruppen der Kundenbegriff auf, mit dem das Verhältnis der sozialen Dienste zu den Empfangenden und Anspruchsnehmern der sozialen Leistungen bezeichnet werden soll. Allein die Beispiele, in denen dieser Begriff immer wieder verwendet wird, sollten seine Beschränkung eigentlich deutlich machen. So bestehen im Jugendhilfedreieck recht unterschiedliche Tauschverhältnisse und damit auch Beziehungen, indem die von einem freien Träger erbrachte Dienstleistung nicht vom Empfänger finanziert wird sondern von einem Dritten, dem öffentlichen Träger. Das kompliziert zumindest die Frage, wer hier im Einzelnen wessen Kunde ist und wer welche Leistung zu prüfen und zu bewerten hat.

Lässt sich der Kundenbegriff noch halten, wenn die Leistung, um Scham- und Kulturgrenzen zu überwinden, niedragschwellig nahegebracht werden muss, eventuell über längere Zeit hinweg, damit das Angebot überhaupt erst beginnen kann zu wirken? Dienstleistungsverhältnisse sind oft auch Abhängigkeitsverhältnisse, nicht nur dann, wenn der Kontrollaspekt sehr ausgeprägt ist. Wie groß ist denn die Wahlfreiheit im Abhängigkeitsverhältnis? Ist die Freiheit zum Verzicht gegeben, ist die Freiheit zum Ablehnen gegeben, wenn man angewiesen ist auf eine Leistung, oder wenn diese einem sogar dringend nahegelegt wird, manchmal sogar, um eine drastische Alternative zu vermeiden?

Ist denn eine Kerneigenschaft des Kunden, die Beurteilungsfähigkeit, wirklich immer gegeben? Bei alten Menschen? Bei Analphabeten, bei Flüchtlingen? Ist die sprachliche und kommunikative Durchsetzungsfähigkeit immer gegeben? Wer durchblickt denn das komplizierte soziale Netz der Dienstleister

und die gesetzlichen Regelungen? Es gehört doch zur sozialpädagogischen Aufgabe dazu, Menschen gegebenenfalls zu unterstützen, selbst und gut Bescheid zu wissen und ihre Rechte wahrzunehmen. Das ist das Wesen der Pädagogik, das ist Empowerment. Wie viele verfügen denn eben nicht über die sozialen Fertigkeiten und Fähigkeiten, um die Dienstleistungen ausreichend beurteilen und wirklich wählen zu können, sich auseinanderzusetzen. Im Lebensmittelmarkt kann man als Kunde ohne Probleme wortlos seine Geldbörse öffnen – oder eben geschlossen halten.

Der Verdacht liegt nahe, dass der Begriff „Kunde“ den eigentlichen Charakter der Verhältnisse und damit ihre Machtdimension eher verschleiert. Mit ihm wird die Verantwortung verlagert und eine Scheinfreiheit nahegelegt, die nicht gegeben ist. Er verkürzt die Verhältnisse als Dienstleistungstauschverhältnis und schränkt die Chance ein, dieses zu reflektieren. Damit führt er letztlich weg vom Kern und der Idee der Sozialraumorientierung sowohl als Haltung als auch als Handlungskonzept und als Prinzip. Die manageriale Steuerungssprache suggeriert Machbarkeit, Beeinflussbarkeit und Macht, täuscht aber über die eigentlichen Wirkungen hinweg. Und sie führt weg von der wieder vermehrt auftretenden Aufgabe der Sozialen Arbeit, Benachteiligte zu unterstützen. Dafür breitet sich eine neue Kultur aus, in der der Mensch nur noch eine anonym verwaltete Nummer ist. Die Auswirkungen kann man bereits erleben.

Vielleicht dient diese Steuerungssprache ja mehr dazu, die Verwaltung zu strukturieren und einen Sinnes- und Einstellungswandel zu einem Dienstleistungsverständnis zu befördern. Das mag als Ziel ja richtig sein, aber offenbar verselbständigt sich, erkennbar an der Sprache, das gewählte Mittel. Der Mensch taucht gerade noch auf im problematischen Kundenbegriff, ansonsten wird

Workshop-Beobachtung Reinhard Rudeck, Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V.

anonym gesteuert. Wem nützt das? Wenn man sich an den Haltungen orientiert, die in den drei Projekten sichtbar geworden sind, dann müsste man auch auf der Verwaltungsebene konsequent von den Empfängern der Leistungen ausgehen, Kategorien wie Respekt, Achtung und Menschenwürde einbeziehen und sich danach bewerten lassen. Welcher Kunde kontrolliert hier? Gibt es ein bürgerorientiertes Controlling, oder ist das nur ein Thema für die freiwillige Selbstkontrolle?

Sprache ist immer Ausdruck des Denkens. Wie sehr die institutionellen Effekte wirken, zeigen Untersuchungen zum Hilfeplan: die Jugendämter, die kollegial und beteiligungsorientiert geführt und in denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbezogen sind, in denen werden die Menschen und die Vertreter anderer Institutionen sorgfältiger beteiligt, hier bemüht man sich in den Hilfeplangesprächen um eine verständliche Sprache, damit nicht diejenigen, die Hilfe bekommen sollen, durch eine codierte Expertensprache auf Distanz gehalten werden. Das betrifft am Ende insbesondere die Kinder. In den Begriffen und ihrer ordnenden Funktion steckt stets auch die Gefahr der Selektion, sodass der Begriff „Kunde“ letztendlich zur Marginalisierung beitragen kann, etwa wenn die unterstellte „Kundenkompetenz“ nicht gegeben ist.

Sich der Komplexität des Sozialraums stellen

Ich habe dann auf einer zweiten Ebene gehört und mir die Frage vorgelegt: „Was höre ich hier nicht?“ Oder was höre ich hier nur implizit, nur indirekt? Bei dem, was die Projekte sehr engagiert vorgetragen haben, ist bei mir kein Bild eines Sozialraumes entstanden, weder ein räumliches Bild noch ein virtuelles Geflecht. Ich habe dann überlegt, woran dies liegt.

Zum einen wurden „Sozialraum“ und „Sozialraumorientierung“ begrifflich nicht gefasst. Ich kann nicht sagen, ob eine klare Vorstellung vom jeweiligen Sozialraum als Handlungsort oder von der Orientierung auf ihn als Haltung und Handlungsansatz existierte, oder ob jeder von anderen Definitionskriterien ausgegangen ist. Auch inwieweit Sozialraumorientierung sich von der Gemeinwesenorientierung oder der Lebensweltorientierung abgrenzt oder sich mit ihnen überschneidet, kam nicht vor.

Für mich ist Sozialraumorientierung in erster Linie ein Aktivierungsprinzip, das die Verantwortung im Sozialraum ansiedelt und Menschen ermutigt, die Verantwortung für ihre eigene Geschichte zu übernehmen und den sozialen Raum als den Ort der sozialen Selbstdefinition zu nutzen. Ich habe gemerkt, dass die Begriffe sich verändern oder sich verändert haben. Verantwortung hatte in dem genannten Sinne früher eine andere, eine emanzipatorische Bedeutung gehabt. In der Strategie „Fordern und Fördern“, die ja ein altes, genuin pädagogisches Prinzip in die Sozialpolitik eingeführt hat, hat sich der Verantwortungsbegriff vollkommen verändert. Menschen sind heute verantwortlich für ihre prekären Lebenslagen im Sinne eines persönlichen Verschuldens. Das muss alle im Sozialraum Tätigen beschäftigen.

Sozialraumorientierung ist ein zutiefst partizipatives Prinzip. Das kam sehr zum Ausdruck. Alle Projekte waren darauf angelegt, Menschen – und da ist auch von „Menschen“ gesprochen worden – zu aktivieren und sie zu ermutigen, sich zu engagieren. Bedenklich fand ich die zeitliche Befristung angesichts der drängenden neuen Aufgaben. Projekte auf drei Jahre angelegt transportieren schon zu Beginn – das konnte man heraushören – das Ende gleich mit. Meine Erfahrung ist, wenn man nachhaltig wirken will, dann muss man auch eine Geschichte aufnehmen, muss man sich sehr viel Wissen aneignen. Wenn



man vernetzen und etwas bewirken will, Bedürfnisse erkennen und zu Bedarf zusammenfassen, aus bestehenden Angeboten neue entwickeln, politisch agieren will, dann muss man langfristig und in Kontinuität arbeiten können, muss fester Bestandteil des Quartiers sein. Sicher ist die Laufzeit der Projekte zielabhängig. Integration aber ist eine Daueraufgabe. Was vermitteln wir denn als Botschaft, wenn wir einerseits Menschen miteinander in Verbindung bringen wollen und gleichzeitig von vorneherein deutlich ist, dass wir selbst nach drei Jahren als Projekt wieder weg sind? Was ist denn das für eine Botschaft?

Sozialraumorientierung ist ein Koordinations- und Kooperationsprinzip. Wenig bis gar nichts habe ich jedoch gehört zur Frage der institutionellen Vernetzung: Wie kooperieren die Projekte, wie agieren sie im Verbund? Wie ist das jeweilige Projekt eingebettet in den Sozialraum und wie und wo werden übergreifende Fragestellungen erörtert und aufgegriffen, welche institutionellen Verknüpfungen existieren? Erfolgt die Vernetzung im Stadtquartier additiv oder integrativ, singulär oder als Handlungskonzept aller? Wie ist Vernetzung und Kooperation mit den kulturellen und wirtschaftlichen Instanzen, wie mit der politischen Ebene, der Verwaltung und dem Bezirksausschuss organisiert? Werden die Leistungen additiv angeboten oder integriert?

Ich habe viel gehört von Engagement, etwa eine Aufforderung oder einen Appell „Wir müssen schauen, wie wir mit den Lehrern, mit den Schulen eine gemeinsame Fortbildung machen, gemeinsam reflektieren, eine gemeinsame Supervision durchführen.“ Bleibt es dabei, ist dies eine reine Goodwillstrategie. Für mich braucht soziales Handeln und sozialpädagogisches Handeln, um wirkungsvoll sein zu können, eine demokratische Legitimation. Das heißt, es braucht eine Verknüpfung der Institutionen im Quartier, im sozialen Raum, mit der Verwaltung und mit

der politischen Ebene, damit die Gestaltung von Bedarf und Notwendigkeit nicht nebeneinander herlaufen. Hat man dies im Blick, kommen Fragen zustande wie: „Wer definiert? Wer hat die Definitionsmacht? Wer bestimmt, welche Angebote im Sozialraum gebraucht werden?“ Wie kommen die Bedürfnisse von den Menschen, die dort leben, als Bedarf zu denen, die dort etwas anbieten? Wie sind die Rückkopplungsschleifen organisiert? Wer prüft, ob etwas erfolgreich war, ob etwas auch genützt hat? Teilen wir eine gemeinsame Haltung, verfügen wir über ausreichend kommunikative Kompetenzen zur Gestaltung offener Gruppensituationen mit den verschiedenen Instanzen vor Ort, haben wir die Fähigkeit, Komplexität gemeinsam zu bewältigen und gemeinsame Problemsichten zu entwickeln?

Nur wenn ich so vorgehe, kann ich auch so gravierende Themen aufgreifen wie die Armutsfrage. Dafür ist es erforderlich, dass ich reflektiere, welche Rolle Armut im Quartier spielt, und wie wir uns ihr stellen können. Armut ist ja keine Befindlichkeit, ist kein Beziehungsverhältnis, ist kein sozialpädagogisches Problem, Armut ist ein gesellschaftliches Verhältnis. Es kann also nur gemeinsam angegangen werden im Quartier. Nicht durch jeden mit seinem persönlichen hohen Engagement, als Fachkraft und als einzelne Einrichtung, sondern kollektiv. Dafür ist Koordination im Stadtteil erforderlich, verknüpft auch mit den Bezirksausschüssen, Koordination auf der Verwaltungsebene und Koordination auf der politischen Ebene zwischen den Zuständigkeiten für Soziales, Gesundheit, Schule, Wohnen, sonst ist jedes Vorhaben zum Scheitern verurteilt. Wenn man aber mitbekommt, wie viele Rivalitäten hier existieren, wie man sich zwischen den Ressorts wunderbar ausmanövriert und blockiert, dann liegt noch eine ganze Menge Arbeit vor uns, um dort hinzukommen, Armut und Marginalisierung im Quartier konzertiert anzugehen. Lösen wird man das Problem dort letztlich

Workshop-Beobachtung Reinhard Rudeck, Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V.

nicht können, dazu bedarf es Entscheidungen und Veränderungen auf übergeordneten politischen Ebenen. Dennoch können wir auf der kommunalen Mesoebene und der individuellen Mikroebene sehr wohl handeln, und wir müssen dies auch. Armut demoralisiert – die Menschen in den Armutslagen, aber auch die Fachkräfte, die mit ihnen zu tun haben. Da gilt es, Menschen auf der Suche nach Verwirklichungschancen zu unterstützen, damit sie sich nicht als Objekte von Situationen empfinden, sondern sich weiterhin als Subjekte mit Verantwortung verstehen können. Und es gilt, sich selbst gegen den zunehmenden Arbeitsdruck bei gleichzeitig abnehmenden Ressourcen zu wehren, damit nicht als Bewältigung der strukturellen Überforderung das Armutproblem parzelliert und damit letztlich nicht wirklich aufgegriffen oder gar ghettoisiert wird.

Schlussbemerkung

Mein Eindruck war, dass die Arbeitsgruppen nicht explizit auf die zentralen Begriffe der Tagung und die Thesen eingegangen sind und sich mit ihnen auseinandergesetzt haben, dies vielleicht auch nicht konnten. So musste offenbleiben, wie man gedenkt, gegen Segregation, Marginalisierung und Armut anzugehen und wie man Integration bewerkstelligen möchte. Eventuell waren die Arbeitsgruppen von der Tagungskonzeption her gar nicht in der Lage, das gesellschaftliche Verhältnis von Armut und Exklusion ausreichend zu reflektieren.

In den Berichten der Projekte ließ sich nicht erkennen, ob Sozialraumorientierung als Konzept der Sozialen Arbeit in der Umsetzung durch die Projekte erfolgreich ist, ob die Verwaltung die Ziele des Konzeptes Sozialraumorientierung gut, adäquat und zielstrebig übersetzt und unterstützt, oder sie gar konterkariert, und inwieweit sie getragen sind vom politischen Willen. Offen blieb, wie der Sozialraum kooperativ organisiert werden soll, damit er mehr darstellt als eine stadtplanerische Verwaltungseinheit – auf der individuellen Ebene und auf der institutionellen Ebene. Unbeantwortet blieb auch, wie Querschnittsthemen aufgegriffen werden und Vernetzung stattfindet mit allen im Quartier tätigen Instanzen und Institutionen, mit den Behörden und den politischen Gremien. Sozialraumorientierung ist per se ein integratives Konzept, eine Addition von Projekten ist keine Sozialraumorientierung.

Die Soziale Arbeit muss wieder politisch werden. Einen anderen Weg gibt es nicht. Der Sozialraum, beziehungsweise die Menschen in ihm und ihre Problemlagen, sie dürfen nicht bloß verwaltet und gemanagt werden. Es geht um Persönlichkeitsbildung, Identitätsfindung und bestmögliche Kontrolle über sein eigenes Leben, es geht darum, einen respektierten und anerkannten Platz zu finden in der Gesellschaft, und es geht um Solidarität und Gemeinsamkeit in der Differenz. Das Nachkriegsprojekt „Sozialer Aufstieg“ ist ein für alle Mal beendet. Gearbeitet werden muss an der Frage der Heterogenität, der Ausschlussprozesse, der Integration.



Stimmenvielfalt im Sozialraum: Eine Auswertung des Tagungsprogrammepunktes „Crossover“

Prof. Dr. Gabriele Vierzigmann und Prof. Dr. Gabriela Zink, Hochschule München

Die Idee dieses Programmpunktes war: nach den Workshops, in denen die aktuelle Praxis der Sozialraumorientierung in München dargestellt wurde, nach den Vorträgen von Expertinnen und Experten, die aus einer Außensicht Impulse für die Weiterentwicklung der Sozialraumorientierung in München geben sollten, würden die Workshopbeobachterinnen und -beobachter im Crossover ihre Eindrücke einbringen und diskutieren, dies zusammen mit den ExpertInnen. Dabei konnte es nicht darum gehen, die Diskussion oder die Ergebnisse der Workshops eins zu eins oder gar vollständig im Plenum wiederzugeben, sondern um die Wiedergabe von Eindrücken bezogen auf das in den Workshops Gesagte bzw. Gehörte, um mit Mut zur Lücke gestaltete kurze und prägnante Statements und um die Verdichtung der Fragen und Ideen.

Soweit das Vorhaben: in der Praxis des Crossover zeigte sich ein etwas anderes Bild: zu wenig Zeit für zu viele Stimmen, zu wenig gemeinsame Vorbereitung, zu heterogen die Sichtweisen darüber, was gewollt bzw. wichtig ist, zu vielfältig die Beobachtungen, als dass sie sich in der Kürze auf einander beziehen ließen, das Ganze gewürzt mit einem jeweils unterschiedlich ausgeprägten Willen, sich auf das Konzept einzulassen bzw. dem Bedürfnis nach Selbstdarstellung nachzugeben. Also alles wie im richtigen (sozialräumlichen) Leben.

Dennoch lassen sich aus der Stimmenvielfalt im Nachhinein – mittels einer Art qualitativer Auswertung des Mitschnitts der Diskussion – aktuelle Fragen und Trends in der Diskussion um Sozialraumorientierung in München herausfiltern, die im Folgenden so mosaikartig wie der Crossover selbst und ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Repräsentativität dargestellt werden.

Grundsätzliche Fragen im Kontext von Sozialraumorientierung

Die Heterogenität, mit der in der Landeshauptstadt München eine Vielfalt sozialräumlicher Aktivitäten der Sozialen Arbeit umgesetzt wird, bringt eine grundsätzliche Frage mit sich: wie lassen sich die vielen guten Projekte, die jedoch häufig zeitlich befristet sind, nachhaltig verstetigen, bzw. wie kann die Anschlussfähigkeit gesichert werden? Wie können wir eine Verbindung schaffen zwischen einzelnen „tollen Ideen und deren Umsetzung“ und dem Anspruch auf eine stärkere sozialräumliche Vernetzung vieler Ebenen und Institutionen?

Um zu verhindern, dass Sozialraumorientierung zum bloßen „Label“ avanciert, müssen auch Fragen aus traditionell geprägten Einrichtungen wie z.B. Kindertageseinrichtungen ernst genommen werden. Viele Fachkräfte sind durchaus ambivalent, wenn es um Antworten auf die Frage geht, ob und warum sie sich in den Sozialraum hinein öffnen sollen. Dabei geht es um ein Abwägen zwischen Funktionen und Bedarfslagen hinsichtlich „geschützter Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsorte“ und einer etwaigen „diffusen Öffnung“.

- Ressourcen für eine entsprechende Beratung wären hier wünschenswert, um z.B. gemeinsam Konzeptionen zu überarbeiten oder neu zu entwickeln.



Stimmenvielfalt im Sozialraum: Eine Auswertung des Tagungsprogrammepunktes „Crossover“

Prof. Dr. Gabriele Vierzigmann und Prof. Dr. Gabriela Zink, Hochschule München

Fachliche Prinzipien in Bezug auf Sozialraumorientierung

Die Auseinandersetzung mit fachlichen Prinzipien in Bezug auf Sozialraumorientierung zeigt sich in vielen Facetten. Ermöglicht und unterstützt Sozialraumorientierung biografische Entwicklungsprozesse oder verwaltet sie das Leben nur? Inwiefern sollte sich sozialräumliche Vernetzung entlang biografischer Verläufe organisieren? Ist Sozialraumorientierung per se innovativ und fortschrittlich oder kann sie auch zu einer sozialräumlichen Belagerung führen, in der viel zu wenige Möglichkeiten zum Selbsthandeln gegeben sind? Auch die Frage nach der „Freiheit im Sozialraum“ ist offenbar eine, die es zu bearbeiten gilt. Wie viel Platz, wie viel freier Raum, wie viel Willensfreiraum ist für das Individuum verfügbar? Wie steht es um die Freiheit der einzelnen Einrichtung, sich der Sozialraumorientierung eventuell auch zu verweigern?

Das Erkennen von Ressourcen und der Umgang mit Ressourcen jenseits der Norm werden in Verbindung mit dem Prinzip „nicht helfen, sondern fördern“ als bedeutsam herausgestellt. Welche Fähigkeiten und Stärken bringen die Menschen im Sozialraum mit, die die Fachkräfte nicht zur Kenntnis nehmen, weil sie nicht normgerecht sind und schlecht zu den eigenen Vorstellungen passen? Werden die andersartigen Perspektiven und Wünsche der Beteiligten ausreichend berücksichtigt?

Wie schon in der Dokumentation der Fachtagung im Jahr 2005 vermerkt, ist das Prinzip Aktivierung und direkte Beteiligung der Betroffenen wohl immer noch nicht hinreichend verwirklicht.

► **Es wird auf die Möglichkeit der Verknüpfung von Selbsthilfe und Professionalität verwiesen bzw. auf**

die Möglichkeiten, die Selbsthilfe für die Betroffenen bereithält. In diesem Zusammenhang ist auch die These, ehrenamtliche Tätigkeit als Entwicklungschance für den Sozialraum zu begreifen, zu nennen.

Sozialräumliche Vernetzung wird im Hinblick auf die Zeit- und Planungshoheit der Fachkräfte problematisiert. Wenn Vernetzung z.B. unter dem Aspekt des Informationsaustauschs über die sozialräumlichen Bedingungen spezifischer Problemlagen betrachtet wird, entsteht die Frage, inwieweit unter dem Diktat der Befristung von Stellen und Projekten vertrauensvoll und nachhaltig im Sozialraum gearbeitet werden kann?

Eine weitere Bedingung für sozialräumliches, vernetztes Handeln liegt in der Anforderung, eine gemeinsame Sprache zu entwickeln. Auch hierfür benötigen Fachkräfte verschiedener Profi-Organisationen zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements oder der Selbsthilfe Zeitressourcen und eine fehlerfreundliche Kultur. Dazu gehört das Augenmerk auf die Frage: welche Menschen haben wir mit unserem sozialräumlichen Ansatz bzw. bei unserer Vernetzung im Blick und welche nicht? Offene Prozesse im Sozialraum mit vielen Beteiligten und vielen zu Beteiligten müssen erst einmal ausgehalten werden. Die komplexen Planungs- und Kommunikationsprozesse passen dabei nicht immer zu den Zeit- und Entwicklungshorizonten betroffener Familien und ihrer Kinder.

► **Zeithoheit und die Beachtung unterschiedlicher Zeithorizonte wird als ein fachliches Prinzip genannt, das zu wenig im Fokus der Aufmerksamkeit steht.**



Rahmenbedingungen für Sozialraumorientierung

München und die Münchner Politik sind an Sozialraumorientierung interessiert; dieses grundsätzliche Interesse gilt es in die politische Willensbildung umzusetzen und zum Beispiel Steuerungsformen zu entwickeln, die sehr viel mehr an politischer Beteiligung zulassen.

Die geforderte Integration verschiedener Fachlichkeiten, die Vernetzung bestehender Institutionen und Schaffung neuer Lern- und Bildungsorte verlangt nach geeigneten Rahmenbedingungen. Es werden Schwächen thematisiert, die mit unzureichenden Ressourcen, mangelnder Gewährleistung von Kontinuität, dem hektischen Umgang mit Überkomplexität zu tun haben. Auch hier wieder die Frage nach der Zeithoheit der Fachkräfte als einer Rahmenbedingung der besonderen Art und nach der Definitionsmacht über die Kriterien, die den Bedarf an Zeit bemessen bzw. der Ausgestaltung der Angebote generell zugrunde gelegt werden.

Soll man sich erst professionell vernetzen und dann die BewohnerInnen einbinden oder sind Bottom-up Strategie und Empowerment von Anfang das bessere Vorgehen? Einerseits darf die Gestaltung von Kooperationen nicht zum Selbstzweck und zur Nabelschau der Professionellen im Sozialraum werden. Andererseits stellt sich die Frage, wie angesichts der Komplexität der Planungsprozesse gewährleistet werden kann, dass sich alle relevanten Fachkräfte und Institutionen und die Betroffenen beteiligen können.

- Diesbezüglich gilt es, intelligente Rückkopplungsschleifen zwischen Quartier, Verwaltung und politischer Ebene zu entwickeln. Auch die Frage nach der Nachhaltigkeit sollte sowohl von fachlicher wie von politischer Seite aus gestellt und beantwortet werden.

Identität als sozialräumlich orientierte SozialarbeiterIn

Das Ringen um ein sozialräumliches Selbstverständnis zeigt sich in vielen Fragen: Inwiefern lässt sich ein solches Selbstverständnis verbinden mit bewährten traditionellen Vorgehensweisen und Ausrichtungen in der tagtäglichen Arbeit? Was muss sich alles in Veränderung begeben, will man Sozialraumorientierung nicht nur als methodisches Konzept, sondern als Haltung begreifen und das eigene Selbstverständnis darauf hin ausrichten? Mitunter wird die Angst spürbar, möglicherweise selbst an den Rand gedrängt zu werden und nicht mehr dazu zu gehören.

Die Bedeutung der Sprache, die Bedingungen generiert und Identität herstellt, wird betont. Momente der Sprachlosigkeit können ebenso verunsichern wie die Frage, welche Sprache sich in den Sozialräumen und in der Sozialraumorientierung durchsetzen wird: Kann tatsächlich über Fachgrenzen und Systemlogiken hinweg eine gemeinsame Sprache gefunden werden?

Die Forderung nach Aktivierung und Selbstverantwortlichkeit spüren die Fachkräfte am eigenen Leib. Teile des Selbst müssen aktiviert werden, die ungeübt sind, und Parts übernommen werden, die ungewohnt sind. Kann man sich in sich oder mit sich selbst vernetzen? Seid kreativ, macht das Unmögliche möglich, aber stört dabei nicht zu sehr – so scheint das Double Bind der Stunde zu lauten.

- In der Vielfalt der Anforderungen an die Fachkräfte im Sozialraum ist die Bedeutung und der Stellenwert der Sozialraumorientierung noch nicht gesichert. Es bedarf zusätzlicher Signale aus Politik und Verwaltung und offenbar auch weiterer fachlicher Unterstützung, um eine sozialräumliche Identität der Fachkräfte wachsen zu lassen.

Stimmenvielfalt im Sozialraum: Eine Auswertung des Tagungsprogrammepunktes „Crossover“

Prof. Dr. Gabriele Vierzigmann und Prof. Dr. Gabriela Zink, Hochschule München

Die Prüfrage: Armut und Sozialraumorientierung

Die dramatischen Konsequenzen von Armut für die betroffenen Menschen sind den Fachkräften bewusst; sie registrieren, dass durch Armut neue Problemlagen entstehen und altbekannte sich verschärfen. Geeignet gestaltete Angebote mit Blick auf Sozialraum und Wohnumfeld werden als sehr wichtig angesehen und insofern kann der Sozialraumbezug zur Armutsbewältigung sehr wohl genutzt werden. Was aber ist mit den überbordenden Ansprüchen, die sich aus dem Versuch der Armutsbekämpfung ergeben?

Wie kann Sozialarbeit auf Armut reagieren über punktuelle und zielgruppenorientierte Unterstützungsangebote hinaus? Wieso ist die Frage nach den geeigneten Zugängen zu marginalisierten Gruppen immer noch so aktuell? Wie kann eine Auslese der armen BewohnerInnengruppen, die man erreichen kann bzw. will und anderen, die sich dem Blick entziehen oder deren Integration als zu großer Kraftakt erscheint, verhindert werden? Braucht die Neue Armut nicht sehr viel mehr als Sozialarbeit oder kann Armut im Sozialraum tatsächlich konzentriert und ressortübergreifend angegangen werden?

- **Der vorhandenen fachlichen Einsicht hinsichtlich der Bedeutung der Sozialraumorientierung müssen offenbar auch vermehrt praktikable Strategien (Projekte) vermittelt werden, um im Dickicht der Anforderungen gangbare Wege aufgezeigt zu bekommen.**



Ausblick

Die Diskussionslinien zeigen, dass Sozialraum eine gesellschaftliche Konstruktion ist, dem eine Orientierung nach einem gelungenen Zusammenleben zu Grunde liegt, für das immer wieder auf Demokratie Bezug genommen wird. Die Sozialraumorientierung sollte daher stärker einen kritischen Blick auf Institutionen wagen und auf deren Wandlungsfähigkeit vertrauen.



Tagungsfazit der Veranstalter

Schwerpunkte und Entwicklungslinien der Fachtagung

Die Fachtagung „Sozialraumorientierung - Segregation, Marginalisierung und Integration in urbanen Räumen“ ist mit dem Ziel organisiert worden, die Erfahrungen, die in München mit Strategien der Sozialraumorientierung in unterschiedlichen Projekten der Kinder- und Jugendhilfe, des Wohnungswesen, der Sozialbürgerhäuser, der Sozialplanung und Stadtentwicklung und in anderen Bereichen der Stadtgesellschaft gemacht wurden, zusammenzutragen und weiterzuentwickeln. Sie ist ein Baustein der 2004 von der Landeshauptstadt München, der Hochschule München und dem DJI begonnenen Zusammenarbeit zum Thema Weiterentwicklung der Sozialraumorientierung in München. Die Fokussierung auf Kinder- und Familienarmut wurde gewählt, da sich Sozialraumorientierung gerade auch in diesem Segment der Stadtgesellschaft als wirkungsvoll bewähren muss.

Der Sozialraumbezug kann zur Armutsbewältigung sehr wohl genutzt werden, wenn konzentriert, ressortübergreifend und politisch vorgegangen wird. Dazu ist Konsens nötig darüber, was unter Sozialraumorientierung verstanden wird und welche Qualifizierungswege geeignet sind bzw. wie sich bestehende Hürden abbauen lassen. Wir argumentieren in diesem Fazit deshalb aus folgenden drei Blickwinkeln:

Voranstellen möchten wir unser Verständnis von Sozialraumorientierung, wobei wir keinen neuen Definitionsversuch wagen und auch die vielfältige Literatur zum Thema nicht explizit heranziehen werden, sondern knapp skizzieren, worin für uns die wichtigsten Unterschiede zu einem individuumszentrierten Vorgehen bestehen.

Was hat die Tagung in Bezug auf den Fokus „Armut“ gebracht? Die BeobachterInnen in den Workshops (vgl. Ortner sowie Rudeck in dieser Dokumentation) berichten, dass das Thema Armut auf unterschiedlichen Ebenen

zur Sprache gekommen, aber letztlich kaum vertieft behandelt worden sei. Wir diskutieren mögliche Gründe dafür und ziehen Schlussfolgerungen.

Abschließend stellen wir Überlegungen zur fachlichen Weiterentwicklung an, die notwendig erscheinen, um eine stärkere Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit in der Landeshauptstadt München zu erreichen.

Sozialraumorientierung

Schon der Versuch, das Gemeinsame der verschiedenen Ansätze und Projekte in München, die sich mit dem Adjektiv „sozialraumorientiert“ schmücken, herauszudestillieren, offenbart, wie disparat und vielfältig die impliziten oder auch expliziten Vorstellungen und Konzepte von Sozialraumorientierung innerhalb der Stadt sind. Die Bandbreite reicht von eher verwaltungstechnischen Modellen der Regionalisierung, auf Regionen bezogenen Planungen, zielgruppenspezifischen Angeboten und Interventionen in einer Region, der Vernetzung von Angeboten und Einrichtungen bis hin zu anspruchsvollen, partizipativen und an der Selbstbemächtigung von Einzelnen und Gruppen ausgerichteten Aktivitäten.

Unserem Verständnis nach setzt sozialräumliches Planen und Handeln eine (Re-)Konstruktion von Lebenslagen und Strategien der (Lebens-)Bewältigung aus Steuerungs- und Subjektperspektiven voraus. Diese Rekonstruktion muss notwendiger Weise die Wirkung der gesellschaftlichen Bedingungen auf das einzelne Individuum und einzelne Gruppen in den Blick nehmen. Die zentrale These hinter der Sozialraumorientierung lautet deshalb unserer Ansicht nach: Es gibt ein unauflösbares Wechselspiel zwischen den gesellschaftlichen Bedingungen und den Handlungsmöglichkeiten des Individuums. Sie beeinflussen sich gegenseitig. Es kann

Tagungsfazit der Veranstalter Schwerpunkte und Entwicklungslinien der Fachtagung

nicht ausreichen, nur gesellschaftliche Strukturen zu verändern oder nur zu versuchen, das Individuum an gegebene gesellschaftliche Bedingungen durch Förderung oder Zwang so anzupassen, dass es die gesellschaftlichen Erwartungen erfüllt. Vielmehr müssen Subjekte befähigt werden bzw. muss mit dem Einzelnen und seinen jeweiligen Gruppen (z.B. Familien, Peers, BewohnerInnen eines Quartiers) an Problemlösungen gearbeitet werden, so dass gemeinsam Veränderungen in den gesellschaftlichen Bedingungen, Machtverschiebungen und neue Steuerungs- und Entscheidungsmodalitäten erreicht werden können. Die damit verbundene Komplexität und die Ergebnisoffenheit sozialräumlichen Handelns widersprechen jedoch häufig den Zwängen und der Logik von Verwaltungshandeln sowie den nach betriebswirtschaftlichen Prämissen ausgerichteten Effizienzkriterien vieler Träger und Einrichtungen.

Es wäre naiv, anzunehmen, dass durch eine konsequente Sozialraumorientierung individuelle und soziale Probleme immer verhindert werden könnten. Problembehaftete Konstellationen werden immer wieder neu entstehen, aber es besteht zumindest eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass durch einen solchen Ansatz die Lebensqualität vieler gesteigert werden kann und Abhängigkeiten vom Hilfesystem durchbrochen werden können. Der Erfolg einer solchermaßen verstandenen Sozialraumorientierung würde sich also nicht in der Reduktion von Fallzahlen messen lassen, die bestenfalls nur das Funktionieren des Sozialstaats anzeigen, sondern zum Beispiel darin, dass Menschen nicht demoralisiert und auf lange Zeit in ihrer prekären Lebenssituation gefangen bleiben. Ein weiteres Erfolgskriterium wäre eine lebendige Stadtgesellschaft, an der alle BewohnerInnen der Stadt teilhaben und die alle nach ihren Bedürfnissen mitgestalten können. Im Work-

shop 10 wurden beispielsweise das Potential einer partizipativen Gestaltung der Wohnumgebung diskutiert und auch die damit verbundenen Herausforderungen für die Kommunalverwaltung aufgezeigt. Die Kommunalverwaltung sollte noch transparenter in ihren Abläufen und Entscheidungen werden.

Gelingt es der Sozialen Arbeit tatsächlich das Wechselspiel von gesellschaftlichen Bedingungen und individuellen Problemlagen in ihren Handlungsstrategien zu integrieren und diese eher auf eine Moderations- und Ermöglichungsfunktion als eine Lösungsfunktion auszurichten, dann könnte sie ihre sozialpolitische Funktion, nämlich große Probleme auf kommunaler Ebene klein zu arbeiten, sinnvoll erfüllen und würde wesentlich zum Zusammenhalt in der Gesellschaft beitragen.

Armut

Die Fachtagung ist mit dem Anspruch angetreten, die Sozialraumorientierung in München insbesondere mit Blick darauf zu diskutieren, ob und wie durch sozialräumliches Handeln Tendenzen zur Segregation und Marginalisierung entgegengewirkt werden kann. Erste Überlegungen dazu wurden von uns im Rahmenkonzept zur Tagung niedergelegt und in den Thesen, die wir der Tagung vorangestellt haben, ausdifferenziert (vgl. auch Einleitung in dieser Dokumentation).

Folgen wir Konrad Maier, der schreibt, dass es nicht Aufgabe Sozialer Arbeit sein kann, „das gesellschaftliche Problem Armut zu lösen“, sondern dass es „vielmehr zunächst ihre Aufgabe sei, zur individuellen Bewältigung beizutragen“ und „dabei zu helfen, trotz prekärer Einkommensverhältnisse und partieller Exklusion ein selbstbestimmtes Leben führen“ zu können (S. 30)¹, dann haben wir auf der Tagung eine Reihe ein-

¹ Konrad Maier (2008): *Soziale Arbeit gegen Armut? Sozialmagazin, Heft 7-8/2008, S. 23-36.*



drucksvoller Beispiele gesehen, wie dieser Anspruch in der Praxis umgesetzt werden kann. Die dramatischen Konsequenzen von Armut für die betroffenen Menschen sind den Fachkräften sehr wohl bewusst; sie registrieren, dass durch Armut neue Problemlagen entstehen und altbekannte sich verschärfen. Geeignet gestaltete Angebote mit Blick auf Empowerment, Sozialraum und Wohnumfeld werden als sehr wichtig angesehen und insofern wird auch nach Wegen gesucht, den Sozialraumbezug zur Armutsbewältigung zu nutzen. Durch sozialräumliches Handeln, eine entsprechende Infrastruktur, Beteiligungs- und Bemächtigungsmöglichkeiten können die Individuen gestärkt und bestenfalls Wege aus der Armut aufgezeigt werden.

Die Tagung hat also Hinweise darauf erbracht, dass die Bekämpfung von Armut und den negativen Folgen von Segregationsprozessen besser mit Sozialraumorientierung gelingt und keineswegs auf der individuellen Ebene stehen bleiben muss (vgl. z.B. Workshop 01, 04, 05, 06, 08, 13). Viele der Praxisprojekte in München wirken beispielsweise darauf hin, dass sich neue Formen des Zusammenlebens, der lokalen Ökonomie, des bürgerschaftlichen Engagements entwickeln, die langfristig vielleicht zu einer veränderten Lebensgestaltung und „neuen Formen gesellschaftlichen Lebens“ (Maier, ebd.) führen können.

„Armut macht (nicht) erfinderisch und verführt zum Nicht-Handeln“ so lautete eine unserer Thesen. Über das Wegschauen der Sozialen Arbeit und (gewollte?) Einschränkungen der Professionalität der Fachkräfte sprachen auch die Referentinnen der Tagung. Wenn die Fachkräfte der Sozialen Arbeit große, gesellschaftlich verursachte Probleme bearbeiten und lösen sollen, ohne Einfluss auf die Ursachen nehmen zu können, dann macht sich bei den HelferInnen schnell Bescheidenheit, Pragmatismus, Mutlosigkeit

und erlernte Hilflosigkeit breit. Die Individualisierung von sozialen Risiken als Teil des Problems zu verstehen, wäre ein erster Schritt, um wieder handlungsmutig zu werden. Die in manchen Diskussionen auf der Tagung zum Ausdruck gekommene Distanz zu einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit dem Phänomen Armut in Bezug auf die fachlichen Anforderungen an Soziale Arbeit kann als Versuch verstanden werden, in der Individualisierung und Marginalisierung von Armut handlungsfähig zu bleiben, ohne an der Individualisierung zu rütteln. Eine konsequente sozialräumliche Ausrichtung bricht diese Selbstbescheidung Sozialer Arbeit auf – auch dies wurde auf der Tagung deutlich.

Wenn die Verwaltung von Armut im Vordergrund steht, mit Schuldzuweisungen operiert, die Selbstverantwortung überbetont wird, und wenn immer weniger Ansprüche und Ressourcen vorhanden sind, dann kann das zu (Re-)Traditionalisierungen nicht nur bei Betroffenen führen (vgl. z.B. Berichte der TagungsbeobachterInnen). Hier greifen wir erneut eine weitere These der Veranstaltung auf und erinnern an die viel beschriebene, oft beklagte Lethargie von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf, an das Verharren in klassischen Mann-Frau-Rollen. Doch auch die Fachkräfte selbst geraten hier in (Re-)Traditionalisierungsfallen: Wir sehen die Gefahr, sich von Einmischungsstrategien und Empowerment zu verabschieden, indem z.B. der fachliche Standard der Partizipation dem Druck des komplexen Alltags bzw. der Fallbearbeitung geopfert und damit der Gestaltungsauftrag des Sozialen kleingeschrieben wird. Was bleibt dann vom Anspruch der Lobbyfunktion, wenn es um benachteiligte, von Armut betroffene oder bedrohte Familien und Kinder geht? Wo bleibt dann der Beitrag bzw. die Pflicht der Sozialen Arbeit Verursachung zu kennzeichnen und öffentliche Verantwortung zu übernehmen, wenn es um soziale Probleme bzw. um die Anerkennung sozialer Probleme und die aktive Lösungssuche geht?

Tagungsfazit der Veranstalter

Schwerpunkte und Entwicklungslinien der Fachtagung

Verständlich also, dass ReferentInnen wie WorkshopbeobachterInnen die Soziale Arbeit auffordern, verstärkt politisches Engagement in Verbindung mit Sozialraumorientierung zu zeigen. Die Mit-Gestaltung des Gemeinwesens bringt die Auseinandersetzung mit Macht und Herrschaft mit sich. Die konsequente Orientierung an den Interessen und am Willen der BürgerInnen gehört zu den handlungsleitenden Prinzipien. Allerdings geht es um eine reflexive Parteilichkeit: nicht alles was Menschen in ihrem Sozialraum tun oder wollen, müssen Fachkräfte gut finden. Zentral ist, die Anliegen ernst zu nehmen, in Konfliktsituationen beratend und moderierend zu wirken und Strukturen mitgestalten zu wollen. Voraussetzungen hierfür sind das Wissen um soziale, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge, das Können, wenn es um Beteiligungsinstrumente und Aktivierung geht und die Kompetenz, an interdisziplinären Schnittstellen zu arbeiten.

Potentiale der Weiterentwicklung

Im Folgenden formulieren wir vor dem Hintergrund der Beiträge und Diskussionen auf der Fachtagung und den Erfahrungen und Beobachtungen in den letzten Jahren, aus unserer Sicht notwendige Schritte, für eine fachliche Weiterentwicklung der Sozialraumorientierung in München, die dazu beitragen wird, Segregations- und Marginalisierungstendenzen zu vermindern und Integration in urbanen Räumen zu fördern.

Sozialraumorientierung ist modern, aber nicht neu

Es ist immer wieder notwendig, sich der Wurzeln des aktuellen Diskurses zu versichern und an Erfahrungen anzuknüpfen. Ein ahistorisches Vorgehen würde zu fachlichen Verkürzungen führen und die Erfahrungen und Leistungen von BürgerInnen, Fachkräften und Institutionen entwerten. Eine ahistorische

Perspektive, die die Überlegungen, Konzepte und Erfahrungen der Lebensweltorientierung, der Gemeinwesenarbeit, der Gemeindepsychologie, der Governance- und Care-Debatten ausblendet, würde eine Weiterentwicklung maßgeblich behindern und könnte dazu führen, dass Subjekt- und Einmischungsperspektiven von den Kontroll- und Allmachtsphantasien derer dominiert würden, die die Entscheidungsgewalt innehaben.

Dieser Befund verdeutlicht noch einmal, wie notwendig eine Selbstvergewisserung darüber, was denn eigentlich unter Sozialraumorientierung verstanden werden soll, für eine gemeinsame Weiterentwicklung des Verständnisses von Sozialraumorientierung in München ist. Die Beiträge auf dieser Tagung haben eindrucksvoll gezeigt, dass dieser Weg nicht einfach zu gehen sein wird. In den Workshops der Projekte wurden damit verbundenen Schwierigkeiten ebenso greifbar wie in den Vorträgen.

Feldorientierungen von Bezirkssozialarbeit, Kinder- und Jugendhilfe und Sozialplanung

Feldorientierung ist eine Metapher für die Notwendigkeit, die Aktivitäten der Sozialen Arbeit an dem Wechselspiel zwischen gesellschaftlichen Bedingungen und individueller Problemlagen auszurichten. Es gibt deshalb in manchen Diskussionen behaupteten Gegensatz zwischen „Fall“ und „Feld“ nicht. Eine Feldorientierung – um bei dieser Metapher zu bleiben – schließt immer die Subjektorientierung, also auch die konsequente Fallarbeit ein. Würde man jedoch bei der Fallarbeit, also der Konzentration auf die individuelle Problemlage und deren individueller Bewältigung stehen bleiben, dann würde man die Hoffnung auf eine nachhaltige Lösung bestimmter Problemkonstellationen aufgeben.

Im Bereich des Kinderschutzes zeigen inter-



nationale Studien, dass community-orientierte Ansätze überaus wirkungsvoll sein können. Die Arbeitssituation in den Sozialbürgerhäusern und bei den BezirkssozialarbeiterInnen scheint sich im Moment jedoch so zuzuspitzen, dass die Bezirkssozialarbeit ihrem Namen nicht mehr gerecht werden kann. Den Fallzahlen und der Komplexität der Fälle stehen knappe Ressourcen gegenüber. Um an der Spitze des Eisberges nichts zu versäumen, wird die ganzheitlich ausgerichtete Bezirkssozialarbeit quasi zwangsläufig immer mehr zur individuumszentrierten Krisenintervention – und für die präventiven und stadtteilorientierten Tätigkeiten ist kaum mehr Platz (vgl. z.B. S.70). Sollte sich daran nichts Grundlegendes ändern, dann wird es nur schwer möglich, dem ambitionierten Ziel einer sozialraumorientierten Sozialen Arbeit näher zu kommen.

Mehr Anerkennung für sozialräumliche Aktivitäten

Vor diesem Hintergrund der Beschränkung der Handlungsoptionen der Fachkräfte ist es verständlich, wenn bei den Fachkräften, Unsicherheit über den Stellenwert der Sozialraumorientierung besteht. Eine entsprechende Ressourcenausstattung, die Etablierung von Reflexionsorten sowie eine stärkere Wertschätzung dieses Arbeitsansatzes als eine Kernaufgabe der Bezirkssozialarbeit wären wichtige Schritte um sozialräumliche Ansätze zu stärken.

Mehr sozialräumliches Monitoring

Soziale Stadtentwicklung und die Beiträge der Sozialen Arbeit sind nicht denkbar ohne die Zusammenarbeit mit der Sozialplanung. Hilfreich wäre eine Weiterentwicklung regionaler, kleinräumiger Instrumente der Sozialplanung. So gewonnene empirische Daten wären die Grundlage für fachliche Konzepte und fachliches Handeln. Sie würden ebenso wichtige Basisinformationen und Argumente

für notwendige Einmischungen in unterschiedliche Politikfelder sowie für eine frühzeitige Folgenabschätzung politischer Entscheidungen anbieten.

Ausbau partizipativer Entscheidungs- und Gestaltungsstrukturen

Sozialraumorientierte soziale Arbeit ist auf eine rege Beteiligung der BürgerInnen angewiesen. Nur so bestehen gute Chancen individuelle Lebenslage und gesellschaftliche Bedingungen in ihren Wechselwirkungen zu verstehen und die Notwendigkeiten für Veränderungen zu erkennen. Die Umsetzung dieser Veränderungen erfordert ebenfalls den Einbezug der BürgerInnen. Partizipation ist umfassend und unteilbar. Für den Ausbau partizipativer Entscheidungs- und Gestaltungsstrukturen erscheint uns eine systematische Auswertung der bestehenden Beteiligungsansätze unerlässlich, wie sie in einigen der Workshops vorgenommen wurde. Hierfür sind Prüfkriterien weiterzuentwickeln und Reflexionsorte zur Qualifizierung, Verbreitung und Förderung der Nachhaltigkeit von Partizipationsprozesse erforderlich. Eine Aufgabe der systematischen Auswertung von Beteiligungsprozessen ist auch die gemachten Erfahrungen und Entwicklungen zu sichern und so wechselseitige Lernprozesse der verschiedenen Akteure in verschiedenen Stadtteilen, Bezirken oder städtischen Behörden zu verbessern. Diese Prozesse erfordern eine ergebnisoffene Auswertung, eine Analyse von Schwachstellen und Misserfolge ebenso wie von Stärken und Erfolgen sowie eine kultur- und gendersensible Methodenintegration. Pseudo-Partizipation unterläuft die Rechte der BürgerInnen und die Fachlichkeit der Fachkräfte, sie führt zu individualisierten Schuldzuschreibungen. Die BürgerInnen werden selbst verantwortlich für ihre Misere gemacht, sie hätten ja alle Möglichkeiten gehabt Einfluss auszuüben. Dass jedoch die angeblichen Beteiligungsformen keine Beteiligung zulassen oder der rechte Glaube an

Tagungsfazit der Veranstalter

Schwerpunkte und Entwicklungslinien der Fachtagung

den Ernst des Angebots fehlt, wird als eine mögliche Erklärung für das scheinbare Desinteresse zu wenig bedacht.

Schnittstellenkompetenzen schaffen

Qualitätsverbesserungen und innovative Ideen bilden sich an den Schnittstellen von Kompetenzen, Zuständigkeiten und Fähigkeiten. Das Zusammenspiel unterschiedlicher Sichtweisen und Arbeitsansätze erleichtert es, größere Zusammenhänge zu erkennen und bisherige, zum Teil verkürzende Arbeitsansätze zu verändern. Schnittstellenkompetenzen sind deshalb zu fördern. Damit dies gelingen kann, muss auch zukünftig das Verhältnis von produktorientierter Steuerung zu den Anforderungen sozialraumorientierten Handelns immer wieder auf Neue austariert werden. Eine gezielte Förderung eines „Schnittstellen-Management“ könnte dazu beitragen Versäulungen und Verkrustungen aufzulösen, Trägerinteressen und die Anforderungen bedürfnisgerechten Handelns könnten besser in Übereinstimmung gebracht werden. Vermehrte und systematische Kooperationen zwischen allen Akteuren – inklusive den AdressatInnen – in den jeweiligen Regionen können dazu beitragen, den negativen und unerwünschten Folgen der weitreichenden Spezialisierungen entgegenzuwirken. Viele innovative Entwicklungen und Modellprojekte zeigen das. Allerdings haben es deren AkteurInnen schwer. Viel Engagement für die Ideen der Reformen verpufft an Widerständen. Beharrlichkeiten zahlen sich zum Teil erst nach langer Zeit aus. Schon früher hat es Verkürzungen, Revisionen, Rückschläge und Niederlagen gegeben.

Unterm Strich:

Die Fachtagung hat zweierlei ganz deutlich gezeigt: Erstens eine sozialraumorientierte soziale Arbeit hat das Potenzial zur Bewältigung von Armutslagen und deren negativen

Folgen beizutragen. Zweitens die Praxis sozialer Arbeit in München ist nur teilweise sozialräumlich ausgerichtet. Die Erfolge und Misserfolge sozialräumlichen Handelns lassen sich also auch immer nur bezogen auf die Reichweite der jeweiligen Angebote beurteilen.

Damit das Potenzial sozialräumlicher Ansätze, wie es auf der Tagung in verschiedenen Workshops sichtbar wurde, nicht nur zufällig genutzt wird, wäre es hilfreich, wenn die soziale Arbeit in München sich wieder stärker als Brücke zwischen ihren Adressaten und allen anderen in der Stadtgesellschaft verstünde. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, ist es notwendig, die Interessen und Machtkonstellationen in Politik und Wirtschaft zu beachten sowie Veränderungen von gesellschaftlichen Bedingungen sensibel wahrzunehmen. Ebenso ist es erforderlich, die eigenen Erfahrungen im beruflichen Handeln ernst zu nehmen und aus den Erfolgen und Misserfolgen, den Widerständen und Marginalisierungserfahrungen zu lernen. Hierzu ist es hilfreich, wenn in Teams erfahrene und weniger erfahrene Fachkräfte zusammenarbeiten.

Vor dem Hintergrund eines stetigen gesellschaftlichen Wandels und der auch zwischen den einzelnen Stadtvierteln disparaten Entwicklungen ist ein regelmäßiger Austausch über die Weiterentwicklung sozialräumlicher Ansätze ebenso sinnvoll wie ein regelmäßiges Austarieren der unterschiedlichen Steuerungsinteressen. Die Sozialraumorientierung stellt hohe Anforderungen an die Verwaltung, da aufgrund der partizipativen Ausrichtung, der Orientierung an den Lebenswelten und den Subjekten, die konkreten Angebote und auch deren Rückwirkungen auf die Stadtpolitik nicht immer vorhersehbar sind.

*Stadtjugendamt München: Volker Hausdorf
Deutsches Jugendinstitut: Dr. Mike Seckinger
Hochschule München: Prof. Dr. Gabriele Vierzigmann,
Prof. Dr. Gabriela Zink, Prof. Dr. Burkhard Hill, Prof. Dr. Tilo Klöck*



